



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die finanzwirtschaftliche Situation der Städte und Gemeinden in Nord-Westfalen im interkommunalen Vergleich

Forschungsprojekt im Auftrag der IHK Nord Westfalen

Imprint

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Dr. Henning Osthues-Albrecht; Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerkhoff;
Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;
Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann Rappen; Reinhard Schulz;
Dr. Michael N. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder;
Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Dr. Justus
Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Regina T.
Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Germany

Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2013

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

**Die finanzwirtschaftliche Situation der Städte und Gemeinden in Nord-Westfalen
im interkommunalen Vergleich**

Januar 2014

Forschungsprojekt im Auftrag der IHK Nord Westfalen

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Die finanzwirtschaftliche Situation der
Städte und Gemeinden in Nord-Westfalen
im interkommunalen Vergleich**

Januar 2014

Forschungsprojekt im Auftrag der IHK Nord Westfalen

Report

Projekt Team

Hermann Rappen (Projektleiter), Prof. Dr. Roland Döhrn

Das Projektteam dankt für die Unterstützung bei der Erstellung Julica Bracht, Waltraud Lutze, Gabriele Pomorin, Daniela Schwindt und Marlies Tepsäß.

Inhalt

Vorbemerkung	6
I. Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzpolitik in der Region Nord-Westfalen	7
1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen.....	7
1.1. Kommunale Haushaltspolitik zwischen Wohlstand und regionalen Strukturproblemen	7
1.2. Herausforderung „Demographischer Wandel“	8
2. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
2.1. Allgemeine Entwicklungstendenzen	10
2.2. Finanzwirtschaftliche Lage der Ober- und Mittelzentren in der Region Nord Westfalen	11
2.2.1 Bundespolitische Einflüsse	11
2.2.2 Landespolitische Einflüsse	11
2.2.3 Allgemeine Haushaltssituation	14
2.2.4 Strukturelle Defizite als Schuldentreiber	14
2.2.5 Kommunale Steuer- und Abgabepolitik	15
2.2.6 Haushaltskonsolidierung	16
II. Finanzwirtschaftliche Profile der Gemeinden der Region Nord-Westfalen	18
Finanzwirtschaftliche Profile der Gemeinden des Kammerbezirks	21
Kreisfreie Städte.....	21
Bottrop	23
Gelsenkirchen.....	29
Münster	35
Kreisangehörige Städte	41
Ahaus	43
Ahlen	48
Beckum	53
Bocholt	59
Borken	64
Castrop-Rauxel	69
Coesfeld	75
Datteln	80
Dorsten	86
Dülmen	91
Emsdetten	96

Gladbeck	102
Greven	107
Gronau	113
Haltern am See	118
Herten	123
Ibbenbüren.....	129
Lengerich	134
Lüdinghausen	139
Marl	144
Ochtrup	150
Oelde	155
Oer-Erkenschwick.....	160
Recklinghausen.....	166
Rheine	171
Stadtlohn.....	176
Steinfurt	181
Vreden	186
Waltrop	191
Warendorf.....	197
Literatur	202
Anhang	203
Verzeichnis der Schaubilder	
Schaubild 1 Prognose der Schülerbestände	8
Schaubild 2 Entwicklung der Zahl der Haushalte	9
Schaubild 3 Regionale Verteilung der kommunalen Kassenkredite	11

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1	Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Wirtschaftskraft	7
Tabelle 2	Arbeitslosenquote und Entwicklung der verfügbaren Einkommen	7
Tabelle 3	Demographischer Wandel in Nord-Westfalen	8
Tabelle 4	Alterung und Entwicklung der Pflegebedürftigen	9
Tabelle 5	Prognose der kommunalen Steuereinnahmen	10
Tabelle 6	Reine Ausgaben der Kommunen für ausgewählte SGB XII-Leistungen.....	11
Tabelle 7	Finanzielle Auswirkungen des Stärkungspaktes 2014; in 1000 €	12
Tabelle 8	Auswirkungen von Grunddatenanpassung und des Soziallastenansatzes auf die Schlüsselzuweisungen.....	12
Tabelle 9	Be- und Entlastungswirkungen des geänderten Einheitslastenabrechnungsgesetzes vom 3. Dezember 2013	13
Tabelle 10	Entwicklung der kommunalen Verschuldung nach Gemeindetypen	15
Tabelle 11	Sozioökonomische Rahmenbedingungen, Haushaltsstatus und Steuerpolitik in Nord- Westfalen	15
Tabelle 12	Steuerpolitik im interkommunalen Vergleich	16
Tabelle A.1	Vergleichsgruppe Datteln	204
Tabelle A.2	Vergleichsgruppe Ahaus.....	204
Tabelle A.3	Vergleichsgruppe Ahlen	205
Tabelle A.4	Vergleichsgruppe Borken	205
Tabelle A.5	Vergleichsgruppe Bocholt.....	206
Tabelle A.6	Vergleichsgruppe Gelsenkirchen	206
Tabelle A.7	Vergleichsgruppe Münster.....	206
Tabelle A.8	Vergleichsgruppe Bottrop.....	206
Tabelle A.9	Vergleichsgruppe Castrop-Rauxel.....	207
Tabelle A.10	Vergleichsgruppe Coesfeld	207

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1	Finanzwirtschaftliche und sozioökonomische Typisierung der Ober- und Mittelzentren im IHK-Bezirk	14
Übersicht 2	Zusammenstellung der Vergleichsgruppen.....	18
Übersicht 3	Überblick über die verwendeten Datenquellen	19
Übersicht A.1	Erläuterung der ausgewählten Kennziffern.....	203

Vorbemerkung

Nachhaltige Finanzpolitik braucht Transparenz. Vergleichende Analysen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag, weil sie bestehende Informationsasymmetrien zwischen den kommunalen Akteuren – u.a. Verwaltung, Rat, Bürger, Unternehmen und Kreditgeber – abbauen. Häufig sind es die Kommunen selbst, die ihre Dienstleistungen, Prozesse, Methoden und Praktiken systematisch vergleichen, um Stärken und Schwächen zu erkennen¹. Dies geschieht aber oft verwaltungsintern und es fehlt die Öffentlichkeit, die den föderalen Wettbewerb voranbringt. Externe Vergleiche beschränken sich wiederum oft auf Ranglisten, die sich auf ausgewählte Kennziffern für Leistungsstandards oder Steuer- und Abgabenbelastungen stützen. Solche Rankings helfen in der Regel nicht weiter, weil sie keinen Anhaltspunkt für die Analyse der Ursachen finanzwirtschaftlicher Probleme bieten. So werden oft die sozioökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen ausgeblendet, die die finanzwirtschaftlichen Ergebnisse wesentlich mit beeinflussen. Es macht beispielsweise wenig Sinn, einer altindustriellen geprägten Region mit schrumpfender Bevölkerung einen aufstrebenden Dienstleistungsstandort als Spiegel vorzuhalten.

Vor diesem Hintergrund hat die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen das Rheinisch-Westfälische Institut (RWI) beauftragt, einen umfassenden interkommunalen Vergleich der Ober- und Mittelzentren der Region durchzuführen, die über das Erstellen von Ranglisten hinausgeht und die Rahmenbedingungen, unter denen die Kommunen agieren berücksichtigt, um so den Einfluss der lokalen Politik herauszuarbeiten. Dies ist am ehesten möglich, wenn man Gemeinden mit ähnlichen institutionellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen vergleicht.

In den ersten beiden Kapiteln der Studie werden die zentralen gesamt- und finanz-wirtschaftlichen

Entwicklungen dargelegt, die die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommunen des Kammerbezirks beeinflussen. Im Anschluss werden die methodischen Grundlagen der in dieser Studie vorgenommenen interkommunalen Haushaltsvergleiche erläutert, bevor die Kommunalprofile der Städte und Gemeinden des Kammerbezirks präsentiert werden. Dabei werden ausgewählte sozioökonomische und finanzwirtschaftliche Kennziffern tabellarisch wie grafisch dargestellt. Den jeweiligen Abschluss des Kommunalprofils bildet eine Gesamtbewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklung einer Kommune. Im Einzelnen wird eingegangen auf die allgemeine Haushaltssituation, eine Analyse der finanzwirtschaftlichen Stärken und Schwächen, die Verschuldungssituation sowie ggf. eine Analyse des Konsolidierungsbedarfs und der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen.

¹ Ein Beispiel aus dem IHK-Bezirk ist die Stadt Ibbenbüren, die an einem interkommunalen Vergleichsring teilnimmt.

I. Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzpolitik in der Region Nord-Westfalen

1. Sozioökonomische Rahmenbedingungen

1.1. Kommunale Haushaltspolitik zwischen Wohlstand und regionalen Strukturproblemen

Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des IHK-Bezirks insgesamt sind deutlich besser als die in weiten Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wie die Wirtschaftskraft hat sich günstiger entwickelt als im Landesdurchschnitt. Das BIP je Erwerbstätigen stieg in der Region Nord-Westfalen von 2001 bis 2011 um 2,2% p.a. und damit 0,5 Prozentpunkte stärker als in NRW. Auch das BIP je Einwohner nahm überdurchschnittlich zu, mit einer Rate von 2,6 gegenüber 2,2% (Tabelle 1). Zwar liegt das BIP je Erwerbstätigen wie je Einwohner gerechnet immer noch unter dem Landesdurchschnitt, dank der größeren wirtschaftlichen Dynamik konnte die Region aber ihre Rückstände verringern. Das BIP je Erwerbstätigen erreichte zuletzt 95% des Landesdurchschnitts, das je Einwohner etwa 89%.

Tabelle 1

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Wirtschaftskraft

2001 bis 2011; jahresdurchschnittliche Veränderungsrate

Stadt/Kreis	Bruttoinlandsprodukt	
	je Erwerbstätigen	je Einwohner
Boitrop	1,7	2,1
Gelsenkirchen	2,2	2,7
Münster	1,5	1,7
Kreis Borken	1,6	2,6
Kreis Coesfeld	1,3	2,1
Kreis Recklinghausen	2,1	3,7
Kreis Steinfurt	1,9	2,6
Kreis Warendorf	3,5	2,2
Nord Westfalen	2,2	2,6
Nordrhein-Westfalen	1,7	2,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Nur 37% der Bevölkerung Nord Westfalens wohnt in sog. schrumpfenden Gemeinden, die u.a. durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsverlusten gekennzeichnet sind; in Nordrhein-Westfalen sind es 48,6%. Betrachtet man indes die hier untersuchten Ober- und Mittelzentren, so steigt der Anteil von Einwohnern in schrumpfenden Gemeinden auf 43,3%.

Tabelle 2

Arbeitslosenquote und Entwicklung der verfügbaren Einkommen¹

2004 bis 2011; jahresdurchschnittliche Veränderungsrate

Stadt/Kreis	Arbeitslosenquote Ende Juni 2013	Verfügbares Einkommen je Einwohner ²
Boitrop	9,7	1,9
Gelsenkirchen	15,8	1,5
Münster	6,3	1,3
Kreis Borken	4,7	2,4
Kreis Coesfeld	3,6	2,2
Kreis Recklinghausen	12,2	1,9
Kreis Steinfurt	5,1	2,3
Kreis Warendorf	6,3	3,1
Nord Westfalen	8,0	2,1
Nordrhein-Westfalen	9,0	2,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des t.nrw. ⁻¹Einkommen des privaten Haushalten nach Einkommensumverteilung für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. ⁻²Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 2011 gegenüber 2004.

Der insgesamt positive Eindruck darf also nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in der Region Nord Westfalen erhebliche Disparitäten bestehen. Dies zeigt sich insbesondere an der Entwicklung der verfügbaren Einkommen je Einwohner sowie der Arbeitslosigkeit (Tabelle 2). Danach müssen insbesondere die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen und der Kreis Recklinghausen als strukturschwach gelten. Die Arbeitslosigkeit lag hier Ende Juni 2013 mit 15,8% bzw. 12,2% weit über dem Durchschnitt von Nord-Westfalen wie NRWs insgesamt; die verfügbaren Einkommen je Einwohner sind von 2005 bis 2011 nur um 1,5% bzw. 1,9% gestiegen. Die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten in der Region reichen dabei von 1,3% (Münster) bis 3,1% (Kreis Warendorf). Das überraschend schlechte Ergebnis für die

Universitätsstadt Münster ist allerdings dem Umstand geschuldet, dass aus Wohnberechtigten wohl dank der Einführung der Zweitwohnungssteuer vielfach Bürger mit Erstwohnsitz geworden sind². Eine solche Ummeldung hat keinen Einfluss auf die Wirtschaftsleistung, senkt aber das BIP je Einwohner.

1.2. Herausforderung „Demographischer Wandel“

Der demographische Wandel stellt für nahezu alle Städte und Gemeinden eine Herausforderung dar: Bis zum Jahr 2030 sind Bevölkerungsverluste, ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und eine zunehmende Alterung der Bevölkerung sind zu erwarten. Folge davon sind ein verändertes Niveau und eine sich wandelnde Struktur der Nachfrage nach kommunalen Leistungen. Dies geht einher mit Be- und Entlastungen des kommunalen Haushalts, mit Anpassungskosten und mit steigenden Produktionskosten (diseconomies of scale). Zugleich schmälert z.B. ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial für sich genommen die kommunale Finanzierungsbasis.

Entlastet werden die Kommunen durch den demographischen Wandel auf mittlere Sicht insoweit, als der Aufwand für Schulen und Jugendeinrichtungen zurückgeht. Die Zahl der Kinder- und Jugendlichen dürfte in der Region bis 2030 um 20% sinken (Tabelle 3); in der Spitze sogar um 28% (Kreis Coesfeld). Damit verbunden sind rückläufige Schülerzahlen; bis 2019 rechnet man bereits mit einem Fünftel weniger Schülern in Nord Westfalen als noch 2009 (NRWweit: -16%) (Schaubild 1). Manche Kommunen haben auf diese Entwicklung bereits reagiert und schließen im Rahmen von Konsolidierungskonzepten Schulstandorte.

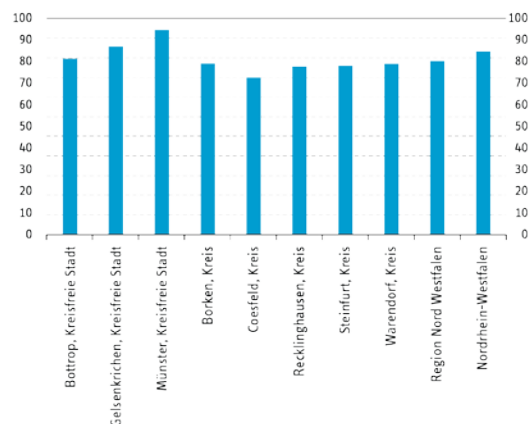
² Überstieg 2004 die Anzahl der Wohnberechtigten die der Einwohner mit Hauptwohnung um 3,8%, waren es 2011 nur noch 0,5%. Im Zuge der Einführung der Zweitwohnungssteuer nahm die Einwohnerzahl 2011 gegenüber 2010 um 4,3% zu.

Tabelle 3
Demographischer Wandel in Nord-Westfalen
2030; Einwohner 2011 = 100

Einwohner	darunter			Senioren ³
	Ins-gesamt	Kinder/Jugendliche ¹	Erwerbs-fähige ²	
Boitrop	92	77	86	125
Gelsenkirchen	91	82	88	108
Münster	117	115	113	134
Kreis Borken	97	76	94	142
Kreis Coesfeld	96	72	90	153
Kreis Recklinghausen	90	75	85	123
Kreis Steinfurt	98	79	93	138
Kreis Warendorf	95	73	92	134
Nord-Westfalen	97	80	92	131
NRW	96	84	92	123

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der it.nrw (Landesdatenbank NRW). ⁻¹bis unter 20 Jahre. ⁻²20 bis unter 67 Jahre. ⁻³67 Jahre und älter.

Schaubild 1
Prognose der Schülerbestände
2019; Gesamtschülerzahl 2009=100



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2010).

Haushaltsbelastungen resultieren hingegen aus der alternden Bevölkerung. Dieser Alterungsprozess dürfte sich Nord Westfalen schneller vollziehen als im übrigen Nordrhein-Westfalen. Dies hängt zum Teil damit zusammen, dass andere, insbesondere strukturschwache Regionen im demographischen Wandel schon weiter fortgeschritten sind. Die Zahl der im IHK-Bezirk lebenden Senioren wird bis 2030 fast um ein Drittel zunehmen, landesweit etwa um ein Viertel. Es wird deshalb mit einer wachsenden

Zahl an Pflegebedürftigen gerechnet (Tabelle 4), die wiederum steigende Ausgaben für die Hilfe zur Pflege nach sich ziehen dürften. Diese stiegen bereits von 2006 bis 2011 um 11%. Von dieser Entwicklung sind strukturschwache Gemeinden besonders betroffen.

Ob die Kommunen bei ihren Ausgaben per Saldo be- oder entlastet werden, hängt von den konkreten sozioökonomischen Rahmenbedingungen und politisch-normativen Einflüssen ab. Ob eine schrumpfende und alternde Bevölkerung im Saldo zu kommunalen Minder- oder zu Mehrausgaben führt, kann deshalb nicht pauschal beantwortet werden. In jedem Fall müssen die Kommunen ihr jeweiliges Aufgabenspektrum umstrukturieren, was nicht ohne Reibungen und politische Widerstände durchzuführen wird.

Der demographische Wandel verschärft aber auch die Situation der meisten Kommunen auf der Einnahmenseite. Die Einwohnerverluste fallen in Gelsenkirchen und dem Kreis Recklinghausen größer aus als in der Region Nord Westfalen insgesamt oder in Nordrhein-Westfalen (Tabelle 3). Dabei ist der Rückgang vor allem auf einen Sterbeüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringeren Teil auf Abwanderung. Außerdem schrumpft hier die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schneller als im interregionalen Vergleich. Die Spannweite reicht in der Region Nord Westfalen von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 15% (Kreis Recklinghausen) bis hin zu einer Zunahme um 13% (Münster) (Tabelle 3). In Gemeinden mit einer Abnahme der Einwohner im erwerbsfähigen Alter ist mit einer geringeren Dynamik des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer zu rechnen. Relative Einwohnerverluste gegenüber anderen nordrhein-westfälischen Gemeinden führen zudem zu einer Schlechterstellung im kommunalen Finanzausgleich. Dies dürfte insbesondere Bottrop, Gelsenkirchen und den Kreis Recklinghausen treffen.

Tabelle 4
Alterung und Entwicklung der Pflegebedürftigen 2011 bis 2030; Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner

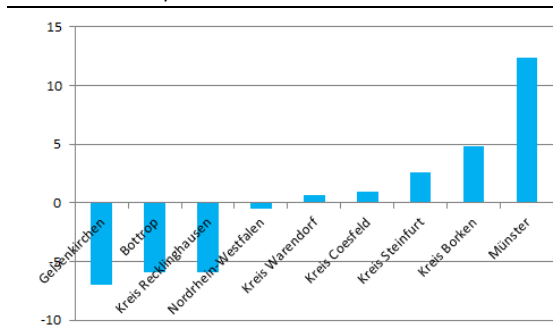
	2030		
	2011	Pflegerisiko	
		Gleichbleibend	Abnehmend ¹
Bottrop	39	54	47
Gelsenkirchen	35	40	39
Münster	22	26	23
Kreis Borken	26	38	33
Kreis Coesfeld	27	42	37
Kreis Recklinghausen	38	52	45
Kreis Steinfurt	26	38	33
Kreis Warendorf	26	38	33
NRW	31	41	36

Quelle: Cicholas, Ströker (2013: 12). ¹Es wurde unterstellt, dass mit steigender Lebenserwartung ein verbesserter Gesundheitszustand einhergeht.

Negative Auswirkungen sind auch auf die Entwicklung der Grundsteuer B zu erwarten, wenn die Zahl der Haushaltsneugründungen bzw. die Zahl der Haushalte abnimmt. Eine solche Entwicklung ist insbesondere für die Städte Gelsenkirchen und Bottrop sowie die Gemeinden des Kreises Recklinghausen zu befürchten (Schaubild 2).

Bei der Gewerbesteuer besteht hingegen kein unmittelbarer Zusammenhang zur Einwohnerzahl, allein schon deswegen, weil es hier auch auf den Pendlersaldo ankommt.

Schaubild 2
Entwicklung der Zahl der Haushalte 2000 und 2012; Anteil der Flächenländer in%



Quelle: Cicholas, Ströker (2012).

2. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte auch für die Kommunalhaushalte erhebliche Folgen: Erzielten die deutschen Kommunen (ohne Stadtstaaten) 2008 noch einen Überschuss von 8,4 Mrd. €, schlug sich die Krise 2009 in einem Finanzierungsdefizit von 7,5 Mrd. € nieder. Die kommunalen Einnahmen gingen 2009 um 3,6% zurück, während die Ausgaben um 5,4% stiegen. Seitdem hat sich die Lage allerdings wieder verbessert. Noch im September 2010 war der Deutsche Städtetag von einer weiteren Verschärfung der kommunalen Finanzprobleme ausgegangen. Er erwartete für 2010 mit 15 Mrd. € das höchste kommunale Finanzierungsdefizit der Nachkriegszeit (Der Städtetag 2010). Die rasche wirtschaftliche Erholung hat allerdings dazu beigetragen, dass der Fehlbetrag letztlich „lediglich“ auf 7,7 Mrd. € (einschl. Extrahaushalte -8,8 Mrd. €) anstieg. Im Jahr 2011 konnte das kommunale Finanzierungsdefizit der Kernhaushalte auf 1,7 Mrd. € (einschl. Extrahaushalte -2,9 Mrd. €) verringert werden. Im Jahr 2012 erzielten wieder einen positiven Finanzierungssaldo im Kernhaushalt in Höhe von 1,8 Mrd. € (einschl. Extrahaushalte 0,9 Mrd. €), und daran dürfte sich nach der Einschätzung der Bundesregierung bis 2016 nicht ändern; sie erwartet einen Finanzierungsüberschuss der Gemeinden und Gemeindeverbände, der sich ab 2014 auf jährlich rund 4,5 Mrd. € belaufen soll. Die aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Darin wird davon ausgegangen, dass die Ausgaben von 2013 bis 2016 um 2,5% p.a. steigen, die Einnahmen aber um 2,8% p.a. Dies ist vor allem das Ergebnis erwarteter Steuermehreinnahmen sowie steigender laufender Zuweisung von Bund und Ländern.

Die aktuelle Steuerschätzung von November 2013 geht davon aus, dass die kommunalen Steuereinnahmen bundesweit in den Jahren 2014 bis 2018 um etwa 3,6% p.a. zunehmen werden (Tabelle 5). Die kommunalen Spitzenverbände kamen im Sommer 2013 zu einem ähnlichen Ergebnis, wobei für die

Jahre 2014 und 2015 sogar mit einem geringfügig stärkeren Einnahmewachstum gerechnet wird. Die relative Steuerkraft Nordrhein-Westfalens hat zwar nachgelassen – es ist mittlerweile vom Geber- zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich geworden. Gleichwohl rechnet das Innenministerium die Landesentwicklung für Nordrhein-Westfalen mit einer ähnlichen Entwicklung des kommunalen Steueraufkommens. Auffällig ist aber der niedrige Ansatz für 2013; es wird mit einer Steigerung der Steuereinnahmen um 2,6% rechnet – der AK Steuerschätzung erwartet für Deutschland 4,9%.

Tabelle 5

Prognose der kommunalen Steuereinnahmen

2011 bis 2018; in % €

Jahr	AK Steuer- schätzung	Kommunale Spitzenverbände	Innenministerium NRW
2011	8,9	-	-
2012	5,8	6,6	-
2013	4,9	3,5	2,6
2014	3,7	3,9	3,8
2015	3,7	3,8	3,7
2016	3,6	3,6	3,6
2017	3,5	-	3,4
2018	3,6	-	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen, der kommunalen Spitzenverbände und des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. –
¹Herbstprognose des AK Steuerschätzung (November 2013). –
²Prognose der Kommunalen Spitzenverbände (Juni 2013). –
³Orientierungsdaten des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalens (Juli 2013).

Die Ausgabenentwicklung wird 2014 bis 2016 bestimmt vor allem von einem Anstieg der Personalausgaben (3,1% p.a.) und der Sozialleistungen (2,1% p.a.).

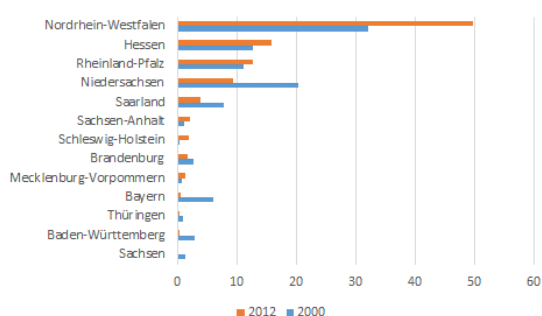
Die für die Gesamtheit der Kommunen erwarteten Überschüsse dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass erhebliche fiskalische Disparitäten bestehen. Dies lässt sich insbesondere am hohen Volumen der zur Liquiditätssicherung von den Kommunen aufgenommenen Kassenkrediten ablesen, die sich zunehmenden auf Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz konzentrieren (Schaubild 3). Entfielen im Jahr 2000 lediglich ein Drittel der kom-

munalen Kassenkredite der Kernhaushalt auf Nordrhein-Westfalen, war es 2012 knapp die Hälfte; bei einem Anteil an der Bevölkerung der Flächenländer von etwa 23%. Derartige fiskalische Disparitäten bestehen auch innerhalb Nordrhein-Westfalens wie auch innerhalb der Region Nord Westfalen (s.u. Strukturelle Defizite).

Schaubild 3

Regionale Verteilung der kommunalen Kassenkredite

2000 und 2012; Anteil der Flächenländer in%



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2.2. Finanzwirtschaftliche Lage der Ober- und Mittelzentren in der Region Nord Westfalen

2.2.1 Bundespolitische Einflüsse

Ein Dauerthema ist die Belastung der Kommunen durch Sozialleistungen infolge bundesgesetzlicher Regelungen. Nach dem Sozialbericht für das Jahr 2011, beliefen sich die kommunalfinanzierten Sozialleistungen damals bundesweit auf etwa 30 Mrd. € (Sozialhilfe: 21,3 Mrd. €, Grundsicherung für Arbeitsuchende: 8,5 Mrd. €). Seitdem hat sich der Bund entschlossen, die Kommunen schrittweise vollständig von den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter zu entlasten. In 2011 übernahm er noch nur 11% dieser Kosten, 2012 bereits 45% und 2013 75%. Ab 2014 übernimmt der Bund die gesamten Kosten der Grundsicherung. Erhielten die nordrhein-westfälischen Kommunen hierfür 2011 lediglich 154,4 Mill. €, waren es 2012 bereits 480 und 2013 800 Mill. €. Die reinen Ausgaben für die Grundsicherung beliefen sich 2012 in Nord Westfalen auf 129,7 Mill. €, die für die Eingliederungshilfen auf 24,2 Mill. € (Tabelle 6).

Die Große Koalition hat zudem angekündigt, dass der Bund sich an den Kosten der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen beteiligen will (sog. Bundesteilhabegesetz). Damit sollen die Kommunen um 5 Mrd. € p.a. entlastet werden. Die geplante Anschlussfinanzierung das auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dürfte den Kommunen ebenfalls fiskalische Handlungsspielräume eröffnen.

Tabelle 6

Reine Ausgaben der Kommunen für ausgewählte SGB XII-Leistungen

2012; in 1 000 €

	Grundsicherung im Alter	Eingliederungshilfe
Bottrop	5 135	909
Gelsenkirchen	20 510	2 216
Münster	18 657	1 746
Kreis Borken	15 302	2 135
Kreis Coesfeld	7 335	2 249
Kreis Recklinghausen	32 428	6 886
Kreis Steinfurt	18 992	5 845
Kreis Warendorf	11 367	2 232
Nord-Westfalen	129 746	24 219

Quelle: Landesdatenbank NRW.

2.2.2 Landespolitische Einflüsse

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen ist prekär. Der Landeshaushalt weist zurzeit ein strukturelles Defizit von 3,4 Mrd. € auf, das mit Blick auf die grundgesetzliche Schuldenbremse bis 2020 auf Null zurückgeführt werden muss. Zugleich haben die Kommunen bis Ende 2012 ein Bestand an Kassenkrediten von 23,7 Mrd. € aufgebaut. Der Landeshaushalt kann letztlich nicht konsolidiert werden, wenn nicht zugleich eine Konsolidierung auf kommunaler Ebene gelingt. Viele Gemeinden scheinen dazu aber nicht mehr in der Lage, so dass sich das Land entschlossen, die Kommunen im Rahmen des Stärkungspaktes zu unterstützen. Die Formel lautet: Konsolidierungshilfen gegen Konsolidierungsmaßnahmen der Kommunen. Abgesehen von der Frage, ob dieses Programm konzeptionell geeignet ist, die Kommunalhaushalt erfolgreich zu konsolidieren – in seinem Mittelpunkt

steht der Abbau der Neuverschuldung, nicht des Schuldenstands – wird aktuell insbesondere die Beteiligung sog. abundanter Gemeinden an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen kontrovers erörtert. In der Region Nord-Westfalen erhalten zehn Gemeinden Konsolidierungshilfen, darunter die kreisfreien Städte Bottrop und Gelsenkirchen sowie Gemeinden des Kreises Recklinghausen. Zwei Kommunen – Gronau und Oelde – müssen andererseits nach aktuellem Rechtsstand eine Solidaritätsumlage zur Finanzierung der Konsolidierungshilfen leisten (Tabelle 7).

Tabelle 7
Finanzielle Auswirkungen des Stärkungspaktes 2014; in 1000 €

Gemeinde	Konsolidierungshilfe	Solidaritätsumlage
Gronau		762
Oelde		436
Castrop-Rauxel	13 025	
Datteln	4 345	
Dorsten	7 235	
Gladbeck	3 591	
Haltern	1 594	
Herten	4 392	
Marl	9 485	
Oer-Erkenschwick	30 312	
Recklinghausen	5 341	
Waltrop	3 255	
Bottrop	3 023	
Gelsenkirchen	11 608	
Summe	97 206	1 198

Eigene Darstellung nach Angaben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

Im Verhältnis von Land und Gemeinden ist die Frage nach einer angemessenen finanziellen (Mindest-) Ausstattung der Kommunen ein steter Streitpunkt. Dabei geht es um die generelle Frage einer auskömmlichen Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs (Verbundquote) und der Verteilung der Mittel. Betrachtet man nur die Verteilung der Finanzausgleichsmittel, so ist die Region Nord Westfalen Verlierer der Anpassung der Grunddaten 2011 sowie der Einführung eines Soziallastenansatzes von 15,3. Die Vergleichsrechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 bezifferten die positiven Auswir-

kungen der Grunddatenanpassung für Bottrop und Gelsenkirchen sowie die Städte des Kreises Recklinghausen auf 55,6 Mill. €, die negativen für Münster und die kleineren kreisangehörigen Städte auf 57,6 Mill. € (Tabelle 8). Die Einführung des Soziallastenansatzes von 15,3, den man mittlerweile offensichtlich wieder reduzieren will, hat ähnliche Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Städte in Nord Westfalen. Die Vergleichsrechnungen für 2011 zeigen, dass wiederum die strukturschwachen Städte von dieser Regelung profitieren (35,3 Mill. €) und die übrigen Städte und Gemeinden der Region verlieren (-40,2 Mill. €).

Tabelle 8
Auswirkungen von Grunddatenanpassung und des Soziallastenansatzes auf die Schlüsselzuweisungen Vergleichsrechnungen für 2011; in 1 000 €

Stadt/Kreis	Grunddatenanpassung	Soziallastenansatz
Bottrop	2 094	856
Gelsenkirchen	26 757	18 640
Münster	-1 924	-
Kreis Borken	-17 223	-12 287
Kreis Coesfeld	-12 545	-9 707
Kreis Recklinghausen	26 803	15 761
Kreis Steinfurt	-19 205	-15 698
Kreis Warendorf	-6 760	-1 522
Nord Westfalen	-2 003	-3 957

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ein weiteres Konfliktfeld stellt die finanzielle Beteiligung der Kommunen mit Blick auf einzelne Aufgaben dar (Konnexitätsprinzip). Lange umstritten war insbesondere die Höhe der kommunalen Beteiligung an den Einheitslasten. Diese Kontroverse hat juristisch wie politisch einen Abschluss gefunden. Die Berechnung der kommunalen Beteiligung wurde im Lichte eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs erneut modifiziert, und zwar rückwirkend für die Jahre 2007 bis 2012. Zudem verzichtet das Land auf Gegenforderungen, die in den Jahren 2007 und 2008 entstanden sind. Die vorgenommen Korrekturen für

die Jahre 2007 bis 2011 belasten den Landeshaushalt 2013 mit 275 Mill. €. Die Einmaleffekte der Rückzahlungen lassen manchen Kommunalhaushalt in 2013 besser abschließen als erwartet. Für die kommenden Jahre rechnet man mit einer Entlastung der kommunalen Haushalte um jeweils 145 Mill. €. Auf einige Haushalte kommen allerdings – rückwirkend wie in Zukunft – auch Mehrbelastungen zu.

Die Be- und Entlastungswirkungen kommen zustande, weil der kommunale Finanzierungsbeitrag über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage und die Verbundsatzsystematik erbracht wird. Er hängt damit von der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens sowie des Steueraufkommens und der relativen Finanzkraft der Bundesländer ab. Es kommt also zu Über- und Unterzahlungen die – aktuell im Rahmen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes – korrigiert werden (Tabelle 9). Zu diesem Zweck wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ein Belastungsausgleich gewährt, indem die Verbundquote um 1,17Prozentpunkte aufgestockt wird.

Der Finanzierungsmechanismus bewirkt, dass insbesondere gewerbesteuer schwache Gemeinden unterzahlt haben. Dies trifft in Nord Westfalen vor allem strukturschwache Gemeinden. Hinzu kommt, dass Kreise und Landschaftsverbände keine Gewerbesteuerumlage zahlen. Sie haben deshalb alle zu wenig abgeführt. Dies führt wiederum zu Belastungen der kreisangehörigen Gemeinden, aber auch der kreisfreien Städte. In Nord Westfalen müssen der Kreis Borken 2,6 Mill. €, der Kreis Coesfeld 1,5 Mill. €, der Kreis Recklinghausen 3,3 Mill. €, der Kreis Steinfurt 3 Mill. € und der Kreis Warendorf 2,1 Mill. € für den Abrechnungszeitraum 2007 bis 2011 nachzahlen. Auch hiervon sind wiederum strukturschwache Gemeinden besonders betroffen.

Ein neues Konfliktfeld hat sich inzwischen mit der Inklusion aufgetan, der Integration von Kindern mit sonderpädagogischen Förderungsbedarf in den Unterricht der allgemeinbildenden Schulen. Die Kommunen verlangen mit dem Verweis auf das Konnexitätsprinzip für den erforderlichen Investiti-

ons- und Sachaufwand eine Kompensation. Eine Studie im Auftrag der kommunalen Spitzenverbände beziffert die laufenden Kosten der Inklusion für die Grundschulen am Beispiel des Kreises Borken auf 3,9 Mill. € p.a. Hinzu kommen Investitionskosten bis zum Schuljahr 2019/2020 von mindestens 2,3 Mill. €. Je nach Konzept (Klassenfrequenzen, unterstellter Bedarf an zusätzlichen Betreuungsräume) können die Investitionskosten auf bis 32 Mill. € ansteigen. Belastbare Berechnungen für Nordrhein-Westfalen insgesamt liegen bislang nicht vor; viele Kommunen drohen mit einer Verfassungsklage.

Tabelle 9

Be- und Entlastungswirkungen des geänderten Einheitslastenabrechnungsgesetzes vom 3. Dezember 2013¹

2013 und 2014; in 1 000 €

Abrechnungszeitraum	2007-2011	2012
Haushaltswirksam	2013	2014
Bottrop	-937	-188
Gelsenkirchen	-786	-1 337
Münster	19 134	8 596
Ahaus	930	591
Bocholt	1 839	1 181
Borken	852	462
Gronau	3 621	2 122
Stadtlohn	641	471
Vreden	453	249
Coesfeld	567	357
Dülmen	569	221
Lüdinghausen	422	91
Castrop-Rauxel	-670	-309
Datteln	54	-121
Dorsten	-517	-169
Gladbeck	-369	-38
Haltern am See	123	-3
Herten	-207	-204
Marl	1 775	1 821
Oer-Erkenschwick	-479	-160
Recklinghausen	-369	-119
Waltrop	-400	-77
Emsdetten	515	429
Greven	383	285
Ibbenbüren	305	200
Lengerich	344	411
Ochtrup	227	271
Rheine	1 047	260
Steinfurt	-53	-46
Ahlen	1 727	450
Beckum	629	221
Oelde	1 440	728
Warendorf	381	259

Quelle: Nach Angaben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. –¹Stand Juli 2013.

2.2.3 Allgemeine Haushaltssituation

Die unterschiedlichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen im IHK-Bezirk spiegeln sich in den kommunalen Haushalten der Ober- und Mittelzentren wider (Übersicht 1). 14 Gemeinden, die ihre Haushalte echt oder zumindest fiktiv durch den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage ausgleichen, stehen 14 Gemeinden gegenüber, die sich in der Haushaltssicherung/Haushaltssanierung befinden. Erstere Gruppe besteht aus stabilen und wachsenden Gemeinden; zu letzteren zählen überwiegend sog. schrumpfende Gemeinden.

Übersicht 1

Finanzwirtschaftliche und sozioökonomische Typisierung der Ober- und Mittelzentren im IHK-Bezirk

Gemeindetyp		Haushaltsstatus			Insgesamt
		Schrumpfend	Stabil	wachsend	
Haushaltsausgleich	Echter	-	2	1	3
	Fiktiver	-	4	7	11
	Allgemeine Rücklage	1	2	2	5
Haushaltssicherung/-sanierung		10	2	2	14
Insgesamt		11	10	12	33

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Innenministeriums des Landes NRW sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). ¹Stand 31.12.2012. ²Typisierung der BBSR.

Dies zeigt, dass die sozioökonomischen Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss auf die kommunale Haushaltssituation haben. Daraus folgt aber nicht, dass die lokalen Entscheidungsträger über keinerlei finanzpolitische Gestaltungsräume verfügen. Dafür spricht schon allein der Umstand, dass auch vier Gemeinden mit guten sozioökonomischen Rahmenbedingungen ihre Haushalte nur durch den Rückgriff auf die allgemeine Rücklage ausgleichen können, weitere vier sich gar in der Haushaltssicherung befinden.

2.2.4 Strukturelle Defizite als Schuldentreiber

Bei der kommunalen Verschuldung muss man zwischen fundierten Schulden, hinter denen entsprechende Investitionen stehen, und strukturellen Defiziten unterscheiden, die durch Kassenkredite gedeckt werden. Die Höhe der fundierten Schulden wird geprägt von der Investitionstätigkeit und dem Grad ihrer Eigenfinanzierung. Kreditfinanzierte Investitionen tätigen vor allem (stark) wachsende Gemeinden (Tabelle 10): sie als Gruppe sind für den Anstieg der fundierten Schulden je Einwohner in Nord-Westfalen verantwortlich. Die Gruppe der schrumpfenden Gemeinden hielt sich dagegen zurück, Gemeinden mit einem stabilen Umfeld bauten sogar ihre fundierten Schulden je Einwohner ab.

Schuldentreibend wirken in Nord Westfalen, wie in NRW insgesamt, vor allem die strukturellen Defizite. Kommunale Kassenkredite dienen längst nicht mehr – wie ursprünglich gedacht – der Überbrückung temporärer Liquiditätsengpässe, sondern der dauerhaften Finanzierung kumulierender struktureller Defizite. Gefördert wurde dies lange Zeit durch die Landespolitik, die diese Defizite im Rahmen der Kommunalaufsicht hinnahm bzw. sogar Anreize setzt, indem sie die zulässige Laufzeit der Kassenkredite verlängerte.

Ende 2012 belief sich das Volumen ausstehender Kassenkredite landesweit auf 23,7 Mrd. €. Davon entfielen 2,7 Mrd. € oder 10,6% auf die Ober- und Mittelzentren des IHK-Bezirks – nur knapp unterhalb des Bevölkerungsanteil von 11,6%. Auch hier zeigen sich die fiskalischen Disparitäten der Region. Die Kassenkredite konzentrieren sich auf Gelsenkirchen sowie die Städte des Kreises Recklinghausen. Alleine auf Gelsenkirchen entfallen etwa ein Viertel der Kassenkredite der Ober- und Mittelzentren des IHK-Bezirks, aber nur ein Achtel der Bevölkerung. Die Gemeinden des Kreises Recklinghausen nehmen rund 63% der Kassenkredite auf, bei einem Bevölkerungsanteil von nur etwa 30%. Es liegt auf der Hand, dass dieser Zustand nicht haltbar ist. Es ist eine nachhaltige Konsolidierung der betroffenen Kommu-

nalhaushalte unabdingbar, die einen Abbau der Kassenkredite nach sich zieht.

Tabelle 10

Entwicklung der kommunalen Verschuldung nach Gemeindetypen

2001 bis 2012; Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate (Median der Vergleichsgruppe)

Gemeindetyp	Gesamtschulden je Fundierte Schulden	
	Einwohner	je Einwohner
schrumpfend	8,2	0,5
stabil	0,6	-1,0
wachsend	1,0	1,9
stark wachsend ¹	3,7	3,6
Nord-Westfalen	3,7	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des it.nrw sowie der Städte und Gemeinden. ¹Nur Münster.

Anders stellt sich die Situation in dem meisten Städten mit stabilem oder positiven sozioökonomischen Umfeld dar. Diese sind zumeist bemüht, ihre Verschuldung zu begrenzen oder abzubauen. Die Stadt Borken ist beispielsweise seit 2012 schuldenfrei. Bottrop hat einen Schuldendeckel unter Einbeziehung der Sondervermögen beschlossen. Anderswo gilt der Grundsatz keine Neuverschuldung (Rheine); in Ahaus wurde ein Entschuldungskonzept beschlossen, dass den völligen Schuldenabbau bis 2023 vorsieht. Der Schuldenabbau erfolgt über Sondertilgungen oder eine verringerte Nettokreditaufnahme. Die erforderlichen Mittel werden durch Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, durch gezielte Vermögensverkäufe (Beteiligungen, Grundstücke,) und/oder durch eine geringere Investitionstätigkeit erwirtschaftet.

Angesichts der negativen Auswirkungen einer restriktiveren Haushaltspolitik auf die kommunalen Investitionen, ist aktuell eine Diskussion darüber aufgekommen, ob die finanzpolitische Fokussierung auf den Schuldenabbau angesichts bestehender infrastruktureller Nachholbedarfe sinnvoll ist. So hat Warendorf zusätzliche Investitionen angekündigt, womit allerdings der Konsolidierungskurs verlassen die Erfolge beim Schuldenabbau zu Nichte gemacht

würden. In anderen Gemeinden ist zu beobachten, dass man wieder bereit ist, Investitionen verstärkt über Kredite zu finanzieren.

2.2.5 Kommunale Steuer- und Abgabepolitik

Über Gestaltungsspielraum auf der Einnahmenseite verfügen die Gemeinden insbesondere bei der Gewerbe- und der Grundsteuer. Bei ihrer Hebesatzpolitik bewegt sich die Kommunen im Spannungsfeld zwischen Haushaltsausgleich und Wahrung der Standortattraktivität. So haben sich die Gemeinden in der Region wie auch im Land insgesamt vorwiegend entschieden, vor allem den Hebesatz der Grundsteuer B anzuheben, da man wohl zu Recht vermutet, dass die Ausweichreaktion privater Grundbesitzer gering sind. Erhöhungen bei der Gewerbesteuer fielen dagegen gemäßiger aus, da man – auch hier zu Recht – auf Seiten der Unternehmen stärkere Ausweichreaktionen befürchtet, zumal seit dem Inkrafttreten des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe geltend gemacht werden kann.

Tabelle 11

Sozioökonomische Rahmenbedingungen, Haushaltsstatus und Steuerpolitik in Nord-Westfalen

2000 bis 2013; Steuererhöhungen in %

	Gewerbesteuer	Grundsteuer B
	Gemeindetyp	
schrumpfend	9,1	31,0
stabil	9,5	31,8
wachsend	11,1	37,4
stark wachsend	4,5	14,3
Alle	9,7	34,8
	Haushaltsstatus	
Echter HH-ausgleich	7,6	31,8
Fiktiver HH-ausgleich	10,6	36,5
Allgemeine Rücklage ¹	9,2	29,9
Prekäre Finanzlage ²	9,3	31,1
Alle	9,7	34,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des it.nrw, des BBSR sowie des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. ¹Haushaltsausgleich durch (genehmigte) Verringerung der allgemeinen Rücklage. ²Zusammenfassung von Gemeinden, die verpflichtet sind einen Haushaltssicherungskonzept oder einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen.

Auffallend ist, dass Gemeinden mit schwierigen sozioökonomischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bislang mit Blick auf Steuererhöhungen zurückhaltender agierten (Tabelle 11). Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass die Hebesätze dieser Gemeinden schon in der Vergangenheit erheblich über denen der übrigen Gemeinden lagen. Am stärksten erhöht wurden die Steuersätze in den Gemeinden, die zuletzt ihren Haushalt nur noch durch den Rückgriff auf die Ausgleichrücklage fiktiv ausgleichen konnten. Es handelt sich dabei um stabile oder wachsende Gemeinden. Für die Zukunft ist mit weiteren Erhöhungen vor allem der Grundsteuer B zu rechnen, zum Teil sind diese expliziter Bestandteil vorliegender Haushaltskonsolidierungskonzepte.

Tabelle 12
Steuerpolitik im interkommunalen Vergleich
2000 bis 2013; Steuererhöhungen in %

	Grundsteuer B		Gewerbesteuer	
	Gemeinde in %	Median ¹ in %	Gemeinde in %	Median ¹ in %
Bottrop	31,1	4,3	31,1	20,4
Gelsenkirchen	1,5	12,0	4,3	4,3
Münster	14,3	12,8 ^a	4,5	8,9 ^a
Ahaus	42,4	35,4	11,1	10,1
Gronau	15,5	35,4	6,1	10,1
Haltern	91,9	35,4	11,1	10,1
Stadtlohn	35,4	35,4	8,2	10,1
Ahlen	29,9	36,1	3,7	11,6
Dorsten	95,0	36,1	12,5	11,6
Recklinghausen	23,4	36,1	8,9	11,6
Rheine	45,5	36,1	15,5	11,6
Beckum	31,8	31,5	7,6	9,9
Coesfeld	66,7	31,5	18,4	9,9
Dülmen	50,0	31,5	14,5	9,9
Emsdetten	47,5	31,5	17,4	9,9
Lüdinghausen	39,4	31,5	21,1	9,9
Ochtrup	28,8	31,5	9,3	9,9
Steinfurt	25,3	31,5	1,9	9,9
Vreden	37,7	31,5	10,2	9,9
Warendorf	31,2	31,5	9,5	9,9
Bocholt	27,3	18,8	13,7	6,8
Borken	34,8	28,4	8,2	9,7
Greven	51,5	28,4	15,4	9,7
Ibbenbüren	27,9	28,4	9,7	9,7
Lengerich	25,2	28,4	9,2	9,7
Oelde	40,4	28,4	16,1	9,7
Castrop-Rauxel	52,4	39,5	2,1	11,5
Gladbeck	56,8	39,5	9,1	11,5
Herten	25,6	39,5	14,3	11,5
Marl	37,5	39,5	13,6	11,5
Datteln	25,9	34,4	10,6	9,1
Oer-Erkenschwick	31,0	34,4	5,6	9,1
Waltrop	62,5	34,4	16,5	9,1

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von *it.nrw*. – ¹Median der Vergleichsgruppe. – ^aVergleich mit der Stadt Bonn.

2.2.6 Haushaltskonsolidierung

Nur wenigen Mittelzentren in der betrachteten Region gelingt ein echter Haushaltsausgleich. Im Jahre 2012 waren es lediglich die Städte Beckum, Dülmen und Gronau. Vor allem Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen) befinden sich in einer prekären Finanzlage, d.h. ihr Eigenkapital ist auf Grund der strukturellen Defizite bereits aufgezehrt oder es drohte aufgezehrt zu werden. Auch Gemeinden mit besseren sozioökonomischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben teilweise Probleme, zumindest wieder eine Schwarze Null beim Jahresergebnis zu erreichen.

Die Auswertung vorliegender Haushaltssanierungs- und Haushaltssicherungskonzepte lässt erkennen, dass – wie bereits ausgeführt – vor allem zum Teil massive Erhöhungen der Grundsteuer B geplant sind. Auch die Gewerbesteuer wird verschiedentlich angehoben, hier agiert man aber vorsichtiger. Bestrebt ist man außerdem, die Gebühreneinnahmen zu erhöhen, indem Ermäßigungen abgeschafft, der Kollektivgutanteil öffentlicher Infrastruktur (z.B. Friedhöfe, Straßenreinigung) gesenkt und durch veränderte Kostenkalkulationen (z.B. erhöhte Verzinsung des Eigenkapitals, Abschreibung nicht vom Anschaffungs- sondern vom Wiederbeschaffungswert) den Kostendeckungsgrad von Gebühren zu erhöhen. Vor allem die unterstellte Verzinsung des Eigenkapitals verschafft den Kommunen Handlungsspielräume.

Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite sind zum Teil recht kleinteilig. Es lässt sich aber die Tendenz erkennen, den demographischen Wandel zu nutzen. So schließt man Schulstandorte aufgrund sinkender Schülerzahlen oder versucht zumindest Sachaufwendungen einzusparen. Der demographische Wandel erhöht mittelfristig auch die Altersfluktuation und erleichtert es, den Personalstand zu reduzieren und an veränderte Aufgabenstellungen anzupassen.

Kurz- und mittelfristig erbringen Gebühren- und Steuererhöhungen i.d.R. die größten Konsolidie-

rungsbeiträge. Ausgabenkürzungen gewinnen in den vorliegenden Konsolidierungskonzepten erst auf längere Sicht an Bedeutung. Hier gilt es eine ausgewogene Balance zu finden, damit die Standortattraktivität sowohl für Privathaushalte als auch Unternehmen nicht gefährdet wird.

II. Finanzwirtschaftliche Profile der Gemeinden der Region Nord-Westfalen

Die fiskalischen Disparitäten zwischen den Kommunen werfen die Frage auf, inwieweit diese der kommunalen Finanzpolitik zuzuschreiben sind oder Faktoren, die außerhalb des unmittelbaren kommunalpolitischen Einflussbereichs liegen. Wertvolle Anhaltspunkte liefert hier ein Vergleich von Gemeinden mit ähnlichen Rahmenbedingungen.

Um homogene Vergleichsgruppen bilden zu können, werden in die folgende Analyse nur nordrhein-westfälische Gemeinden einbezogen, da nur sie den gleich rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen. Auch bildet der administrative Gemeindetypus (Kreisfreie Stadt, kreisangehörige Gemeinde) ein Kriterium bei der Wahl von Vergleichsgruppen, da beide Typen in unterschiedlichem Maße staatliche Aufgaben übernehmen müssen. Der interkommunale Vergleich beschränkt sich zudem auftragsgemäß auf Ober- und Mittelzentren als raumplanerische Kategorien, wie sie im Landesentwicklungsplan³ des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt sind.

Die administrativen und raumplanerischen Kriterien werden kombiniert mit einer sozioökonomischen Typisierung der Gemeinden, wie sie das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) (2002) vorgenommen hat. In dieser Studie konnten nicht alle hier betrachteten Gemeinden einem Typ zugeordnet werden, da dazu erforderlichen Daten zum Teil nicht vorlagen. Einige kleinere Gemeinden mussten hier deshalb gesondert zugeordnet werden, wobei auf Raumabgrenzungen der BBSR zurückgegriffen wurde, die die Gemeinden zum einen anhand von Funktion und Größe sowie anhand von sechs Strukturindikatoren – Bevölkerungsentwicklung, Gesamtwanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Realsteuer- und Kaufkraft – als schrumpfend oder wachsend klassifiziert. Die Typisierung der BBSR wurde zudem herangezogen, um die Plausibi-

lität der Ergebnisse des Difu zu überprüfen. Dies führte im Einzelfall zu Korrekturen. Insgesamt wurden so 10 Vergleichsgruppen gebildet, die 33 Städte und Gemeinden der Region Nord Westfalen und weitere 107 des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen (Übersicht 2).

Übersicht 2

Zusammenstellung der Vergleichsgruppen

IHK-Gemeinde	Vergleichsgemeinden
	Kreisfreie Städte
Münster	Bonn
Gelsenkirchen	Hagen, Hamm, Herne, Oberhausen
Bottrop	Mülheim/Ruhr, Solingen
	Kreisangehörige Gemeinden
Ahaus, Gronau, Haltern, Stadtlohn	Bedburg, Bornheim, Delbrück, Hamminkeln, Hennef, Herdecke, Kaarst, Kevelaer, Königswinter, Korschenbroich, Leichlingen, Lohmar, Mechernich, Niederkassel, Petershagen, Rheinberg, Rietberg, Sprockhövel, Sundern, Tönisvorst, Wegberg
Ahlen, Dorsten, Recklinghausen, Rheine	Bergheim, Dinslaken, Hattingen, Iserlohn, Menden, Moers, Velbert, Wesel, Witten
Bocholt	Arnsberg, Bad Salzuflen, Detmold, Düren, Euskirchen, Gummersbach, Gütersloh, Herford, Hilden, Hürth, Langenfeld, Lippstadt, Lüdenscheid, Minden, Ratingen, Siegen, Troisdorf, Viersen
Borken, Greven, Ibbenbüren, Lengerich, Oelde	Brilon, Brühl, Bünde, Erkrath, Espelkamp, Frechen, Geldern, Goch, Haan, Höxter, Kempen, Kreuztal, Lemgo, Lennestadt, Lübbecke, Marsberg, Meschede, Porta Westfalica, Rheda-Wiedenbrück, Schmallenberg, Warburg, Wermelskirchen, Werne, Wetter (Ruhr),
Castrop-Rauxel, Gladbeck, Herten, Marl	Bergkamen, Lünen
Beckum, Coesfeld, Dülmen, Emsdetten, Lüdinghausen, Ochtrup, Steinfurt, Vreden, Warendorf	Attendorn, Bad Honnef, Büren, Erkelenz, Geilenkirchen, Jülich, Kleve, Olpe, Rheinbach, Siegburg, Verl, Wiehl, Wipperfürth
Datteln, Oer-Erkenschwick, Waltrop	Emmerich, Gevelsberg, Heiligenhaus, Hemer, Hückelhoven, Kamen, Kamp-Lintfort, Monheim am Rhein, Neukirchen-Vluyn, Radevormwald, Schwelm, Selm, Wesseling

Eigene Darstellung.

Grundlage der Bewertung jeder Gemeinde ist ein finanzpolitisches Profil, das anhand ausgewählter sozioökonomischer und finanzwirtschaftlicher Kennziffern⁴ erstellt wird. In seinem sozioökonomischen Teil fußt das Profil auf Angaben zur wirtschaftlichen (u.a. BIP je Einwohner, Beschäftigtenquote) und demographischen Entwicklung (Einwohnerzahl, Jugend- und Alterslastquotient). Die finanzwirt-

³ Stand 1995. Zurzeit wird ein neuer Landesentwicklungsplan erarbeitet.

⁴ Diese Kennziffern werden im Anhang in alphabetischer Reihung aufgeführt und erläutert.

schaftliche Lage wird abgebildet durch Indikatoren der allgemeinen Haushaltssituation, der Finanzkraft, der Leistungserstellung und der Verschuldung.

Die Bildung der Kennziffern stützt sich auf Daten der Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT NRW), des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, der Bundesanstalt für Arbeit, des Statistischen Bundesamtes sowie eine Auswertung kommunaler Haushaltspläne, Haushaltssicherungs- und Haushaltssanierungskonzepte (Übersicht). Dabei ist zu beachten, dass durch die Einführung der Neuen Kommunalen Finanzrechnung die Daten ab 2009 nur zum Teil mit denen für frühere Jahre vergleichbar sind. Am ehesten vergleichbar sind die Ergebnisse für die vierteljährlichen Kassenergebnisse (bis 2008) und der Finanzrechnung der Doppik (ab 2009). Allerdings ist die Umstellung der Finanzstatistik mit Übergangsproblemen verbunden, die die Verlässlichkeit der Daten beeinträchtigt⁵. Dies betrifft vor allem das Jahr 2009. In Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der Daten und unter Abwägung ihrer Qualität werden daher je nach Fragestellung zum Teil abweichende Vergleichsjahre gewählt, insbesondere in der Zeit ab 2009. Der finanzwirtschaftliche Ausblick stützt sich auf die Jahre 2012 bis 2017, je nachdem ob der Haushalt 2014 bereits eingebracht wurde.

Maßstab für die Beurteilung der Indikatorwerte ist der Median der jeweiligen Vergleichsgruppe. Er wird dem arithmetischen Mittel vorgezogen, weil er weniger anfällig für Ausreißer in den Daten ist. Ein intertemporaler Vergleich kann sich zum einen auf den Median der Veränderungsraten der Indikatorwerte stützen; zum anderen auf einen Vergleich der relativen Entwicklung des gemeindespezifischen zum medianen Indikatorwert. Beide Perspektiven werden hier berücksichtigt. Die Abweichung vom medianen Indikatorwert ist hier aber das entscheidende Kriterium. Sie verweist auf mögliche Handlungsbedarfe und -potenziale.

⁵ Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen verzichtet zurzeit auf die Erstellung von Kommunalfinanzberichten, weil wegen der Umstellung auf das doppische System keine ausreichend verlässliche Daten vorliegen.

Übersicht 3

Überblick über die verwendeten Datenquellen

Datenquelle	Daten
Landesdatenbank NRW	Bruttoeinnahmen und -ausgaben des Verwaltungshaushalts
	Steuereinnahmen
	Verbindlichkeiten/Schulden
	Auszahlungen 2010 (z.B. Personalausgaben)
	Bevölkerungsvorausberechnung (Einwohnerzahl, Altersstruktur)
It.nrw	Arbeitslose (kreisangehörige Gemeinden)
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (kreisangehörige Gemeinden)
	Sonderauswertung Kassenkredite
	Sonderauswertung Vollzeitäquivalente
Bundesagentur für Arbeit	Pressemitteilungen für Verbindlichkeiten der Gemeinden
	Pressemitteilung Entwicklung Primäreinkommen und verfügbare Einkommen
	Reine Ausgaben der Sozial- und Jugendhilfe
Städte und Gemeinden (Haushaltspläne und -entwürfe)	Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten für kreisfreie Städte
	Auszahlungen für 2012 und 2013
	Jahresergebnisse 2012 bis 2017
Innenministerium NRW	Entwicklung des Eigenkapitals bis 2017
	Haushaltsstatus
	Schlüsselzuweisungen
	Be- und Entlastungswirkungen (Einheitslastenabrechnungsgesetz, Stärkungspakt, Vergleichsrechnungen Grunddatenanpassung und Soziallastenansatz im KFA)

Eigene Darstellung.

So wird die Entwicklung von Kennziffern im Zeitraum von 2000 bis 2012/2013 bzw. 2012 bis 2017 anhand von Pfeilen kenntlich gemacht, die die Veränderung relativ zum Median betrachtet wird. Dabei ist im Einzelfall festzulegen, ob hohe oder niedrige Indikatorwerte erstrebenswert sind. Ein waagrechter Pfeil (➡) signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist. Auf- und abwärts gerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Rela-

tion zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat. Ein aufwärtsgerichteter Pfeil (↑) steht für Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung. Ein abwärts gerichteter Pfeil (↓) steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen. Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

**Finanzwirtschaftliche Profile
der Gemeinden des Kammerbezirks**

Kreisfreie Städte



Bottrop

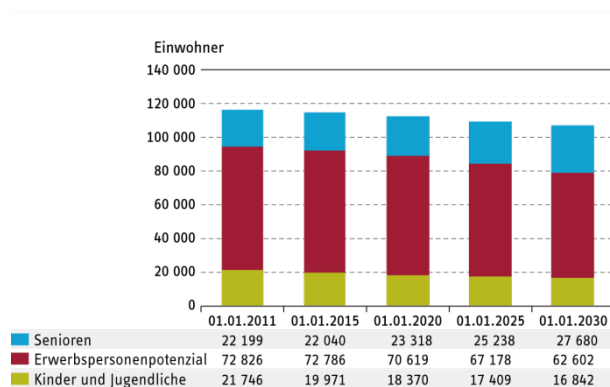
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

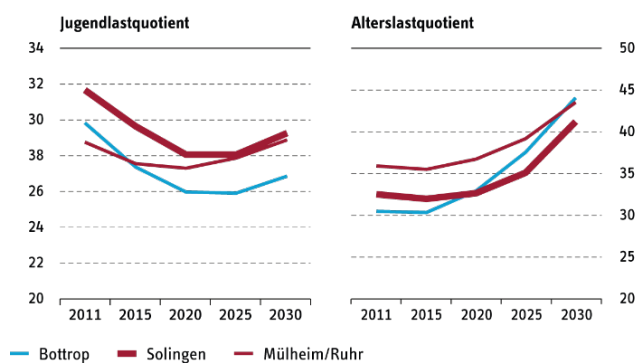
Indikator	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	2000	15 302	27 022	21 239
	2005	16 583	31 794	23 005
	2011	19 308	37 433	24 440
	JDV 2011/00	2,1	3,0	1,3
Arbeitslosenquote	2008	9,0	8,2	8,6
	2009	8,8	8,5	9,4
	2010	8,7	8,9	8,9
	2011	8,5	8,4	8,0
	2012	8,7	7,8	8,4
	SGBII-Arbeitslosenquote	2008	6,5	6,5
2009		6,3	6,4	6,2
2010		6,4	6,8	6,1
2011		6,5	6,6	5,8
2012		6,5	6,0	6,0
Unterbeschäftigung	2010	11,7	11,4	12,1
	2013	11,5	9,5	10,0

Demographische Entwicklung in Bottrop nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-1,3	-6,4	-5,3	↑
	2005	-22,2	-30,8	-31,8	
	2008	0,6	-5,4	0,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 583	1 674	1 731	↑
	2005	2 087	2 769	2 409	
	2010	2 189	2 756	2 119	
	2013	2 540	3 367	2 802	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	96,7	89,9	98,8	↑
	2013	95,5	90,6	90,2	
	2014	98,5	91,7	97,7	
	2015	99,1	94,2	97,8	
	2016	100,5	96,4	99,3	
	2017	101,7	97,9	100,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-22,8	-19,2	-23,0	↓
	2013	-40,0	-26,9	-80,4	
	2014	-37,8	-34,0	-145,6	
	2015	-53,2	-43,0	k.A.	
	2016	-69,9	-62,5	k.A.	
	2017	-89,4	-147,1	k.A.	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	225	230	205	↑
	2005	265	230	205	
	2009	265	230	205	
	2012	265	230	255	
	2013	265	265	255	
Grundsteuer B	2000	450	500	490	↓
	2005	530	500	490	
	2009	530	500	490	
	2012	570	530	590	
	2013	590	560	590	
Gewerbesteuer	2000	470	470	440	→
	2005	490	470	440	
	2009	490	470	450	
	2012	490	480	475	
	2013	490	480	475	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	170	386	327	↑
	2005	164	421	395	
	2009	217	706	397	
	2012	259	450	526	
Grundsteuer B	2000	103	162	135	↑
	2005	127	171	166	
	2009	140	182	160	
	2012	158	195	199	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	285	363	341	↑
	2005	244	316	283	
	2009	298	364	333	
	2012	331	410	371	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	20	40	38	↑
	2005	20	41	38	
	2009	29	52	47	
	2012	36	60	51	
Steuerkraft	2000	579	951	842	↑
	2005	557	948	882	
	2009	686	1 303	938	
	2012	785	1 115	1 149	
Schlüsselzuweisungen	2000	455	219	256	↓
	2005	396	113	177	
	2009	526	0	239	
	2012	567	276	397	
Finanzkraft	2000	1 033	1 170	1 098	↑
	2005	953	1 060	1 060	
	2009	1 211	1 303	1 177	
	2012	1 353	1 391	1 546	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	565	563	413	↑
	2005	602	550	475	
	2010	678	720	539	
	2013	768	898	656	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	151	133	34	↓
	2005	158	91	19	
	2010	256	101	153	
	2013	269	293	119	
Reine Ausgaben Sozialhilfe in € je Einwohner	2006	85	97	110	↑
	2010	110	143	136	
	2012	110	168	147	
Reine Ausgaben Jugendhilfe	2000	186	178	234	→
	2005	214	217	255	
	2011	169	191	168	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	13,9	13,1	9,4	↑
	2005	12,5	11,3	9,0	
	2010	13,0	13,1	9,3	
	2012	13,1	16,0	7,3	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	13,9	23,7	22,9	↓
	2005	13,0	17,0	23,4	
	2010	13,4	16,0	15,3	
	2012	13,5	16,0	14,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Bottrop	Mülheim/Ruhr	Solingen	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 100	587	46	↑
	2005	972	337	88	
	2010	992	302	1 132	
	2012	972	1 973	1 069	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	112	1 384	2 621	↑
	2005	153	2 259	2 926	
	2010	153	2 385	1 847	
	2012	165	663	1 676	
Kassenkredite in € je EW	2000	169	755	411	↓
	2005	523	1 384	1 439	
	2010	1 344	2 977	2 862	
	2012	1 666	4 177	2 989	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 381	2 727	3 078	↑
	2005	1 647	3 981	4 453	
	2010	2 489	5 663	5 841	
	2012	2 803	6 814	5 734	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,4	2,9	3,7	↑
	2005	3,0	4,2	5,0	
	2010	3,6	4,9	6,7	
	2012	3,6	6,1	5,0	
Zinsausgaben in € je EW	2000	72	94	17	↑
	2005	61	73	31	
	2010	76	149	92	
	2012	76	179	109	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	57	70	36	→
	2005	41	43	21	
	2010	33	45	23	
	2012	29	29	27	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrecht Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Stadt Bottrop sind schwierig, stellen sich aber nach den Kriterien des BBSR besser dar als in den Vergleichsgemeinden. Bottrop gilt danach als stabile Stadt, während Mülheim als wachsende und Solingen als schrumpfende Stadt eingestuft werden. Die Wirtschaftsleistung Bottrops wuchs in den Jahren 2001 bis 2011 mit 2,1% p.a. nicht so dynamisch wie in Mülheim (3,0% p.a.), sie nahm aber deutlich kräftiger zu als in Solingen (1,3% p.a.).
- Bottrop wies bereits zu Zeiten der kameralistischen Buchführung zum Teil erhebliche Unterdeckungen des Verwaltungshaushaltes auf. Seit 1994 konnte nur in den Jahren 2000, 2002 und 2007 ein originärer Überschuss erwirtschaftet werden. Dies setzt sich im doppischen System fort: Die ordentlichen Erträge reichen bis heute nicht aus, um die ordentlichen Aufwendungen zu decken. Bei der Aufstellung des Haushalts 2012 befürchtete man noch, dass 2015 eine Überschuldung eintritt. Nach den aktuellen Planungen wird erwartet, dass es Bottrop 2015 und damit eher als den Vergleichsgemeinden gelingen wird, einen Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erzielen. Die Reduzierung der strukturellen Defizite gelingt indes nicht allein auf Grund eigener Konsolidierungsbemühungen, sondern auch, weil Bottrop freiwillig am Stärkungspakt teilnimmt und Konsolidierungshilfen erhält, in den Jahren 2012 bis 2020 voraussichtlich 75,1 Mill. €.
- Für den massiven Anstieg der Gesamtverschuldung von 1 381 € je Einwohner 2000 auf 2 803 € 2012 waren in erster Linie die strukturellen Defizite verantwortlich. Während die Schulden der Kernverwaltung in diesem Zeitraum reduziert werden konnten, verzehnfachten sich die Kassenkredite. Die Rückführung der Schulden in der Kernverwaltung ging dabei nicht zu Lasten der Investitionstätigkeit.
- Bottrop ist im interkommunalen Vergleich immer noch relativ steuerschwach, obwohl die die Realsteuerhebesätze in den ausgewählten Vergleichsjahren über denen Vergleichsgemeinden liegen. Positiv entwickelt haben sich die Steuerbemessungsgrundlagen: Die Grundbeträge je Einwohner der Grundsteuer B nahmen 2012 gegenüber 2000 um 20,9% zu, die der Gewerbesteuer um 40,4%. Das Wachstum der Steuerbemessungsgrundlage ist damit deutlich kräftiger als in Mülheim (13,6 bzw. 9,9%) und nur etwas schwächer als in Solingen (22,2 bzw. 42,3%). Positiver als in den Vergleichsgemeinden hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entwickelt. Der kommunale Finanzausgleich gleicht die relative Steuerschwäche aber weitgehend aus. Die Finanzkraft je Einwohner nähert sich mit 1 353 € je Einwohner der von Mülheim (1 391 €) an.
- Bottrop erhöhte die laufenden Primärausgaben je Einwohner zwischen 2001 und 2013 um 3,7% p.a. Dies ist der geringste Wert in der Vergleichsgruppe (Mülheim 5,5%; Solingen 3,8). Dazu beigetragen hat die relative günstige Entwicklung der Personalausgaben in der Kernverwaltung. Sie stiegen zwischen 2001 und 2013 lediglich um 2,4% p.a.⁶, in Mülheim und Solingen waren es 3,7 bzw. 3,6% p.a. Der geringere Anstieg ist das Ergebnis eines Personalabbaus: Kamen 2000 noch 13,9 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in der Kernverwaltung auf 1 000 Einwohner, waren es 2012 noch 13,1. Es wurde zwar auch zwischenzeitlich Personal in Eigenbetrieben aufgebaut. Aber auch in der Gemeindeverwaltung insgesamt sank die Personalintensität von 13,9 auf 13,5.
- Die Städte beklagen allgemein steigende Sozialleistungen (SGBII, Leistungen nach dem SGB XII, Jugendhilfe) als eine wesentliche Ursache ihrer Haushaltsprobleme. In Bottrop beliefen sich die Bruttotransferleistungen aus dem SGB II im Jahr 2012 auf 224 € je Einwohner. Die Belastung ist damit höher als in Solingen (200 €), liegt aber unter der von Mülheim (243 €). Die SGBII-Leistungen stiegen zwar seit 2009 um 3,9% p.a., die Nettobelastungen aber nur um 1,7% p.a. Hintergrund sind die ab 2012 erhöhten Kostenerstattungen des Bundes, die zu einer Senkung der kommunalen Nettoleistungen geführt haben. Die reinen Ausgaben der Sozialhilfe sind bedingt durch das Inkrafttreten der Hartz IV-Reformen von 245 2000 auf 110 € je Einwohner 2012 gesunken. Dazu hat beigetragen, dass der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter sukzessive vollständig übernahm. Auch die reinen Ausgaben der Jugendhilfe sind absolut wie relativ rückläufig. Dieser positiven Entwicklung stehen Risiken gegenüber, die aus der demographischen Entwicklung resultieren. So ist angesichts der Alterung der Einwohner mit einer steigenden Zahl von Pflegefällen und damit mit wachsenden Ausgaben für die Hilfe zur Pflege zu rechnen.

⁶ Die Personalausgaben sinken 2014 laut Ergebnisplanung um etwa 2 Mill. €. Dies ist aber einer veränderten, aufwandsmindernden Veranschlagung der Auflösung von Altersteilzeitrückstellungen geschuldet.

- Das Konsolidierungsvolumen beläuft sich im Jahr 2021 auf 17,3 Mill. €. Davon entfallen 42,8% auf Ertragssteigerungen. Allein Steuererhöhungen machen mit 4,1 Mill. € ein Viertel des Konsolidierungsvolumens aus. Die Mehreinnahmen werden überwiegend von einer Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B in zwei Schritten auf 630% ab 2018 und auf 680% ab 2021 erwartet. Personalwirtschaftliche Maßnahmen erbringen mit 2,6 Mill. € etwa 15% des Konsolidierungsvolumens 2021.



Gelsenkirchen

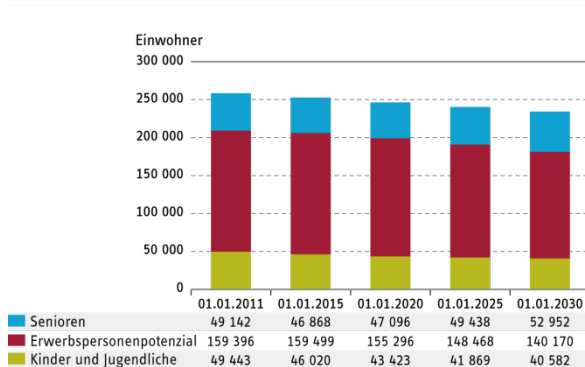
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

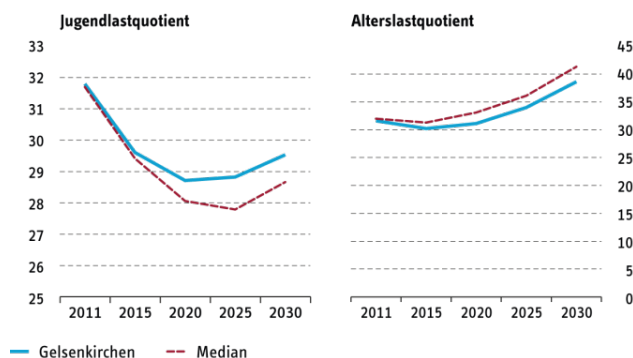
Indikator	Jahr	Gelsenkirchen	Median
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	2000	21 939	19 371
	2005	23 129	21 118
	2011	29 308	24 923
	JDV 2011/00	2,7	2,8
Arbeitslosenquote	2008	15,1	12,1
	2009	15,0	12,3
	2010	14,3	11,6
	2011	14,2	11,6
	2012	14,3	11,7
SGBII Arbeitslosenquote	2008	12,6	10,2
	2009	12,1	10,0
	2010	11,8	9,3
	2011	12,2	9,5
Unterbeschäftigung	2010	19,1	14,7
	2013	18,4	14,3

Demographische Entwicklung in Gelsenkirchen nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Gelsenkirchen	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-15,6	-14,1	↑
	2005	18,7	-25,2	
	2008	-0,9	-15,6	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 746	1 718	→
	2005	2 299	1 868	
	2010	2 518	2 716	
	2013	2 956	2 909	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2011	84,8	84,8	↓
	2012	82,9	91,4	
	2013	94,3	94,3	
	2014	100,1	99,3	
	2015	95,5	100,8	
	2016	98,7	101,7	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-37,3	Vergleich nicht aussagekräftig, da zuletzt nur noch Gelsenkirchen und als Gemeinden ihr Eigenkapital noch nicht aufgebraucht haben.	
	2013	-26,5		
	2014	-14,8		
	2015	-37,6		
	2016	-33,3		
	2017	-16,4		

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Gelsenkirchen	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	265	245	↑
	2005	265	245	
	2009	265	245	
	2012	265	250	
	2013	268,75	250	
Grundsteuer B	2000	530	500	↑
	2005	530	500	
	2009	530	500	
	2013	538	560	
Gewerbesteuer	2000	460	460	↑
	2005	480	460	
	2009	480	465	
	2012	480	480	
	2013	480	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Gelsenkirchen	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	213	181	↓
	2005	277	217	
	2009	359	257	
	2012	272	313	
Grundsteuer B	2000	115	115	→
	2005	129	129	
	2009	134	134	
	2012	146	146	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	266	266	↓
	2005	214	215	
	2009	243	253	
	2012	263	272	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	31	27	↑
	2005	32	28	
	2009	41	36	
	2012	47	41	
Steuerkraft	2000	625	624	↓
	2005	652	608	
	2009	777	731	
	2012	728	764	
Schlüsselzuweisungen	2000	512	455	↑
	2005	557	452	
	2009	483	558	
	2012	908	674	
Finanzkraft	2000	1 137	1 091	↑
	2005	1 209	1 049	
	2009	1 259	1 290	
	2012	1 636	1 667	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Gelsenkirchen	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	531	531	↑
	2005	578	578	
	2010	586	599	
	2013	639	648	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	124	159	→
	2005	178	170	
	2010	206	120	
	2013	173	170	
Reine Ausgaben der Sozialhilfe in € je Einwohner	2006	111	107	↓
	2010	149	118	
	2012	158	133	
Reine Ausgaben der Jugendhilfe in € je Einwohner	2000	152	204	↓
	2005	184	238	
	2011	197	197	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	11,4	12,4	↓
	2005	11,3	11,3	
	2010	12,9	12,3	
	2012	10,2	10,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	17,2	14,9	↓
	2005	16,5	14,2	
	2010	18,1	14,3	
	2012	18,2	13,5	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Gelsenkirchen	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 094	1 340	↓
	2005	2 008	1 678	
	2010	1 550	1 449	
	2012	1 396	1 323	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	52	52	↓
	2005	757	28	
	2010	538	121	
	2012	676	626	
Kassenkredite in € je EW	2000	275	275	→
	2005	0	1 122	
	2010	709	1 884	
	2012	2 539	2 714	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 421	1 704	↓
	2005	2 765	2 820	
	2010	2 670	3 091	
	2012	4 693	4 693	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,27	2,64	→
	2005	4,24	3,02	
	2010	4,06	6,80	
	2012	6,45	6,90	
Zinsausgaben in € je EW	2000	74	77	↑
	2005	57	83	
	2010	61	88	
	2012	104	113	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	51	↑
	2005	28	30	
	2010	28	30	
	2012	23	26	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Finanzlage der Stadt Gelsenkirchen ist prekär. Dies gilt allerdings auch für die übrigen Kommunen der Vergleichsgruppe, die allesamt pflichtig oder freiwillig am Stärkungspakt teilnehmen. Sie sind entweder bereits überschuldet oder ihnen droht die Überschuldung. Die Ursachen hierfür sind nicht allein in der lokalen Finanzpolitik zu suchen, sondern auch in den ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen vor Ort. Gelsenkirchen wie die Vergleichsstädte gelten im Sinne der laufenden Raumbewertung als schrumpfend, was u.a. an überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten und einer rückläufigen Bevölkerungszahl festgemacht wird. Zwar hat Gelsenkirchen innerhalb der Vergleichsgruppe immer noch ein relatives hohes BIP - es nimmt aber in längerfristiger Perspektive unterdurchschnittlich zu. Die Arbeitslosenquote ist - gemessen am Median - sehr hoch. Dazu tragen insbesondere die Arbeitslosen nach SGBII bei. Es liegt auf der Hand, dass sich diese Rahmenbedingungen auch im städtischen Haushalt niederschlagen.
- Gelsenkirchen legt bereits seit 1995 Haushaltssicherungskonzepte auf. Konsolidierungsmaßnahmen im Umfange von 185,7 Mill. € seitdem konnte die finanziellen Unterdeckungen der laufenden Verwaltungstätigkeit nur verringern, aber letztlich nicht beseitigen. Dabei entwickelten sich die laufenden Primärausgaben, die im jeweiligen Haushaltsjahr politisch gestaltbar sind, auf lange Sicht proportional zum Median der Vergleichsgruppe. Die Ausgabenpolitik war insoweit weder restriktiver noch expansiver als in den Vergleichsstädten.
- Ein wichtiger Bestandteil der Konsolidierungsmaßnahmen war ein Personalabbau in der Kernverwaltung. Die Verwaltung spricht von 843 Stellen, die seit 1982 abgebaut werden konnten. Dabei stieg der Personalbestand zwischenzeitlich an, denn die Kernverwaltung wies 2010 mit 3 339 Vollzeitäquivalente einen höheren Personalstand auf als im Jahr 2000 (3 210). Seit 2010 ist man bemüht, Fluktuationen zum Personalabbau zu nutzen. Die Personalintensität nahm von 12,9 Vollzeitäquivalenten je 1000 Einwohner im Jahr 2010 auf 10,2 im Jahr 2012 ab. Allerdings wird jetzt darauf verwiesen, dass nach dem Abbau früherer Jahre, zusätzliche Aufgaben nicht mehr ohne einen Personalaufbau übernommen werden können. Für das Jahr 2013 rechnete man mit Minderausgaben von 3 Mill. €. Die Personalausgaben je Einwohner stiegen gleichwohl um 2,9% p.a. im Zeitraum 2011 bis 2013. Hagen, Herne und Oberhausen waren erfolgreicher beim Personalabbau - auch unter Berücksichtigung der Auslagerungen. Hier schneidet Gelsenkirchen schlechter ab. Die Personalintensität der Gelsenkirchner Gemeindeverwaltung einschließlich der Sonderrechnungen hat sich im interkommunalen Vergleich deutlich ungünstiger entwickelt. Sie übertrifft 2013 mit 18,2 deutlich den Median der Vergleichsgruppe (13,5).
- Der Haushalt wird belastet durch die hohe SGB II-Arbeitslosigkeit. Die Nettobelastung beläuft sich zurzeit auf etwa 64 bis 68 Mill € p.a. gegenüber 55 Mill € 2005. Darüber hinaus liegen auch die Sozialhilfeleistungen je Einwohner nach SGB XII deutlich über dem Median und zwar zunehmend im Zeitablauf. Allerdings ist hier die Ausgabendynamik seit der Reform im Jahr 2005 merklich geringer, weil ehemals erwerbsfähige Sozialhilfeberechtigte nun unter das SGBII fallen. Die reinen Ausgaben für die Jugendhilfe sind global nur schwer zu beurteilen, da hier auch die Aufwendungen für die Kindertageseinrichtungen enthalten sind. Die Sachinvestitionen je Einwohner stagnieren, bewegen sich aber zurzeit auf dem Niveau der Vergleichsgruppe.
- Gelsenkirchen hat früher und stärker als die Vergleichsstädte versucht, seinen Haushalt auch über Steuererhebungen auszugleichen. Die Hebesätze lagen deshalb lange Zeit im oberen Bereich der Vergleichsgruppe. Mittlerweile haben die Vergleichsgemeinden aufgeschlossen. Dabei hat sich das Steueraufkommen der Stadt Gelsenkirchen weniger dynamisch entwickelt als das der Vergleichsgruppe. Dafür verantwortlich ist die zuletzt geringe Dynamik des Aufkommens aus dem Gemeindeanteil an der Einkommsteuer. Ursächlich hierfür dürfte u.a. die hohe Unterbeschäftigung (aktuell etwa 18,4%, der Median liegt bei 14,3%) sein. Die zuletzt beobachtbare Gewerbesteuerschwäche ist u.a. das Ergebnis der Rückerstattung von Vorauszahlungen für den Zeitraum 2008 bis 2010: 54 Mill € mussten alleine einem großen Gewerbesteuerzahler erstattet werden. Auch 2013 wird das Gewerbesteueraufkommen nur etwa zwei Drittel des Haushaltsansatzes erreichen. Die relativ geringere Steuerkraft im interkommunalen Vergleich wird indes überkompensiert durch die Schlüsselzuweisungen, so dass die Finanzkraft je Einwohner deutlich höher ist als der Median der Vergleichsgruppe.
- Die Gesamtverschuldung Gelsenkirchens fällt innerhalb seiner Vergleichsgruppe nicht aus dem

Rahmen. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt Vermögenserlöse in den Jahren 2001 bis 2009 in Höhe von 369 Mill. €, mit Schwerpunkt in den Jahren 2004 und 2005; sie wurden zur Verbesserung der Liquiditätssituation genutzt. Die Kassenkredite konnten damit vorübergehend abgebaut bzw. begrenzt werden. Für die Zukunft ist jedoch mit einem erheblichen Anstieg der Kassenkredite zu rechnen. Obwohl Gelsenkirchen im Rahmen des Stärkungspakts konsolidiert, rechnet man mit einer Erhöhung des Kassenkreditvolumens von 517 Mill. € 2011 auf 700 Mill. € 2016. Dies entspricht einem Anstieg von 6,2% p.a. Die zwischenzeitlich vergleichsweise gute Position bei den Schulden der Kernverwaltung ist auf eine Verlagerung von Vermögen und Schulden auf die Eigenbetriebe in 2004 zurückzuführen (Übertragung des Entwässerungsnetzes auf die Gelsenkanal). Die Höhe des Schuldenstandes stellt mittlerweile ein erhebliches Haushaltsrisiko dar. Belief sich die Gesamtverschuldung im Jahre 2000 auf „nur“ dem 2,3fachen der Steuereinnahmen, ist es derzeit das 6,5fache. Darüber hinaus bestehen erhebliche Zinsrisiken angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus. Ein Anstieg des Zinsniveaus um lediglich 0,1 Prozentpunkte belastet den Kernhaushalt bereits mit ca. 365 Tsd. €. Dies entspricht etwa ein Zwanzigstel des geplanten Konsolidierungsvolumens in 2014.

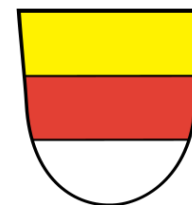
- Die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen konnten nicht verhindern, dass das Volumen der Kassenkredite erheblich angestiegen ist und das Eigenkapital verzehrt wird. Mit anderen Worten: Es ist nicht gelungen, die bestehenden strukturellen Defizite abzubauen. Daraus wurde die Konsequenz gezogen, freiwillig am Stärkungspakt teilzunehmen. Die Konsolidierungshilfen bemessen sich u.a. nach der Höhe der sog. strukturellen Lücke. Sie beläuft sich nach den Berechnungen des Innenministeriums auf 309 € je Einwohner in Gelsenkirchen. Dies liegt weit über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (247 €), entspricht aber dem Median der Vergleichsgruppe.
- Gelsenkirchen muss auf Grund seiner freiwilligen Teilnahme am Stärkungspakt im Rahmen eines Haushaltssanierungsplans (HSP) darlegen, wie es einen Haushaltsausgleich bis 2018 einschließlich und bis 2022 ohne Konsolidierungshilfen erreicht. Die HSP 2012 und 2013 sahen dabei für den Zeitraum von 2014 bis 2021 Haushaltsverbesserungen von 111,3 Mill. € vor. Das HSP 2014 sieht zusätzliche 90 Mill. € vor. Laut HSP 2013 wird für das Jahr 2016 erstmals mit einem (ordentlichen)

Aufwandsdeckungsgrad von 100% gerechnet. Dabei soll die Fehlbetragsquote von 21,9% 2012 auf 10,5% 2016 reduziert werden. Diese Ziele mussten allerdings in der aktuellen Fortschreibung modifiziert werden; die ursprünglichen Ziele werden auf der Zeitachse nicht erreicht. Die ordentlichen Aufwendungen sollen nunmehr erst ab 2017 wieder nachhaltig durch Erträge zumindest gedeckt werden; Jahresüberschüsse ab 2020 erzielt werden. Als ursächlich hierfür werden die aktuelle Gewerbesteuerchwäche sowie die unerwartete Zunahme von Bedarfsgemeinschaften und damit steigender statt eingeplanter abnehmender Ausgaben für die Kosten der Unterkunft gemacht.

- Die Stadt Gelsenkirchen geht davon aus, dass sie ihre Kürzungspotenziale auf der Ausgabenseite weitestgehend ausgeschöpft hat. Dies erklärt möglicherweise auch, dass kurz- und mittelfristig Steuererhöhungen (Grundsteuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer⁷) einen wesentlichen Beitrag zum angestrebten Haushaltsausgleich leisten sollen. Die Hebesätze der Grundsteuern A und B werden in zwei Schritten erhöht: die Grundsteuer B von 530 auf 54,5% 2014 und nochmals 2017 auf 64,5%; die Grundsteuer A von 265 auf 272,5 2014 und 2017 auf 322,5%. Steuererhöhungen machen 2014 weit mehr als ein Drittel der geplanten Haushaltsverbesserungen aus, 2017 sogar auf Grund weiterer Erhöhungen mehr als die Hälfte. Damit stellt sich die Situation in Gelsenkirchen ähnlich dar wie in den Vergleichsstädten sowie in anderen am Stärkungspakt teilnehmenden Städten, die die Hebesätze zum Teil noch stärker erhöhen (z.B. Hagen erhöht den Hebesatz der Grundsteuer B auf 75%)⁸. Die massive Erhöhung der Grundsteuer bei gleichzeitiger Kürzung der kommunalen Leistungen geht offensichtlich von der Annahme aus, dass sich insbesondere die Immobilienbesitzer dieser Steuer nicht entziehen können. Die Attraktivität der Stadt als Wohn- und Produktionsort dürfte gleichwohl darunter leiden. Im Jahr 2021 werden die Mehrerträge (also auch Gewinnausschüttungen, Entgeltserhöhungen u.ä.) weit über 40% der Haushaltsverbesserungen ausmachen.

⁷ Angestrebt war auch die Einführung einer Mobilfunkmastensteuer, die allerdings inzwischen durch das Innenministerium für unzulässig erklärt wurde.

⁸ Ein landesweiter Vergleich der HSP ergab, dass die Anhebung der Realsteuerhebesätze den größten Einzelbeitrag zu den Ergebnisverbesserungen leistet.



Münster

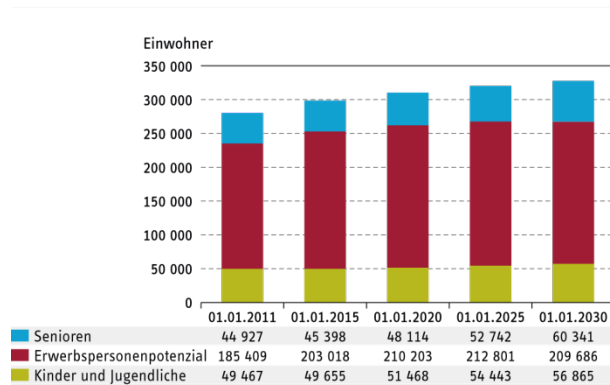
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

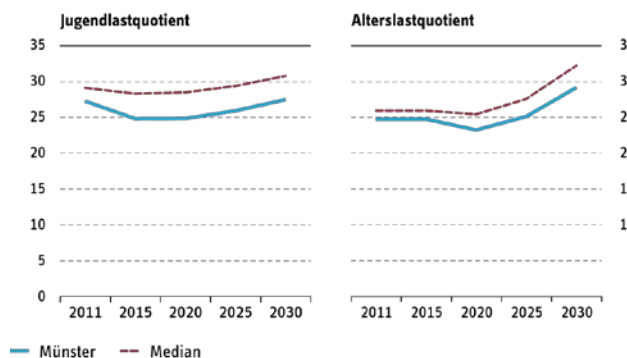
Indikator	Jahr	Münster	Bonn
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	2000	42 165	47 342
	2005	46 547	47 725
	2011	50 924	60 040
	JDV 2011/00	1,7	2,2
Arbeitslosenquote	2008	6,4	7,7
	2009	6,5	7,6
	2010	6,0	7,0
	2011	5,9	6,6
	2012	6,1	6,8
	2013	6,1	6,8
SGBII Arbeitslosenquote	2008	4,4	5,6
	2009	4,4	5,4
	2010	4,1	4,9
	2011	4,3	4,7
	2012	4,3	5,0
Unterbeschäftigung	2010	8,4	9,7
	2013	7,2	9,5

Demographische Entwicklung in Münster nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Münster	Bonn	Tendenz
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	1,2	4,7	→
	2005	-1,3	13,4	
	2008	5,1	-25,9	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 763	1 945	↓
	2005	1 929	2 210	
	2010	2 409	2 698	
	2013	2 853	2 839	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2011	96,9	104,1	↓
	2012	95,9	83,5	
	2013	97,0	97,5	
	2014	101,5	99,4	
	2015	98,7	101,3	
	2016	99,4	102,6	
	2017	98,9	104,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2011	-5,1	-0,2	↓
	2012	-3,2	-14,9	
	2013	-5,9	-4,9	
	2014	-0,5	-3,8	
	2015	-4,3	-2,2	
	2016	-3,3	-1,0	
	2017	-4,1	0,2	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Münster	Bonn	Tendenz
Grundsteuer A	2000	210	235	→
	2005	210	245	
	2009	210	250	
	2012	230	265	
	2013	240	265	
Grundsteuer B	2000	420	470	→
	2005	420	500	
	2009	420	500	
	2012	460	530	
	2013	480	530	
Gewerbesteuer	2000	440	450	→
	2005	440	450	
	2009	440	450	
	2012	460	460	
	2013	460	490	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Münster	Bonn	Tendenz
Gewerbesteuer (netto)	2000	597	338	↑
	2005	644	616	
	2009	714	471	
	2012	708	468	
Grundsteuer B	2000	149	181	→
	2005	156	204	
	2009	163	203	
	2012	175	213	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	360	400	→
	2005	312	335	
	2009	370	394	
	2012	394	428	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	67	53	→
	2005	65	50	
	2009	77	63	
	2012	78	66	
Steuerkraft	2000	1 174	972	↑
	2005	1 179	1 205	
	2009	1 325	1 131	
	2012	1 356	1 176	
Schlüsselzuweisungen	2000	1	180	→
	2005	0	439	
	2009	59	805	
	2012	0	43	
Finanzkraft	2000	1 175	1 152	↑
	2005	1 179	1 644	
	2009	1 384	1 936	
	2012	1 356	1 219	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Münster	Bonn	Tendenz
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	680	695	↑
	2005	666	700	
	2010	662	757	
	2013	697	741	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	376	241	↓
	2005	291	148	
	2010	221	250	
	2013	366	357	
Reine Ausgaben der Sozialhilfe in € je Einwohner	2006	110	138	→
	2010	134	151	
	2012	138	174	
Reine Ausgaben der Jugendhilfe in € je Einwohner	2000	205	248	↓
	2005	482	281	
	2011	235	181	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	15,1	15,7	↑
	2005	11,9	13,8	
	2010	12,0	13,8	
	2012	11,7	14,3	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	16,3	18,2	↑
	2005	15,0	16,7	
	2010	14,8	16,7	
	2012	14,5	17,2	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Münster	Bonn	Tendenz
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 652	2 913	↓
	2005	2 567	2 020	
	2010	2 717	1 694	
	2012	2 517	2 362	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	46	28	↑
	2005	24	738	
	2010	3	750	
	2012	1	632	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	29	↑
	2005	111	437	
	2010	125	1 036	
	2012	123	1 561	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 698	2 970	↑
	2005	2 703	3 196	
	2010	2 670	3 481	
	2012	2 641	4 555	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,4	3,1	→
	2005	2,3	2,7	
	2010	2,0	3,1	
	2012	1,9	3,9	
Zinsausgaben in € je EW	2000	90	168	↓
	2005	101	103	
	2010	92	113	
	2012	107	117	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	51	↑
	2005	28	30	
	2010	28	28	
	2012	23	23	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Finanzlage der Stadt Münster ist angespannt, obwohl die sozioökonomischen Rahmenbedingungen sehr gut sind. Münster gehört wie die Vergleichsstadt Bonn zu den wenigen nordrhein-westfälischen Gemeinden, die in der laufenden Raumbewertung als stark wachsend charakterisiert werden. Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass die Stadt keinen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Seit 2002 wurden mittlerweile fünf Konsolidierungsprogramme aufgelegt – zuletzt das „Handlungsprogramm zur nachhaltigen kommunalen Haushaltspolitik 2012 bis 2017“. Mit diesem Programm soll eine Haushaltssicherung vermieden, das Haushaltsdefizit bis 2014 auf 20 Mill. € verringert und bis 2020 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.
- Wesentliche Haushaltsverbesserungen in den Jahren 2013 und 2014 sind das Ergebnis von Einmaleffekten, nicht des Handlungsprogramms. Das negative Jahresergebnis 2013 wird mit 21,5 Mill. € voraussichtlich etwa halb so hoch ausfallen, wie in der Haushaltsplanung angesetzt. Grund hierfür sind vor allem die Rückerstattung von zu viel geleisteten Solidarbeiträgen (Mehreinnahmen: 16,1 Mill. €) sowie eine veränderte Praxis bei der Zuführung zu Rückstellungen für Beschäftigte (Entlastung: 24,3 Mill. €). In 2014 wird neuerdings mit einem kleinen Überschuss von 5,6 Mill. € (Ansatz: -3,6 Mill. €) gerechnet, weil die Schlüsselzuweisungen um 11 Mill. € höher ausfallen als erwartet. Diese Effekte sind jedoch nicht nachhaltig, so dass in den kommenden Jahren wieder mit erheblichen Fehlbeträgen zu rechnen ist; ein nachhaltiger Haushaltsausgleich wird erst für 2020 angestrebt.
- Die Gesamtverschuldung der Stadt Münster stellt sich mit 2 641 € je Einwohner 2012 wesentlich günstiger dar als in Bonn (4 555 €). Dies ist insbesondere auf die geringere Verschuldung der Sonderrechnungen (z.B. Eigenbetriebe) sowie das niedrigere Kassenkreditvolumen zurückzuführen. Die Gesamtverschuldung der Stadt Münster ist damit trotz der strukturellen Defizite geprägt durch kreditfinanzierte Investitionen der Kernverwaltung. Die Kassenkredite beliefen sich Ende 2012 auf 36 Mill. €, die fundierten Schulden auf 736,4 Mill. €. Die Gewichte werden sich allerdings verschieben, da auf Grund der anhaltenden Defizite die Kassenkredite bis Ende 2017 auf 121 Mill. € zunehmen dürften, die fundierten Kredite auch wegen einer zurückhaltenderen Investitionstätigkeit (Reduzierung des Investitionsvolumens um etwa 60 Mill. €) sinken werden. Es ist geplant bis 2017 132,5 Mill. € an Investitionskrediten zu tilgen und im gleichen Zeitraum neue Kredite in Höhe von 99 Mill. € aufzunehmen. Der Anteil der Kassenkredite an der Verschuldung der Kernverwaltung stieg damit von 4,7% 2013 auf 14,5% 2017. Das historisch niedrige Zinsniveau birgt ein erhebliches Zinsrisiko, selbst für eine Stadt wie Münster mit einem vergleichsweise noch niedrigen Schuldenstand. Ein Anstieg der Durchschnittsverzinsung um 0,1-Prozentpunkte bedeutet für Münster einen zusätzlichen Zinsaufwand von 773 Tsd. €. Angesichts des Zinsrisikos ist die Überlegung des Kämmers zu begrüßen, die unerwarteten Mehreinnahmen zur Schuldentilgung einzusetzen.
- Als Ursache für die schwierige Haushaltssituation wird angegeben, dass die Stadt Münster ein überdurchschnittliches Leistungsniveau erbringt, bei gleichzeitig unzureichenden „Leistungsentgelten“ in Gestalt von Gebühren und Steuern. Eine Steuerschwäche ist indes nicht festzustellen. Analysiert man das Verhältnis von Ist-Aufkommen der Realsteuern und der Realsteuerkraft⁹ in den ausgewählten Jahren, so zeigt sich zwar, dass Münster sein Aufkommenspotenzial insbesondere bei der Grundsteuer B nicht ausgeschöpft hat. Die Steuerkraft (Ist-Aufkommen je Einwohner) ist trotzdem i.d.R. größer als von Bonn und wird aus der Gruppe der kreisfreien Städte nur von Düsseldorf und Köln übertroffen. Münster hat deshalb eher ein Ausgabe-, denn ein Einnahmeproblem.
- Münster plant in den kommenden Jahren die Rückführung der strukturellen Defizite. Grundlage hierfür ist das „Handlungsprogramm 2012 bis 2017“. Die geplanten Haushaltsverbesserungen belaufen sich in 2017 auf 29,8 Mill. €; davon entfallen 62% auf die Kürzung von Aufwendungen, 38% auf die Erhöhung der Erträge. Hinzu kommen noch Aufwandskürzungen in Höhe von 2,6 Mill. €, die sich Kürzungen und Streckungen des Investitionsprogramms ergeben sollen.
- Die laufenden Aufwendungen sollen im Zeitraum 2014 bis 2017 um 0,3% p.a., die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 0,8% p.a. zunehmen. Bonn weist mit 1,3 bzw. 1,8% p.a. deutlich höhere Zuwächse auf. Die Personalausgaben steigen indes um 1,9% p.a. und damit ähnlich stark wie in Bonn (1,8% p.a.). Bei-

⁹Anwendung des landesdurchschnittlichen Hebesatzes auf den örtlichen Grundbetrag (Bemessungsgrundlage).

de Raten liegen aber deutlich über den Orientierungsdaten des Innenministeriums (1% p.a.). Dabei erscheinen die Personalausgaben je Einwohner nicht als überzogen - sowohl im Vergleich zu Bonn als auch zum Durchschnitt der kreisfreien Städte. Dem entspricht auch eine deutlich niedrigere Personalintensität in der Kernverwaltung. Im Jahre 2012 kamen 11,7 Vollzeitäquivalente auf 1000 Einwohner, in Bonn 14,3 und im Durchschnitt der kreisfreien Städte 12,6. Diese Einschätzung ändert sich auch nicht, wenn man das ausgelagerte Personal in Sonderrechnungen berücksichtigt. Es macht in Münster etwa ein Fünftel des Gesamtpersonals (Kernverwaltung zuzüglich Sonderrechnungen) aus -ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten. Gleichwohl sollte die Entwicklung des Personalbestandes aufmerksam beobachtet werden, denn die Personalausgaben tragen gemäß den vorliegenden Planungen nur etwa 15% zur Haushaltskonsolidierung bei. Ihr Anteil an den ordentlichen Aufwendungen beläuft sich aber auf 22% bzw. an den laufenden Auszahlungen auf 23,7%. Der Personalbestand wurde in jüngster Zeit erhöht. Gleichwohl ist die Personalintensität wegen der wachsenden Einwohnerzahl gesunken. Kritisch überprüft werden sollte, ob eine wachsende Bevölkerung auch einen Aufwuchs des kommunalen Personals nach sich ziehen muss. Die Personalaufstockungen werden jedenfalls begründet mit gesetzlichen Verpflichtungen, z.B. im Bereich Kinder, Jugend, Familie, Bildung und Feuerwehr.

- Das Handlungs(Konsolidierungs-)programm setzt auch in einem erheblichen Umfang auf Ertragssteigerungen. Im Jahr 2017 sollten ursprünglich Mehrerträge von 11,4 Mill. € im Jahre 2017 erwirtschaftet werden. Höhere Gebühreneinnahmen sollen generiert werden, indem der Kollektivgutcharakter kommunaler Leistungen neu bewertet wird. Eine erste Konsequenz ist, dass die Niederschlagswassergebühr 2013 angehoben wurde; die Friedhofs- und Straßenreinigungsgebühren folgen 2014. Die Hebesätze sollen zudem auf das nordrhein-westfälische Durchschnittsniveau der kreisfreien Städte angehoben werden. Dazu sollte ursprünglich der Hebesatz der Grundsteuer B von 460 auf 520% angehoben werden. Umgesetzt wird eine zweistufige Erhöhung: auf 480% 2013 und auf 510% 2015. Die im Jahre 2017 erwarteten Mehreinnahmen erreichen damit lediglich 5,7 statt 6,6 Mill. €. Die Orientierung am durchschnittlichen Hebesatz der kreisfreien Städte ist indes zu hinterfragen: Die sozioökonomischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der kreisfreien Städte sind recht unter-

schiedlich. Städte mit relativ niedrigen Steuerbemessungsgrundlagen (Grundbeträgen) setzen häufig höhere Hebesätze fest; überschuldete Städte, wie z.B. Duisburg, Oberhausen oder Hagen, werden dazu gezwungen.

- Insgesamt ist festzustellen, dass der Konsolidierungsprozess langsamer verläuft als in Bonn. Die Fehlbetragsquote bewegt sich in den Jahren 2015 bis 2017 auf -3,3 bis -4,3%. Bonn gelingt es dagegen - zumindest in der Ergebnisplanung -, 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,2% des Eigenkapitals zu erzielen.

Kreisangehörige Städte

Ahaus



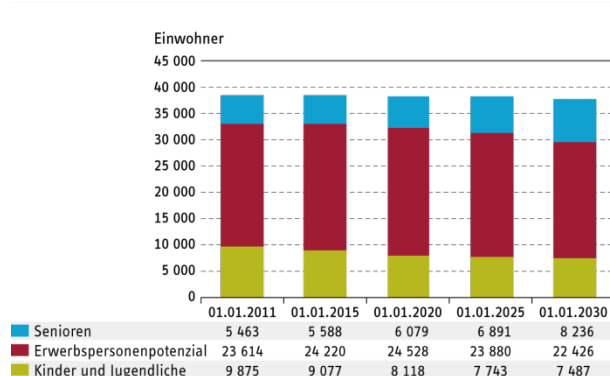
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

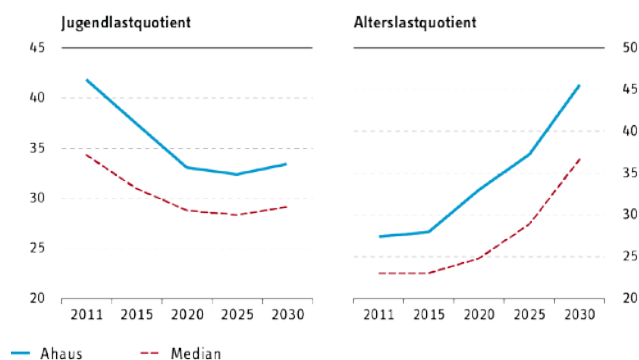
Indikator	Jahr	Ahaus	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 434	21 055
	2011	23 668	25 064
	JDV 2011/2004	2,9	2,4
Verfügbares Einkommen	2004	16 569	17 342
	2011	20 077	20 213
	JDV 2011/2004	2,8	2,3
Arbeitslosenquote	2008	2,8	4,3
	2012	2,4	3,8
Beschäftigtenquote	2008	48,6	49,7
	2012	51,9	52,1

Demographische Entwicklung in Ahaus nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Ahaus	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	15,1	7,1	↓
	2005	9,2	-7,0	
	2008	16,9	10,0	
	2013	16,9	10,0	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 184	1 120	↑
	2005	1 238	1 238	
	2010	1 680	1 494	
	2013	1 653	1 653	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	39,5	↑
	2010	32,8	40	
	2011	31,9	42,5	
	2012	27,1	42,0	
	2013	28	40,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	100,1	93,4	↓
	2013	102,7	90,7	
	2014	98,1	94,0	
	2015	99,3	96,4	
	2016	99,7	99,0	
	2017	98,8	99,4	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	3,6	-4,2	↓
	2013	-1,9	-7,6	
	2014	-2,3	-5,5	
	2015	-2,3	-5,1	
	2016	-2,0	-4,5	
	2017	-1,6	-3,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Ahaus	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	160	200	↓
	2005	192	210	
	2009	192	220	
	2012	209	236	
	2013	209	240	
Grundsteuer B	2000	290	330	↓
	2005	381	386	
	2009	381	396	
	2012	413	425	
	2013	413	430	
Gewerbesteuer	2000	370	400	→
	2005	403	403	
	2009	403	420	
	2012	411	433	
	2013	411	440	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Ahaus	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	285	175	↑
	2005	346	176	
	2009	411	265	
	2012	481	243	
Grundsteuer B	2000	85	88	↑
	2005	119	114	
	2009	129	123	
	2012	149	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	249	304	↓
	2005	210	266	
	2009	266	360	
	2012	301	400	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	34	19	↓
	2005	33	19	
	2009	41	24	
	2012	48	28	
Steuerkraft	2000	658	640	↑
	2005	714	615	
	2009	854	759	
	2012	985	868	
Schlüsselzuweisungen	2000	209	203	↓
	2005	139	139	
	2009	47	145	
	2012	8	87	
Finanzkraft	2000	867	841	↓
	2005	852	763	
	2009	901	963	
	2012	993	966	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Ahaus	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	339	319	↑
	2005	369	347	
	2010	535	352	
	2013	428	411	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	411	216	↑
	2005	268	152	
	2010	311	180	
	2013	396	204	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	8,1	7,2	↑
	2005	7,7	7,0	
	2010	7,8	7,0	
	2012	7,8	7,2	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	8,1	7,4	↑
	2005	7,7	7,3	
	2010	7,8	7,7	
	2012	7,8	7,8	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Ahaus	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	766	703	↑
	2005	940	915	
	2010	905	905	
	2012	844	887	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	459	→
	2005	0	440	
	2010	0	457	
	2012	0	347	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	0	
	2010	0	170	
	2012	0	227	
Gesamtschulden in € je EW	2000	766	1 344	↑
	2005	940	1 645	
	2010	905	1 869	
	2012	844	1 922	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,2	2,0	↑
	2005	1,3	2,7	
	2010	1,1	2,3	
	2012	0,9	2,1	
Zinsausgaben in € je EW	2000	43	45	↑
	2005	40	46	
	2010	34	44	
	2012	33	53	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	56	59	→
	2005	43	43	
	2010	37	41	
	2012	40	40	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

→ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

↑ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

↓ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Ahaus agiert in einem positiven sozio-ökonomischen Umfeld. Dies schlägt sich auch in der Einnahmeentwicklung nieder. Die Steuerkraft (netto) je Einwohner nahm von 658 € im Jahr 2000 auf 985 € im Jahr 2012 zu, also jahresdurchschnittlich um 3,4%. Der Median der Vergleichsgruppe liegt hingegen nur bei 2,8% p.a. Zu dem deutlichen Anstieg beigetragen hat insbesondere die positive Entwicklung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B, deren Aufkommen je Einwohner sich um 4,4% p.a. bzw. 4,7% p.a. erhöhte und damit wesentlich dynamischer als in der Vergleichsgruppe (Median: 4,2 bzw. 3,7%). Das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahm dagegen erheblich schwächer zu, auch im interkommunalen Vergleich. Bei der Beurteilung des Steueraufkommens ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Ahaus die Realsteuerhebesätze wesentlich stärker angehoben hat als die Städte der Vergleichsgruppe. Dabei lag wie in den Vergleichsstädten der Schwerpunkt bei der Grundsteuer B. Dennoch sind die Realsteuerhebesätze nach wie vor niedriger als in den Vergleichsgemeinden. Die Stadt Ahaus beklagt die nivellierenden Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs. Unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen übertrifft ihre Finanzkraft je Einwohner den Median der Vergleichsgruppe nur noch etwas über 1%.
- Der Anstieg der Primärausgaben je Einwohner fiel in Ahaus schwächer aus als in der Vergleichsgruppe. Sie stiegen von 2001 bis 2012 um 2,6% p.a. (Median der Steigerungsraten 3% p.a.). Die Zunahme der Personalausgaben je Einwohner blieb mit 1,8% p.a. geringfügig unter dem Median der Steigerungsraten. Das Ausgabenniveau belief sich 2012 mit 428 € je Einwohner. Dies entspricht 104% des Median, 2000 waren es 106%. Die Zahl der Beschäftigten wurde im Untersuchungszeitraum um 5 Vollzeitäquivalenten erhöht; auf Grund der wachsenden Bevölkerung sank die Personalintensität dennoch von 8,1 auf 7,8. Zum Vergleich: Der Median betrug über den Betrachtungszeitraum 7,2. Berücksichtigt man die Sondervermögen, so fällt die Personalintensität der Stadt Ahaus knapp unter den Median.
- Ahaus ist nicht mit Kassenkrediten belastet. Die Stadt hat sogar ihre fundierten Schulden abgebaut. Sie waren zwischen 2000 und 2005 von 766 auf 940 € je Einwohner und konnten dann bis 2012 auf 844 € je Einwohner zurückgeführt werden. Dies ging nicht zu Lasten der Sachinvestitionen, die auf hohem Niveau blieben und 2013 mit 396 € je Einwohner nahezu doppelt so hoch waren wie im interkommunalen Vergleich. Dem Schuldenabbau liegt ein 2008 in Kraft getretenes Entschuldungskonzept zu Grunde, das ausgehend vom damaligen Schuldenstand 37,2 Mill. € 2008 einen völligen Abbau bis 2023 vorsieht. Jährlich sollten danach 2,5 Mill. € netto getilgt werden. Zwischenzeitlich wurde aber ein neuer Kreditrahmen zur Überbrückung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise geschaffen, der 2015 mit 13 Mill. € ausgeschöpft ist. Angesichts der positiven Einnahmeentwicklung wird darüber nachgedacht, auch diese neuen Schulden bis 2023 abzubauen.
- Trotz dieser vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen weist der Haushalt laut Finanzplanung in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit auf. Der Aufwandsdeckungsgrad sinkt von 100,1% 2012 auf 98,8% 2017. Für das Haushaltsjahr 2014 wird ein negatives Jahresergebnis von 2,9 Mill. € erwartet. Bis 2017 soll der Fehlbetrag auf 1,9 Mill. € abgebaut werden. Man hat allerdings die Hoffnung, dass man wie bereits früher ein erwartetes negatives Jahresergebnis in ein positives verwandeln kann. Konkrete Konsolidierungsmaßnahmen werden nicht genannt. Man hat allerdings Leitlinien zur Haushaltskonsolidierung formuliert. Danach strebt man die Entschuldung bis 2023 an. Eine weitere Zielvorgabe sind zumindest fiktiv ausgeglichene Haushalte.



Ahlen

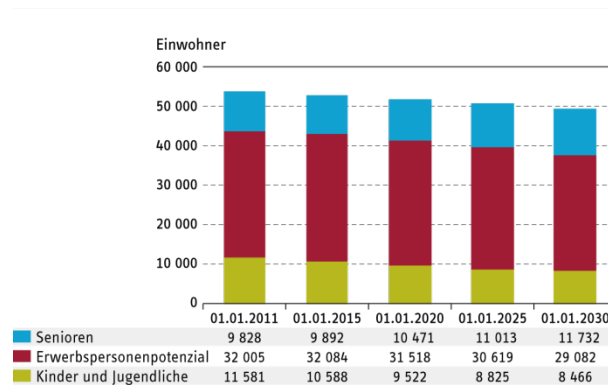
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

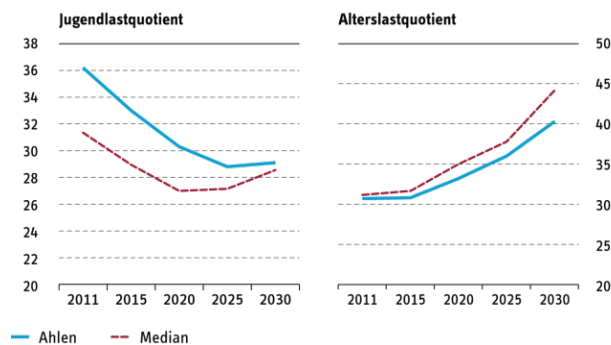
Indikator	Jahr	Ahlen	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	17 427	19 438
	2011	22 050	22 821
	JDV 2011/2004	3,4	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	16 001	17 161
	2011	19 966	19 863
	JDV 2011/2004	3,2	2,1
Arbeitslosenquote	2008	6,9	6,9
	2012	7,7	6,5
Beschäftigtenquote	2008	46,4	47,1
	2012	48,6	49,2

Demographische Entwicklung in Ahlen nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Ahlen	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-0,9	-0,8	↑
	2005	-34,7	-15,3	
	2008	-2,9	-2,9	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 248	1 472	↓
	2005	1 944	1 711	
	2010	1 910	1 905	
	2013	2 004	2 061	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	37	40,5	↑
	2010	39	41,4	
	2011	40,1	43,3	
	2012	36,4	42,9	
	2013	36,8	42,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	98,5	94,9	↓
	2013	95,6	94,3	
	2014	99,1	97,0	
	2015	98,7	99,0	
	2016	99,2	99,5	
	2017	99,6	100,5	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-3,0	-7,9	↓
	2013	-5,2	-6,5	
	2014	-2,2	-5,1	
	2015	-2,8	-4,7	
	2016	-2,4	-3,1	
	2017	-2,1	-2,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Ahlen	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	195	200	↓
	2005	210	218	
	2009	250	232	
	2012	263	237	
	2013	263	264	
Grundsteuer B	2000	335	330	↑
	2005	381	415	
	2009	390	420	
	2012	435	438	
	2013	435	485	
Gewerbesteuer	2000	410	408	↑
	2005	425	440	
	2009	425	440	
	2012	425	460	
	2013	425	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Ahlen	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	264	221	↑
	2005	288	273	
	2009	359	287	
	2012	507	359	
Grundsteuer B	2000	86	98	↑
	2005	111	122	
	2009	122	139	
	2012	139	150	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	259	313	↓
	2005	210	271	
	2009	244	329	
	2012	268	361	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	30	30	↑
	2005	30	30	
	2009	38	38	
	2012	42	40	
Steuerkraft	2000	641	667	↑
	2005	643	694	
	2009	766	782	
	2012	959	897	
Schlüsselzuweisungen	2000	238	249	↑
	2005	221	223	
	2009	345	294	
	2012	301	297	
Finanzkraft	2000	879	921	↑
	2005	864	891	
	2009	1 110	1 123	
	2012	1 260	1 211	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Ahlen	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	429	460	↓
	2005	447	443	
	2010	516	461	
	2013	582	519	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	114	168	↑
	2005	77	142	
	2010	223	142	
	2013	293	166	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,1	11,3	↓
	2005	9,1	9,2	
	2010	10,3	8,8	
	2012	10,8	9,1	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,6	11,3	↓
	2005	9,7	10,6	
	2010	10,9	10,9	
	2012	11,4	10,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Ahlen	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 066	1 191	↓
	2005	1 003	1 195	
	2010	992	904	
	2012	978	900	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	994	0	↑
	2005	813	60	
	2010	736	651	
	2012	620	464	
Kassenkredite in € je EW	2000	147	0	↓
	2005	56	485	
	2010	248	692	
	2012	270	770	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 207	1 672	↑
	2005	1 871	2 020	
	2010	1 977	2 429	
	2012	1 868	2 222	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,4	2,3	↑
	2005	2,9	2,7	
	2010	2,3	3,0	
	2012	1,9	2,5	
Zinsausgaben in € je EW	2000	65	71	↑
	2005	52	67	
	2010	44	64	
	2012	42	65	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	56	↑
	2005	50	43	
	2010	36	35	
	2012	33	36	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechtlicher Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Ahlen gilt zwar im Sinne der laufenden Raumbewertung als schrumpfende Stadt; ihre finanzwirtschaftliche Situation ist aber deutlich weniger angespannt als etwa in den Städten des Kreises Recklinghausen. Ahlen gelingt kein Haushaltsausgleich und muss aktuell wie in den kommenden Jahren auf die Allgemeine Rücklage zurückgreifen. Dadurch bedingt schrumpft das Eigenkapital voraussichtlich auf 108 Mill. € bis 2017.
- Die strukturellen Defizite führten bislang zu einem Anstieg der Kassenkredite je Einwohner von 147 € im Jahr 2000 auf 270 € im Jahr 2012. Die Gesamtverschuldung je Einwohner ist gleichwohl rückläufig. Dies ist zum einen der Rückführung der Verschuldung beim Abwasserwerk der Stadt Ahlen (Eigenbetrieb) geschuldet, zum anderen dem Abbau fundierter Schulden. Letztere sanken je Einwohner gerechnet mit -0,7% p.a., während sie in der Vergleichsgruppe – gemessen am Median der Zuwachsraten – noch geringfügig um 0,1% p.a. zunahm. Gleichwohl stieg das Schuldenniveau auf 109% des Median, weil der mediane Schuldenstand stärker abnahm als der von Ahlen. Der Rückgang der fundierten Schulden ging indes nicht zu Lasten der Sachinvestitionen. Das Investitionsniveau ist sogar gestiegen, während es im Mittel der Vergleichsgruppe gesunken ist.
- Die strukturellen Defizite sind erklärungsbedürftig, denn Ahlen hat sich im interkommunalen Vergleich zu einer steuerstarken Stadt entwickelt. Belief sich die Steuerkraft je Einwohner im Jahre 2000 noch auf 96% des Median der Vergleichsgruppe, so betrug sie 2012 106%. Dazu beigetragen hat insbesondere die positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens je Einwohner: Es nahm in Ahlen mit 5,6% p.a. deutlich stärker zu als im Mittel der Vergleichsgruppe (3,4%). Diese positive Aufkommensentwicklung kam zustande, obwohl die Stadt sich mit Steuererhöhungen im Gegensatz zu den Vergleichsgemeinden zurückhielt. Dies gilt übrigens auch für die Grundsteuern. Die Finanzkraft je Einwohner stieg nicht im gleichen Maße wie die Steuerkraft, da der kommunale Finanzausgleich nivellierend wirkt. Gleichwohl bleibt die Finanzkraft mit 1 260€ je Einwohner 2012 überdurchschnittlich.
- Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung der Finanzkraft müssen die Gründe für die Haushaltsprobleme auf der Ausgabenseite gesucht werden sein. Die Primärausgaben je Einwohner

liegen zwar mit zuletzt 2 004 € je Einwohner unter dem Mittel der Vergleichsgruppe (2061 € je Einwohner); der Ausgabenzuwachs ist indes mit 3,7% p.a. zwischen 2001 und 2012 kräftiger ausgefallen als der der medianen Primärausgaben (2,6% p.a.). Die Kreisumlage kann hierfür nicht verantwortlich gemacht werden, denn sie ist und war in den letzten Jahren die zweitniedrigste im interkommunalen Vergleich; ihr Anteil an den der laufenden Verwaltungstätigkeit beläuft sich gemäß Haushaltsansatz auf 22,5%. Zu hinterfragen ist hier die Personalentwicklung. Die Personalausgaben je Einwohner stiegen von 2001 bis 2012 um 2,4% p.a., der Median der Steigerungsraten der Vergleichsgemeinden beträgt 1,2% p.a. Dies spiegelt die Entwicklung der Personalintensität der Ahlener Kernverwaltung wider. Während der Personalbestand in Ahlen im Untersuchungszeitraum von 10,1 (einschließlich Sonderrechnungen 10,6) auf 10,8 (11,4) Vollzeitbeschäftigte auf 1 000 Beschäftigte zunahm, sank der Median der Vergleichsgruppe von 10,9 (11,3) auf 9,1 (10,6).

- Die Stadt Ahlen ist noch Herr im Hause, da sie sich weder in der Haushaltssicherung befindet noch am Stärkungspakt teilnimmt. Dies entbindet allerdings nicht von der Notwendigkeit, die bestehenden strukturellen Defizite abzubauen. Die Ergebnisplanung weist aus, dass die Jahresfehlbeträge von 6,4 2013 auf 2,2 Mill. € 2017 zurückgeführt werden sollen. Dazu beitragen soll eine Stabilisierung des Personalaufwands wie des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen. Kritisch anzumerken ist, dass im Gegensatz zu anderen Städten bislang keine mittel- oder langfristigen Analysen der Personalentwicklung vorliegen. Als unproblematisch erscheinen die angekündigten Erhöhungen der Hundesteuer sowie der Vergnügungssteuer auf Spielgeräte. Es ist allerdings widersprüchlich, wenn man in einem Atemzug von der Erhöhung der Vergnügungssteuer einen Konsolidierungsbeitrag erwartet und die abschreckende Wirkung der Vergnügungssteuer betont. Zudem wurde ab 2013 im Abwasserbereich eine kalkulatorische Verzinsung (Eigenkapitalverzinsung 5,6%) eingeführt, die in die Gebührenberechnung einfließt. Der entstehende Gewinn wird als Eigenkapitalverzinsung dem städtischen Haushalt zugeführt, über deren Verwendung der Rat entscheiden kann. Unter Gegenrechnung der Fremdkapitalzinsen ergibt sich für 2014 eine Ausschüttung von 1,1 Mill. €.



Beckum

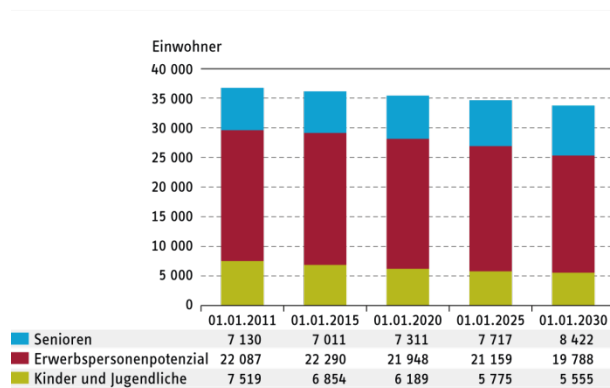
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

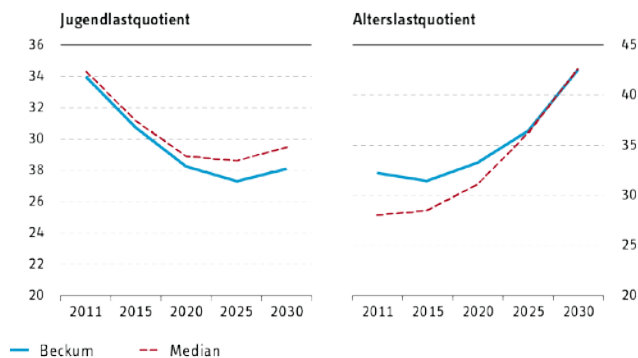
Indikator	Jahr	Beckum	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 348	20 015
	2011	24 726	23 517
	JDV 2011/2004	3,6	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	17 202	17 244
	2011	21 290	19 521
	JDV 2011/2004	3,1	1,8
Arbeitslosenquote	2008	5,0	3,7
	2012	5,5	3,8
Beschäftigtenquote	2008	53,7	50,7
	2012	55,2	53,1

Demographische Entwicklung in Beckum nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Beckum	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	0,7	7,0	↑
	2005	1,1	0,5	
	2008	3,4	10,4	
	2012	1 278	1 137	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2005	1 373	1 265	↑
	2009	1 823	1 556	
	2012	1 926	1 727	
	2009	37	35,1	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2010	39	36,4	↑
	2011	40,1	38,1	
	2012	36,4	36,7	
	2013	36,8	36,8	
	2012	103,2	98,5	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2013	96,1	94,8	↓
	2014	99,9	93,7	
	2015	98,0	96,4	
	2016	98,6	98,3	
	2017	99,0	99,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	0,6	-0,1	↓
	2013	-6,2	-4,4	
	2014	-2,9	-2,9	
	2015	-4,9	-2,5	
	2016	-4,2	-1,4	
	2017	0,0	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Beckum	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	185	188	↓
	2005	192	199	
	2009	192	224	
	2012	235	238	
	2013	235	235	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	381	381	
	2009	381	381	
	2012	435	420	
	2013	435	420	
Gewerbesteuer	2000	400	380	↑
	2005	403	403	
	2009	403	408	
	2012	425	422	
	2013	425	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Beckum	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	209	246	↑
	2005	276	295	
	2009	333	329	
	2012	336	385	
Grundsteuer B	2000	95	86	↓
	2005	119	110	
	2009	125	118	
	2012	148	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	311	291	↓
	2005	264	251	
	2009	299	316	
	2012	344	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	39	36	↑
	2005	39	35	
	2009	47	45	
	2012	54	48	
Steuerkraft	2000	657	679	↓
	2005	700	698	
	2009	808	797	
	2012	888	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	128	172	↑
	2005	203	151	
	2009	123	179	
	2012	263	146	
Finanzkraft	2000	784	861	↑
	2005	903	841	
	2009	931	984	
	2012	1 151	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Beckum	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	448	302	↑
	2005	402	326	
	2010	456	350	
	2013	499	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	261	257	↓
	2005	134	136	
	2010	96	164	
	2013	175	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,6	6,9	↑
	2005	7,7	6,8	
	2010	7,9	6,6	
	2012	8,4	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,0	7,6	↓
	2005	9,8	7,2	
	2010	10,2	7,7	
	2012	10,6	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Beckum	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 836	676	↑
	2005	1 771	845	
	2010	1 598	696	
	2012	1 471	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	407	409	↓
	2005	336	382	
	2010	365	428	
	2012	475	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	2	0	↓
	2005	73	25	
	2010	247	0	
	2012	294	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 245	1 457	↓
	2005	2 180	1 510	
	2010	2 210	1 328	
	2012	2 239	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,4	2,4	↓
	2005	3,1	2,2	
	2010	2,7	1,7	
	2012	2,5	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	108	44	↑
	2005	100	44	
	2010	84	28	
	2012	69	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	59	57	↑
	2005	54	47	
	2010	45	44	
	2012	39	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Beckum befindet sich in einem stabilen sozio-ökonomischen Umfeld. Die Beschäftigtenquote hat sich positiv entwickelt: Kamen 2008 noch 53,7 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter, waren es 2012 55,2. Beckum übertrifft damit zudem in beiden Jahren den Median der Vergleichsgruppe (50,7 bzw. 53,1). Das Primäreinkommen je Einwohner und das verfügbare Einkommen je Einwohner hat sich sowohl innerhalb der Vergleichsgruppe als auch im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich entwickelt. Erstere stiegen von 2005 bis 2011 um 3,6% p.a. (Median der Vergleichsgruppe: 2,3), letztere um 3,1% p.a. (2,3).
 - Diese positiven Rahmenbedingungen spiegeln sich indes nicht in der allgemeinen Haushaltssituation wider. Beckum erwirtschaftet seit Jahren negative Jahresergebnisse: Das Defizit beläuft sich 2013 auf voraussichtlich 5,1 Mill. € und 2014 auf 2,4 Mill. €. Dies entspricht 5,9% bzw. 2,2% der allgemeinen Rücklage. Der Eigenkapitalverzehr beläuft sich von Anfang 2009 bis Ende 2017 auf 35,4 Mill. €.
 - Die anhaltenden strukturellen Defizite hatten einen Anstieg der Kassenkredite zur Folge. Waren die Kassenkredite mit 70 Tsd. € im Jahre 2000 noch vernachlässigbar, so beliefen sie sich 2012 auf 10,7 Mill. € oder 13% der Gesamtverschuldung von 81,9 Mill. €. Während die Gesamtverschuldung absolut sank, blieb die Gesamtverschuldung je Einwohner nahezu unverändert. Dabei wurden die fundierten Schulden je Einwohner um 1,8% p.a. zurückgeführt. Dazu beigetragen hat sicherlich auch die Absenkung der Sachinvestitionen um jahresdurchschnittlich 3% von 261€ je Einwohner auf 175€ je Einwohner. Dagegen hat die Verschuldung der Sonderrechnungen je Einwohner um 1,3% p.a. zugenommen. Kritisch zu sehen ist, dass sich der Schuldenstand 2012 bereits auf das 2,5fache der Steuereinnahmen (netto) belief. Dieser Indikatorwert weicht stärker vom Median der Vergleichsgruppe (1,3fache) ab als die mittlere absolute Abweichung.
 - Beckum ist relativ steuerschwach. Die Zunahme des Steueraufkommens je Einwohner blieb mit jahresdurchschnittlich 2,5% hinter dem Median der Steigerungsraten der Vergleichsgemeinden (3,3%) sowie dem Anstieg des medianen Steueraufkommens (2,9% p.a.) zurück. Dies gilt mit Ausnahme der Grundsteuer B für alle Steuern.
- Besonders auffällig ist die geringere Aufkommensdynamik bei der Gewerbesteuer: Das Aufkommen je Einwohner nahm von 2001 bis 2012 mit 4,1% p.a. schwächer zu als der Median der Zuwachsraten der Vergleichsgemeinden mit 4,8% p.a. Ihr Aufkommen erreichte allerdings 2012 mit 336 € je Einwohner rund 87% des Median; dies ist eine Verbesserung gegenüber 2000 (85%). Da die Hebesätze stets nahe des Median lagen, ist offensichtlich die Steuerbasis im interkommunalen Vergleich schwächer. Überraschend ist das relativ geringere Aufkommen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, angesichts der positiven Entwicklung der Beschäftigtenquote sowie des Primäreinkommens und des verfügbaren Einkommens. Beckum profitierte allerdings zuletzt überdurchschnittlich von den Schlüsselzuweisungen, so dass die Finanzkraft je Einwohner sogar geringfügig die der Vergleichsgruppe übertrifft. Die Ursachen der strukturellen Defizite sind deshalb auf der Ausgabenseite zu suchen.
- Die Primärausgaben je Einwohner wurden von 2001 bis 2013 um 3,2% p.a. erhöht. Die Steigerungsrate entspricht damit der mittleren der Vergleichsgemeinden. Das Ausgabeniveau bleibt jedoch überdurchschnittlich. Die Primärausgaben je Einwohner beliefen sich im Jahre 2000 auf 1 278 € je Einwohner und übertrafen damit den Median um 12,4% des Median; im Jahre 2012 fielen die Primärausgaben mit 1 926 € je Einwohner um 13,5% höher aus als der Median. Die Kreisumlage, die auch einen erheblichen Teil der Sozialleistungen finanziert, ist hierfür nicht verantwortlich. Der Umlagesatz hat sich wieder dem Median der Vergleichsgruppe angenähert. Auf den ersten Blick sind auch die Personalausgaben nur geringfügig gestiegen und zwar von 2001 bis 2013 um 0,8% p.a. Hierzu passt, dass die Personalintensität in der Kernverwaltung gesunken ist. Kamen im Jahre 2000 noch 9,6 Vollzeitbeschäftigte auf 1000 Einwohner, waren es 2012 nur noch 8,4. Damit liegt die Personalintensität aber nach wie vor höher als der Median der Vergleichsgruppe (2000: 6,9; 2012: 6,7). Hinzu kommt, dass die verringerte Personalintensität in erster Linie das Ergebnis von Auslagerungen der Aufgabenerfüllung in Sonderrechnungen ist (Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum seit 1997; Städtische Betriebe seit 2004). Betrachtet man die Personalintensität der Gemeindeverwaltung, so ist sie sogar gestiegen von 10 2000 auf 10,6 2012.

- Erheblicher Konsolidierungsbedarf besteht im Kernhaushalt seit Anfang dieses Jahrzehnts. Darauf reagierte man mit erheblichen Steuererhöhungen in 2011 (Grundsteuer A: 48 Prozentpunkte, Grundsteuer B 59 Prozentpunkte, und Gewerbesteuer 27 Prozentpunkte). In 2013 reduzierte man die Hebesätze um jeweils 5 Prozentpunkte. Im interkommunalen Vergleich bleiben damit die Steuererhöhungen mit 31% gegenüber 2000 noch moderat. Ergänzend wurden Ausgabekürzungen beschlossen. Mittlerweile wurde ein Personalentwicklungskonzept 2020 vorlegt, dass Fragen des Personalbedarfs, der Personalgewinnung unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit analysiert. Zurzeit verzichtet man auf weitere Steuererhebungen zum Abbau des strukturellen Defizits.



Bocholt

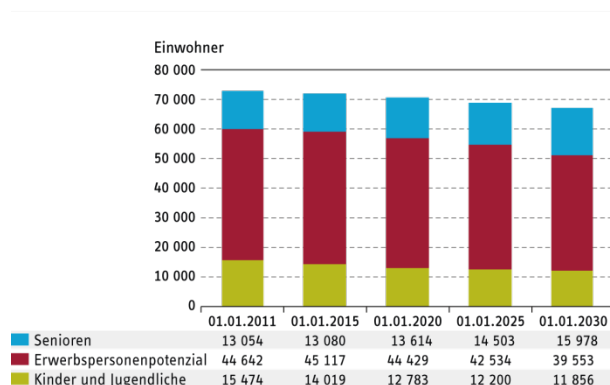
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

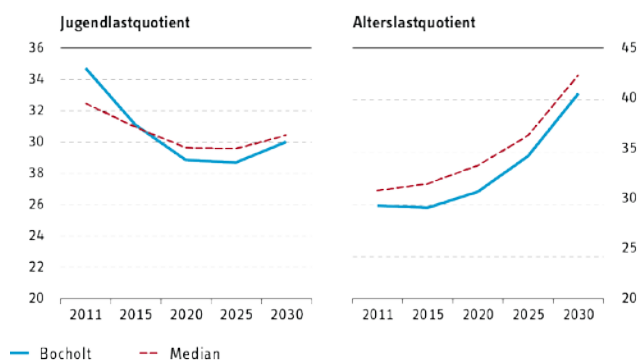
Indikator	Jahr	Bocholt	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 897	21 872
	2011	23 024	24 536
	JDV 2011/2004	2,1	2,1
Verfügbares Einkommen	2004	17 159	17 979
	2011	19 408	21 440
	JDV 2011/2004	1,8	1,9
Arbeitslosenquote	2008	4,9	5,2
	2012	4,5	5,1
Beschäftigtenquote	2008	50,8	50,8
	2012	53,2	53,2

Demographische Entwicklung in Bocholt nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Bocholt	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	10,4	7,8	↑
	2005	4,0	-4,7	
	2008	7,2	9,0	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 342	1 424	↑
	2005	1 555	1 555	
	2010	1 731	1 830	
	2013	1 839	2 057	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,2	39,5	↑
	2010	32,8	40,9	
	2011	31,9	41,7	
	2012	27,1	40,9	
	2013	28,0	39,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	91,5	96,4	↓
	2013	93,1	94,6	
	2014	87,8	95,1	
	2015	88,1	96,8	
	2016	87,8	98,1	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-0,6	-0,6	↓
	2013	-0,0	-3,4	
	2014	-4,2	-3,2	
	2015	-4,2	-2,3	
	2016	-4,6	-1,1	
	2017	-4,8	-1,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Bocholt	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	180	↑
	2005	192	195	
	2009	192	195	
	2012	209	228	
	2013	209	237	
Grundsteuer B	2000	330	330	→
	2005	381	381	
	2009	381	381	
	2012	420	420	
Gewerbesteuer	2013	420	440	↓
	2000	380	400	
	2005	403	410	
	2009	403	410	
	2012	432	432	
	2013	432	447	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Bocholt	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbsteuer (netto)	2000	285	285	↑
	2005	364	351	
	2009	419	359	
	2012	566	537	
Grundsteuer B	2000	100	103	↑
	2005	120	129	
	2009	126	135	
	2012	145	151	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	297	325	↑
	2005	253	268	
	2009	301	314	
	2012	337	350	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	34	42	↑
	2005	33	42	
	2009	43	50	
	2012	51	56	
Steuerkraft	2000	715	748	↑
	2005	770	770	
	2009	889	868	
	2012	1 099	1 102	
Schlüsselzuweisungen	2000	169	168,87	↓
	2005	100	99,63	
	2009	229	137,23	
	2012	127	248,20	
Finanzkraft	2000	884	952	→
	2005	870	920	
	2009	1 117	1 057	
	2012	1 226	1 327	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Bocholt	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	442	447	↑
	2005	466	466	
	2010	398	465	
	2013	435	561	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	615	214	↓
	2005	290	189	
	2010	108	178	
	2013	192	193	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,5	10,4	↑
	2005	8,9	9,3	
	2010	6,6	10,0	
	2012	6,8	10,2	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,3	11,0	↑
	2005	9,7	10,4	
	2010	9,8	10,3	
	2012	10,1	10,8	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Bocholt	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 553	1 316	↑
	2005	1 293	1 219	
	2010	1 275	1 206	
	2012	1 144	1 160	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	23	38	↓
	2005	12	1	
	2010	1 789	695	
	2012	179	226	
Kassenkredite in € je EW	2000	0		→
	2005	0		
	2009	0	291	
	2012	0	175	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 576	1 544	↑
	2005	1 305	1 544	
	2009	3 064	2 384	
	2012	1 323	2 175	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,2	2,1	↑
	2005	1,7	1,8	
	2009	3,6	2,9	
	2012	1,2	1,9	
Zinsausgaben in € je EW	2000	86	77	↑
	2005	75	66	
	2009	61	57	
	2012	59	63	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	55	55	↓
	2005	58	47	
	2010	48	39	
	2012	52	40	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

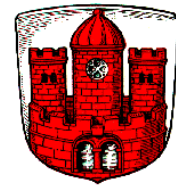
⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Das sozioökonomische Umfeld von Bocholt ist als positiv zu beurteilen. Die Stadt gehört im Sinne der Typisierung der laufenden Raubeobachtung zu den wachsenden Gemeinden. Dies schlägt sich auch in einer günstigen Entwicklung des Steueraufkommens nieder. Die Steuerkraft je Einwohner hat sich zwischen 2000 und 2012 von 715 € auf 1 099 € je Einwohner um über 50% erhöht und damit zum Median aufgeschlossen. Mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 3,6 % übertrifft Bocholt den Median der Raten der Vergleichsgemeinden (2,9% p.a.). Zu diesem Ergebnis trägt insbesondere die Gewerbesteuer bei, deren Erhöhungen ab 2011 kräftig ausfielen. Aber auch das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich im interkommunalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelt. Die Kehrseite dieses finanzwirtschaftlichen Erfolges sind sinkende Schlüsselzuweisungen, so dass sich die Finanzkraft der Stadt im Gleichschritt mit der der Vergleichsgruppe entwickelt.
- Trotz dieser günstigen Umstände kann Bocholt den Haushalt nur fiktiv ausgleichen. Die positiven Ergebnisse der vergangenen Jahre konnten nur erreicht werden, indem Rückstellungen ertragswirksam aufgelöst wurden. Auch für die kommenden Jahre ist mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen, die sich auf etwa 12 Mill. € p.a. belaufen dürften. Konsolidierungsbemühungen sind deshalb unerlässlich.
- Bisher musste Bocholt allerdings keine Kassenredite aufnehmen; für die Zukunft ist dies aber nicht mehr auszuschließen. Die Entwicklung der Gesamtverschuldung wurde bisher geprägt von den fundierten Schulden sowie der Verschuldung der Eigenbetriebe. Die fundierten Schulden konnten im Untersuchungszeitraum um 2,5% p.a. gesenkt werden. Dies ist zum Teil das Ergebnis von Vermögenserlösen (z.B. Verkauf der Bocholter Wohnungsgesellschaft), die zur Schuldentilgung eingesetzt wurden oder der Nutzung von Überschüssen zur Sondertilgung von Darlehen, zuletzt im Umfang von 7 Mill. €. Hinzu kommt, dass sich die Eigenbetriebe auch selber verschulden. Positiv ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass der Rat einen „Schuldendeckel“ von 155 Mill. € beschlossen hat, der auch die Sondervermögen Entsorgungs- und Servicebetrieb Bocholt (ESB) und die Gebäudewirtschaft der Stadt Bocholt (GWB) einbezieht. Das Absinken der Sachinvestitionen, das im interkommunalen Vergleich überproportional ausfiel, dürfte sich ebenfalls falls dämpfend auf die Schuldenentwicklung ausgewirkt haben. Zurzeit werden aber umfangreiche Investitionen geplant, die auch wieder schuldenfinanziert werden sollen.
- Die Primärausgaben je Einwohner sind im Untersuchungszeitraum in Bocholt relativ mäßig gestiegen: 2,4% p.a. gegenüber 3,2% p.a., der mittleren Steigerungsrate der Vergleichsgemeinden. Die relative Position Bocholts verbesserte sich gemessen an den medianen Primärausgaben: Die Relation verringerte sich von 0,943 auf 0,894. Welche Rolle in diesem Zusammenhang Auslagerungen spielten, bedürfte einer tieferen Analyse, angesichts gebührenfinanzierter Leistungserbringungen und Leistungserbringungen für die Kernverwaltung selbst (z.B. Mieten). Zum gemäßigten Anstieg hat aber sicherlich die Rückführung der Personalausgaben je Einwohner beigetragen. Sie sanken im Untersuchungszeitraum um 0,1% p.a., während die medianen Personalausgaben um 1,8% p.a. stiegen. Dies korrespondiert mit der abnehmenden Personalintensität. Kamen im Jahre 2000 noch 9,5 Vollzeitbeschäftigte auf 1 000 Einwohner, waren es 2012 nur noch 6,8. Unter Berücksichtigung der Sondervermögen nähert sich die Personalintensität zwar wieder deutlich der der Vergleichsgruppe, bleibt aber mit 10,1 noch unter deren Median (10,8).
- Die allgemeine Kreisumlage des Kreises Borken ist mit 28% die niedrigste in der Vergleichsgruppe. Bocholt muss auf Grund seiner Steuerstärke alleine ein Fünftel der Kreisumlage aufbringen. Sie macht gleichwohl nur 16,8% der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Die Belastung ist damit vergleichsweise moderat.
- Bocholt muss sich bemühen, bald wieder einen echten Haushaltsausgleich zu erreichen. Gemessen am Aufwandsdeckungsgrad verschlechtert sich nach den vorliegenden Haushaltsplanungen die Lage jedoch. Dieser sinkt von etwa 93% im Jahr 2013 auf 88% im Jahr 2017. Die Jahresergebnisse bleiben negativ und dürften unverändert bei einem Minus von 12,8 Mill. € jährlich liegen. Unter diesen Voraussetzungen dürfte die Grenze des selbst aufgelegten Schuldendeckels vermutlich im Planungszeitraum erreicht wird.



Borken

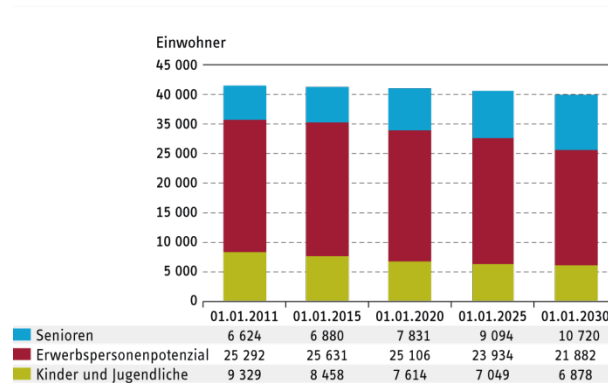
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

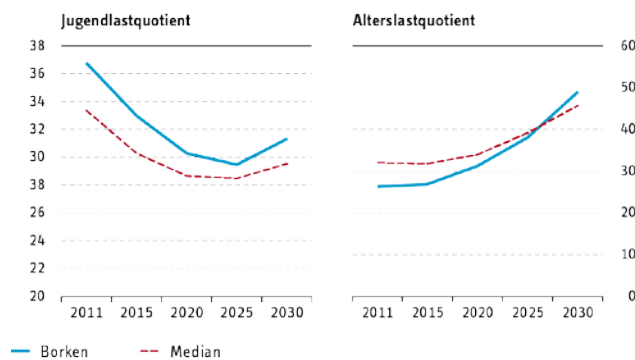
Indikator	Jahr	Borken	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 430	20 366
	2011	23 813	24 207
	JDV 2011/2004	2,9	2,7
Verfügbares Einkommen	2004	16 626	17 825
	2011	20 244	20 852
	JDV 2011/2004	2,9	2,5
Arbeitslosenquote	2008	4,5	4,6
	2012	4,2	4,3
Beschäftigtenquote	2008	49,4	52,0
	2012	53,2	54,4

Demographische Entwicklung in Borken nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Borken	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	11,9	10,6	↑
	2005	10,7	10,0	
	2008	12,8	11,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 187	1 253	↓
	2005	1 310	1 355	
	2010	1 758	1 728	
	2013	1 869	1 846	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	39,5	↑
	2010	32,8	40	
	2011	31,9	41,7	
	2012	27,1	40,9	
	2013	28	39,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	103,5	96,2	↓
	2013	98,3	93,4	
	2014	98,7	95,4	
	2015	98,8	96,2	
	2016	98,9	98,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	1,8	-1,3	↓
	2013	0,0	-8,2	
	2014	0,1	-4,6	
	2015	0,0	-3,9	
	2016	0,0	-3,2	
	2017	0,0	-1,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Borken	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	175	↑
	2005	192	196	
	2009	192	203	
	2012	209	218	
	2013	209	220	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	381	381	
	2009	406	381	
	2012	441	415	
	2013	445	421	
Gewerbesteuer	2000	380	380	↑
	2005	403	403	
	2009	403	405	
	2012	411	418	
	2013	411	423	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Borken	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	175	271	↑
	2005	230	313	
	2009	319	365	
	2012	397	436	
Grundsteuer B	2000	90	90	↑
	2005	117	115	
	2009	131	126	
	2012	145	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	279	307	↑
	2005	228	254	
	2009	285	309	
	2012	324	344	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	31	35	↓
	2005	31	35	
	2009	38	44	
	2012	43	51	
Steuerkraft	2000	581	679	↑
	2005	612	740	
	2009	779	852	
	2012	916	994	
Schlüsselzuweisungen	2000	269	132	↓
	2005	165	77	
	2009	233	48	
	2012	105	85	
Finanzkraft	2000	850	854	↓
	2005	777	832	
	2009	1 012	991	
	2012	1 021	1 127	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Borken	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	321	365	↓
	2005	341	390	
	2010	376	373	
	2013	423	410	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	426	227	↑
	2005	252	178	
	2010	192	141	
	2013	414	181	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,2	8,3	↓
	2005	7,0	8,2	
	2010	7,6	7,1	
	2012	7,8	7,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	7,2	9,4	↓
	2005	7,0	8,7	
	2010	7,6	8,3	
	2012	7,8	8,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Borken	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	330	673	↑
	2005	118	768	
	2010	13	789	
	2012	0	746	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	208	↑
	2005	0	41	
	2010	0	460	
	2012	0	321	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	0	
	2010	0	4	
	2012	0	163	
Gesamtschulden in € je EW	2000	330	1139	↑
	2005	118	1385	
	2010	13	1595	
	2012	0	1530	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	0,6	1,5	↑
	2005	0,2	1,7	
	2010	0,0	1,8	
	2012	0,0	1,6	
Zinsausgaben in € je EW	2000	21	43	↑
	2005	23	44	
	2010	3	43	
	2012	2	44	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	65	57	↑
	2005	197	48	
	2010	219	44	
	2012	0	42	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen sind günstig; der BBSR klassifiziert die Stadt als wachsend. Die Arbeitslosigkeit liegt 2012 mit 4,2% um 0,3 Prozentpunkte unter der von 2008, und befindet sich damit knapp unter dem Median. Die Beschäftigtenquote nahm im gleichen Zeitraum von 49,4 auf 53,2 (Median: 54,3) zu. Die Einkommensentwicklung ist ebenfalls positiv: Die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen je Einwohner nahmen zwischen 2004 und 2011 jahresdurchschnittlich um 2,9% zu, die der Vergleichsgruppe um 2,7 bzw. 2,5% (Median der Wachstumsraten). Borken gehört zu den Gemeinden im Untersuchungsgebiet, die 2012 einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten.
- Borken ist seit 2012 schuldenfrei. Die fundierten Schulden¹⁰ von 13,3 Mill. € im Jahre 2000 wurden schrittweise auf Null zurückgeführt. Dennoch sind die Sachinvestitionen je Einwohner hoch und wurden insbesondere in den vergangenen Jahren spürbar ausgeweitet.
- Die Steuerkraft Borkens lag zwar 2012 noch unter dem Median der Vergleichsgruppe. Allerdings nahmen die Steuereinnahmen je Einwohner deutlich überproportional zu, und zwar um 3,9% p.a. im Vergleich zum Median der Steigerungsraten der Vergleichsgemeinden (2,9%). Damit konnte sich Borken dem Median der Steuerkraft annähern von 85,6 auf 92,2% des Medianwertes. Dieser Aufholprozess ist vor allem der Gewerbesteuer geschuldet. Hier hatten die Einnahmen pro Einwohner im Jahr 2000 nur 64,5% des Median betragen, 2012 erreichten sie 90,9%. Ursache des Anstiegs war vor allem eine Verbesserung der Bemessungsgrundlage, denn der Hebesatz entsprach stets nahezu dem Median der Vergleichsgruppe.
- Mit dem Schuldenabbau sanken auch die Zinsausgaben. Der sich dadurch bietende Spielraum wurde genutzt, um die Primärausgaben auszuweiten, sie stiegen zwischen 2000 und 2013 je Einwohner um 3,6% p.a. im Vergleich zu 3,1% in der Referenzgruppe. Damit übertrafen sie 2013 knapp den Median um 1,2%. Die Personalausgaben wurden überdurchschnittlich erhöht, lagen aber aufgrund der niedrigen Startrampe 2013 mit 423 € pro Kopf gerechnet nur 3% über dem Median der Vergleichsgruppe (410 €). Der überproportionale Ausgabenanstieg resultiert aus einem

Anstieg der Personalintensität in der Kernverwaltung: Sie wurde erhöht von 7,2 Personen (Vollzeitäquivalent) je 1000 Einwohner auf 7,7. Damit lag sie zwar zuletzt etwas über dem Median der Vergleichsgruppe (7,4). Da Borken allerdings keinerlei Personal in Eigenbetriebe ausgelagert hat, liegt dieser Wert deutlich unter dem Referenzwert für die Gemeindeverwaltung insgesamt (8,6 Personen je 1000 Einwohner).

- Die positive Entwicklung des Haushalts wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Allerdings kann man hier eher von einer schwarzen Null sprechen als von einem Überschuss. Belief sich das positive Jahresergebnis 2012 noch auf 4,3 Mill. €, so bewegen sich die Überschüsse in den Jahren 2013 bis 2017 im Minimum auf voraussichtlich 7 500 € (2013) und im Maximum auf 128 600 € (2014).

¹⁰ Es gibt keine Sonderrechnungen, ein dauerhafter Bestand an Kassenkrediten wurde nicht aufgebaut.



Castrop-Rauxel

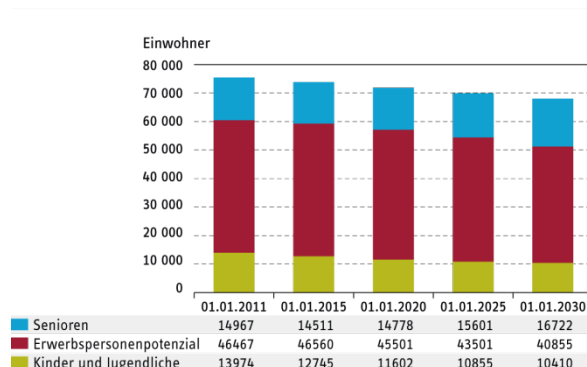
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

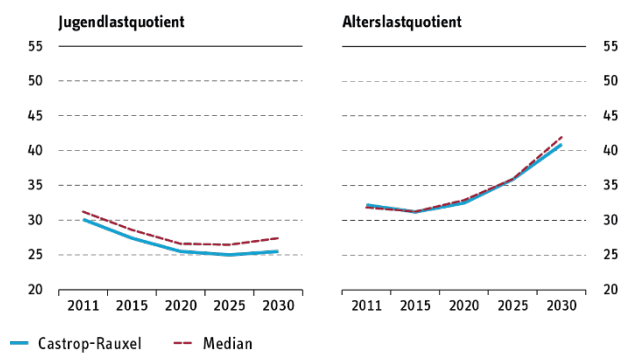
Indikator	Jahr	Castrop-Rauxel	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	17 075	16 099
	2011	20 177	18 699
	JDV 2011/2004	2,4	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	16 062	15 465
	2011	18 105	17 264
	JDV 2011/2004	1,7	1,7
Arbeitslosenquote	2008	9,0	9,2
	2012	7,8	8,7
Beschäftigtenquote	2008	46,4	44,8
	2012	48,7	46,9

Demographische Entwicklung in Castrop-Rauxel nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Castrop-Rauxel	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-14,0	-3,8	↓
	2005	-36,9	-28,5	
	2008	-32,3	-9,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 486	1 525	↑
	2005	1 808	1 807	
	2010	1 897	1 952	
	2012	2 183	2 372	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	45,1	→
	2010	53,0	51,0	
	2011	53,0	51,0	
	2012	48,1	47,5	
	2013	46,5	47,5	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	90,2	89,7	→
	2013	93,7	89,0	
	2014	96,1	96,0	
	2015	99,9	97,9	
	2016	105,4	102,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	0,5	Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung.	↓
	2013	0,4		
	2014	0,3		
	2015	-0,2		
	2016	0,2		

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Castrop-Rauxel	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	170	215	↓
	2005	170	220	
	2009	170	220	
	2012	200	285	
	2013	285	285	
Grundsteuer B	2000	410	425	↓
	2005	410	445	
	2009	410	470	
	2012	500	530	
	2013	625	603	
Gewerbesteuer	2000	470	435	↑
	2005	470	455	
	2009	470	460	
	2012	480	480	
	2013	480	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Castrop-Rauxel	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	116	183	↓
	2005	101	178	
	2009	246	255	
	2012	163	304	
Grundsteuer B	2000	89	87	↓
	2005	91	99	
	2009	100	114	
	2012	127	132	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	269	272	↓
	2005	232	226	
	2009	289	271	
	2012	319	296	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	16	28	↑
	2005	16	28	
	2009	21	34	
	2012	24	38	
Steuerkraft	2000	490	551	↑
	2005	441	524	
	2009	657	680	
	2012	633	738	
Schlüsselzuweisungen	2000	459	375	↓
	2005	390	304	
	2009	590	477	
	2013	632	607	
Finanzkraft	2000	949	945	↓
	2005	832	876	
	2009	1 246	1 215	
	2013	1 266	1 354	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Castrop-Rauxel	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	453	386	↑
	2005	503	414	
	2010	545	494	
	2013	617	561	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	122	115	↓
	2005	142	112	
	2010	162	126	
	2013	88	119	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,3	7,8	↑
	2005	10,1	7,7	
	2010	11,5	8,9	
	2012	11,1	9,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	11,7	11,3	↑
	2005	10,1	10,6	
	2010	11,5	11,6	
	2012	11,1	11,3	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Castrop-Rauxel	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	705	797	↑
	2005	805	871	
	2010	619	930	
	2012	591	911	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	535	509	↓
	2005	0	283	
	2010	1 173	877	
	2012	1 214	931	
Kassenkredite in € je EW	2000	282	224	↓
	2005	958	949	
	2010	2 040	1 771	
	2012	2 521	2 285	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 521	1 653	↓
	2005	1 763	1 870	
	2010	3 809	3 743	
	2012	4 326	3 848	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,1	3,0	↓
	2005	4,0	4,1	
	2010	6,6	5,5	
	2012	6,8	4,8	
Zinsausgaben in € je EW	2000	41	64	↓
	2005	42	67	
	2010	74	74	
	2012	86	87	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	42	51	↓
	2005	24	36	
	2010	28	28	
	2012	28	28	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

↑ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

↓ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Castrop-Rauxel sieht sich ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen gegenüber. Laut Gemeindetypisierung der BBSR handelt es sich um eine schrumpfende Stadt. Es kann insofern nicht überraschen, dass die finanzwirtschaftliche Lage der Stadt schwierig ist. Sie ist seit langem nicht in der Lage, ihren Haushalt nachhaltig auszugleichen. Das Eigenkapital wurde vermutlich bereits 2010 aufgezehrt¹¹. Als Konsequenz daraus wurde Castrop-Rauxel verpflichtet, am Stärkungspakt teilzunehmen und einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen.
- Die Entwicklung der Gesamtverschuldung und ihrer Struktur zeigt, dass sich die Haushaltsprobleme in den vergangenen Jahren zugespitzt haben. Im Jahr 2000 lag die Gesamtverschuldung mit 1 521 € je Einwohner noch unter dem Median der Vergleichsgruppe (1 653 €); 2012 überstieg sie mit 4 326 € je Einwohner deutlich den Median (3 848 €). Schuldentreibend wirken strukturelle Defizite, die sich in einer überproportionalen Zunahme der Kassenkredite niederschlagen. Machten diese im Jahr 2000 etwa ein Sechstel der Gesamtverschuldung aus, so waren es 2012 knapp 60%. Infolge der anhaltenden strukturellen Defizite ist Castrop-Rauxel mittlerweile überschuldet. Mit Blick auf die erforderliche Haushaltskonsolidierung stellt sich die Frage, inwieweit die strukturellen Defizite einnahme- oder ausgabeseitig bedingt sind.
- Castrop-Rauxel erweist sich im interkommunalen Vergleich als finanzschwach. Während die Finanzkraft je Einwohner von 2001 bis 2012 lediglich um 2,4% p.a. zunahm, erhöhte sie sich im Mittel der Vergleichsgemeinden um 3,1% p.a. Dafür verantwortlich sind sowohl der relativ geringere Zuwachs der Schlüsselzuweisungen als auch eine Gewerbesteuerschwäche. Letztere ist einer geringen Steuerbemessungsgrundlage geschuldet; der Hebesatz befand sich bereits im Jahre 2000 mit 470 auf einem für damaliges Verhältnis hohen Niveau (Median: 435). Mittlerweile haben die anderen Gemeinden aufgeschlossen; der aktuelle Hebesatz von 480 entspricht dem Median der Vergleichsgruppe. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich dagegen dynamischer entwickelt als in der Vergleichsgruppe.
- Das Ausgabenniveau liegt in Castrop-Rauxel in etwa auf dem Niveau der Vergleichsgemeinden (Median), ohne über deren Finanzkraft zu verfügen. Die Primärausgaben je Einwohner stiegen von 2001 bis 2013 um 3% p.a. (Median der Steigerungsragten der Vergleichsgemeinden 3,1% p.a.). Die Folge ist, dass die Kosten der Finanzierung der strukturellen Defizite der kommunalen Aufgabenerfüllung zunehmend Mittel entzieht. Dabei sind die Personalausgaben je Einwohner in der Kernverwaltung zwar deutlich höher als in der Vergleichsgruppe, was jedoch daran liegt, dass andere Gemeinden mehr Personal und Aufgaben ausgelagert haben. Die Personalintensität einschließlich Eigenbetrieben ist mit 11,1 Beschäftigten auf 1000 Einwohner etwas geringer als der Median der Vergleichsgruppe (11,3). Allerdings stellen diese Daten die Lage zu günstig dar: Im Jahre 2002 wurde Eigenbetrieb „Entsorgung, Umweltschutz, Versorgung der Stadt Castrop-Rauxel“ in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt, deren Beschäftigte aufgrund der Wahl der Rechtsform hier in der statistischen Sonderauswertung nicht erfasst sind. Zuletzt waren dort 149 Beschäftigte tätig, die 2011 Personalkosten von 7,3 Mill. € verursachten. Diese Umwandlung schlug sich auch in einer geringeren Personalintensität der Gemeindeverwaltung nieder: 2005 kamen nur 10,1 Vollzeitäquivalente auf 1000 Einwohner. Seitdem ist die Personalintensität wieder auf 11,1 2012 gestiegen.
- Während Castrop-Rauxel in der Vergangenheit vergleichsweise hohe Sachinvestitionen tätigte, dürften diese mit 88 € je Einwohner im Jahr 2013 deutlich unter dem Niveau der Vergleichsgruppe (Median: 119 € je Einwohner) liegen. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit für Baumaßnahmen werden auch im aktuellen Finanzplanungszeitraum dramatisch abnehmen: von 5 Mill. € 2013 auf 250 Tsd. € in 2017.
- Es steht außer Frage, dass Castrop-Rauxel Ausgaben und Einnahmen endlich wieder in Einklang bringen muss. Dazu ist die Stadt offensichtlich nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage, wie die pflichtige Teilnahme am Stärkungspakt zeigt. Die Stadt erhält von 2013 bis 2021 Konsolidierungshilfen im Gesamtvolumen von 72,8 Mill. €. Im Gegenzug muss die Stadt ihren Haushalt zunächst mit, später ohne Konsolidierungshilfen ausgleichen. Bei den geplanten und bereits zum Teil umgesetzten Maßnahmen halte sich die Konsolidierungsbeiträge der Ertrags- und der Aufwandsseite bis 2021 in etwa die Waage (10,9 Mill. € zu 10,6 Mill. €).
- Den größten Konsolidierungsbeitrag sollen die Steuerzahler erbringen. Die Realsteuerhebesätze

¹¹ Die Jahresabschlüsse für die Jahre ab 2010 liegen noch nicht vor.

werden drastisch angehoben. Nachdem der Hebesatz der Grundsteuer B bereits 2013 von 500 auf 625% angehoben wurde, ist für 2016 eine weitere Anhebung auf 825% geplant. Die Grundsteuer A soll 2014 auf 600% angehoben werden. Der Gewerbesteuerhebesatz soll dagegen im Jahr 2014 nur moderat von 480 auf 500%. Darüber hinaus sollen die Gebühreneinnahmen steigen, indem Befreiungen und Ermäßigungen abgeschafft, der Kollektivgutanteil kommunaler Leistungen reduziert oder der Kostendeckungsgrad erhöht werden. Diese Gebührenerhöhungen werden als (Erträge-)Sachkosten umschrieben.

- Eine Verminderung der Personalkosten ist der wichtigste Konsolidierungsbeitrag der Aufwandsseite. Sie sollen bis 2021 immerhin etwas mehr als ein Drittel des Konsolidierungsvolumens erbringen. Dies erscheint auch gerechtfertigt, da die um Ausgliederungen bereinigte Personalintensität doch im interkommunalen Vergleich recht hoch ist. Dazu besteht aber auch die Möglichkeit angesichts der Altersstruktur der Beschäftigten.



Coesfeld

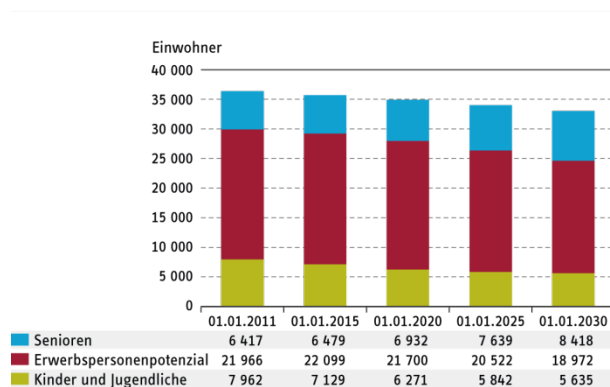
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

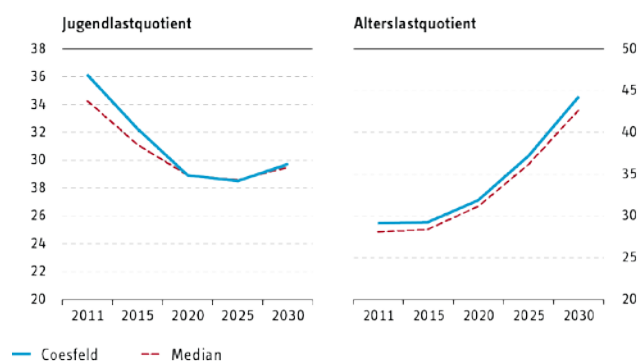
Indikator	Jahr	Coesfeld	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 997	20 015
	2011	22 665	23 517
	JDV 2011/2004	1,8	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	17 253	17 244
	2011	19 521	19 521
	JDV 2011/2004	1,8	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,4	3,7
	2012	2,6	3,8
Beschäftigtenquote	2008	51,7	50,7
	2012	55,3	53,1

Demographische Entwicklung in Coesfeld nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Coesfeld	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	5,8	7,0	↑
	2005	-2,4	0,5	
	2008	9,0	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 172	1 137	↑
	2005	1 266	1 265	
	2010	1 598	1 556	
	2013	1 772	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,5	35,1	↓
	2010	34,9	36,4	
	2011	35,1	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	35,5	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	105,1	98,5	↓
	2013	96,5	94,8	
	2014	95,7	93,7	
	2015	97,9	96,4	
	2016	97,9	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	2,8	-0,1	↓
	2013	-1,2	-4,4	
	2014	-1,7	-2,9	
	2015	-0,5	-2,5	
	2016	-0,4	-1,4	
	2017	-0,1	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Coesfeld	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	188	↓
	2005	195	199	
	2009	224	224	
	2012	240	238	
	2013	250	235	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	381	381	
	2009	393	381	
	2012	495	420	
Gewerbesteuer	2013	550	420	↓
	2000	380	380	
	2005	403	403	
	2009	420	408	
	2012	435	422	
	2013	450	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Coesfeld	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	246	246	↑
	2005	280	295	
	2009	259	329	
	2012	438	385	
Grundsteuer B	2000	99	86	↑
	2005	125	110	
	2009	136	118	
	2012	179	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	292	291	↓
	2005	249	251	
	2009	306	316	
	2012	340	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	38	36	↑
	2005	36	35	
	2009	46	45	
	2012	50	48	
Steuerkraft	2000	679	679	↑
	2005	696	698	
	2009	752	797	
	2012	1 015	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	194	172	↓
	2005	125	151	
	2009	234	179	
	2012	49	146	
Finanzkraft	2000	873	861	↓
	2005	821	841	
	2009	987	984	
	2012	1 065	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Coesfeld	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	324	302	↑
	2005	340	326	
	2010	343	350	
	2013	381	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	121	257	↑
	2005	137	136	
	2010	155	164	
	2013	188	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,1	6,9	↑
	2005	6,6	6,8	
	2010	6,4	6,6	
	2012	6,4	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	7,6	7,6	↑
	2005	7,1	7,2	
	2010	7,0	7,7	
	2012	7,0	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Coesfeld	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	860	676	↑
	2005	823	845	
	2010	687	696	
	2012	637	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	1 003	409	↑
	2005	743	382	
	2010	553	428	
	2012	442	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	27	25	
	2010	0	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 863	1 457	↑
	2005	1 593	1 510	
	2010	1 240	1 328	
	2012	1 079	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,7	2,4	↑
	2005	2,3	2,2	
	2010	1,6	1,7	
	2012	1,1	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	44	44	↓
	2005	42	44	
	2010	31	28	
	2012	38	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	52	57	↓
	2005	50	47	
	2010	46	44	
	2012	60	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Coesfeld gehört zu den Städten und Gemeinden in der Region Nord-Westfalen, die ein stabiles sozioökonomisches Umfeld aufweisen. Wie die meisten Gemeinden des IHK-Bezirks kann die Stadt ihren Haushalt fiktiv ausgleichen. Ein echter Haushaltsausgleich aus eigener Kraft erscheint möglich. Geplant ist, die vorhandenen strukturellen Defizite in den kommenden Jahren allmählich abzubauen.
- Die Gesamtverschuldung Coesfelds wird geprägt von den fundierten Schulden der Kernverwaltung und von Auslagerungen. Die Gesamtverschuldung konnte von 1 863 € je Einwohner im Jahr 2000 auf 1 079 € im Jahr 2012 zurückgeführt werden, also jahresdurchschnittlich um 4,4%. Hierzu tragen vor allem die Sondervermögen bei, deren Schulden halbiert wurden. Aber auch die Kernverwaltung konnte ihre Schulden um ein Viertel reduzieren. Seit 2009 wurden keine neuen fundierten Schulden mehr aufgenommen worden. Zudem wurden Sondertilgungen vorgenommen. Der Rückgang der fundierten Verschuldung ging offenbar, im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden, nicht zu Lasten der Investitionstätigkeit. Während in der Vergleichsgruppe die Sachinvestitionen überwiegend gesenkt wurden, stiegen sie in Coesfeld. Damit erreicht die Stadt mittlerweile in etwa den Median der Vergleichsgruppe.
- Die Steuerkraft Coesfelds hat sich positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen (netto) je Einwohner stiegen um 3,4% p.a. gegenüber dem Jahr 2000. Dies entspricht in etwa der Entwicklung in der Vergleichsgruppe gemessen am Median der Zuwachsraten (3,3%). Mehreinnahmen entstanden im Wesentlichen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Das Gewerbesteueraufkommen je Einwohner nahm im Untersuchungszeitraum um 4,9% p.a. zu; das Aufkommen der Grundsteuer B um 5,1% p.a. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Hebesatz der Grundsteuer B merklich angehoben wurde. Entsprechend dieser mit 330 in den Jahren 2000 und 2005 noch dem Median, so übertraf er 2012 mit 495 den Durchschnitt der Vergleichsgruppe um 17%. Auch der Gewerbesteuerhebesatz wurde deutlich erhöht, allerdings in ähnlichem Maße wie in den Vergleichsgemeinden. Inzwischen hat Coesfeld die Realsteuerhebesätze weiter angehoben, bei der Grundsteuer B auf 550%, bei der Gewerbesteuer auf 450%. Das Aufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer hat sich dagegen relativ schwach entwickelt.
- Die Primärausgaben je Einwohner beliefen sich 2013 auf 1 772 € je Einwohner. Sie nahmen im Untersuchungszeitraum mit 3,2% p.a. Dies entspricht dem Median der Zuwachsraten der Vergleichsgruppe. Die Personalausgaben je Einwohner wurden nur um 1,3% p.a. erhöht (Median der Steigerungsraten: 2,1% p.a.). Grundlage hierfür ist ein Abbau von 30 Vollzeitäquivalenten zwischen 2000 und 2012. So wurde die Personalintensität der Kernverwaltung von 7,1 Vollzeitbeschäftigte je 1 000 Einwohner im Jahr 2000 – was dem Median entsprach – bis 2012 auf 6,4 gesenkt, einen Wert unter dem Durchschnitt der Vergleichsgruppe (6,7). Unter Einbeziehung der Sondervermögen schneidet Coesfeld sogar noch etwas besser ab. Die relativ niedrige Kreisumlage – zuletzt 35,53 gegenüber dem Median der Kreise der Vergleichsgemeinden 40,02 – dürfte auch das Ausgabenniveau positiv beeinflusst haben.
- Die Stadt Coesfeld setzt sich in einer sog. Strategie 2025 das Ziel, den Haushalt dauerhaft im Rahmen der doppelten Haushaltsführung auszugleichen. Langfristig sollen liquide Mittel für die kommunalen Investitionen erwirtschaftet werden. Für 2014 wird jedoch ein erheblicher Jahresfehlbetrag von 2,3 Mill. € erwartet¹², dem weitere Defizite folgen, wenn auch deutlich geringere. Die Fehlbeträge entstehen trotz der merklichen Erhöhung der Realsteuerhebesätze. Sie waren eine zentrale Konsolidierungsmaßnahme, mit der die in den Jahren 2013 bis 2016 drohenden Haushaltsdefizite um etwa die Hälfte reduzieren werden sollen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Steuererhöhungen sich mit den Zielen des Strategiepapiers vereinbar sind. Danach sollen u.a. positive Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen geschaffen und ansässige Unternehmen gefördert werden, um ein attraktives Mittelzentrum für Einwohner, Zuziehende und Unternehmen zu schaffen. Die Hebesatzpolitik jedenfalls folgt dem gleichen Muster wie in Städten und Gemeinden des Stärkungspaktes.

¹² Dieser Ausreißer wird mit Sanierungsmaßnahmen im Stadtschloss erklärt.



Datteln

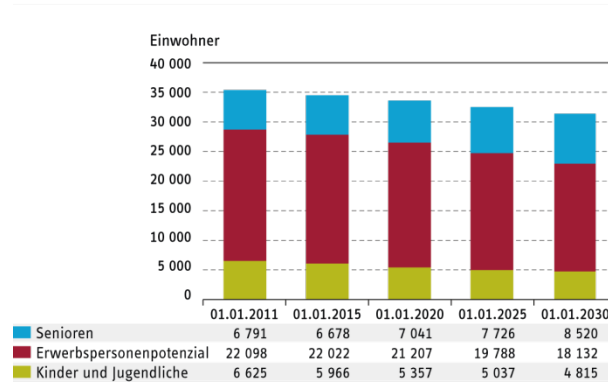
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

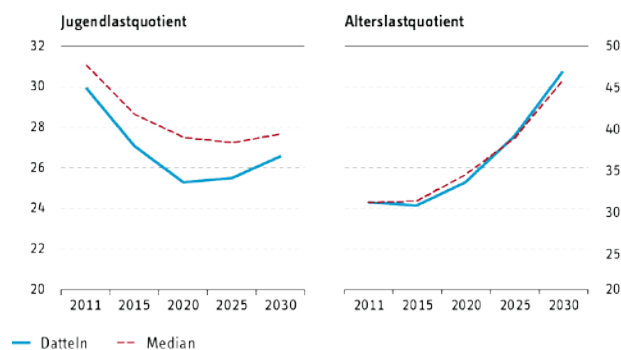
Indikator	Jahr	Datteln	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 967	16 967
	2011	19 928	19 928
	JDV 2011/2004	2,3	1,8
Verfügbares Einkommen	2004	15 916	15 916
	2011	18 017	18 017
	JDV 2011/2004	1,8	1,8
Arbeitslosenquote	2008	8,8	6,6
	2012	9,1	6,6
Beschäftigtenquote	2008	46,0	48,2
	2012	47,6	49,5

Demographische Entwicklung in Datteln nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Datteln	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-28,6	-0,8	↑
	2005	-47,3	-14,9	
	2008	16,1	1,7	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 969	1 436	↑
	2005	2 589	1 618	
	2010	1 978	1 884	
	2013	2 272	2 034	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	40,9	↑
	2010	53,0	42,3	
	2011	53,0	44,9	
	2012	48,1	44,4	
	2013	46,5	44,1	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	k.A.	96,0	
	2013	93,9	93,1	
	2014	96,2	94,9	
	2015	k.A.	97,0	
	2016	k.A.	99,2	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012			Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung
	2013			
	2014			
	2015			
	2016			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Datteln	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	205	203	↓
	2005	205	220	
	2009	205	220	
	2012	220	225	
	2013	280	260	
Grundsteuer B	2000	425	345	↑
	2005	425	400	
	2009	425	406	
	2012	435	435	
	2013	535	465	
Gewerbesteuer	2000	425	420	↓
	2005	425	428	
	2009	440	433	
	2012	450	450	
	2013	470	460	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Dateln	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbsteuer (netto)	2000	99	196	↑
	2005	163	170	
	2009	234	227	
	2012	188	320	
Grundsteuer B	2000	94	91	↓
	2005	112	111	
	2009	119	119	
	2012	126	137	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	268	297	↓
	2005	225	255	
	2009	276	307	
	2012	301	342	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	27	30	↓
	2005	27	31	
	2009	33	37	
	2012	37	42	
Steuerkraft	2000	490	636	↑
	2005	529	573	
	2009	663	729	
	2012	654	813	
Schlüsselzuweisungen	2000	375	269	↑
	2005	279	204	
	2009	322	274	
	2012	453	282	
Finanzkraft	2000	865	887	↓
	2005	808	818	
	2009	985	983	
	2012	1 106	1 205	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Dateln	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	491	416	↓
	2005	541	400	
	2010	594	438	
	2013	593	471	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	119	159	↑
	2005	272	123	
	2010	112	188	
	2013	177	161	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,9	9,3	↓
	2005	10,6	8,0	
	2010	11,0	8,2	
	2012	10,8	8,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,9	9,9	↓
	2005	10,6	9,1	
	2010	11,0	9,7	
	2012	10,8	9,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Datteln	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	993	930	↑
	2005	1 277	900	
	2009	1 205	1 262	
	2012	1 114	1 133	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	7	→
	2005	0	55	
	2010	0	551	
	2012	0	246	
Kassenkredite in € je EW	2000	479	0	↓
	2005	1 341	379	
	2010	1 906	1 022	
	2012	2 685	837	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 472	1 386	↓
	2005	2 618	1 926	
	2009	3 111	2 779	
	2012	3 799	2 998	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,0	2,0	↓
	2005	4,9	2,8	
	2010	4,7	3,8	
	2012	5,8	3,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	76	50	↑
	2005	76	43	
	2009	112	73	
	2012	94	74	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	51	57	↑
	2005	29	34	
	2009	36	36	
	2012	25	33	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Datteln sieht sich wie die anderen Städte des Kreises Recklinghausen mit erheblichen regional- und finanzwirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Datteln gilt im Sinne der laufenden Raumbewertung als schrumpfende Stadt und weist bereits seit 1994 strukturelle Haushaltsdefizite auf. Die Stadt ist seit 2011 überschuldet und nimmt deshalb pflichtig am Stärkungspakt teil.
- Die finanzwirtschaftliche Lage spiegelt sich in der Entwicklung und der Struktur der Gesamtverschuldung. Die fundierten Schulden der Kernverwaltung nahmen je Einwohner von 2001 bis 2012 um 1% p.a. zu (Median der Veränderungsraten der Vergleichsgemeinden: 0,8% p.a.). Gleichwohl beliefen sich die fundierten Schulden mit 1 114 € je Einwohner 2012 nur noch auf 98,3% des Median der Vergleichsgruppe (2000: 104,8%). Dabei blieb das Investitionsniveau im interkommunalen Vergleich auf hohem Niveau. Die Gesamtschulden je Einwohner stiegen dagegen um 8,2% p.a. (Median der Veränderungsraten: 5,7%). Sie lagen 2012 mit 3 799 € je Einwohner um das 1,3fache über dem Median der Vergleichsgruppe. Ursächlich hierfür sind die anhaltenden strukturellen Defizite, in deren Folge die Kassenkredite je Einwohner dramatisch zunahm: Sie stiegen von 479 € je Einwohner im Jahre 2000 auf 2 685 € je Einwohner im Jahr 2012; dem Dreifachen des Median der Vergleichsgruppe. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 15,4%.
- Datteln ist ausgesprochen steuerschwach. Die Steuereinnahmen erreichten im Jahr 2012 mit 654 € je Einwohner nur etwa 80% des Median der Vergleichsgruppe. Verantwortlich hierfür sind geringe Einnahmen aus der Gewerbe- und der Einkommensteuer, wobei sich das Aufkommen der Gewerbesteuer positiv entwickelt. Es erhöhte sich im Untersuchungszeitraum je Einwohner gerechnet um 5,5% p.a., und hat damit stärker als das der Vergleichsgruppe (Median der Steigerungsraten: 4,9%). Dabei sind die Steuererhöhungen 2012 gegenüber 2000 mit 5,9% geringer ausgefallen als im interkommunalen Vergleich mit 7,1%. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer weist dagegen auch im Untersuchungszeitraum eine etwas geringere Dynamik auf als im interkommunalen Vergleich. Die Steuerlücke wird allerdings zu zwei Dritteln durch die Schlüsselzuweisungen kompensiert.
- Die Primärausgaben je Einwohner nahmen im Untersuchungszeitraum um 1,1% p.a. zu, was ge-

ringer ist als in der Vergleichsgruppe (Median der Steigerungsraten: 2,5%). Dies ist möglicherweise dem Umstand geschuldet, dass Datteln sich bereits länger in einer finanziellen Krise befindet als die Vergleichsgemeinden. Während für andere Gemeinden der Übergang zur Doppik zumindest eine vorübergehende Entlastung aus der Haushaltssicherung bedeutete, musste Datteln umgehend ein weiteres Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Ungeachtet dessen sind die Personalausgaben je Einwohner von 491 auf 593 € also um 1,5% p.a. gestiegen. Dies entspricht zwar der Ausgabenentwicklung in der Vergleichsgruppe (Median der Zuwachsraten: 1,5%), aber angesichts des hohen Ausgangsniveaus hat der Abstand zum Median noch zugenommen. Dies zeigt sich auch darin, dass die Personalintensität der Kernverwaltung mit 10,8 2012 gegenüber 10,9 2000 nahezu gleichgeblieben ist. Die Gemeinden der Vergleichsgruppe bauten demgegenüber im Mittel Personal ab: Der Median sank von 9,3 auf 8,7 im Untersuchungszeitraum. Die geringeren Ausgaben der Vergleichsstädte resultieren allerdings zu einem erheblichen Teil aus Auslagerungen. Bezieht man diese in die Rechnungen ein, reduziert sich der Abstand von 2,1 auf 1,2 Vollzeitäquivalente je 1000 Einwohner. Beim interkommunalen Vergleich ist auch zu beachten, dass der Kreis Recklinghausen mit 46,47% die höchste Kreisumlage erhebt. Der Median für die kreisangehörigen Gemeinden der Vergleichsgruppe liegt bei 44,3%. Der Anteil der Kreisumlage an den ordentlichen Aufwendungen beläuft sich 2014 in Datteln voraussichtlich auf über ein Fünftel.

- Datteln versucht entsprechend den Vorgaben des Stärkungspaktes, seinen Haushalt ab 2016 mit und ab 2021 ohne Konsolidierungshilfen des Landes auszugleichen. Den Plänen werden Konsolidierungshilfen von etwa 28,9 Mill. € im Zeitraum von 2012 bis 2020 zu Grunde gelegt. Schwerpunkt der Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ertragsseite sind Steuererhöhungen. Die Hebesätze der Grundsteuern sollen bis 2016 in jährlichen Schritten angehoben werden: Die Grundsteuer A von 280% 2013 auf 500%; die Grundsteuer B von 535% 2013 auf 825%. Für das Jahr 2016 werden so Mehreinnahmen von 3,8 Mill. € erwartet. Dies entspricht über 47% des Konsolidierungsvolumens in 2016. Die Ertragssteigerungen insgesamt belaufen sich auf knapp 5 Mill. € oder 62,5% des angestrebten Konsolidierungsvolumens 2016. Ein Schwerpunkt auf der Aufwandsseite liegt bei personalwirtschaftlichen Maßnahmen. Hier soll die zu erwartende hohe Altersfluktuation in den

kommenden Jahren genutzt werden. Man rechnet mit 100 altersbedingten Personalabgängen bis 2021. Die freierwerdenden Stellen werden nicht mehr besetzt oder nur, wenn eine Kompensation an anderer Stelle erfolgt. Stellenbesetzungen sind auch zulässig, wenn dadurch das Ergebnis nachhaltig verbessert werden kann. Die Kürzungen belaufen sich auf etwa 1,4 Mill. € 2016. Dieser Ansatz ist nicht nur zwingend, weil der Personalkostenblock eine wesentliche Determinante der Ausgabenentwicklung darstellt, sondern auch, weil die Gemeindeverwaltung von Datteln eine überdurchschnittliche Personalintensität aufweist.



Dorsten

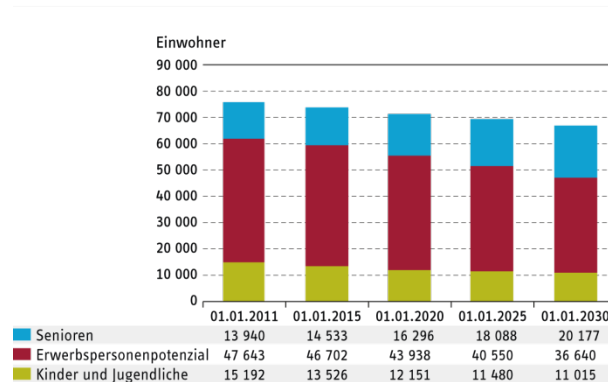
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

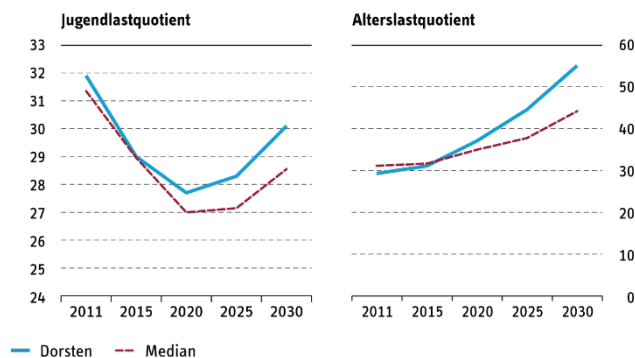
Indikator	Jahr	Dorsten	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 697	19 438
	2011	24 069	22 821
	JDV 2011/2004	2,9	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	17 271	17 161
	2011	20 866	19 863
	JDV 2011/2004	2,7	2,1
Arbeitslosenquote	2008	7,3	6,9
	2012	6,4	6,5
Beschäftigtenquote	2008	46,2	47,1
	2012	49,0	49,2

Demographische Entwicklung in Dorsten nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Dorsten	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-9,9	-0,8	↑
	2005	-35,5	-15,3	
	2008	28,3	-2,9	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 564	1 472	→
	2005	2 190	1 711	
	2010	2 029	1 905	
	2013	2 173	2 061	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	40,5	↑
	2010	53,0	41,4	
	2011	53,0	43,3	
	2012	48,1	42,9	
	2013	46,5	42,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	92,3	94,9	↑
	2013	97,2	94,3	
	2014	104,0	97,0	
	2015	104,6	99,0	
	2016	106,3	99,5	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012			Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung.
	2013			
	2014			
	2015			
	2016			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Dorsten	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	200	200	↓
	2005	215	217	
	2009	225	232	
	2012	350	237	
	2013	450	264	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	430	415	
	2009	450	420	
	2012	600	438	
	2013	780	485	
Gewerbesteuer	2000	410	408	↓
	2005	440	440	
	2009	460	440	
	2012	490	460	
	2013	495	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Dorsten	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	187	221	↓
	2005	138	273	
	2009	230	287	
	2012	143	359	
Grundsteuer B	2000	97	98	↑
	2005	116	122	
	2009	127	139	
	2012	172	150	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	309	313	↑
	2005	266	271	
	2009	324	329	
	2012	360	361	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	25	30	↓
	2005	25	30	
	2009	30	38	
	2012	32	40	
Steuerkraft	2000	620	667	↓
	2005	548	694	
	2009	712	782	
	2012	712	897	
Schlüsselzuweisungen	2000	334	249	↑
	2005	349	223	
	2009	449	294	
	2012	431	297	
Finanzkraft	2000	954	921	↓
	2005	896	891	
	2009	1 161	1 123	
	2012	1 142	1 211	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Dorsten	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	430	460	↓
	2005	433	443	
	2010	486	461	
	2013	512	519	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	136	168	↑
	2005	143	142	
	2010	150	142	
	2013	284	166	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,0	11,3	↓
	2005	8,8	9,2	
	2010	9,7	8,8	
	2012	9,5	9,1	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,0	11,3	↓
	2005	9,9	10,6	
	2010	10,9	10,9	
	2012	10,6	10,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Dorsten	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 696	1 191	↓
	2005	1 684	1 195	
	2010	1 885	904	
	2012	1 807	900	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	0	↑
	2005	13	60	
	2010	7	651	
	2012	0	464	
Kassenkredite in € je EW	2000	315	0	↓
	2005	1 450	485	
	2010	2 188	692	
	2012	2 548	770	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 011	1 672	↓
	2005	3 147	2 020	
	2010	4 081	2 429	
	2012	4 355	2 222	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,2	2,3	↓
	2005	5,7	2,7	
	2010	5,9	3,0	
	2012	6,1	2,5	
Zinsausgaben in € je EW	2000	110	71	↓
	2005	109	67	
	2010	142	64	
	2012	135	65	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	55	56	↑
	2005	35	43	
	2010	35	35	
	2012	31	36	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Dorsten zählt zu den Städten, die überschuldet sind und deshalb am Stärkungspakt teilnehmen müssen. Sie befindet sich bereits seit 1993 in der Haushaltssicherung, konnte also seitdem ihren Haushalt in keinem Jahr ausgleichen. Die Haushaltsfehlbeträge sind struktureller Natur und haben zum Aufbau eines erheblichen Bestandes an Kassenkredite geführt. Er belief sich 2000 bereits auf 315 € je Einwohner. Seitdem hat er sich verachtfacht auf 2 548 € im Jahr 2012. Der Schuldenstand des Kernhaushalts blieb dagegen nahezu unverändert, erhöhte sich aber aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahl von 1 696 auf 1 807 € je Einwohner. Die Gesamtverschuldung je Einwohner der Stadt Dorsten nahm im Untersuchungszeitraum um 6,6% p.a. zu, in der Vergleichsgruppe hingegen lediglich um 5,7% (Median der Veränderungsraten). Gemessen an der medianen Gesamtverschuldung ist die Entwicklung noch dramatischer: Belief sich die Gesamtverschuldung je Einwohner im Jahre 2000 noch auf 120% des Median, betrug sie 2012 196%.
- Ein Teil der Haushaltsprobleme ist auf der Einnahmenseite auszumachen. Die Steuerkraft der Stadt Datteln hat sich deutlich schwächer entwickelt als die der Vergleichsgruppe. Während die Steuereinnahmen (netto) je Einwohner im Untersuchungszeitraum nur um 1,2% p.a. stiegen, lag der Median der Zuwachsraten der Vergleichsgruppe bei 2,2% p.a. Gemessen an der Entwicklung der medianen Steuerkraft ist Datteln weiter zurückgefallen von 93 auf 79% des Median. Die Steuerschwäche ist bei der Gewerbesteuer zu lokalisieren, obwohl der Hebesatz fast während des gesamten Untersuchungszeitraums über dem Median lag und die Gewerbesteuer im Laufe der Zeit etwas stärker erhöht wurde. Allerdings ist anzumerken, dass im Vergleichsjahr 2012 Gewerbesteuervorauszahlungen in Höhe von 6,7 Mill. € zurückgezahlt werden mussten, was etwa einem Drittel des Bruttoaufkommens entspricht. Dorsten ist also steuerstärker als dieser Vergleich nahelegt. Dies hat aber keine Bedeutung für die Finanzkraft, da der kommunale Finanzausgleich bestehende Steuerkraftunterschiede ohnehin weitestgehend nivelliert.
- Dorsten hat seine Primärausgaben je Einwohner nicht auffällig gesteigert. Die jahresdurchschnittliche Steigerungsraten liegt mit 2,6% nur knapp

über dem Median der Steigerungsraten der Vergleichsgemeinden. Allerdings befinden sich die Ausgaben nach wie vor auf einem überdurchschnittlichen hohen Niveau. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Dorsten unter den Vergleichsstädten mit aktuell 46,47% die zweithöchste Kreisumlage zahlen muss. Sie erreicht 2013 voraussichtlich 23,5% der Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit. Die Personalausgaben je Einwohner der Kernverwaltung stiegen um 1,3% p.a. von 430 € je Einwohner im Jahr 2000 auf 512 € im Jahr 2012. Der Anstieg fällt damit geringfügig höher aus als im Mittel der Vergleichsgruppe (1,2% p.a.); das Kostenniveau hat sich dem der Vergleichsgemeinden angenähert. Diese Annäherung lässt sich durch das unterschiedliche Tempo im Personalabbau erklären. Dorsten reduzierte die Personalintensität in der Kernverwaltung von 10 Vollzeitbeschäftigten je 1000 Einwohner im Jahr 2000 auf 9,5 im Jahr 2012. Im Mittel der Vergleichsgruppe wurde die Personalintensität von 10,9 auf 9,1 verringert. Unter Berücksichtigung der Sonderrechnungen gleichen sich die Personalintensität der Stadt Dorsten und der Vergleichsgruppe im Jahre 2012 an.

- Die Stadt Dorsten muss in einem Haushaltsanierungsplan darlegen, wie sie den Haushalt zunächst mit, später ohne Konsolidierungshilfen ausgleichen kann. Kurz- und mittelfristig setzt die Konsolidierung nach den vorliegenden Planungen vor allem an der Ertragsseite an: Ihr Konsolidierungsbeitrag soll im Jahre 2016 53,1% betragen, davon alleine 45,1 Prozentpunkte aufgrund von Steuer- und Abgabenerhöhungen. Alleine die Erhöhung der Grundsteuer B soll 2016 6,2 Mill. € erbringen. Ursprünglich bestand sogar die Absicht, die Hebesätze der Realsteuern noch stärker anzuheben. Hierauf hat man indes wegen der höheren Konsolidierungshilfen darauf verzichtet. Auf der Aufwandsseite sind es vor allem auf die Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen, die 4,1 Mill. € beitragen sollen. Im Personaletat sollen 1,3 Mill. € erwirtschaftet werden. 2021 tragen Steuer- und Abgabenerhöhungen noch 36,2% zum Konsolidierungsvolumen bei, die Ertragsseite insgesamt 43,7%. Bereits 2014 sollen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen übertreffen; ab 2016 wird erstmals wieder ein positives Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Konsolidierungshilfen erreicht.



Dülmen

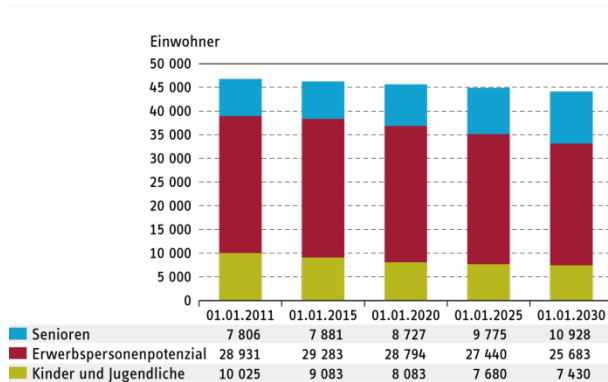
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

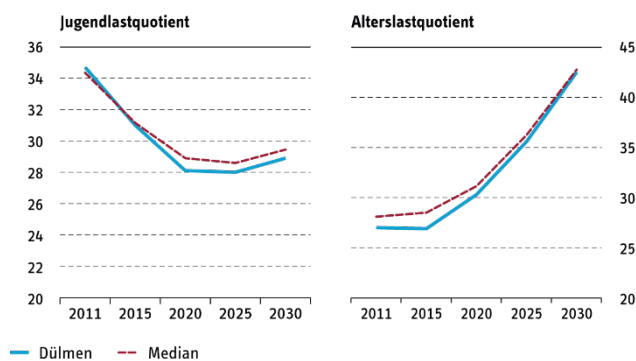
Indikator	Jahr	Dülmen	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	20 015	20 015
	2011	23 517	23 517
	JDV 2011/2004	2,3	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	16 623	17 244
	2011	19 483	19 521
	JDV 2011/2004	2,3	1,8
Arbeitslosenquote	2008	2,9	3,7
	2012	2,5	3,8
Beschäftigtenquote	2008	50,9	50,7
	2012	53,6	53,1

Demographische Entwicklung in Dülmen nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Dülmen	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	7,1	7,0	↑
	2005	2,9	0,5	
	2008	10,6	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 150	1 137	↑
	2005	1 263	1 265	
	2010	1 561	1 556	
	2013	1 662	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,5	35,1	↓
	2010	34,9	36,4	
	2011	35,1	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	35,5	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	106,5	98,5	↓
	2013	100,3	94,8	
	2014	100,0	93,7	
	2015	99,6	96,4	
	2016	100,7	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	5,5	-0,1	↓
	2013	0,2	-4,4	
	2014	0,2	-2,9	
	2015	-0,5	-2,5	
	2016	0,7	-1,4	
	2017	1,8	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Dülmen	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	188	↓
	2005	192	199	
	2009	214	224	
	2012	234	238	
	2013	234	235	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	381	381	
	2009	400	381	
	2012	495	420	
	2013	495	420	
Gewerbesteuer	2000	380	380	↓
	2005	403	403	
	2009	420	408	
	2012	435	422	
	2013	435	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Dülmen	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	164	246	↑
	2005	304	295	
	2009	327	329	
	2012	348	385	
Grundsteuer B	2000	83	86	↑
	2005	106	110	
	2009	118	118	
	2012	151	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	284	291	↑
	2005	242	251	
	2009	314	316	
	2012	353	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	22	36	↑
	2005	21	35	
	2009	27	45	
	2012	32	48	
Steuerkraft	2000	558	679	↑
	2005	678	698	
	2009	792	797	
	2012	892	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	295	172	↓
	2005	228	151	
	2009	162	179	
	2012	161	146	
Finanzkraft	2000	853	861	↓
	2005	906	841	
	2009	954	984	
	2012	1 053	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Dülmen	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	372	302	→
	2005	374	326	
	2010	432	350	
	2013	482	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	269	257	↓
	2005	101	136	
	2010	130	164	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	8,5	6,9	↓
	2005	7,6	6,8	
	2010	8,5	6,6	
	2012	8,5	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	8,9	7,6	↑
	2005	7,7	7,2	
	2010	8,7	7,7	
	2012	8,7	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Dülmen	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	666	676	↓
	2005	975	845	
	2010	783	696	
	2012	732	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	789	409	↑
	2005	624	382	
	2010	598	428	
	2012	593	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	23	25	
	2010	0	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 455	1 457	↓
	2005	1 622	1 510	
	2010	1 381	1 328	
	2012	1 325	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,6	2,4	↓
	2005	2,4	2,2	
	2010	1,7	1,7	
	2012	1,5	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	28	44	↓
	2005	46	44	
	2010	36	28	
	2012	34	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	43	57	↓
	2005	46	47	
	2010	47	44	
	2012	46	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Dülmen musste 2003 erstmals ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, die Finanzprobleme konnten jedoch bis 2007 aufgearbeitet werden. Neue Probleme traten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf, die erneut ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich machten. Dülmen gehörte gleichwohl zu denjenigen Gemeinden, die Ende 2012 ihren Haushalt echt ausgleichen konnten. Diesen Status kann Dülmen nach den aktuellen Finanzplanungen bis 2017, mit einer Unterbrechung in 2015, auch halten. Für 2017 wird sogar ein erheblicher Überschuss von 1,6 Mill. € erwartet. Diese positive Finanzlage spiegelt nicht zuletzt das stabile sozioökonomische Umfeld der Stadt wider.
- Die Gesamtverschuldung sank zwischen 2000 und 2012 von 1 455 € auf 1 325€ je Einwohner. Dies entspricht einem Schuldenabbau von 0,8% p.a. Er erfolgte im Bereich der Sondervermögen, deren Schulden um 2,4% p.a. reduziert werden konnten. Die fundierten Schulden der Kernverwaltung waren dagegen 2012 etwas höher als 2 000, obwohl das Investitionsniveau geringer war. Dieser Zweijahresvergleich verdeckt aber die Erfolge beim Schuldenabbau. Zwischenzeitlich war nämlich die Verschuldung erheblich angestiegen. Die fundierten Schulden erreichten 2005 mit 46,2 Mill. € einen Höchststand, konnten aber bis 2012 auf knapp 34 Mill. € abgebaut werden konnte. Allein 2008 wurde der Schuldenstand um 5,1 Mill. € reduziert. Die Sachinvestitionen wurden also offensichtlich aus ordentlichen Erträgen finanziert. Die Schattenseite ist möglicherweise die rückläufige Investitionstätigkeit. Während Dülmen lange Zeit überdurchschnittlich investierte, erreichten die Sachinvestition je Einwohner 2012 nur noch 91% des Median der Vergleichsgruppe. Kassenkredite spielen keine Rolle.
- Dülmen konnte seine Steuerkraft relativ verbessern. Erreichte sie im Jahr 2000 lediglich 82% des Median der Vergleichsgruppe, so belief sie sich 2012 auf 93% des Median. Das Steueraufkommen je Einwohner stieg um 4% p.a., der Median nahm nur um 3,3% p.a. zu. Die positive Entwicklung stützt sich vornehmlich auf die Gewerbesteuer. Auf sie entfallen rund 62% der Steuer Mehreinnahmen gegenüber 2000. Einen wichtigen Beitrag leistet auch die Grundsteuer B, während sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Mittel der Vergleichsgruppe entwickelt. Die positive Aufkommensentwicklung ist nicht alleine einer steigenden Steuerbemessungsgrundlage zu verdanken. Auch die Hebesätze wurden angehoben, und zwar im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahme im Jahr 2011 recht deutlich, so dass sie mittlerweile über dem Median liegen. Dies trifft insbesondere auf die Grundsteuer B zu: Ihr Hebesatz beläuft sich mittlerweile auf 118% des Median.
- Die laufenden Primärausgaben je Einwohner stiegen seit 2 000 um 512 € auf 1 662 € je Einwohner. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Steigerung von 2,9% und liegt unter dem Median der Steigerungsraten der Vergleichsgruppe (3,2% p.a.). Das Ausgabeniveau entspricht damit nur noch knapp 97 % des Median (2000: 101%). Die Personalausgaben je Einwohner entwickelten sich dagegen nahezu im Gleichschritt mit dem Median. Die Ausgabensteigerungen dürften sich im Wesentlichen auf Tariflohnsteigerungen und strukturelle Kostenkomponenten zurückführen lassen, da von zwischenzeitlichen Schwankungen abgesehen sich die Personalintensität wenig änderte. Mit 8,5 Vollzeitäquivalenten je 1000 Einwohner in der Kernverwaltung ist die Personalausstattung aber überdurchschnittlich (Vergleichsgruppe: 6,7). Unter Einbeziehung der Sondervermögen verbessert sich die Position Dülmens im interkommunale Vergleich besser dar. Gleichwohl bleibt die Personalintensität mit 8,7 gegenüber 7,8 in der Vergleichsgruppe relativ hoch.



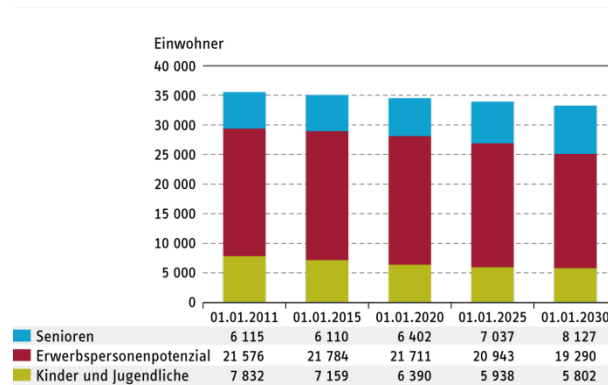
Emsdetten

Sozioökonomische Rahmenbedingungen

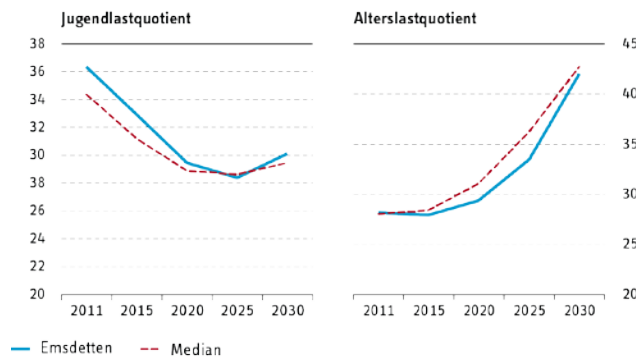
Wirtschaftliche Entwicklung

Indikator	Jahr	Emsdetten	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	21 118	20 015
	2011	28 064	23 517
	JDV 2011/2004	4,1	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	18 114	17 244
	2011	23 946	19 521
	JDV 2011/2004	4,1	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,9	3,7
	2012	3,5	3,8
Beschäftigtenquote	2008	52,3	50,7
	2012	55,5	53,1

Demographische Entwicklung in Emsdetten nach Altersgruppen 2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Emsdetten	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	5,7	7,0	↑
	2005	8,8	0,5	
	2008	10,1	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 157	1 137	↓
	2005	1 170	1 264	
	2010	1 535	1 556	
	2013	1 695	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	35,1	↑
	2010	35	36,4	
	2011	36,8	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	33,2	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	93,7	98,5	→
	2013	87,6	94,8	
	2014	91,4	93,7	
	2015	92,1	96,4	
	2016	93,7	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-0,9	-0,1	↓
	2013	-4,4	-4,4	
	2014	-2,8	-2,9	
	2015	-2,5	-2,5	
	2016	-1,8	-1,4	
	2017	-2,3	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Emsdetten	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	160	188	↓
	2005	192	199	
	2009	192	224	
	2012	209	238	
	2013	209	235	
Grundsteuer B	2000	280	330	↓
	2005	381	381	
	2009	381	381	
	2012	413	420	
	2013	413	420	
Gewerbesteuer	2000	350	380	↓
	2005	403	403	
	2009	403	408	
	2012	411	422	
	2013	411	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Emsdetten	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	300	246	↓
	2005	420	295	
	2009	265	329	
	2012	435	385	
Grundsteuer B	2000	84	86	↑
	2005	172	110	
	2009	139	118	
	2012	161	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	285	291	↓
	2005	239	251	
	2009	299	316	
	2012	336	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	39	36	→
	2005	38	35	
	2009	47	45	
	2012	52	48	
Steuerkraft	2000	709	679	↓
	2005	872	698	
	2009	753	798	
	2012	987	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	117	172	↑
	2005	49	151	
	2009	78	179	
	2012	92	146	
Finanzkraft	2000	826	861	↑
	2005	921	841	
	2009	831	984	
	2012	1 079	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Emsdetten	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	317	302	↓
	2005	345	326	
	2010	381	350	
	2013	416	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	277	257	↑
	2005	156	136	
	2010	225	164	
	2013	233	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,1	6,9	↓
	2005	7,2	6,8	
	2010	7,7	6,6	
	2012	7,2	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	7,5	7,6	↓
	2005	7,6	7,2	
	2010	8,1	7,7	
	2012	7,7	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Emsdetten	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	545	676	↓
	2005	1 028	845	
	2010	899	696	
	2012	844	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	471	409	↓
	2005	407	382	
	2010	463	428	
	2012	430	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	25	
	2010	0	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 016	1 457	↓
	2005	1 435	1 510	
	2010	1 361	1 328	
	2012	1 274	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,4	2,4	↓
	2005	1,6	2,2	
	2010	1,8	1,7	
	2012	1,3	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	23	44	↓
	2005	45	44	
	2010	48	28	
	2012	40	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	42	57	↓
	2005	44	47	
	2010	54	44	
	2012	48	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Emsdetten verfügt über gute sozioökonomische Rahmenbedingungen. Die Arbeitslosigkeit war 2012 niedriger als 2008 und lag mit zuletzt nur 3,5% unter dem Median der Vergleichsgruppe; die Beschäftigtenquote hat zugleich zugenommen. Gleichwohl weist der Haushalt Emsdettens ein strukturelles Defizit auf, das sich 2013 auf 6,9 Mill. € belaufen dürfte und bis 2017 auf 2,5 Mill. € reduziert werden soll. Der Aufwandsdeckungsgrad kann nur allmählich verbessert werden: von 91,4% 2014 auf 94,7% 2017.
- Da keine Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit für Tilgungen zur Verfügung stehen, kann in Zukunft wohl nicht mehr auf Kassenkredite verzichtet werden. Zum Jahresende 2014 dürfte der Bestand an Krediten zur Liquiditätssicherung 2 Mill. € erreichen, und es wird erwartet, dass er bis Ende 2017 auf 8,4 Mill. € steigt. Bislang wurde die Gesamtverschuldung durch fundierte Schulden bestimmt. Diese wurden von 2000 bis 2012 um mehr als 50% auf 844 € je Einwohner erhöht, was einer jahresdurchschnittlichen Steigerung von 3,7% entspricht. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass das Investitionsniveau der Stadt Emsdetten im interkommunalen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich ist. Die Sachinvestitionen belaufen sich 2013 auf voraussichtlich 233 € je Einwohner. Die Gesamtverschuldung je Einwohner nahm zu von 1 016 € 2000 auf 1 274 € 2012. Mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 1,9% ist der Zuwachs deutlich höher als in der Vergleichsgruppe (Median der Steigerungsraten: 1% p.a.). Noch gravierender fällt der Unterschied aus, wenn auf die Entwicklung der medianen Verschuldung abgestellt. Sie ging um 1,2% p.a. zurück. Allerdings wurde in der Vergleichsgruppe auch die Investitionstätigkeit stärker eingeschränkt.
- Die finanzwirtschaftlichen Probleme der Stadt Emsdetten lassen sich kaum durch eine mangelnde Finanzkraft, begründen. Diese hat sich nämlich parallel zur Vergleichsgruppe entwickelt: Sie nahm im Untersuchungszeitraum um 2,3% p.a. zu. Die Steuerkraft je Einwohner hat sich allerdings hat sich allerdings mit einem Zuwachs von 2,8% p.a. weniger dynamisch entwickelt als die der Vergleichsgruppe (Median der Zuwachsraten: 3,3% p.a.) Das Aufkommensniveau liegt aber nach wie vor über dem Median, im Jahre 2000 um 4,4%, im Jahre 2012 noch um 3,2%. Dazu beigetragen hat insbesondere die Grundsteuer

B, deren Aufkommen im Betrachtungszeitraum um 5,6% p.a. zunahm, in der Vergleichsgruppe aber nur um 3,8% (Median der Steigerungsraten). Dabei liegt der Hebesatz knapp unter dem Median der Vergleichsgruppe. Die Gewerbesteuer (netto) beeinträchtigt dagegen die Steuerkraftentwicklung: Ihr Aufkommen je Einwohner hat jahresdurchschnittlich nur um 3,2% zugenommen, der Median der Wachstumsraten der Vergleichsgruppe beträgt 4,9% p.a.

- Die Primärausgaben je Einwohner wurden zwischen 2000 und 2013 um jahresdurchschnittlich 3% erhöht. Die Ausgabendynamik ist damit etwas geringer als in der Vergleichsgruppe (3,2%). Das Ausgabenniveau von 1 695 € je Einwohner nähert sich allmählich wieder dem Median der Vergleichsgruppe (1 727 € je Einwohner). Die Personalausgaben je Einwohner entwickelten sich parallel zur Vergleichsgruppe mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von 2,1% p.a. Dabei wurde im Gegensatz zur Vergleichsgruppe im langfristigen Vergleich kein Personal abgebaut. Kamen im Jahre 2000 7,1 Vollzeitäquivalente auf 1 000 Einwohner, waren es 2012 7,2. Die Vergleichsgruppe verringerte dagegen ihre Personalintensität von 6,9 auf 6,7. Auch unter Einbeziehung von Auslagerungen ergibt sich ein vergleichbares Bild. Hier stieg sogar die Personalintensität von 7,5 auf 7,7, während der Median der Vergleichsgruppe bei 7,6 lag, dem Niveau des Jahres 2000.
- Politik und Verwaltung haben auf die strukturellen Defizite reagiert und eine Finanz- und Steuerungskommission ins Leben gerufen, die Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeiten soll. Ihre Vorschläge sollten Grundlage der Beratungen des Haushalts 2013 werden. Hintergrund war die Befürchtung, dass man ansonsten ab 2018 in die Haushaltssicherung müsste. Man hat aber nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt, mit der Begründung, bestehende Strukturen nicht beschädigen zu wollen. Im Vorbericht zum aktuellen Haushaltsplan 2014 wird festgehalten, dass man nur noch geringe Konsolidierungsspielräume auf der Ausgabeseite sieht – von Einmaleffekten von Standardsenkungen abgesehen. Der Abbau der strukturellen Defizite in den Jahren 2014 bis 2016 von 3,3 auf 2,1 Mill. € ist vor allem das Ergebnis erwarteter Ertragssteigerungen. Der vorliegende Finanzplan geht allerdings von einem Wiederanstieg des strukturellen Defizits auf 2,5 Mill. € im Jahr 2017 aus. Damit drohen nicht nur ein wesentlicher Anstieg der Kassenkredite, sondern auch ein Verzehr der

Ausgleichsrücklage und ein Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage. Zwar rechnet die Stadt gegenwärtig nicht damit, in absehbarer Zeit ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen¹³. Grund hierfür ist ein für ausreichend gehaltenener Puffer zwischen den aktuellen Defiziten und den vorgegebenen Grenzen für Entnahmen aus der Rücklage. Zugleich hält sie aber einen Haushaltsausgleich ohne verbesserte kommunale Finanzausstattung für nur schwer erreichbar. Es stellt sich damit die Frage, ob bei fortgesetztem Kapitalverzehr der aktuelle Puffer wirklich längerfristig ausreicht, um konjunkturelle und fiskalische Risiken abzudecken.

¹³ Dies besagen jedenfalls aktuelle Berechnungen der Kämmerei; Bei einer Analyse aus dem Jahre 2012 hatte man noch eine Haushaltssicherung nicht ausgeschlossen.



Gladbeck

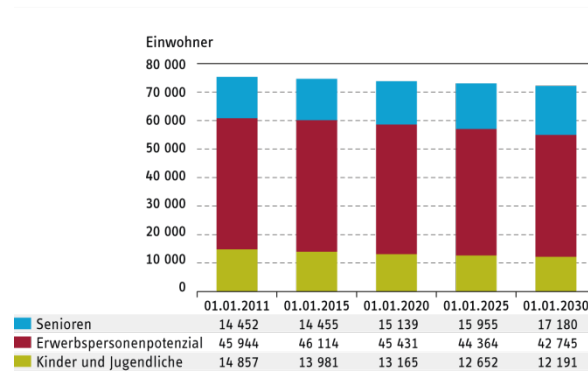
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

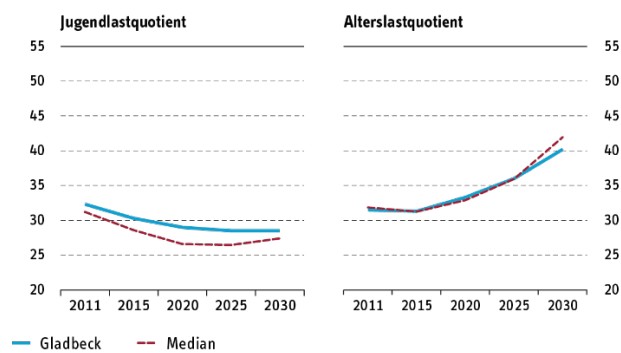
Indikator	Jahr	Gladbeck	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 103	16 099
	2011	18 492	18 699
	JDV 2011/2004	2,0	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	15 362	15 465
	2011	16 877	17 264
	JDV 2011/2004	1,4	1,7
Arbeitslosenquote	2008	9,4	9,2
	2012	9,6	8,7
Beschäftigtenquote	2008	44,2	44,8
	2012	46,5	46,9

Demographische Entwicklung in Gladbeck nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Gladbeck	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-5,0	-3,8	↑
	2005	-6,5	-28,5	
	2008	2,0	-9,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 706	1 525	↑
	2005	1 725	1 807	
	2009	2 205	1 952	
	2010	2 485	2 372	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	45,1	→
	2010	53,0	51,0	
	2011	53,0	51,0	
	2012	48,1	47,5	
	2013	46,5	47,5	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	89,2	89,7	↑
	2013	88,5	89,0	
	2014	93,8	96,0	
	2015	94,6	97,9	
	2016	96,9	102,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012			Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung im Finanzpla- nungszeitraum.
	2013			
	2014			
	2015			
	2016			
	2017			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Gladbeck	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	170	215	↓
	2005	170	220	
	2009	170	220	
	2012	285	285	
	2013	285	285	
Grundsteuer B	2000	440	425	↓
	2005	440	445	
	2009	440	470	
	2012	530	530	
	2013	690	603	
Gewerbesteuer	2000	440	435	→
	2005	440	455	
	2009	440	460	
	2012	480	480	
	2013	480	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Gladbeck	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	167	183	↓
	2005	308	178	
	2009	263	255	
	2012	274	304	
Grundsteuer B	2000	85	87	↓
	2005	95	99	
	2009	99	114	
	2012	125	132	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	274	272	↓
	2005	224	226	
	2009	267	271	
	2012	293	296	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	22	28	↑
	2005	22	28	
	2009	28	34	
	2012	32	38	
Steuerkraft	2000	549	551	↓
	2005	649	524	
	2009	657	680	
	2012	725	738	
Schlüsselzuweisungen	2000	364	375	↑
	2005	351	304	
	2009	434	477	
	2012	635	607	
Finanzkraft	2000	913	945	↑
	2005	1 000	876	
	2009	1 092	1 215	
	2012	1 360	1 354	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Gladbeck	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	586	386	↑
	2005	483	414	
	2010	588	494	
	2013	605	561	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	207	115	↓
	2005	251	112	
	2010	137	126	
	2013	187	119	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	13,2	7,8	↓
	2005	9,6	7,7	
	2010	10,4	8,9	
	2012	10,5	9,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	14,3	11,3	↓
	2005	11,7	10,7	
	2010	12,8	11,6	
	2012	12,8	11,3	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Gladbeck	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	890	797	↑
	2005	936	871	
	2010	1 003	930	
	2012	980	911	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	16	509	→
	2005	13	283	
	2010	23	877	
	2012	33	931	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	224	↓
	2005	606	949	
	2010	1 645	1 771	
	2012	2 771	2 285	
Gesamtschulden in € je EW	2000	906	1 653	↓
	2005	1 555	1 870	
	2010	2 659	3 743	
	2012	3 784	3 348	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,7	3,0	↓
	2005	2,4	4,1	
	2010	4,3	5,5	
	2012	5,2	4,8	
Zinsausgaben in € je EW	2000	41	64	↓
	2005	51	67	
	2010	63	74	
	2012	97	98	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	46	51	↑
	2005	33	36	
	2010	24	28	
	2012	26	33	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Finanzpolitik der Stadt Gladbeck muss sich mit ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt auseinandersetzen. Gladbeck ist im Sinne der BBSR eine schrumpfende Stadt. Belastend wirkt nicht nur die geringe wirtschaftliche Dynamik, sondern auch der demographische Wandel. Die Bevölkerung schrumpft und altert, und das Erwerbspersonenpotenzial sinkt. Die Stadt Gladbeck wird voraussichtlich bis Ende 2015 ihr Eigenkapital aufgezehrt haben. Sie nimmt aus diesem Grunde freiwillig am Stärkungspakt teil.
- Die Gesamtverschuldung von Gladbeck einschließlich Sonderrechnungen ist nicht auffällig hoch gemessen am Median der Vergleichsgruppe: Sie beläuft sich 2012 auf 3 784 € je Einwohner (Median: 3 848 €). Dabei unterscheidet sich die Schuldenstruktur Gladbecks in einem wesentlichen Punkt: Die Stadt hat im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden nur einen vernachlässigbaren Teil der Gemeindeverschuldung auf Eigenbetriebe oder Anstalten öffentlichen Rechts ausgelagert. Dafür sind die fundierten Schulden der Kernverwaltung mit 980 € je Einwohner höher, was sich auch mit dem recht hohen Niveau der Sachinvestitionen im interkommunalen Vergleich erklären lässt. Schuldentreibend wirken auch in Gladbeck vor allem strukturelle Defizite: Während am Jahresende 2000 keine Kassenkredite zu Buche standen, waren es 2012 2 771 € je Einwohner. Obwohl der Verschuldungsstand im interkommunalen Vergleich nicht auffällig ist, ist der erreichte Verschuldungsstand auf Dauer nicht tragbar: Mittlerweile belaufen sich die Gesamtschulden (einschl. Auslagerungen) auf mehr als das Fünffache des jährlichen Steueraufkommens (netto).
- Die Stadt Gladbeck ist relativ steuerschwach. Das Gewerbesteueraufkommen blieb in allen betrachteten Jahren deutlich hinter dem Median der Vergleichsgruppe. Im Jahr 2012 betrug es nur 274 € verglichen mit 304 €. Auch das Aufkommen aus der Grundsteuer B ist schwächer, allerdings ist der Rückstand hier weniger ausgeprägt. Die Aufkommensschwäche bei den Realsteuern kann nicht auf die Hebesatzpolitik zurückgeführt werden. Vielmehr liegen die Hebesätze nahe und über dem jeweiligen Median der Vergleichsgruppe. Die relative Steuerschwäche wird kompensiert durch die Schlüsselzuweisungen. Dadurch liegt die Finanzkraft je Einwohner mit 1 360 € je Einwohner sechs Euro über dem Median.
- Die Primärausgaben je Einwohner sind mit 2,9% p.a. gegenüber dem Jahr 2000 geringer gestiegen als im interkommunalen Vergleich (3,1%). Dazu beigetragen hat sicherlich, dass die Personalausgaben der Kernverwaltung im interkommunalen Vergleich nur geringfügig gestiegen sind. Gleichwohl übertreffen die Personalausgaben mit 605 € je Einwohner 2013 noch immer den Median der Vergleichsgruppe (561 €).
- Als Stärkungspakt-Gemeinde hat sich Gladbeck verpflichtet, bis 2018 den Haushalt unter Berücksichtigung der Konsolidierungshilfen auszugleichen. Die bisherigen Planungen lassen erkennen, dass die Konsolidierungsbemühungen hinter denen der Vergleichsgruppe zurückbleiben. So kann Herten, das ebenfalls freiwillig am Stärkungspakt teilnimmt, voraussichtlich bereits 2016 seine ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge decken. Allerdings ist anzumerken, dass die ebenfalls ein Vergleichsgemeinden herangezogenen Städte Castrop-Rauxel und Marl zur Teilnahme am Stärkungspakt verpflichtet sind und deshalb bereits 2016 einen Haushaltsausgleich zu erreichen.
- Knapp 40% des im Jahr 2021 zu erbringenden Konsolidierungsvolumens von 21,4 Mill. € sollen auf der Ertragsseite erwirtschaftet werden. Allein die Erhöhung der Realsteuern soll 3,6 Mill. € oder 17% erbringen. Positiv zu bewerten ist die Absicht, die Personalfuktuation zum Personalabbau zu nutzen (Konsolidierungsvolumen 2021: 2,7 Mill €). Das Konsolidierungsprogramm beziffert zudem eine „demographische Rendite“ aus der abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen. Man rechnet mit Einsparungen von 771 Tsd. € durch geringere Aufwendungen für Sachmitteln sowie die Schließung von Schulstandorten und eingespart werden können. Ein Manko nicht nur dieses Konsolidierungsprogrammes ist allerdings, dass der Bevölkerungsrückgang mit diseconomies of scale verbunden ist, die in dem Programm ebenso wenig beleuchtet werden wie die zusätzlichen Ausgaben, die durch die Anpassung der kommunalen Leistungen an die alternde Bevölkerung entstehen (z.B. Anstieg der Hilfen zur Pflege).



Greven

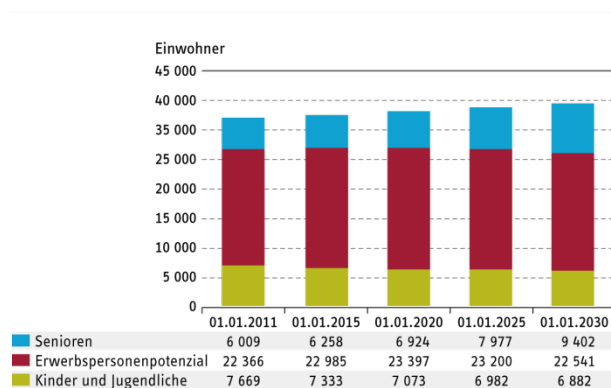
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

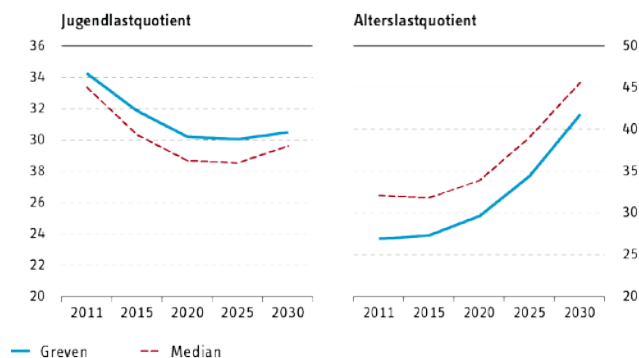
Indikator	Jahr	Greven	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	22 559	20 366
	2011	24 031	24 207
	JDV 2011/2004	0,9	2,7
Verfügbares Einkommen	2004	19 543	17 825
	2011	20 494	20 852
	JDV 2011/2004	0,7	2,5
Arbeitslosenquote	2008	3,7	4,6
	2012	3,9	4,3
Beschäftigtenquote	2008	52,8	52,0
	2012	54,3	54,3

Demographische Entwicklung in Greven nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Greven	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	10,6	10,6	↓
	2005	9,0	10,0	
	2008	9,9	11,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 051	1 253	↓
	2005	1 186	1 355	
	2009	1 539	1 728	
	2012	1 574	1 846	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	39,5	↑
	2010	35	40	
	2011	36,8	41,7	
	2012	34,1	40,9	
	2013	33,2	39,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	102,1	96,1	↑
	2013	97,3	93,4	
	2014	100,5	95,3	
	2015	103,0	96,2	
	2016	101,8	98,1	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-4,8	-1,3	↑
	2013	-12,7	-8,2	
	2014	15,9	-4,6	
	2015	-4,2	-3,9	
	2016	-2,6	-3,2	
	2017	-1,4	-1,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Greven	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	190	175	↓
	2005	210	196	
	2009	210	203	
	2012	260	218	
	2013	260	220	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	390	381	
	2009	400	381	
	2012	470	415	
	2013	500	421	
Gewerbesteuer	2000	390	380	↓
	2005	410	403	
	2009	420	405	
	2012	440	418	
	2013	450	423	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Greven	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	214	271	↑
	2005	279	313	
	2009	272	365	
	2012	384	436	
Grundsteuer B	2000	101	90	↑
	2005	129	115	
	2009	144	126	
	2012	178	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	283	307	↑
	2005	237	254	
	2009	304	309	
	2012	334	344	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	27	35	↑
	2005	26	35	
	2009	34	44	
	2012	41	51	
Steuerkraft	2000	630	679	↑
	2005	676	740	
	2009	759	852	
	2012	943	994	
Schlüsselzuweisungen	2000	233	132	↑
	2005	118	77	
	2009	229	48	
	2012	182	85	
Finanzkraft	2000	862	854	→
	2005	794	832	
	2009	988	991	
	2012	1125	1127	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Greven	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	237	365	↓
	2005	261	390	
	2010	263	373	
	2013	287	410	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	335	227	↓
	2005	204	178	
	2010	61	141	
	2013	221	181	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	6,8	8,3	↓
	2005	6,5	8,2	
	2010	6,3	7,1	
	2012	6,3	7,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	6,8	9,4	→
	2005	6,5	8,7	
	2010	6,3	8,3	
	2012	6,3	8,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Greven	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1096	673	↓
	2005	1971	768	
	2010	1656	789	
	2012	1491	746	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	620	208	↓
	2005	574	41	
	2010	591	460	
	2012	366	321	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	85	0	
	2010	967	4	
	2012	1 043	163	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 716	1 139	↓
	2005	2 630	1 385	
	2010	3 213	1 595	
	2012	2 901	1 530	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,7	1,5	↓
	2005	3,9	1,7	
	2010	4,3	1,8	
	2012	3,1	1,6	
Zinsausgaben in € je EW	2000	59	43	↓
	2005	105	44	
	2010	122	43	
	2012	115	44	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	57	↓
	2005	51	48	
	2010	47	44	
	2012	45	42	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Greven profitiert von guten sozioökonomischen Rahmenbedingungen: Eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit geht einher mit einer hohen Beschäftigungsquote. Die Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen je Einwohner sind allerdings mit 0,9 bzw. 0,7% p.a. nur unterproportional gewachsen (Mediane: 2,7 bzw. 2,5%). Obwohl Greven als wachsende Stadt charakterisiert wird, hat sich die Haushaltsituation seit 2000 merklich zugespitzt. Zwar ist eine Überschuldung vorerst nicht zu erwarten, die Stadt muss aber ab 2012 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen.
- Die schwierige Haushaltslage findet ihren Niederschlag in einer deutlich wachsenden Verschuldung, die überwiegend als strukturell anzusehen ist. Spielten Kassenkredite 2000 noch keine Rolle, so machten sie 2012 bereits mehr als ein Drittel der Gesamtverschuldung aus. Ihr Volumen belief sich 2012 auf 1 043 € je Einwohner. Im interkommunalen Vergleich zeigt sich, dass auch die fundierten Schulden mit einer Rate von 2,6% p.a. (Median der Veränderungsraten: 0,6%) überdurchschnittlich erhöht worden sind. Dies spiegelt aber nicht eine gestiegene Investitionstätigkeit wieder, die vielmehr rückläufig war (-3,1% p.a.), sondern ihre zunehmende Kreditfinanzierung. Dagegen wurde die Verschuldung der Sonderrechnung um 4,3% p.a. zurückgeführt.
- Die Steuerkraft von Greven liegt unter der der Vergleichsgemeinden, jedoch hat sich die Stadt in den vergangenen Jahren dem Durchschnitt angenähert. Lag das Steueraufkommen je Kopf im Jahr 2000 bei lediglich 93% des Median der Vergleichsgruppe, so erreichte sie im Jahr 2012 bereits 95%. Der Aufholprozess wurde insbesondere von der Gewerbesteuer (netto) als auch der Grundsteuer B getragen, die mit 5% und 4,8% p.a. überdurchschnittlich wuchsen (Median der Steigerungsraten: 4,5 bzw. 3,9%). Dabei ist das Aufkommensniveau je Einwohner ersterer aber immer noch niedriger als der Median der Vergleichsgemeinden, während es bei letzterer den Median zuletzt um 25% überschritt. Dazu trug auch die Hebesatzpolitik bei. Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde überdurchschnittlich angehoben und war mit 470% im Jahr 2012 einer der höchsten in der Vergleichsgruppe. Die Finanzkraft je Einwohner hat sich im Geleitzug mit der Vergleichsgruppe entwickelt. Im Jahre 2012 entsprach sie nahezu dem Median, d.h. aber auch, dass Greven wie die meisten anderen Gemeinden dieser Vergleichsgruppe Verluste bei den Schlüsselzuweisungen hinnehmen musste.
- Die Stadt Greven hat ihre Primärausgaben je Einwohner gerechnet etwas stärker ausgeweitet als die Vergleichsgemeinden im Durchschnitt. Das Ausgabenniveau stieg damit um 1 Prozentpunkt auf 85% des Median. Hierin liegt das Kernproblem: Dieses Niveau konnte sich die Stadt angesichts der im interkommunalen Vergleich überdurchschnittlich steigenden Zinslasten – die Zinsausgaben je Einwohner nahmen um 5,7% p.a. zu, der Median der Veränderungsraten der Vergleichsgemeinden um 1% – und der gegebenen Finanzkraft eigentlich nicht leisten. Die Personalausgaben je Einwohner sind mit 1,5% p.a. ähnlich wie die der Vergleichsgruppe gewachsen (Median der Ausgabenzuwächse: 1,6%). Gleichwohl sind die Personalausgaben stärker gestiegen als der mediane Wert. Dadurch bedingt belaufen sich die Personalausgaben je Einwohner im Jahre 2012 auf 70% des Median gegenüber noch 65% im Jahre 2000. Allerdings ist hier noch nicht die Auslagerung kommunaler Aufgaben berücksichtigt (hier auf die BEG: Bau- und Entsorgungsbetrieb Greven).¹⁴
- Die Stadt Greven befindet sich seit 2012 in der Haushaltssicherung. Auch im aktuellen Finanzplanungszeitraum gelingt es nicht, die strukturellen Defizite vollständig abzubauen. Für 2014 wird zwar mit einem Überschuss von ca. 6 Mill. € gerechnet, der sich aus einer Gewinnausschüttung der BEG in Höhe von 8,5 Mill. € speist. Dies ist aber ein buchungstechnischer Vorgang: Einer Forderung der Stadt gegenüber dem Eigenbetrieb wird eine Verbindlichkeit des Eigenbetriebs gegenübergestellt. Diese werden in einem nächsten Schritt, der geplanten Auflösung dieses Eigenbetriebs, miteinander verrechnet. Die dringend notwendige Verbesserung der Liquidität wird hier nicht erreicht. Mit der Neugründung der technischen Betriebe, die neben den bisherigen Tätigkeiten der BEG zusätzliche Aufgaben übernehmen soll, erfolgt eine Übertragung von Vermögen (ca. 64 Mill. €) und Verbindlichkeiten (ca. 26 Mill. €) vom Kernhaushalt auf den Eigenbetrieb. Dies hat zur Folge, dass in der Bilanz der BEG vorhandene stille Reserven gehoben werden. Sie erhöhen das Eigenkapital um ca. 25 Mill. €. Auflösung und Neugründung des Eigenbetriebes erhöhen damit zwar das Eigenkapital um

¹⁴ Ein Vergleich der Personalintensitäten konnte hier nicht durchgeführt werden, da Vollzeitäquivalente in der amtlichen Statistik offensichtlich nicht richtig zugeordnet wurden.

insgesamt ca. 31. Mill. €, beseitigen aber weder die Ursachen für die strukturellen Defizite noch schaffen sie benötigte Liquidität. Einen Konsolidierungsbeitrag kann nur die erwartete Effizienzsteigerung der Aufgabenerfüllung leisten. Ein wesentlicher Vorteil wird aber auch darin gesehen, dass man damit aus Sicht der Stadt die Voraussetzungen erfüllt, um aus der Haushaltssicherung entlassen zu werden. Dies ist allerdings strittig.

- Die Konsolidierungsbemühungen der Stadt Greven konzentrieren sich auf die Steigerung der Erträge. Von den geplanten Konsolidierungsvolumen von 2014 bis 2021 im Umfang von 57,2 Mill. € entfallen 68,5% auf die Einnahmenseite, alleine 42,8% resultieren aus Steuererhöhungen. Die Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite sind dabei kleinteiliger Natur. Dies überrascht nicht, außer mit Blick auf den großen Block der Personalaufwendungen. Der Personalaufwand soll durchaus reduziert werden durch Maßnahmen der Personalentwicklung sowie Effizienzsteigerungen der Aufgabenerfüllung. Letztere dienen dazu, die altersbedingte Fluktuation zum Stellenabbau nutzen zu können. Der geplante und ausgewiesene Konsolidierungsbeitrag des Personals ist allerdings vernachlässigbar (44 Tsd. € p.a.).



Gronau

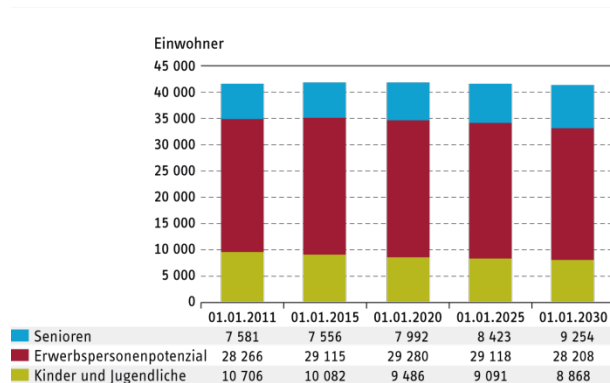
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

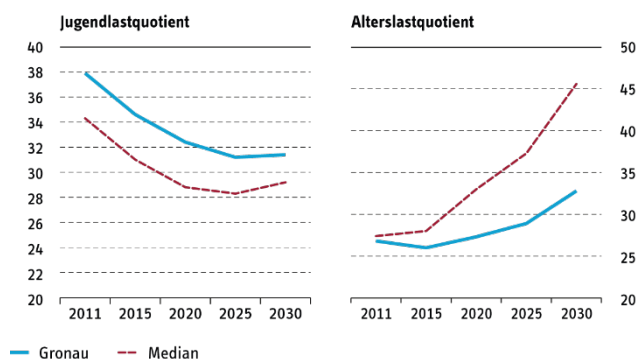
Indikator	Jahr	Gronau	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 814	21 055
	2011	18 900	25 064
	JDV 2011/2004	1,7	2,4
Verfügbares Einkommen	2004	15 454	17 342
	2011	16 956	20 213
	JDV 2011/2004	1,3	2,3
Arbeitslosenquote	2008	4,7	4,3
	2012	4,8	3,8
Beschäftigtenquote	2008	44,9	49,7
	2012	47,1	52,1

Demographische Entwicklung in Gronau nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Gronau	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	10,7	7,1	↑
	2005	5,5	-7,0	
	2008	16,9	10,0	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 309	1 120	↓
	2005	1 411	1 238	
	2010	1 955	1 494	
	2013	2 129	1 653	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	39,5	↑
	2010	32,8	40	
	2011	31,9	42,5	
	2012	27,1	42,0	
	2013	28	40,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	101,9	93,4	↓
	2013	99,4	90,7	
	2014	96,8	94,0	
	2015	99,2	96,4	
	2016	100,8	99,0	
	2017	99,8	99,4	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	2,3	-4,2	↓
	2013	-3,0	-7,6	
	2014	-6,4	-5,5	
	2015	-3,9	-5,1	
	2016	-3,2	-4,5	
	2017	-3,7	-3,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Gronau	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	200	↓
	2005	192	210	
	2009	192	220	
	2012	192	236	
	2013	350	240	
Grundsteuer B	2000	330	330	↑
	2005	381	386	
	2009	381	396	
	2012	381	425	
	2013	381	430	
Gewerbesteuer	2000	380	400	→
	2005	403	403	
	2009	403	420	
	2012	403	433	
	2013	403	440	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Gronau	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	292	175	↑
	2005	510	176	
	2009	653	265	
	2012	841	243	
Grundsteuer B	2000	93	88	↓
	2005	114	114	
	2009	121	123	
	2012	131	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	225	304	↓
	2005	181	266	
	2009	227	360	
	2012	246	400	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	37	19	↓
	2005	36	19	
	2009	44	24	
	2012	51	28	
Steuerkraft	2000	649	640	↑
	2005	842	615	
	2009	1 047	759	
	2012	1 270	868	
Schlüsselzuweisungen	2000	319	203	↓
	2005	164	139	
	2009	48	145	
	2012	0	87	
Finanzkraft	2000	968	841	↑
	2005	1 006	763	
	2009	1 095	963	
	2012	1 270	966	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Gronau	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	399	319	↓
	2005	372	347	
	2010	279	352	
	2013	538	411	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	216	216	↓
	2005	163	152	
	2013	198	204	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,8	7,2	↑
	2005	7,5	7,0	
	2010	8,0	7,0	
	2012	8,3	7,2	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	9,8	7,4	↑
	2005	9,3	7,3	
	2010	9,6	7,7	
	2012	10,1	7,8	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Gronau	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 118	703	↓
	2005	1 673	915	
	2010	1 605	905	
	2012	1 565	887	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	226	459	↓
	2005	571	440	
	2010	391	457	
	2012	347	347	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	↓
	2005	0	0	
	2010	263	170	
	2012	83	227	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 344	1 344	↓
	2005	2 245	1 645	
	2010	2 259	1 869	
	2012	1 996	1 922	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,1	2,0	↑
	2005	2,7	2,7	
	2010	2,2	2,3	
	2012	1,6	2,1	
Zinsausgaben in € je EW	2000	72	45	↑
	2005	77	46	
	2010	77	44	
	2012	68	53	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	65	59	↑
	2005	46	43	
	2010	41	41	
	2012	41	40	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Gronau verfügt über gute sozioökonomische Rahmenbedingungen; sie ist im Sinne der laufenden Raubeobachtung eine wachsende Gemeinde. Dies schlägt sich auch in einem hohen Niveau und in einer überdurchschnittlichen Dynamik des Steueraufkommens (netto) nieder. Die Steuerkraft je Einwohner nahm von 2001 bis 2012 um 5,8% p.a. zu, die mittlere Steigerungsrate der Vergleichsgemeinden betrug nur 2,8% p.a. Die Steuerkraft lag 2012 mit 1 270 € je Einwohner ca. 46% über dem Median. Wesentlich zum Aufkommen trägt die Gewerbesteuer bei, die alleine zwei Drittel des kommunalen Steueraufkommens erbringt. Sie entwickelte sich äußerst dynamisch: Das Aufkommen (netto) je Einwohner wuchs mit 9,2% p.a. und damit mehr als doppelt so rasch wie der Median der Zuwachsraten der Vergleichsgemeinden (4,2% p.a.). Diese hohe Abhängigkeit von der Gewerbesteuer ist nicht ohne Risiko, zumal ihr Aufkommen wesentlich vom Geschäftserfolg eines Unternehmens, der Urenco, abhängig sein dürfte. Auffällig ist, dass das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hinter dem der Vergleichsstädte zurückbleibt.
- Die Gesamtverschuldung Gronaus wird durch die Entwicklung der fundierten Schulden geprägt. Auf sie entfallen etwa vier Fünftel des Schuldenvolumens, ein Fünftel entfällt auf die Sonderrechnungen. Die Verschuldungsdynamik war mit 3,4% p.a. größer als in den Vergleichsgemeinden (Median der Veränderungsraten 2,5%). Allerdings konnte der Anstieg der Schulden zwischenzeitlich gebremst und zwischen 2010 und 2012 zurückgeführt werden. Die Pro Kopf-Verschuldung hat sich deshalb wieder dem Median stark angenähert. Sie übertraf 2012 den Median nur noch um 3,9%; 2010 waren es noch 20,9%
- Auf Grund der hohen Steuerkraft ist Gronau eine sog. abundante Gemeinde, d.h. sie erhält keine Schlüsselzuweisungen. Trotz der nivellierenden Wirkung des kommunalen Finanzausgleichs übertrifft die Finanzkraft je Einwohner den Median noch immer um 31%. Kehrseite der hohen Steuerkraft ist, dass Gronau im Rahmen des Stärkungspaktes zur Leistung einer Solidaritätsumlage verpflichtet ist. Sie beläuft sich auf 762 €¹⁵. Darüber hinaus wirkt sich die hohe Finanzkraft auch auf die Kreisumlage aus, die sich 2014 voraussichtlich auf 17,4 Mill. € belaufen wird. Allerdings ist die Kreisumlage mit 28,3% die niedrigste in der Vergleichsgruppe, so dass sich die Umlage 2014 voraussichtlich auf nur 16,6% der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit belaufen.
- Die hohe Finanzkraft der Gemeinde führt allem Anschein nach dazu, dass das öffentliche Angebot spürbar ausgeweitet wurde. Jedenfalls sind die Primärausgaben je Einwohner im interkommunalen Vergleich über die Jahre hinweg auffällig hoch. Sie beliefen sich 2012 auf 2 129 €; dies entspricht 129% des Median. Ein Teil der Haushaltsprobleme dürften in der Personalwirtschaft zu suchen. Die Personalausgaben je Einwohner stiegen ausgehen von ohnehin hohem Niveau von 2001 bis 2013 um 2,3% p.a.; der Median beträgt lediglich 1,9% p.a. Sie belaufen sich 2013 auf 131% des Median. Auf 1000 Einwohner kamen im Jahre 2012 8,3 Vollzeitbeschäftigte in der Kernverwaltung; im interkommunalen Vergleich sind es nur 7,3. Berücksichtigt man zudem Sondervermögen, so wird die Diskrepanz noch deutlicher: 10,1 Vollzeitbeschäftigte gegenüber 8,0. Vor diesem Hintergrund ist die Organisationsuntersuchung¹⁶, bis zu deren Abschluss freie oder freierwerbende Stellen nicht mehr besetzt werden sollen, ein naheliegender Konsolidierungsansatz. Bereits 2012 wurde beschlossen, die Personalausgaben um 5% in drei Jahren zu kürzen. Dies entspricht etwa 400 Tsd. € p.a. Darüber hinaus ist es politisch umstritten, in welchem Umfang die sich abzeichnenden Defizite von insgesamt 18,9 Mill. € in den Jahren 2014 bis 2017, über Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen abgebaut werden sollen. Gronau hat zwar in der Vergangenheit eine zurückhaltende Steuerpolitik betrieben. Die Realsteuersätze sind seit langem stabil. Angesichts des überdurchschnittlichen Ausgabenniveaus im interkommunalen Vergleich sowie der vermuteten Effizienzreserven in der Verwaltung -die Ratsfraktion der CDU bezifferte mögliche Ausgabenreduzierungen durch Personalabbau auf 1 Mill. € p.a. -, sollte man aber zunächst die Aufwandsseite in den Blick nehmen.

¹⁵ Die Stadt klagt mit anderen abundanten Gemeinden gegen diese Umlage. Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Umlage vgl. RWI 2013.

¹⁶ Die Ausschreibung der Organisationsuntersuchung erfolgt im Februar 2013.



Haltern am See

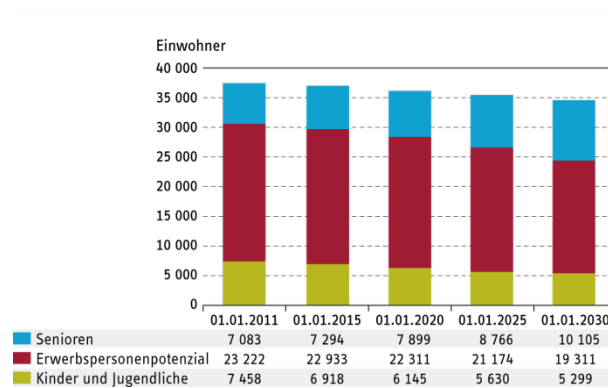
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

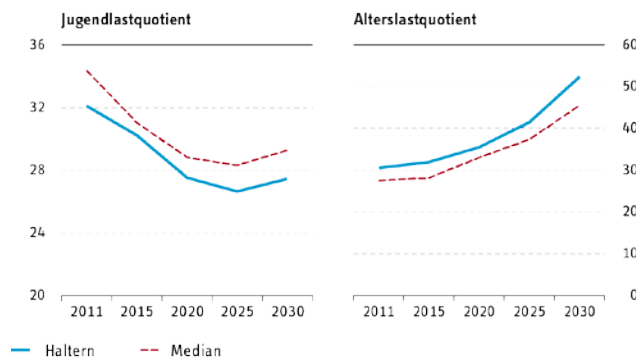
Indikator	Jahr	Haltern am See	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	21 055	21 055
	2011	25 064	25 064
	JDV 2011/2004	2,5	2,4
Verfügbares Einkommen	2004	17 860	17 342
	2011	20 879	20 213
	JDV 2011/2004	2,3	2,3
Arbeitslosenquote	2008	4,2	4,3
	2012	4,1	4,5
Beschäftigtenquote	2008	48,8	49,7
	2012	51,3	52,1

Demographische Entwicklung in Haltern am See nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Haltern am See	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-21,5	7,1	↑
	2005	-28,0	-7,0	
	2008	-7,3	10,0	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 779	1 120	↑
	2005	1 826	1 238	
	2010	2 101	1 494	
	2013	2 061	1 653	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	39,5	↑
	2010	53,0	40	
	2011	53,0	42,5	
	2012	48,1	42,0	
	2013	46,5	40,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	83,0	93,4	↑
	2013	91,0	90,7	
	2014	96,2	94,0	
	2015	98,2	96,4	
	2016	100,0	99,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-33,4	-4,2	↑
	2013	-28,8	-7,6	
	2014	-21,8	-5,5	
	2015	-16,9	-5,1	
	2016	-12,0	-4,5	
	2017	-4,0	-3,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Haltern am See	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	220	200	↓
	2005	220	210	
	2009	220	220	
	2012	240	236	
	2013	400	240	
Grundsteuer B	2000	430	330	↑
	2005	430	386	
	2009	430	396	
	2012	450	425	
	2013	825	430	
Gewerbesteuer	2000	450	400	→
	2005	450	403	
	2009	450	420	
	2012	470	433	
	2013	500	440	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Haltern am See	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	155	175	↑
	2005	171	176	
	2009	229	265	
	2012	219	243	
Grundsteuer B	2000	118	88	↓
	2005	124	114	
	2009	131	123	
	2012	143	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	333	304	↓
	2005	287	266	
	2009	365	360	
	2012	418	400	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	21	19	↓
	2005	20	19	
	2009	24	24	
	2012	26	28	
Steuerkraft	2000	630	640	↓
	2005	605	615	
	2009	752	759	
	2012	808	868	
Schlüsselzuweisungen	2000	258	203	↑
	2005	164	139	
	2009	280	145	
	2012	130	87	
Finanzkraft	2000	888	841	↓
	2005	769	763	
	2009	1 031	963	
	2012	938	966	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Haltern am See	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	471	319	↑
	2005	511	347	
	2010	538	352	
	2013	559	411	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	138	216	↑
	2005	134	152	
	2010	150	180	
	2013	148	204	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,7	7,2	↑
	2005	10,7	7,0	
	2010	10,3	7,0	
	2012	10,1	7,2	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,8	7,4	↑
	2005	10,8	7,3	
	2010	10,4	7,7	
	2012	10,2	7,8	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Haltern am See	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	312	703	↓
	2005	495	915	
	2010	494	905	
	2012	478	887	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	528	459	↑
	2005	436	440	
	2010	344	457	
	2012	305	347	
Kassenkredite in € je EW	2000	413	0	↓
	2005	714	0	
	2010	1 595	170	
	2012	2 247	227	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 253	1 344	↓
	2005	1 645	1 645	
	2010	2 433	1 869	
	2012	3 030	1 922	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,0	2,0	↓
	2005	2,7	2,7	
	2010	3,2	2,3	
	2012	3,7	2,1	
Zinsausgaben in € je EW	2000	33	45	↓
	2005	33	46	
	2010	40	44	
	2012	69	53	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	46	59	↑
	2005	27	43	
	2010	19	41	
	2012	25	40	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Stadt Haltern sind an sich positiv. Die BBSR beurteilt klassifiziert die Stadt als wachsend, und das Difu charakterisiert Haltern als attraktive, kleinere Vor- oder Wohnstadt. Gleichwohl ist die Finanzlage prekär. Das Eigenkapital wäre aufgezehrt worden, wenn Haltern nicht freiwillig am Stärkungspakt teilnehmen würde.
- Die Verschuldung der Stadt Haltern wird geprägt von hohen strukturellen Defiziten, die zu einem Aufbau eines erheblichen Bestandes an Kassenkrediten geführt haben. Er verfünffachte sich von 2000 bis 2012 auf 2 247 € je Einwohner. Auch die fundierten Schulden nahmen im interkommunalen Vergleich überdurchschnittlich zu, nämlich um 3,6 % p.a. gegenüber 2,4% p.a., dem Median der Veränderungsraten. Die relative Position zum Median verschlechterte sich damit. Dabei wurde das Niveau der Sachinvestitionen leicht erhöht, während sie in der Vergleichsgruppe überwiegend zurückgeführt wurden. Wie in anderen Gemeinden, weisen in Haltern auch die Sondervermögen Schulden auf. Diese konnten aber zurückgeführt werden und erreichten 2012 nur noch auf 88% des Median der Vergleichsgruppe. Gleichwohl ist die Gesamtverschuldung Halterns überdurchschnittlich. Sie belief sich 2012 auf 3 030 € je Einwohner, der Median betrug 1 922 €.
- Das Steueraufkommen der Stadt Haltern spiegelt ihre Attraktivität als Wohnstandort wider. Das Gewerbesteueraufkommen (netto) je Einwohner erreicht mit 219 € je Einwohner lediglich 90 % des Median der Vergleichsgruppe, wobei sich der Abstand im Laufe der Zeit kaum verändert hat. Dagegen lag das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2012 4,5% über dem Median. Allerdings nahm das gesamte Steueraufkommen im Untersuchungszeitraum mit 2,1% p.a. weniger kräftig in der Vergleichsgruppe (Median der Steigerungsraten 2,8%). Verantwortlich hierfür ist vor allem, dass das Aufkommen aus der Grundsteuer B mit einem Zuwachs von jahresdurchschnittlich 1,6 deutlich hinter dem der Vergleichsgruppe zurückblieb (3,7% p.a.). Der Hebesatz der Grundsteuer B lag zwar stets über dem Median. Er war aber lange Zeit stabil, so dass die anderen Städte und Gemeinden aufschlossen. Das Aufkommen je Einwohner entspricht aktuell mit 143 € je Einwohner in etwa dem Median, 2000 hatte es ihn noch deutlich übertroffen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die dramatische Erhöhung des Hebesatzes auf 825% ab 2013 mittel- und langfristig auf das Aufkommen auswirkt. Sie könnte die Attraktivität Halterns als Wohnstandort gefährden, der bisher zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung geführt hat. Die Steuerkraft je Einwohner Halterns belief sich 2012 auf 93% des Median, die Finanzkraft nach Finanzausgleich auf 97%.
- Haltern hat offensichtlich eine restriktivere Ausgabenpolitik betrieben als die Vergleichsgemeinden. Die laufenden Primärausgaben je Einwohner wurden im Untersuchungszeitraum nur um 1,1% p.a. erhöht, der Median des Ausgabenwachstums der Vergleichsgemeinden beläuft sich auf jahresdurchschnittlich 3%. Dazu beigetragen dürfte, dass der Anstieg der Personalausgaben im Kernhaushalt auf 1,3% begrenzt werden konnte. Dies ging einher mit einem Personalabbau um netto 14 Vollzeitäquivalente: Kamen 2000 noch 10,7 Vollzeitbeschäftigte auf 1 000 Einwohner, waren es 2012 10,1. Allerdings ist das Niveau der Personalausgaben im interkommunalen Vergleich noch immer sehr hoch. Die Personalausgaben je Einwohner beliefen sich 2012 auf 136 % des Median. An der Feststellung eines relativ hohen Personalaufwandes ändert sich nichts, wenn man die Auslagerungen in Sondervermögen einbezieht.
- Es besteht zudem Konsolidierungsbedarf, weil die Zinslasten, die in den Primärausgaben nicht enthalten sind, sich je Einwohner mehr als verdoppelt haben. Sie beliefen sich 2012 auf 69 € und waren damit deutlich höher als der Median (53 €). Der Haushaltssanierungsplan für die Jahre 2012 bis 2013 legt einen Schwerpunkt auf die Personalentwicklung. Unter der Ausnutzung der Personalfluktuation, insbesondere der Altersfluktuation, und des Einkaufs von Serviceleistungen (z.B. Reinigung) sollen von 2013 bis 2021 rund 69 Stellen abgebaut werden. Man rechnet mit Kostenreduzierungen von 3,8 Mill. € 2020. Dies entspräche einem Anteil am Konsolidierungsvolumen von 29,9%. Der größte Konsolidierungsbeitrag leistet aber die massive Erhöhung der Realsteuern. Er soll sich in 2020 auf 5,7 Mill. € oder 44,9% des Konsolidierungsvolumens belaufen. Wie bereits gesagt, ist diese Strategie mit Risiken verbunden. Erhöhungen der Grundsteuer um 83% erhöhen nicht gerade die Attraktivität als Wohnstandort.



Herten

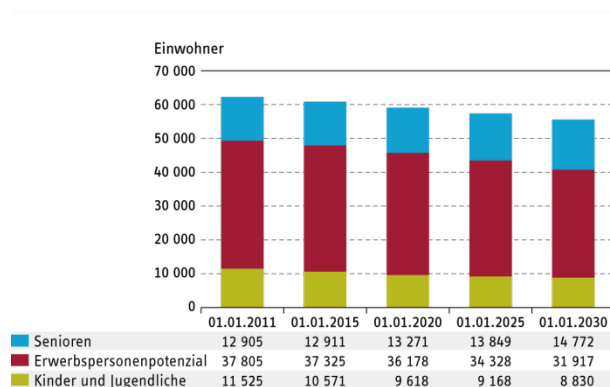
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung im Kreis Recklinghausen

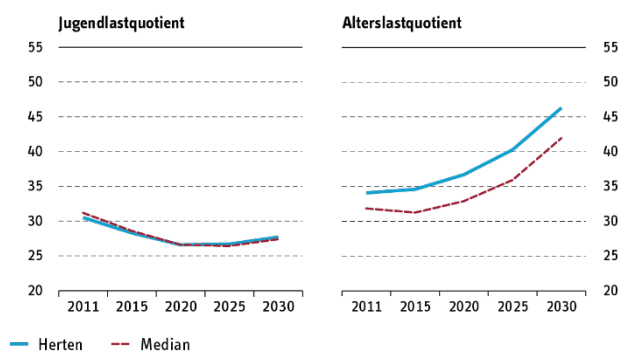
Indikator	Jahr	Herten	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 094	16 099
	2011	18 906	18 699
	JDV 2011/2004	2,3	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	15 567	15 465
	2011	17 651	17 264
	JDV 2011/2004	1,8	1,7
Arbeitslosenquote	2008	9,5	9,2
	2012	8,7	8,7
Beschäftigungsquote	2008	45,1	44,8
	2012	46,9	46,9

Demographische Entwicklung in Herten nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Quelle: it.nrw. Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre.



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Herten	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-1,3	-3,8	→
	2005	-20,4	-28,5	
	2008	-14,6	-9,4	
	2013			
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 426	1 525	↑
	2005	1 586	1 807	
	2010	2 333	1 952	
	2013	2 425	2 372	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	45,1	→
	2010	53,0	51,0	
	2011	53,0	51,0	
	2012	48,1	47,5	
	2013	46,5	47,5	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	85,4	89,7	↑
	2013	88,1	89,0	
	2014	96,0	96,0	
	2015	97,7	97,5	
	2016	101,4	99,8	
	2017	103,8	103,8	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012			Vergleich nicht aussagekräftig, da zum Teil das Eigenkapital aufgebraucht wurde bzw. wird.
	2013			
	2014			
	2015			
	2016			
	2017			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Herten	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	235	215	↓
	2005	240	220	
	2009	240	220	
	2012	285	285	
	2013	285	285	
Grundsteuer B	2000	470	425	↑
	2005	479	445	
	2009	500	470	
	2012	530	530	
	2013	565	603	
Gewerbesteuer	2000	420	435	↓
	2005	420	455	
	2009	430	460	
	2012	430	480	
	2013	480	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Herten	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	162	183	↓
	2005	158	178	
	2009	220	255	
	2012	207	304	
Grundsteuer B	2000	89	87	↑
	2005	105	99	
	2009	263	114	
	2012	136	132	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	274	272	→
	2005	229	226	
	2009	274	271	
	2012	300	296	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	29	28	↓
	2005	30	28	
	2009	36	34	
	2012	38	38	
Steuerkraft	2000	554	551	↓
	2005	522	524	
	2009	793	680	
	2012	682	738	
Schlüsselzuweisungen	2000	387	375	↓
	2005	257	304	
	2009	463	477	
	2012	581	607	
Finanzkraft	2000	941	945	↓
	2005	779	876	
	2009	1 257	1 215	
	2012	1 263	1 354	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Herten	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	374	386	↓
	2005	415	414	
	2010	492	494	
	2013	549	561	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	107	115	↑
	2005	178	112	
	2010	322	126	
	2013	229	119	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,5	7,8	↓
	2005	7,4	7,7	
	2010	8,4	8,9	
	2012	8,8	9,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	11,1	11,3	↓
	2005	11,2	10,6	
	2010	12,9	11,6	
	2012	13,4	11,3	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Herten	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 441	797	↓
	2005	1 534	871	
	2010	1 847	930	
	2012	2 111	911	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	48	509	↑
	2005	268	283	
	2010	116	877	
	2012	75	931	
Kassenkredite in € je EW	2000	297	224	↓
	2005	1 029	949	
	2010	2 635	1 771	
	2012	3 764	2 285	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 785	1 653	↓
	2005	2 831	1 870	
	2010	4 565	3 743	
	2012	5 950	3 848	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,2	3,0	↓
	2005	5,4	4,1	
	2010	5,4	5,5	
	2012	8,7	4,8	
Zinsausgaben in € je EW	2000	93	64	↓
	2005	97	67	
	2010	110	74	
	2012	160	87	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	51	↑
	2005	38	36	
	2010	25	28	
	2012	27	28	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

↑ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

↓ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Herten befindet sich in einer prekären finanzwirtschaftlichen Situation. Seit langem konnte der Haushalt nicht mehr ausgeglichen werden; seit 199 wurden die vorzulegenden Haushaltssicherungskonzepte nicht genehmigt. Die Stadt wird ihr Eigenkapital mit dem Ablauf des Haushaltsjahres 2013 aufgezehrt haben. Für 2014 sollen zwar erstmals die ordentlichen Einnahmen wieder die ordentlichen Ausgaben übersteigen. Die nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträge werden allerdings bis 2017 noch auf knapp 67 Mill. € steigen.
 - Die Haushaltsnotlage spiegelt sich in der Entwicklung der Verschuldung wieder. Etwa zwei Drittel der Gesamtverschuldung entfällt mittlerweile auf Kassenkredite. Im Jahr 2000 schlugen sie noch mit 297 € je Einwohner zu Buche, 2012 waren es 3 764 €. Die fundierten Schulden der Kernverwaltung stiegen im gleichen Zeitraum lediglich von 1 441 € je Einwohner 2000 auf 2 111 € je Einwohner 2012. Auch hier liegt das Verschuldungsniveau deutlich über dem Median der Vergleichsgruppe. Dies spiegelt allerdings das höhere Investitionsniveau der Stadt Herten gegenüber den Vergleichsgemeinden wider.
 - Zu dieser schwierigen finanzwirtschaftlichen Situation haben sicherlich die sozioökonomischen Rahmenbedingungen beigetragen. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) klassifiziert Herten anhand von sechs ausgewählten sozioökonomischen Indikatoren als schrumpfende Gemeinde. Insbesondere der demographische Wandel belastet auch die finanzwirtschaftlichen Perspektiven. Das Erwerbspersonenpotenzial erreicht 2015 seinen Höhepunkt und schrumpft danach. Dies belastet vor allem die Erträge der Stadt. Der Jugendlastquotient sinkt, der Alterslastquotient steigt erheblich. Dies macht Anpassungen im kommunalen Leistungsspektrum erforderlich, die mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind. Beispielhaft sei auf die temporären Kosten der Schließung von zwei Schulstandorten verwiesen, die der Haushaltssanierungsplan ausweist.
 - Die Steuerkraft der Stadt Herten liegt unter dem Median der Vergleichsgruppe. Während das Grundsteueraufkommen sowie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer mindestens dem Median entsprechen, fällt das Gewerbesteueraufkommen im interkommunalen Vergleich deutlich zurück. Dabei ist zu beachten, dass das Hebesatzniveau der Gewerbe-
- steuer lange Zeit unter dem Niveau der Vergleichsgruppe lag. Erst 2013 schließt Herten mit einem Hebesatz von 480 auf. Eine umgekehrte Entwicklung ist bei der Grundsteuer B zu beobachten. Die Hebesätze der Stadt Herten lagen lange im oberen Bereich; mittlerweile haben hier die Vergleichsstädte aufgeschlossen. Mit anderen Worten: Ein geringeres Gewerbesteueraufkommen wurde lange Zeit durch ein höheres Grundsteueraufkommen kompensiert. Das kommunale Finanzausgleichssystem bewirkt allerdings, dass sich die Finanzkraft Hertens dem Median der Vergleichsgruppe annähert.
- Herten hat eine Ausgabenproblem, denn die Ausgaben weisen eine deutlich höhere Dynamik auf als die der Vergleichsgruppe – sowohl gemessen am Median der Veränderungsraten als auch der Mediane der Ausgabenniveaus in den ausgewählten Vergleichsjahren. Die geplanten laufenden Primärausgaben von 2 425 € je Einwohner 2013, werden nur noch von Gladbeck (2 485 € je Einwohner) übertroffen. Dies wiegt umso schwerer, als offensichtlich ein erheblicher Teil der kommunalen Aufgabenerfüllung in den Eigenbetrieb „Zentraler Betriebshof Herten“ ausgelagert wurde. Im Jahr 2012 kamen 8,8 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) der Kernverwaltung auf 1 000 Einwohner (Median: 9,0), aber unter Einbeziehung der Sonderrechnung steigt die Personalintensität auf 13,4 (Median 11,3). Dies erklärt auch, warum die Personalausgaben je Einwohner der Kernverwaltung geringer sind als der Median der Vergleichsgruppe.
 - Die prekäre Finanzlage hat die Stadt Herten veranlasst, freiwillig am Stärkungspakt teilzunehmen. Seine Konsolidierungshilfen sind an der Aufstellung eines Haushaltssanierungsplans geknüpft. Er hat darzulegen, dass die Vorgaben des Stärkungspaktes – Haushaltsausgleich einschließlich Stärkungspaktmittel ab 2018, ohne 2021 – erreicht werden. Das Schwergewicht der Konsolidierung liegt auf der Ertragsseite. Den größten Beitrag leistet die Anhebung der Realsteuerhebesätze: Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde in zwei Schritten von 500 2011 auf 565 2013 angehoben; der Hebesatz der Gewerbesteuer von 430 2012 auf 480 2013. Im Jahre 2021 tritt noch eine zusätzliche Gewinnabführung hinzu. Problematisch ist, dass die Aktivierung von Eigenleistungen als ertragsstärkende Konsolidierungsmaßnahme ausgewiesen wird. Eine periodengerechte Zuordnung des Ressourcenverbrauchs ist zwar sinnvoll. Die Aktivierung erhöht aber lediglich die zukünftigen Abschreibungen.

Ausgabenkürzungen leisten erst ab 2015 einen größeren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, wenn sich erstmals die Reduzierung von Schulstandorten im Haushalt positiv niederschlägt, zunächst mit knapp 1 Mill. €, später mit 1,2 Mill. €. Insgesamt ist festzustellen, dass der Beitrag der Ausgabenseite zur Konsolidierung zu gering erscheint.



Ibbenbüren

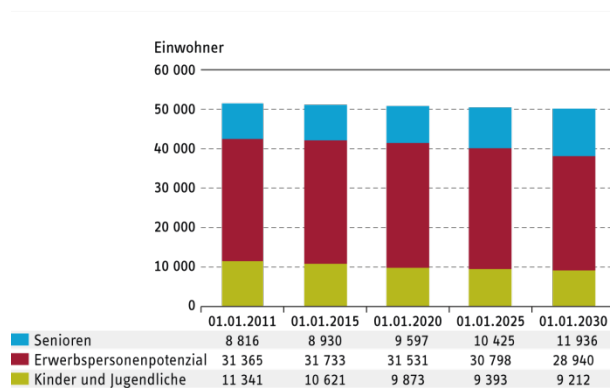
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

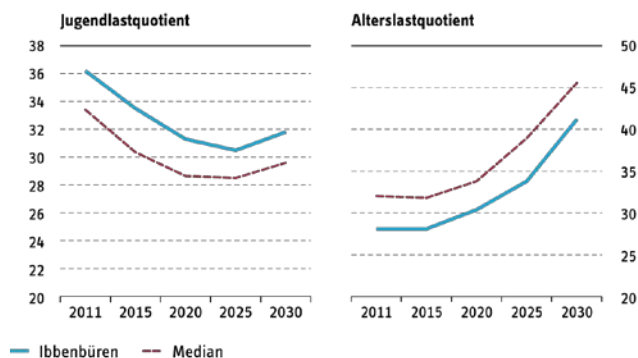
Indikator	Jahr	Ibbenbüren	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	17 393	20 366
	2011	20 440	24 207
	JDV 2011/2004	2,3	2,7
Verfügbares Einkommen	2004	15 127	17 825
	2011	17 485	20 852
	JDV 2011/2004	2,1	2,5
Arbeitslosenquote	2008	3,3	4,6
	2012	3,2	4,3
Beschäftigtenquote	2008	52,0	52,0
	2012	54,7	54,3

Demographische Entwicklung in Ibbenbüren nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Ibbenbüren	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	10,5	10,6	↑
	2005	10,2	10,0	
	2008	11,1	11,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 305	1 253	↑
	2005	1 274	1 355	
	2010	1 702	1 728	
	2012	1 765	1 846	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	39,5	↑
	2010	35	40	
	2011	36,8	42,5	
	2012	34,1	42,0	
	2013	33,2	40,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	99	96	→
	2013	98	93	
	2014	96	95	
	2015	98	96	
	2016	99	98	
	2017	101	99	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-2,1	-1,3	↑
	2013	-3,1	-8,2	
	2014	-4,5	-4,6	
	2015	-3,7	-3,9	
	2016	-1,9	-3,2	
	2017	-0,5	-1,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Ibbenbüren	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	175	↑
	2005	192	196	
	2009	205	203	
	2012	218	218	
	2013	218	220	
Grundsteuer B	2000	330	330	→
	2005	381	381	
	2009	395	381	
	2012	422	415	
	2013	422	421	
Gewerbesteuer	2000	380	380	↑
	2005	403	403	
	2009	403	405	
	2012	417	418	
	2013	417	423	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Ibbenbüren	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	164	271	↑
	2005	193	313	
	2009	230	365	
	2012	268	436	
Grundsteuer B	2000	88	90	↓
	2005	108	115	
	2009	110	126	
	2012	132	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	258	307	↑
	2005	211	254	
	2009	268	309	
	2012	296	344	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	28	35	→
	2005	27	35	
	2009	34	44	
	2012	40	51	
Steuerkraft	2000	540	679	↓
	2005	540	740	
	2009	644	852	
	2012	737	994	
Schlüsselzuweisungen	2000	299	132	↑
	2005	269	77	
	2009	362	48	
	2012	250	85	
Finanzkraft	2000	839	854	↓
	2005	809	832	
	2009	1 006	991	
	2012	987	1 127	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Ibbenbüren	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	437	365	↑
	2005	391	39	
	2010	441	373	
	2013	480	410	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	297	159	↑
	2005	236	165	
	2010	198	102	
	2013	285	150	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	10,0	8,3	↓
	2005	9,7	8,2	
	2010	8,4	7,1	
	2012	8,6	7,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	10,0	9,4	↓
	2005	9,7	8,7	
	2010	9,8	8,3	
	2012	10,0	8,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Ibbenbüren	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	951	673	↑
	2005	993	768	
	2009	560	789	
	2012	436	746	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	208	→
	2005	12	41	
	2009	4	460	
	2012	0	321	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	↑
	2005	0	0	
	2009	0	4	
	2012	0	163	
Gesamtschulden in € je EW	2000	951	1 139	↑
	2005	1 005	1 385	
	2009	573	1 595	
	2012	436	1 530	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,8	1,5	↑
	2005	1,9	1,7	
	2009	0,8	1,8	
	2012	0,6	1,6	
Zinsausgaben in € je EW	2000	54	43	↑
	2005	53	44	
	2009	32	43	
	2012	29	44	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	57	57	↓
	2005	53	48	
	2009	56	44	
	2012	66	42	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Ibbenbüren gehört zu den wachsenden Gemeinden in Nord-Westfalen, wenn man der Typisierung der BBSR folgt. Diese Einschätzung bestätigt sich, wenn man die Entwicklung am Arbeitsmarkt betrachtet. Die Arbeitslosenquote lag 2012 mit 3,2% unter dem Median der Vergleichsgruppe (4,3); die Beschäftigtenquote konnte zwischen 2008 und 2012 von 52 auf 54,7 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 100 Einwohner gesteigert werden (Median 2012: 54,3). Allerdings ist zu bedenken, dass das Bergwerk Ibbenbüren zum Ende des Jahres 2018 schließen wird, wodurch sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtern dürfte. Die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen haben sich hingegen zwischen 2004 und 2011 schwächer entwickelt als in der Vergleichsgruppe. Erstere nahmen je Einwohner um 2,3% p.a. zu (Median: 2,7), letztere um 2,1% (Median: 2,5%).
- Die Verschuldungssituation der Stadt hat sich beträchtlich verbessert. Die Gesamtverschuldung konnte je Einwohner gerechnet von 2000 bis 2012 nahezu halbiert werden auf 436 €. Eine Rückführung der Schulden gelang jeder dritten Gemeinde in der Vergleichsgruppe, deren Schuldenstand im Mittel der Veränderungsrate um 1,1% p.a. zunahm. Die Verschuldung von Sonderrechnungen und Kassenkredite spielen in Ibbenbüren keine Rolle. Der Schuldenabbau wird aber vor dem Hintergrund der schwieriger gewordenen Finanzlage nicht fortgesetzt: Der Schuldenstand der Kernverwaltung wird laut vorliegender Planungen von 22 Mill. € 2013 auf 30 Mill. € 2017 erhöht.
- Das Steueraufkommen (netto) entwickelte sich weniger dynamisch als in der Vergleichsgruppe. Die Steuerkraft je Einwohner stieg im Betrachtungszeitraum um 2,6% (Median der Steigerungsrate: 2,9%). Dafür verantwortlich sind die Realsteuern. Sowohl die Aufkommensdynamik der Gewerbesteuer als auch der Grundsteuer B bleibt hinter der Entwicklung der Vergleichsgemeinden zurück. Dabei liegen die Hebesätze nahe beim Median der Vergleichsgruppe. Die Finanzkraft je Einwohner lag 2012 bei etwa 88 % des Median.
- Ibbenbüren hat die Primärausgaben je Einwohner im Betrachtungszeitraum unterproportional gesteigert: Zwischen 2000 und 2012 lediglich um 2,4% p.a. je Einwohner (Median 3,1% p.a.). Dazu beigetragen hat wohl, dass die Kreisumlage seit längerem die zweitniedrigste in der Vergleichsgruppe ist. Auch die Personalausgaben je Einwohner stiegen unterdurchschnittlich um nur 0,7% p.a. (Median der Veränderungsrate: 1,6%). Diese Entwicklung vollzieht sich aber auf einem hohen Niveau: Im Jahr hatten die Personals rund 20% über dem Median gelegen, 2013 waren es immer noch knapp 17%. Dem entspricht, dass im Jahr 2000 noch 10 Vollzeitäquivalente in der Kernverwaltung auf 1 000 Einwohner kamen, 2012 waren es nur noch 8,6. Die Vergleichsgruppe verringerte die Personalintensität von 8,3 auf 7,3. Bezieht man die Sonderrechnungen mit ein, so ist die Personalintensität 2012 unverändert gegenüber 2000. Die Vergleichsgruppe dagegen verringerte die Personalintensität gemessen am Median von 9,4 auf 8,7.
- Die aktuelle Finanzlage der Stadt Ibbenbüren gestaltet sich schwierig. Der Haushalt weist nunmehr seit 2010 Defizite auf und bis 2017 wird sich daran nichts ändern. Der geplante Jahresfehlbetrag für 2014 beläuft sich auf 4,7 Mill. €; er soll bis 2017 auf 0,5 Mill. € abgebaut werden. Die Ausgleichsrücklage wird 2015 aufgezehrt sein, das Eigenkapital von Anfang 2010 bis Ende 2017 um 26,7 € schrumpfen. Es besteht also ein erheblicher Konsolidierungsbedarf.
- Der bisherige Schuldenabbau gelang im Wesentlichen aufgrund des Verkaufs von RWE-Aktien. Dieser aber angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt nicht fortgesetzt. Diskutiert wird eine Stärkung der Erträge. Steuererhöhungen sind im Rat der Stadt umstritten, wegen ihrer Auswirkungen auf die Standortattraktivität. Die Hebesätze lagen zuletzt nahe beim Median der Vergleichsgruppe. Sie sollen ab 2014 angehoben werden; die Grundsteuer A um 21 Prozentpunkte auf 230, die Grundsteuer B um 12 Prozentpunkte auf 434 und die Gewerbesteuer um 6 Prozentpunkte auf 423. Zudem will die Stadt in Kürze gemeinsame Stadtwerke mit sieben Nachbarkommunen gründen. Man erwartet, dass diese einen Gewinn erwirtschaften, der einen Konsolidierungsbeitrag für den Kommunalhaushalt leisten kann. Hier ist allerdings vor zu hohen Erwartungen zu warnen, denn die Ertragskraft der Stadtwerke hat sich zuletzt bundesweit abgeschwächt. Der interkommunale Vergleich zeigte, dass Handlungsbedarf in der Personalentwicklung besteht. Die Stadt hat zwar untersucht, wie viele Mitarbeiter mit welchen Qualifikationen bis 2020 ausscheiden und wie diese ersetzt werden können. Die Nutzung der Altersfluktuation zu einem Stellenabbau scheint aber bislang nicht erörtert worden zu sein.



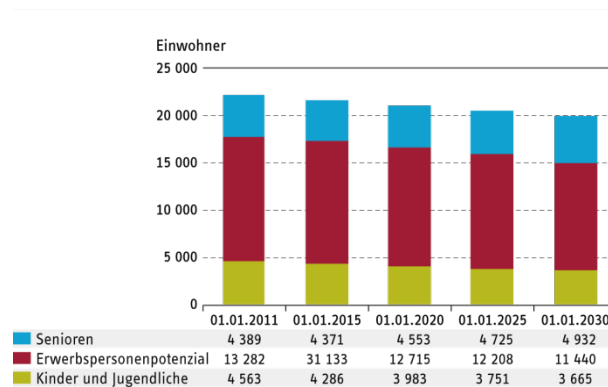
Lengerich

Sozioökonomische Rahmenbedingungen

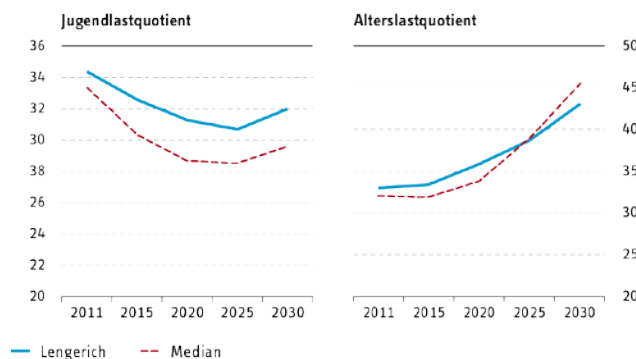
Wirtschaftliche Entwicklung

Indikator	Jahr	Lengerich	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	18 613	20 366
	2011	24 443	24 207
	JDV 2011/2004	4,0	2,7
Verfügbares Einkommen	2004	17 187	17 825
	2011	21 982	20 852
	JDV 2011/2004	3,6	2,5
Arbeitslosenquote	2008	3,7	4,6
	2012	3,7	4,3
Beschäftigtenquote	2008	53,0	52,0
	2012	54,9	54,3

Demographische Entwicklung in Lengerich nach Altersgruppen 2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Lengerich	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	10,2	10,6	↑
	2005	7,8	10,0	
	2008	11,2	11,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 092	1 253	↓
	2005	1 287	1 355	
	2009	1 465	1 728	
	2013	1 687	1 846	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	39,5	↑
	2010	35	40	
	2011	36,8	41,7	
	2012	34,1	40,9	
	2013	33,2	39,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	101	96	↑
	2013	92	93	
	2014	98	95	
	2015	100	96	
	2016	101	98	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-0,3	-1,3	↑
	2013	-10,5	-8,2	
	2014	-3,9	-4,6	
	2015	-1,8	-3,9	
	2016	-0,8	-3,2	
	2017	0,7	-1,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Lengerich	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	180	175	↑
	2005	205	196	
	2009	205	203	
	2012	220	218	
	2013	220	220	
Grundsteuer B	2000	330	330	↑
	2005	381	381	
	2009	381	381	
	2012	413	415	
	2013	413	421	
Gewerbesteuer	2000	380	380	→
	2005	403	403	
	2009	403	405	
	2012	415	418	
	2013	425	423	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Lengerich	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	252	271	↑
	2005	291	313	
	2009	253	365	
	2012	433	436	
Grundsteuer B	2000	87	90	→
	2005	112	115	
	2009	121	126	
	2012	137	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	285	307	↓
	2005	234	254	
	2009	287	309	
	2012	310	344	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	35	35	↑
	2005	34	35	
	2009	44	44	
	2012	52	51	
Steuerkraft	2000	662	679	↓
	2005	674	740	
	2009	709	852	
	2012	937	994	
Schlüsselzuweisungen	2000	175	132	↑
	2005	53	77	
	2009	0,0	48	
	2012	133	85	
Finanzkraft	2000	836	854	↓
	2005	727	832	
	2009	709	991	
	2012	1 070	1 127	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Lengerich	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	367	365	↓
	2005	389	390	
	2010	410	373	
	2013	454	410	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	150	227	↓
	2005	161	178	
	2010	124	141	
	2013	90	181	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	8,7	8,3	↓
	2005	8,4	8,2	
	2010	8,6	7,1	
	2012	8,5	7,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	9,8	9,4	↓
	2005	9,1	8,7	
	2010	9,4	8,3	
	2012	9,3	8,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Lengerich	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	577	673	↓
	2005	905	768	
	2009	841	789	
	2012	792	746	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	1 463	208	↑
	2005	1 289	41	
	2009	1 066	460	
	2012	965	321	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	↑
	2005	133	0	
	2009	411	4	
	2012	315	163	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 040	1 139	↑
	2005	2 328	1 385	
	2009	2 308	1 595	
	2012	2 072	1 530	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	3,1	1,5	↑
	2005	3,5	1,7	
	2009	3,1	1,8	
	2012	2,2	1,6	
Zinsausgaben in € je EW	2000	33	43	↓
	2005	45	44	
	2009	46	43	
	2012	61	44	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	57	57	↓
	2005	43	48	
	2009	37	44	
	2012	55	42	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

↑ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

↓ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Lengerichs sozioökonomisches Umfeld hat sich im interkommunalen Vergleich positiv entwickelt. Die Arbeitslosigkeit lag mit 3,7% sowohl 2008 als auch 2012 unter dem Median von 4,6 bzw. 4,3%. Die Beschäftigtenquote nahm von 2008 bis 2012 von 53 auf 54,9 je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter zu. Das Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen entwickelten sich zwischen 2004 und 2011 wesentlich dynamischer als in der Vergleichsgruppe: Sie stiegen um jahresdurchschnittlich 3,7 bzw. 3,6% (Median: 2,7 bzw. 2,5%). Ungeachtet dieser guten sozioökonomischen Rahmenbedingungen kann Lengerich aber seinen Haushalt nur durch den Rückgriff auf die allgemeine Rücklage ausgleichen.
- Die Stadt Lengerich konnte ihre Verschuldung je Einwohner gerechnet seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts wieder reduzieren. Sie nähert sich mit 2 072 € je Einwohner wieder dem Niveau von 2000. Bis 2005 war die Gesamtverschuldung zwischenzeitlich auf 2 328 € je Einwohner gestiegen. Zu diesem positiven Ergebnis hat vor allem der Schuldenabbau der Sonderrechnungen beitragen (3,4% p.a.). Aber auch die fundierten Schulden wurden in den vergangenen Jahren wieder zurückgeführt, sie übertrafen aber 2012 mit 792 € je Einwohner den Stand von 2000 mit 577 € immer noch erheblich. Dabei ging die Entschuldung offensichtlich zu Lasten der Investitionstätigkeit, denn die Sachinvestitionen je Einwohner gingen um 3,8% p.a. zurück. Bis 2014 soll der Schuldenabbau fortgesetzt werden und die Schulden von 17,6 Mill. € auf 17 Mill. € sinken. Kassenkredite spielen erst seit 2009 eine größere Rolle. Sie beliefen sich 2009 auf 9,3 Mill. € und werden sich Ende 2014 voraussichtlich auf 10,6 Mill. € belaufen.
- Die Steuerkraft je Einwohner der Stadt Lengerich hat sich im Gleichschritt mit der Vergleichsgruppe entwickelt. Allerdings ist das Niveau der Steuerkraft in Lengerich niedriger. Betrug sie im Jahr 2000 noch 97% des Median, so waren es 2012 nur noch 94%. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Gewerbesteuer (netto). Die Grundsteuer B weist dagegen eine größere Dynamik auf, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine geringere. Der Finanzausgleich verbessert die relative Position der Stadt Lengerich nicht nennenswert. Die relative Finanzkraft je Einwohner beläuft sich auf 98% 2000 und 95% 2012.
- Die Primärausgaben je Einwohner nahmen in Lengerich im Betrachtungszeitraum mit einer Rate von 3,4% p.a. stärker zu als im Mittel der Vergleichsgemeinden (Median der Veränderungsrate 3,1% p.a.). Das Ausgabenniveau lag aber 2012 mit 1 687 € je Einwohner 9% unter dem Median. Die Personalausgaben entwickelten sich proportional zu denen der Vergleichsgruppe. Hier ist aber im Gegensatz zur Entwicklung der Primärausgaben festzustellen, dass 2012 die Personalausgaben mit 454 je Einwohner den Median der Vergleichsgruppe (410 €) deutlich übertrifft. Diese Ausgabenentwicklung lässt sich an der Entwicklung des Personalbestandes nachvollziehen. Kamen im Jahre 2000 in der Kernverwaltung 8,7 Vollzeitäquivalente auf 1000 Einwohner, waren es 2012 8,5. Die Vergleichsgemeinden bauten dagegen in größerem Umfang Personal ab. Hier sank die Personalintensität von 8,3 auf 7. Unter Berücksichtigung der Auslagerungen verringern sich die Unterschiede in der Personalausstattung allerdings. Die Personalintensität in Lengerich belief sich 2012 auf 9,3, die der Vergleichsgruppe auf 8,7 (Median).
- Die notwendige Konsolidierung des Haushaltes gestaltet sich offensichtlich schwierig. Die Finanzierungsdefizite kumulieren sich: Für die Jahre 2013 bis 2016 sind Fehlbeträge von jeweils 6,4 Mill. € geplant, für 2017 wird ein kleiner Überschuss von 215 Tsd. € erwartet. Dank des nachträglichen Auffüllens der Ausgleichsrücklage mit Überschüssen aus dem Jahre 2008, kann der Haushalt bis 2017 fiktiv ausgeglichen werden. Ein Ansatzpunkt für eine Haushaltskonsolidierung läge offensichtlich in personalwirtschaftlichen Maßnahmen. Vorschläge aus der Politik, den Personalaufwand zu deckeln, wurden nicht bisher weiter verfolgt, und kein personalwirtschaftliches Konzept vorgelegt. Zurzeit wird eine externe Stellenbemessung und -bewertung vorgenommen. Vorerst nutzt man vorläufige Wiederbesetzungssperren und den endgültigen Wegfall von Stellen, um Einsparpotenziale zu realisieren. Als Konsolidierungsbeitrag der Ertragsseite ist u.a. die Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer 2013 um 10 Prozentpunkte auf 425 zu sehen.



Lüdinghausen

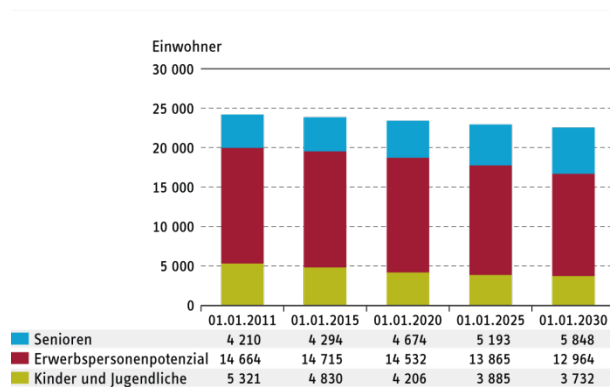
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

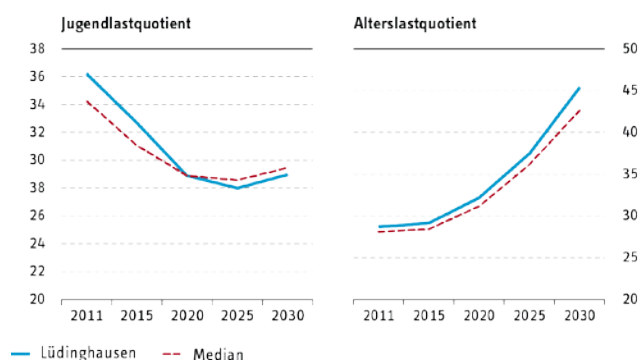
Indikator	Jahr	Lüdinghausen	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	22 373	20 015
	2011	24 991	23 517
	JDV 2011/2004	1,6	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	19 290	17 244
	2011	20 979	19 521
	JDV 2011/2004	1,2	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,6	3,7
	2012	3,0	3,8
Beschäftigtenquote	2008	48,5	50,7
	2012	51,7	53,1

Demographische Entwicklung in Lüdinghausen nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Lüdinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	7,3	7,0	↓
	2005	-24,1	0,5	
	2008	5,4	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 123	1 137	↑
	2005	1 337	1 265	
	2010	1 483	1 556	
	2013	1 568	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,5	35,1	↓
	2010	34,9	36,4	
	2011	35,1	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	35,5	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	97,5	98,5	→
	2013	100,5	94,8	
	2014	103,4	93,7	
	2015	99,7	96,4	
	2016	100,4	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-1,7	-0,1	↓
	2013	0,5	-4,4	
	2014	2,2	-2,9	
	2015	-0,3	-2,5	
	2016	0,2	-1,4	
	2017	-0,9	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Lüdinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	188	↓
	2005	192	199	
	2009	210	224	
	2012	260	238	
	2013	260	235	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	381	381	
	2009	400	381	
	2012	460	420	
	2013	460	420	
Gewerbesteuer	2000	380	380	↓
	2005	403	403	
	2009	420	408	
	2012	460	422	
	2013	460	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Lüdinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	180	246	↑
	2005	96	295	
	2009	286	329	
	2012	331	385	
Grundsteuer B	2000	83	86	↑
	2005	103	110	
	2009	117	118	
	2012	141	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	290	291	↑
	2005	240	251	
	2009	318	316	
	2012	363	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	27	36	↓
	2005	25	35	
	2009	31	45	
	2012	35	48	
Steuerkraft	2000	587	679	↑
	2005	472	698	
	2009	761	797	
	2012	881	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	263	172	↓
	2005	180	151	
	2009	220	179	
	2012	78	146	
Finanzkraft	2000	850	861	↓
	2005	652	841	
	2009	981	984	
	2012	960	1109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Lüdinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	337	302	↑
	2005	355	326	
	2010	346	350	
	2013	365	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	329	257	↑
	2005	131	136	
	2010	225	164	
	2013	380	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,6	6,9	↑
	2005	6,9	6,8	
	2010	6,6	6,6	
	2012	6,6	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	7,6	7,6	↑
	2005	6,9	7,2	
	2010	6,6	7,7	
	2012	6,6	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Lüdinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	223	676	↓
	2005	292	845	
	2010	225	696	
	2012	306	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	411	409	↓
	2005	359	382	
	2010	409	428	
	2012	363	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	42	25	
	2010	0	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	634	1 457	↓
	2005	693	1 510	
	2010	635	1 328	
	2012	669	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,1	2,4	↓
	2005	1,5	2,2	
	2010	0,8	1,7	
	2012	0,8	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	13	44	↓
	2005	13	44	
	2010	10	28	
	2012	11	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	58	57	↑
	2005	40	47	
	2010	43	44	
	2012	37	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

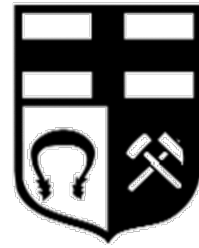
⬆ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Einkommensentwicklung in Lüdinghausen war weniger dynamisch als in den Vergleichsgemeinden. Die Primäreinkommen sowie die verfügbaren Einkommen je Einwohner sind zwischen 2004 und 2011 mit 1,6% p.a. bzw. 1,2% schwächer gestiegen als die betreffenden Medianwerte der Vergleichsgruppe (2,1 bzw. 1,8%). Die finanzwirtschaftliche Lage der Stadt, scheint sich gleichwohl zu verbessern: Im Haushaltsjahr 2013 dürfte zum ersten Mal seit 2007 ein echter Haushaltsausgleich gelingen. Mit einem kleinen Überschuss von knapp 300 000 €. Für das Jahr 2014 wird sogar ein erheblicher Überschuss von 1,4 Mill. € erwartet, danach gestalten sich die Jahresergebnisse wechselhaft. Bis 2017 sind die erwarteten kumulierten Überschüsse mit 1,6 Mrd. € allerdings doppelt so hoch wie die Defizite.
- Die Gesamtverschuldung je Einwohner der Stadt Lüdinghausen ist mit 0,4% p.a. im Untersuchungszeitraum moderat gestiegen. Dahinter stehen gegenläufige Entwicklungen: Während bei den Sondervermögen die Verschuldung je Einwohner um jahresdurchschnittlich 1% gesenkt werden konnte, stiegen die fundierten Schulden der Kernverwaltung um 2,7% p.a. Dies ging einher mit zunehmenden Sachinvestitionen, die um 1,1% p.a. je Einwohner erhöht wurden, während sie in den Vergleichsgemeinden sanken (Median der Steigerungsraten: -0,5% p.a.)
- Lüdinghausen verzeichnet wie auch die anderen Gemeinden aus Nord Westfalen in dieser Vergleichsgruppe – einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Steuereinnahmen. Die Steuerkraft je Einwohner erhöhte sich im Untersuchungszeitraum von 587 € auf 881 € je Einwohner, also um 3,4% p.a. Dazu trugen vor allem die Gewerbesteuer (5,2% p.a.) und die Grundsteuer B (4,5% p.a.) bei. Zum Vergleich: die Mediane der Steigerungsraten der Vergleichsgemeinden betragen 4,8 bzw. 3,8% p.a. zu. Aber auch das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nimmt überproportional zu. Die positive Aufkommensentwicklung stellt einen Aufholprozess dar: Die Steuerkraft je Einwohner erreicht auch 2012 nur 92% des Median der Vergleichsgruppe. Ihr Anstieg ist zudem –zumindest in den letzten Jahren – der Anhebung der Realsteuerhebesätze auf ein überdurchschnittliches Niveau zu verdanken. Der dynamischen Entwicklung des Steueraufkommens stehen erheblich geringere Schlüsselzuweisungen gegenüber, so dass die Finanzkraft je Einwohner 1% p.a. nur unterdurchschnittlich zugenommen hat (Median der Wachstumsrate: 2,3% p.a.).
- Die Primärausgaben je Einwohner sind im Untersuchungszeitraum um 2,6% p.a. gestiegen und damit schwächer als der Vergleichswert (3,2%). Das Ausgabenniveau betrug nur 90% des Median. Dabei profitiert Lüdinghausen von einer im interkommunalen Vergleich niedrigen Kreisumlage von zuletzt 35,53% (Medianwert: 36,76%). Allerdings ist die Kreisumlage gestiegen. Das geringe Ausgabenniveau dürfte zudem wesentlich von der personalwirtschaftlichen Entwicklung geprägt sein. So nahmen die Personalausgaben je Einwohner zwischen 2000 und 2013 nur um 0,6% p.a. zu (Median der Ausgabensteigerungen: 2%). Dies war möglich, weil Lüdinghausen in der Kernverwaltung den Personalbestand um 12 Vollzeitbeschäftigte reduzierte. Auf 1 000 Einwohner kommen damit nur noch 6,6 statt 7,6 Vollzeitbeschäftigte. Im interkommunalen Vergleich ging die Personalintensität weniger, nämlich von 6,9 auf 6,7 zurück. Lüdinghausen ist es insoweit gelungen, einen bestehenden Personalüberhang in der Kernverwaltung abzubauen. Dabei ist die Position Lüdinghausens noch besser zu bewerten, als andere Gemeinden in größerem Umfang Personal ausgelagert haben. Lüdinghausen hat zwar 1997 ein Abwasserwerk gegründet, zugleich aber einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit den Stadtwerken Coesfeld GmbH abgeschlossen.
- Lüdinghausen hat bereits in der Vergangenheit Konsolidierungsprogramme aufgelegt, die – schaut man auf den Haushaltssaldo – Erfolge zeigen. Zuletzt wurde allerdings der Haushaltsausgleich, neben einer Erhöhung der Realsteuerhebesätze, auch durch Grundstücksverkäufe vorangetrieben. Dabei ist zu beachten, dass im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik Vermögenserlöse nur zum Schuldenabbau oder zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden sollten. Die Realsteuerhebesätze sind mittlerweile Spitzensätze. Der Gewerbesteuerhebesatz von 2013 ist der zweithöchste, der der Grundsteuer B, der dritthöchste in der Vergleichsgruppe. Zukünftige Konsolidierungsbemühungen sollten deshalb primär an der Ausgabenseite ansetzen.



Marl

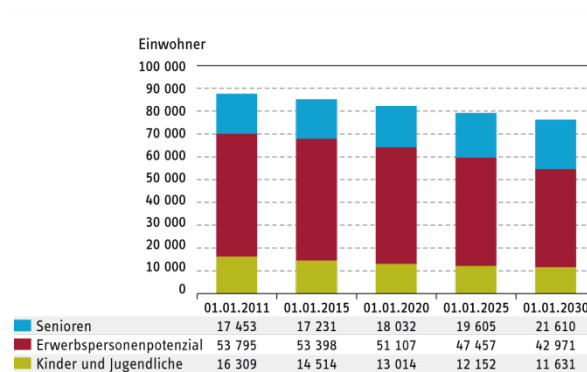
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

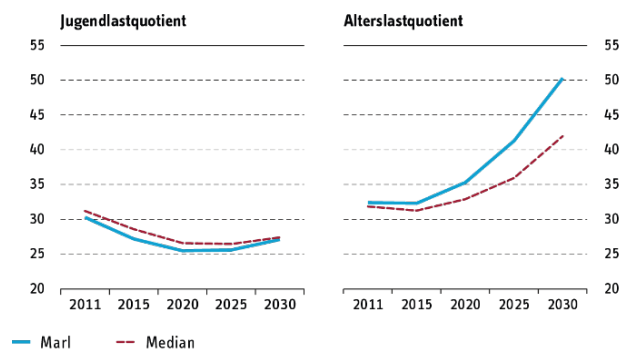
Indikator	Jahr	Marl	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 676	16 099
	2011	19 810	18 699
	JDV 2011/2004	2,5	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	15 748	15 465
	2011	17 685	17 264
	JDV 2011/2004	1,7	1,7
Arbeitslosenquote	2008	9,1	9,2
	2012	8,8	8,7
Beschäftigtenquote	2008	44,9	44,8
	2012	47,0	46,9

Demographische Entwicklung in Marl nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Marl	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-3,7	-3,8	↓
	2005	-36,7	-28,5	
	2008	-4,2	-9,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 791	1 525	↑
	2005	2 252	1 807	
	2010	1 619	1 952	
	2013	2 364	2 372	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	45,1	→
	2010	53,0	51,0	
	2011	53,0	51,0	
	2012	48,1	47,5	
	2013	46,5	47,5	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2011	92,6	86,3	↓
	2012	83,5	89,7	
	2013	87,0	89,0	
	2014	95,1	96,0	
	2015	98,1	97,0	
	2016	102,5	102,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2013			Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung.
	2014			
	2015			
	2016			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Marl	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	200	215	↓
	2005	200	220	
	2009	200	220	
	2012	285	285	
	2013	285	285	
Grundsteuer B	2000	480	425	↑
	2005	485	445	
	2009	530	470	
	2012	530	530	
	2013	660	603	
Gewerbesteuer	2000	440	435	↓
	2005	460	455	
	2009	480	460	
	2012	480	480	
	2013	500	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Marl	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	342	183	↑
	2005	286	178	
	2009	363	255	
	2012	674	304	
Grundsteuer B	2000	125	87	↓
	2005	127	99	
	2009	147	114	
	2012	153	132	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	283	272	↑
	2005	240	226	
	2009	290	271	
	2012	322	296	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	35	28	↑
	2005	36	28	
	2009	47	34	
	2012	55	38	
Steuerkraft	2000	786	551	↑
	2005	689	524	
	2009	847	680	
	2012	1 205	738	
Schlüsselzuweisungen	2000	288	375	↓
	2005	231	304	
	2009	471	477	
	2013	277	607	
Finanzkraft	2000	1 073	945	↓
	2005	920	876	
	2009	1 318	1 215	
	2012	1 482	1 354	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Marl	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	392	386	→
	2005	414	414	
	2010	496	494	
	2013	572	561	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	134	115	↓
	2005	59	112	
	2010	94	126	
	2013	109	119	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,8	7,8	↓
	2005	7,6	7,7	
	2010	9,3	8,9	
	2012	9,1	9,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	11,5	11,3	→
	2005	11,2	10,6	
	2010	11,7	11,6	
	2012	11,6	11,3	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Marl	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 356	797	↑
	2005	1 292	871	
	2009	1 232	930	
	2012	1 226	911	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	536	509	↑
	2005	299	283	
	2009	582	877	
	2012	647	931	
Kassenkredite in € je EW	2000	356	224	↑
	2005	1 270	949	
	2009	1 881	1 771	
	2012	2 049	2 285	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 247	1 653	↑
	2005	2 861	1 870	
	2009	3 676	3 743	
	2012	3 821	3 848	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,9	3,0	↑
	2005	4,2	4,1	
	2009	5,5	5,5	
	2012	3,2	4,8	
Zinsausgaben in € je EW	2000	88	64	↑
	2005	82	67	
	2009	129	74	
	2012	109	87	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	51	51	↓
	2005	32	36	
	2009	42	28	
	2012	29	28	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Marl gehört – wie die übrigen Gemeinden des Kreises Recklinghausen – zu den Gemeinden, die das BBSR als schrumpfend klassifiziert. Zudem hat sich die Stadt 20 Jahre lang in einem Nothaushalt befunden. Prägend auf die kommunalen Gesamtverschuldung wirken die strukturellen Defizit,, nicht die Investitionstätigkeit. Während die Gesamtverschuldung je Einwohner zwischen 2001 und 2012 um 4,5% p.a. auf je Einwohner zunahm, explodierten die Kassenkredite geradezu um 15,7% p.a. Der Rückgang der fundierten Schulden je Einwohner um 1,5% p.a. dürfte weitestgehend dem Einbruch der Investitionstätigkeit im Kernhaushalt geschuldet sein. Infolgedessen stieg der Anteil der Kassenkredite zwischen 2000 und 2012 von 15,8% auf 53,6%. Marl ist seit 2012 überschuldet und deshalb zur Teilnahme am Stärkungspakt verpflichtet.
- Trotz der Überschuldung ist Marl vergleichsweise steuerstark. Dies ist insbesondere Resultat des starken Gewerbesteueraufkommens, das 2012 mit 674 € je Einwohner doppelt so hoch ist wie der Median der Vergleichsgruppe. Dabei lag der Hebesatz im Betrachtungszeitraum allenfalls knapp über dem Median. Das Aufkommen der Grundsteuer B und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind ebenfalls überdurchschnittlich, allerdings nur knapp. Der kommunale Finanzausgleich nivelliert diese Steuerkraftunterschiede. Gleichwohl weist Marl auch unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen in seiner Vergleichsgruppe eine überdurchschnittliche Finanzkraft auf.
- Marl hatte früher ein deutlich höheres Ausgabenniveau als die Vergleichsgruppe. Die Ausgaben entwickelten sich aber im Untersuchungszeitraum schwach: Die Primärausgaben je Einwohner stiegen von 2001 bis 2013 nur um 2,2% p.a., die der Vergleichsgruppe gemessen am Median der Steigerungsraten um 3,1% p.a. Die Primärausgaben je Einwohner entsprachen 2013 mit 2 364 € je Einwohner in etwa dem Median der Vergleichsgruppe (2 372 €). Dabei liegen die Personalausgaben je Einwohner nach wie vor über dem Median, zuletzt mit 572 € je Einwohner gegenüber 561 €. Diese Relation korrespondiert mit der etwas höheren Personalintensität in der Kernverwaltung: Es kamen 2012 9,1 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) auf 1000 Einwohner (Median: 9 Beschäftigte), unter Einbeziehung der Sonderrechnungen sind es 11,6 Beschäftigte (11,3). Die Personalausstattung der Kernverwaltung entspricht damit dem üblichen Standard, allerdings sind relativ mehr Kommunalbedienstete in Sonderrechnungen tätig als in der Vergleichsgruppe.
- Als Stärkungspaktgemeinde erhält Marl Konsolidierungshilfen und muss im Gegenzug darlegen, wie die Stadt bis 2016 den Haushaltsausgleich mit und ab 2021 ohne Konsolidierungshilfen erreichen will. Marl setzt hierzu primär auf Ertragssteigerungen. Einer Verringerung der Aufwendungen um 75,8 Mill. € im Zeitraum 2012 bis 2021 stehen Ertragssteigerungen von 106,7 Mill. € gegenüber. Den größten Konsolidierungsbeitrag leistet auch hier die Anhebung der Realsteuerhebesätze: Der Hebesatz der Gewerbesteuer wurde bereits 2013 von 480 auf 500% erhöht und soll ab 2014 nochmals auf 530% erhöht werden. Der Hebesatz der Grundsteuer B wird – wie auch in anderen Gemeinden – noch drastischer angehoben. Er wurde 2013 von 530 auf 660% erhöht; für 2016 ist eine weitere Steigerung auf 790% geplant. Der erwartete Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahmen soll sich auf 91,6 Mill. € belaufen.
- Die Stadt Marl vertritt den Standpunkt, dass weitere Ausgabenkürzungen angesichts von zwei Jahrzehnten Konsolidierungsbemühungen nicht mehr möglich sei, kommunale Leistungen einzuschränken oder einzustellen. Massive Steuererhöhungen stellen aber keine Alternative dar, da sie das Verhältnis der Kosten zum Angebot öffentlicher Leistungen verschlechtern und so die Standortattraktivität für Unternehmen wie private Haushalte im interkommunalen Wettbewerb senken. Es wäre die ureigenste Aufgabe der Politiker zunächst zu entscheiden, welche Angebote und Leistungen vorrangig und welche nachrangig sind. Erst dann stellt sich die Frage von Steuererhöhungen.
- Die Arbeitsgruppe Stärkungspakt der Stadt Marl vertritt die Auffassung, „...dass die vorgeschlagenen Aufwandskürzungen kaum zu vertreten sind...“. Man hofft in diesem Zusammenhang auf Entlastungen im Zuge des demographischen Wandels. Derartige Hoffnungen können aber trügerisch sein. Der demographische Wandel entlastet nämlich nicht nur den Haushalt, sondern er führt auch zu zusätzlichen Belastungen auf der Ertrags- wie der Aufwandsseite. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials wirkt sich negativ auf den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer aus, der Rückgang der Zahl der privaten Haushalte auf das Aufkommen der Grundsteuer B. Die Stückkosten der Produktion öffentlicher Leistungen verteuern sich auf Grund einer gerin-

geren Nachfrage in Teilbereichen. Der demographische Wandel wird auch durch Anpassung von Infrastruktur und kommunaler Leistungen an die veränderte Nachfrage zumindest kurz- und mittelfristig zu zusätzlichen Belastungen führen.



Ochtrup

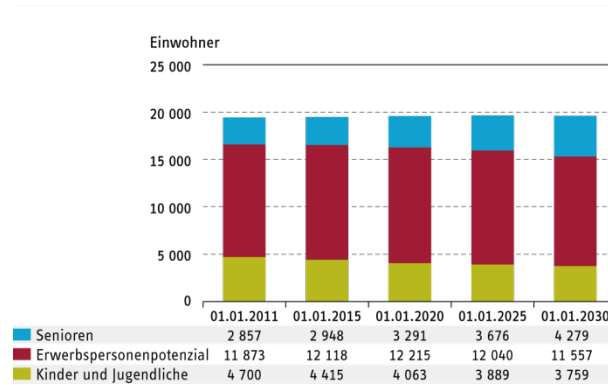
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

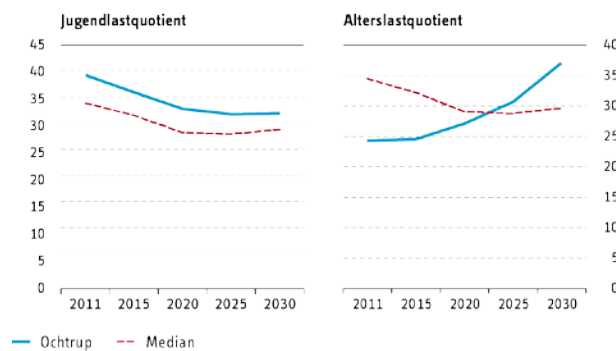
Indikator	Jahr	Ochtrup	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	18 105	20 015
	2011	20 563	23 517
	JDV 2011/2004	1,8	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	15 507	17 244
	2011	17 315	19 521
	JDV 2011/2004	1,6	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,7	3,7
	2012	4,2	3,8
Beschäftigtenquote	2008	50,3	50,7
	2012	52,5	53,1

Demographische Entwicklung in Ochtrup nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Ochtrup	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	24,4	7,0	↓
	2005	2,6	0,5	
	2008	11,9	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 088	1 137	↑
	2005	1 174	1 265	
	2010	1 420	1 556	
	2013	1 514	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	35,1	↑
	2010	35,0	36,4	
	2011	36,8	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	33,2	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	106,0	98,5	↓
	2013	93,6	94,8	
	2014	93,7	93,7	
	2015	97,9	96,4	
	2016	99,6	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	4,1	-0,1	↓
	2013	-4,6	-4,4	
	2014	-5,5	-2,9	
	2015	-1,8	-2,5	
	2016	-0,3	-1,4	
	2017	0,4	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Ochtrup	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	190	188	↑
	2005	192	199	
	2009	192	224	
	2012	208	238	
	2013	208	235	
Grundsteuer B	2000	320	330	↓
	2005	375	381	
	2009	375	381	
	2012	412	420	
Gewerbesteuer	2013	412	420	↑
	2000	375	380	
	2005	395	403	
	2009	395	408	
	2012	410	422	
	2013	410	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Ochtrup	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	187	246	↑
	2005	299	295	
	2009	266	329	
	2012	467	385	
Grundsteuer B	2000	82	86	→
	2005	106	110	
	2009	114	118	
	2012	132	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	243	291	↓
	2005	200	251	
	2009	269	316	
	2012	288	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	31	36	↓
	2005	30	35	
	2009	36	45	
	2012	38	48	
Steuerkraft	2000	550	679	↑
	2005	643	698	
	2009	693	797	
	2012	934	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	281	172	↓
	2005	177	151	
	2009	205	179	
	2012	139	146	
Finanzkraft	2000	831	861	↑
	2005	820	841	
	2009	869	984	
	2012	1 138	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Ochtrup	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	264	302	↑
	2005	286	326	
	2010	292	350	
	2013	332	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	165	257	↑
	2005	207	136	
	2010	211	164	
	2013	258	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	6,5	6,9	↑
	2005	6,0	6,8	
	2010	5,3	6,6	
	2012	5,7	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	8,1	7,6	↓
	2005	7,8	7,2	
	2010	7,7	7,7	
	2012	8,4	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Ochtrup	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	935	676	↑
	2005	1 126	845	
	2010	357	696	
	2012	320	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	525	409	↓
	2005	339	382	
	2010	980	428	
	2012	1 226	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	25	
	2010	0	0	
	2012	17	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 460	1 457	↓
	2005	1 465	1 510	
	2010	1 337	1 328	
	2012	1 563	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,7	2,4	↓
	2005	2,2	2,2	
	2010	1,9	1,7	
	2012	1,7	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	51	44	↑
	2005	56	44	
	2010	18	28	
	2012	17	34	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	54	57	↓
	2005	50	47	
	2010	52	43	
	2012	51	49	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Ochtrup ist mit knapp 20 000 Einwohnern die kleinste Stadt in seiner Vergleichsgruppe. Die Arbeitslosigkeit ist höher als in der Vergleichsgruppe und die Beschäftigungsquote hat sich schwächer entwickelt. Auch die Einkommensentwicklung ist weniger dynamisch. Die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen könnten deshalb ein Grund dafür sein, dass Ochtrup zudem zu den 8 von 22 Gemeinden der Vergleichsgruppe zählt, deren Finanzlage prekär ist. Die Stadt befindet sich seit 2010 in der Haushaltssicherung. Die strukturelle Defizite erreichen 2014 mit voraussichtlich 2,1 Mill. € einen Höchststand. Nach den Planungen sollen sie bis 2017 abgebaut und ein kleiner Überschuss erzielt werden.
- Bisher war Ochtrup im Gegensatz zu anderen Gemeinden der Vergleichsgruppe nicht in der Lage, die Gesamtverschuldung zu reduzieren. Der Anstieg der Gesamtschulden je Einwohner fiel aber im interkommunalen Vergleich mäßig aus: Sie stiegen von 1 460 € im Jahr 2000 auf 1 563 € je Einwohner im Jahr 2012. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 0,6%. Die Vergleichsgruppe reduzierte dagegen im Mittel ihre Gesamtverschuldung um 1% p.a. und zwar offensichtlich zu Lasten der Investitionen, die im Untersuchungszeitraum je Einwohner um 0,5% p.a. reduziert wurden. Ochtrup steigerte dagegen seine Sachinvestitionen je Einwohner um 3,5% p.a. Der Schuldenaufbau in Ochtrup ging einher mit einer veränderten Struktur: die fundierten Schulden wurden reduziert und die der Sonderrechnungen nahmen zu. Hinter dieser Verschiebung steht die Übertragung des Regiebetriebes Abwasserentsorgung auf die Stadtwerke zum 1.1.2007, mit der Schulden in einer Höhe von etwa 13 Mill. € übergingen. Trotz der strukturellen Defizite werden Kassenkredite bislang nur in geringem Umfang aufgenommen.
- Die prekäre Finanzlage von Ochtrup überrascht, wenn man die Entwicklung der Steuerkraft betrachtet. Die Steuereinnahmen (netto) je Einwohner nahmen im Untersuchungszeitraum um jahresdurchschnittlich 4,5% zu. Dies ist weit stärker als in den Vergleichsgemeinden (Median der Steigerungsraten 3,3% p.a.). Infolgedessen erreichte die Steuerkraft Ochtrups mit 98% im Jahr 2012 fast den Median; nachdem sie im Jahre 2000 nur knapp 81% des Durchschnitts betragen hatte. Diese positive Entwicklung ist vor allem der Gewerbesteuer (netto) zu verdanken, deren Aufkommen je Einwohner um 7,9% p.a. zunahm (Median der Veränderungsraten 4,9%). Auch das Aufkommen der Grundsteuer B entwickelte sich überdurchschnittlich, während der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb. Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, dass im Jahre 2012 die Hebesätze angehoben wurden, wenngleich sie im interkommunalen Vergleich noch relativ niedrig sind. Die Finanzkraft je Einwohner hat ebenfalls stärker zugenommen als im Mittel der Vergleichsgemeinden und schließt infolgedessen zum Median auf.
- Die Ausgabenpolitik der Gemeinde Ochtrup ist restriktiver als die der Vergleichsgemeinden. Die (laufenden) Primärausgaben je Einwohner nahmen im Untersuchungszeitraum mit 2,6% p.a. zu, was unter dem Median der Ausgabensteigerungen der Vergleichsgemeinden liegt (3,2%). Auch der Zuwachs der Personalausgaben je Einwohner blieb unterhalb den Median der Steigerungsraten: 1,8% gegenüber 2,1% p.a. Dabei wurde Personal in der Kernverwaltung abgebaut, zwischen 2000 und 2012 waren es 10 Vollzeitäquivalente, zwischenzeitlich waren es sogar 19 im Jahre 2010. Hintergrund sind eine Verwaltungsreform sowie das Bestreben, die Zahl der Leitungsstellen zu reduzieren. Allerdings wurde im nahezu gleichen Umfang Personal außerhalb der Kernverwaltung aufgebaut. Unter Berücksichtigung der Eigenbetriebe ist die Personalausstattung Ochtrups überdurchschnittlich. Allerdings fällt hier die Beurteilung schwer, weil die Stadtwerke als Eigenbetrieb nicht nur klassische Aufgaben der Kernverwaltung wahrnehmen.
- Ochtrup strebt einen ab 2017 wieder ausgeglichenen Haushalt an. Man will auf diesen Weg möglichst auf weitere Anhebungen der Realsteuerhebesätze verzichten. Da die Gemeinde in den vergangenen Jahren erheblichem Umfang auf die allgemeine Rücklage zurückgreifen musste, was sie gezwungen, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Darin spielen die Personalaufwendungen eine zentrale Rolle. Um sie zu reduzieren, sollen die Standards der Aufgabenerfüllung überprüft sowie Effizienzreserven gehoben werden. Zusätzlich sollen personalwirtschaftliche Maßnahmen (interne vor externe Stellenbesetzung, Beförderungssperren) ergriffen werden. Bemerkenswert ist auch der Beschluss, dass die Stadtwerke zukünftig ihren Gewinn vollständig an die Stadt abführen sollen.



Oelde

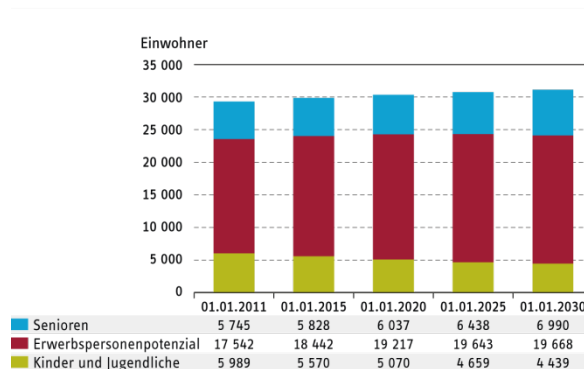
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

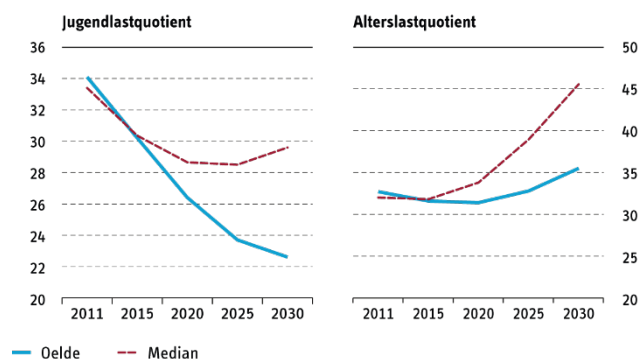
Indikator	Jahr	Oelde	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	21 800	20 366
	2011	29 916	24 207
	JDV 2011/2004	4,6	2,7
Verfügbares Einkommen	2004	18 726	17 825
	2011	25 597	20 852
	JDV 2011/2004	4,6	2,5
Arbeitslosenquote	2008	2,8	4,6
	2012	3,4	4,3
Beschäftigtenquote	2008	56,3	52,0
	2012	59,0	54,3

Demographische Entwicklung in Oelde nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Oelde	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	11,7	10,6	↓
	2005	10,1	10,0	
	2008	11,4	11,2	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 181	1 253	↓
	2005	1 208	1 355	
	2010	1 427	1 728	
	2013	1 978	1 846	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	39,5	↑
	2010	32,8	40,0	
	2011	31,9	41,7	
	2012	27,1	40,9	
	2013	28,0	39,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	103,5	96,2	↓
	2013	94,7	93,4	
	2014	96,7	95,4	
	2015	95,3	96,2	
	2016	98,3	98,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	1,5	-1,3	↓
	2013	-6,0	-8,2	
	2014	-4,8	-4,6	
	2015	-6,9	-3,6	
	2016	-4,7	-3,2	
	2017	-4,8	-1,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Oelde	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	150	175	↓
	2005	175	196	
	2009	175	203	
	2012	216	218	
	2013	216	220	
Grundsteuer B	2000	285	330	↓
	2005	340	381	
	2009	340	381	
	2012	400	415	
	2013	400	421	
Gewerbesteuer	2000	355	380	↓
	2005	390	403	
	2009	390	405	
	2012	412	418	
	2013	412	423	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Oelde	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	420	271	↓
	2005	301	313	
	2009	361	365	
	2012	533	436	
Grundsteuer B	2000	84	90	↑
	2005	111	115	
	2009	119	126	
	2012	141	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	346	307	→
	2005	289	254	
	2009	336	309	
	2012	384	343	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	55	35	↓
	2005	54	35	
	2009	62	44	
	2012	65	51	
Steuerkraft	2000	909	679	↓
	2005	759	740	
	2009	882	852	
	2012	1 129	994	
Schlüsselzuweisungen	2000	47	132	↓
	2005	0	77	
	2009	0	48	
	2012	0	85	
Finanzkraft	2000	956	854	↓
	2005	759	832	
	2009	882	991	
	2012	1 129	1 127	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Oelde	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	388	365	↓
	2005	400	390	
	2010	454	373	
	2013	518	410	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	411	227	↑
	2005	125	178	
	2010	147	141	
	2013	438	181	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	8,4	8,3	↓
	2005	8,2	8,2	
	2010	9,0	7,1	
	2012	8,6	7,0	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	8,8	9,4	↓
	2005	8,6	8,7	
	2010	9,4	8,3	
	2012	9,0	8,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Oelde	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 161	673	↓
	2005	1 673	768	
	2009	1 400	789	
	2012	1 331	746	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	208	↑
	2005	10	41	
	2009	9	460	
	2012	9	321	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	↑
	2005	0	0	
	2009	0	4	
	2012	0	163	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 161	1 139	↑
	2005	1 682	1 385	
	2009	1 410	1 595	
	2012	1 340	1 530	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,3	1,5	↑
	2005	2,2	1,7	
	2009	1,7	1,8	
	2012	1,2	1,6	
Zinsausgaben in € je EW	2000	43	43	↓
	2005	80	44	
	2009	65	43	
	2012	54	44	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	37	57	↓
	2005	48	48	
	2009	46	44	
	2012	40	42	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Oelde hat gemessen an der Entwicklung der Einkommen und der Beschäftigung eine positive Entwicklung genommen. Die Beschäftigungsquote stieg von 2008 bis 2012 von 56,3 auf 59 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 100 Einwohner (Median der Vergleichsgruppe: 52 bzw. 54,3). Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen je Einwohner sind mit jeweils 4,6% zwischen 2004 und 2011 überproportional zur Vergleichsgruppe gestiegen. Aber auch hier ist zu beobachten, dass trotz vergleichsweise günstiger sozioökonomischer Rahmenbedingungen, die kommunale Finanzlage angespannt ist.
- Die Gesamtverschuldung von Oelde stieg zwischen 2000 und 2012 von 1 161 € je Einwohner auf 1 340 € je Einwohner, also jahresdurchschnittlich um 1,2% und damit nur leicht kräftiger als in der Vergleichsgruppe (1,1%). Dank der Rückführung der fundierten Schulden lag die Gesamtverschuldung der Stadt Oelde 2012 bei nur noch rund 88% des Median der Vergleichsgruppe. Die fundierten Schulden hatten 2005 mit 1 673 € je Einwohner einen vorläufigen Höchststand erreicht¹⁷. Der Schuldenabbau wurde aber wegen der angespannten Finanzlage 2012 nicht fortgesetzt. Nach den aktuellen Planungen werden die fundierten Schulden von 39,1 Mill. € 2012 auf 59 Mill. € im Jahr 2017 steigen. Hinzu kommt, dass 2015 und 2016 voraussichtlich Kassenkredite von 1,6 bzw. 1,8 Mill. € aufgenommen werden müssen.
- Die Steuerkraft Oeldes weist im interkommunalen Vergleich ein hohes Niveau, aber eine geringere Dynamik auf. Während die Steuereinnahmen (netto) je Einwohner um 1,8% p.a. zunahm, stieg das Steueraufkommen der Vergleichsgruppe um 2,9%. Gleichwohl blieb das Aufkommensniveau überdurchschnittlich: Im Jahr 2000 belief es sich auf 134% des Median, 2012 auf 114%. Entscheidend für die schwache Aufkommensentwicklung ist die Gewerbesteuer (netto), deren Aufkommen zwischen 2000 und 2012 jahresdurchschnittlich nur um 2% stieg (Median 4,5%). Aber auch hier gilt, dass das Aufkommensniveau noch immer deutlich über dem Median liegt. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergibt sich ein ähnliches Bild. Dagegen näherte sich Oelde beim Aufkommen der Grundsteuer B von einem niedrigeren Niveau dem Median an. Die relativ hohe Steuerkraft der Stadt Oelde führt dazu, dass sie keine Schlüsselzuweisungen erhält. Darüber hinaus muss sie sich an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen des Stärkungspaktes beteiligen.
- Im Betrachtungszeitraum hat Oelde die Primärausgaben je Einwohner mit 4% p.a. stärker gesteigert als die Vergleichsgemeinden (3,1%). Sie beliefen sich 2012 auf 107% des Median (2000: 94%). Dabei ist die Kreisumlage, deren Höhe maßgeblich von den Sozialleistungen bestimmt wird, mit zuletzt 36,9% deutlich unter dem Median der Vergleichsgruppe (39,9%). Auffällig ist, dass die Personalausgaben 2012 mit 518 € je Einwohner am oberen Rand der Vergleichsgruppe lagen, und dabei zwischen 2000 und 2012 auch überproportional zugenommen hatten um 2,2% p.a. gegenüber einem Durchschnitt von 1,6%. Dies erklärt sich durch den im interkommunalen Vergleich höheren Personalbestand. Während die Personalintensität in Oelde von 8,4 2000 auf 8,6 2012 stieg, ging sie in den Vergleichsgemeinden von 8,3 Vollzeitbeschäftigten auf 7 im Durchschnitt zurück. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Sonderrechnungen mit einbezieht. In Oelde stieg die Personalintensität von 8,8 auf 9, während sie in der Vergleichsgruppe von 9,4 auf 8,7 sank.
- Seit Einführung der Doppik konnte nur im Haushaltsjahr 2012 ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet werden. Die Ausgleichsrücklage war bereits 2008 aufgezehrt, konnte aber dank der Überschüsse in 2012 und gesetzlicher Änderungen wieder aufgefüllt werden. Dadurch wird zumindest 2013 ein fiktiver Haushaltsausgleich möglich sein. Danach ist wieder der Rückgriff auf die allgemeine Rücklage erforderlich, allerdings ohne dass ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich wäre. Die kumulierten Defizite von 2013 bis 2017 werden sich voraussichtlich auf 18,4 Mill. € belaufen. Der Konsolidierungsbedarf ist also erheblich. Eine Kürzung freiwilliger Leistungen, zumindest substanzieller Art, ist nicht geplant. Alternativ böte sich auf der Ausgabenseite die Überprüfung der Personalausgaben an. Die Probleme werden aber eher in einer unzureichenden kommunalen Finanzausstattung gesehen. Auf eine Anhebung der Realsteuerhebesätze will man verzichten. Insgesamt setzt man darauf, die finanzwirtschaftlichen Probleme durch eine wachstumsorientierte Strategie bzw. die erfolgreiche Neuansiedlung von Betrieben auf neuen Gewerbeflächen lösen zu können.

¹⁷ Dies gilt für die hier gewählten Vergleichsjahre. Genauer gesagt begann die Stadt Oelde bereits 2004 mit dem Schuldenabbau.



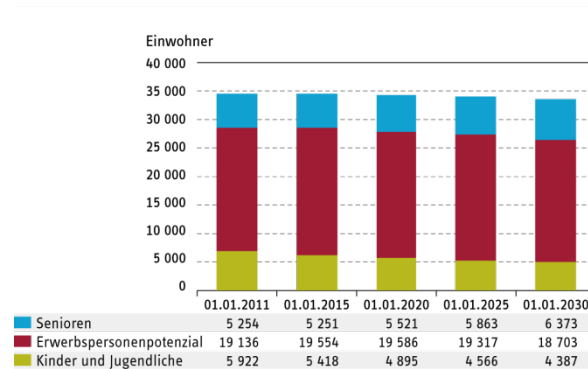
Oer-Erkenschwick

Sozioökonomische Rahmenbedingungen

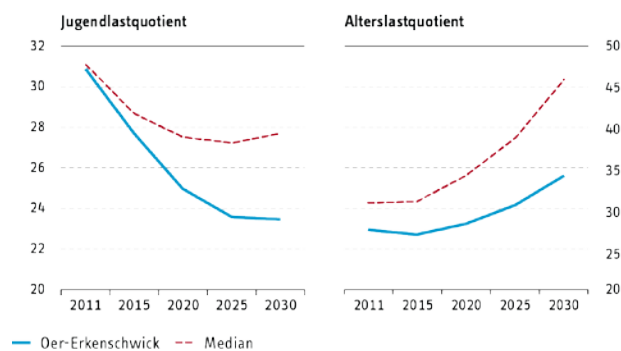
Wirtschaftliche Entwicklung

Indikator	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	16 539	16 967
	2011	19 008	19 928
	JDV 2011/2004	2,0	2,2
Verfügbares Einkommen	2004	15 106	15 916
	2011	16 793	18 017
	JDV 2011/2004	1,5	1,8
Arbeitslosenquote	2008	7,6	6,6
	2012	7,7	6,6
Beschäftigtenquote	2008	45,7	48,2
	2012	46,9	49,5

Demographische Entwicklung in Oer-Erkenschwick nach Altersgruppen 2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	0,1	-0,8	↑
	2005	-15,3	-14,9	
	2008	2,7	1,7	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 258	1 436	↓
	2005	1 489	1 618	
	2010	1 979	1 884	
	2013	2 035	2 034	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	40,9	↑
	2010	53,0	42,3	
	2011	53,0	44,9	
	2012	48,1	44,4	
	2013	46,5	44,1	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	87,8	96,0	↑
	2013	91,2	93,1	
	2014	97,7	94,9	
	2015	101,7	97,0	
	2016	106,6	99,2	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2017	108,6	100,4	
	2012			
	2013			
	2014			
	2015			
	2016			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	220	203	→
	2005	240	220	
	2009	240	220	
	2012	240	225	
	2013	280	260	
Grundsteuer B	2000	420	345	↑
	2005	440	400	
	2009	440	406	
	2012	450	435	
	2013	550	465	
Gewerbesteuer	2000	450	420	↑
	2005	470	428	
	2009	470	433	
	2012	470	450	
	2013	475	460	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	70	196	↑
	2005	105	170	
	2009	88	227	
	2012	125	320	
Grundsteuer B	2000	88	91	↓
	2005	97	111	
	2009	104	119	
	2012	119	137	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	242	297	↑
	2005	213	255	
	2009	266	307	
	2012	300	342	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	14	30	→
	2005	15	31	
	2009	18	37	
	2012	20	42	
Steuerkraft	2000	415	636	↑
	2005	431	573	
	2009	477	729	
	2012	565	813	
Schlüsselzuweisungen	2000	473	269	↑
	2005	395	204	
	2009	539	274	
	2012	555	282	
Finanzkraft	2000	888	887	↓
	2005	826	818	
	2009	1 017	983	
	2012	1 120	1 205	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	391	416	↓
	2005	446	400	
	2010	455	438	
	2013	473	471	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	93	159	↑
	2005	96	123	
	2010	118	188	
	2013	154	161	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,3	9,3	↓
	2005	9,1	8,0	
	2010	9,7	8,2	
	2012	9,6	8,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	9,3	9,9	↓
	2005	9,1	9,1	
	2010	9,7	9,7	
	2012	9,6	9,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Oer-Erkenschwick	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	957	930	↓
	2005	1 476	900	
	2010	1 446	1 262	
	2012	1 438	1 133	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	7	→
	2005	0	55	
	2010	0	551	
	2012	0	246	
Kassenkredite in € je EW	2000	149	0	↓
	2005	1 241	379	
	2010	2 225	1 022	
	2012	2 991	837	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 106	1 261	↓
	2005	2 717	1 926	
	2009	3 670	2 779	
	2012	4 428	2 998	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,7	2,0	↓
	2005	6,3	2,8	
	2010	7,7	3,8	
	2012	7,8	3,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	66	50	↓
	2005	97	43	
	2009	74	73	
	2012	154	74	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	59	57	↓
	2005	36	34	
	2010	20	36	
	2012	35	33	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Oer-Erkenschwick ist wie die übrigen Gemeinden des Kreises Recklinghausen als schrumpfende Gemeinde zu klassifizieren. Mit anderen Worten: Der sozioökonomische Strukturwandel belastet den kommunalen Haushalt. Oer-Erkenschwick muss am Stärkungspakt teilnehmen, da das Eigenkapital bereits 2011 aufgezehrt wurde. Die sog. strukturelle Lücke, die das Land der Berechnung der Konsolidierungshilfen zu Grunde legt, ist mit 317 € je Einwohner mit der von Datteln vergleichbar (328 €).
- Es ist angesichts der städtischen Finanzlage nicht überraschend, dass vor allem die Kassenkredite zum Anstieg der Gesamtverschuldung beigetragen haben. Der Bestand an Kassenkredite je Einwohner nahm von 149 € je Einwohner 2000 auf 2 991 € je Einwohner 2012 zu. Dies entspricht einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 28,4% p.a. Die Gesamtverschuldung belief sich Ende 2012 auf 4 428 € je Einwohner, das 1,5fache des Median der Vergleichsgruppe.
- Oer-Erkenschwick ist verglichen mit den anderen Kommunen der Vergleichsgruppe äußerst steuer schwach. Dies gilt für alle Steuern, am stärksten jedoch für die Gewerbesteuer. Deren Aufkommen erreichte 2012 lediglich 125 € je Einwohner; der Median der Vergleichsgruppe liegt bei 320 € je Einwohner. Die geringe Steuerkraft beruht nicht auf einer zurückhaltenden Hebesatzpolitik: Die Hebesätze lagen lange Zeit deutlich über dem Median. Das Aufkommen je Einwohner hat sich seit 2001 mit 4,9% p.a. entsprechend dem Median der Steigerungsraten der Vergleichsgruppe entwickelt. Die Steuerkraft je Einwohner erreichte zuletzt nur etwas mehr als zwei Drittel des Median der Vergleichsgruppe. Der kommunale Finanzausgleich ebnet allerdings die Unterschiede weitgehend ein. Die Finanzkraft je Einwohner beläuft sich auf 95% des Median der Vergleichsgruppe.
- Das die strukturellen Defizite anhaltend hoch waren wird verständlich, wenn man vor dem Hintergrund der Einnahmeschwäche die Entwicklung der Primärausgaben je Einwohner betrachtet. Sie stiegen seit 2001 mit 3,8% p.a. deutlich stärker als im Mittel der Vergleichsgruppe (Median der Veränderungsraten 2,5 %); die Finanzkraft je Einwohner nahm hingegen nur um 2% p.a. (2,4% p.a.) zu. Die Personalausgaben je Einwohner stiegen mit 1,5% p.a. seit 2001 stärker als die medianen Personalausgaben (1% p.a.). Dem entspricht eine höhere Personalintensität in der Kernverwaltung: Im Jahre 2012 kamen 9,6 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) auf 1 000 Einwohner, im Mittel der Vergleichsgruppe waren es dagegen nur 8,7. Allerdings hat Oer-Erkenschwick in geringerem Umfang als die Gemeinden der Vergleichsgruppe von Auslagerungen Gebrauch gemacht. Unter deren Berücksichtigung entsprach der Personalbestand je 1 000 Einwohner 2012 dem der Vergleichsgruppe. Bei der Bewertung der Ausgabensituation ist zu berücksichtigen ist, dass der Kreis Recklinghausen innerhalb der Vergleichsgruppe mit 46,47% die höchste Kreisumlage¹⁸ erhebt. Dies bedeutet rein rechnerisch eine Mehrbelastung von 714 000 € gegenüber eine Situation, in der der Umlagesatzes dem Median der Vergleichsgruppe (44,3%) entsprochen hätte.
- Die Sachinvestitionen je Einwohner lagen 2000 deutlich unter dem Median der Vergleichsgruppe; mittlerweile entsprechen sie diesem aber. Während die Stadt Oer-Erkenschwick die Sachinvestitionen je Einwohner zwischen 2000 und 2012 von 93 € auf 154 € je Einwohner ausweitete, sanken sie in der Vergleichsgruppe in diesem Zeitraum von durchschnittlich 167 auf 154 € je Einwohner.
- Oer-Erkenschwick sah sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber, die Anforderungen des Stärkungspaktes zu erfüllen. Erst die zweite Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2014 wurde den Anforderungen des Landes rechnerisch gerecht. Hatte die Finanzplanung 2013 für 2016 noch ein negatives Jahresergebnis von 1,1 Mill. € vorgesehen, so geht die Finanzplanung 2014 von einem Überschuss in Höhe von 0,5 Mill. € aus. Dabei spielt die Reduzierung der Zinsaufwendungen in den Jahren 2014 bis 2017 um durchschnittlich 1,3 Mill. € p.a. eine wichtige Rolle. Sie sind zum Teil Ergebnis einer Neubewertung der Refinanzierungskosten und der Finanzierungskosten des Bestandes, zum Teil einer nunmehr vollständigen Finanzierung von drohenden Aufwendungen im Zuge von Zinsderivatgeschäften durch noch zu bildende Rückstellungen im Jahresabschluss 2011. Diese Maßnahmen entlasten die künftigen Jahresergebnisse und tragen rechnerisch zu einem ausgeglichen Haushalt bei. Sie gehen aber nicht die strukturellen Haushaltsprobleme an. Aber auch in diese Richtung wurden Maßnahmen ergriffen. So sieht der Haushaltssanierungsplan vor, dass der Personal-

¹⁸ Ohne ÖPNV-Umlage und direkte Beteiligung an den SGB II-Kosten.

aufwand um etwa 1,2 Mill. € pro Jahr gesenkt werden soll. Geplant ist der Abbau von 34 Stellen bis 2021. Dieses Ziel erscheint realistisch angesichts der Altersfluktuation: Innerhalb der nächsten zehn Jahre gehen 81 Mitarbeiter oder ein Viertel der Belegschaft in den Ruhestand. Oer-Erkenschwick erhöht zudem die Realsteuerhebesätze jährlich bis 2016: Die Grundsteuer A von 240% auf 400%, die Grundsteuer B von 550% auf 825% und schließlich, die Gewerbesteuer von 475% auf 490%. Dabei leistet vor allem die Erhöhung der Grundsteuer B einen wesentlichen Beitrag zum angestrebten Haushaltsausgleich 2016: Die rechnerischen Mehreinnahmen aus der Steuererhöhungen belaufen sich auf 4,8 Mill. € in den Jahren 2014 bis 2016.



Recklinghausen

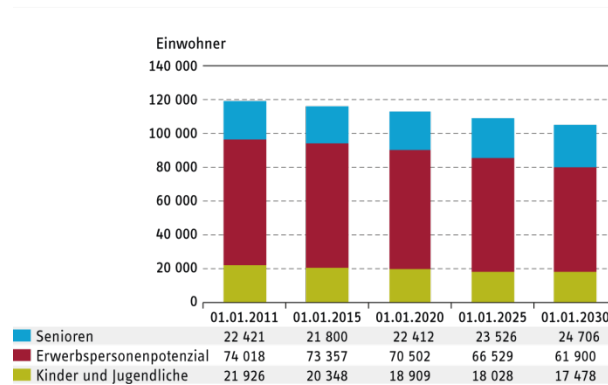
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

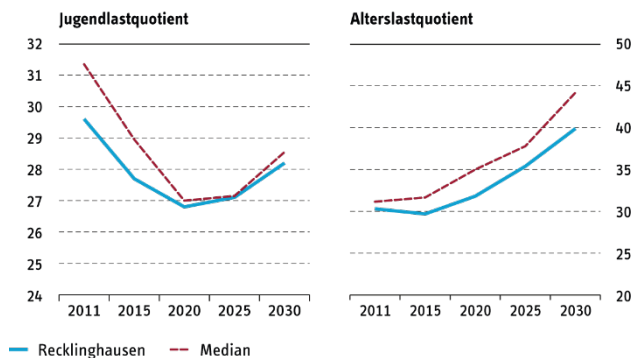
Indikator	Jahr	Recklinghausen	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	17 386	19 438
	2011	20 546	22 821
	JDV 2011/2004	2,4	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	16 264	17 161
	2011	18 451	19 863
	JDV 2011/2004	1,8	2,1
Arbeitslosenquote	2008	9,3	6,9
	2012	10,0	6,5
Beschäftigtenquote	2008	44,6	47,1
	2012	47,3	49,2

Demographische Entwicklung in Recklinghausen nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Recklinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-0,8	-0,8	→
	2005	-17,4	-15,3	
	2008	-2,9	-2,9	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 694	1 472	↓
	2005	2 059	1 711	
	2010	2 199	1 905	
	2013	2 613	2 061	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	40,5	↑
	2010	53,0	41,4	
	2011	53,0	43,3	
	2012	48,1	42,9	
	2013	46,5	42,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	90,6	94,9	↑
	2013	93,3	94,3	
	2014	99,3	97,0	
	2015	101,5	99,0	
	2016	102,7	99,5	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2017	104,3	100,5	↑
	2012	-17,6	-7,9	
	2013	-19,5	-6,5	
	2014	-11,5	-5,1	
	2015	-8,0	-4,7	
	2016	-6,0	-3,1	
	2017	-2,2	-2,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Recklinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	285	200	↑
	2005	285	217	
	2009	285	232	
	2012	285	237	
	2013	335	264	
Grundsteuer B	2000	470	330	↑
	2005	475	415	
	2009	475	420	
	2012	495	438	
	2013	580	485	
Gewerbesteuer	2000	450	408	↑
	2005	450	440	
	2009	450	440	
	2012	470	460	
	2013	490	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Recklinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	167	221	↓
	2005	174	273	
	2009	239	287	
	2012	265	359	
Grundsteuer B	2000	131	98	↓
	2005	130	122	
	2009	132	139	
	2012	142	150	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	288	313	↓
	2005	247	271	
	2009	298	329	
	2012	331	361	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	27	30	↑
	2005	27	30	
	2009	34	38	
	2012	37	40	
Steuerkraft	2000	613	667	↓
	2005	580	694	
	2009	703	782	
	2012	776	897	
Schlüsselzuweisungen	2000	444	249	↑
	2005	388	223	
	2009	598	294	
	2012	604	297	
Finanzkraft	2000	1 057	921	↓
	2005	968	891	
	2009	1 302	1 123	
	2012	1 380	1 211	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Recklinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	558	460	↑
	2005	595	443	
	2010	615	461	
	2013	591	519	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	157	168	↑
	2005	170	142	
	2010	129	142	
	2013	218	166	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	12,5	11,3	↓
	2005	12,2	9,2	
	2010	10,8	8,8	
	2012	10,6	9,1	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	12,5	11,3	↓
	2005	13,3	10,6	
	2010	13,9	10,9	
	2012	13,9	10,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Recklinghausen	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 468	1 191	↓
	2005	1 705	1 195	
	2010	2 010	904	
	2012	1 833	900	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	0	↓
	2005	14	60	
	2010	157	651	
	2012	130	464	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	↓
	2005	920	485	
	2010	1 849	692	
	2012	2 465	770	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 468	1 672	↓
	2005	2 638	2 020	
	2010	4 016	2 429	
	2012	4 428	2 222	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,4	2,3	↑
	2005	4,6	2,7	
	2010	5,6	3,0	
	2012	5,7	2,5	
Zinsausgaben in € je EW	2000	124	71	↑
	2005	135	67	
	2010	126	64	
	2012	123	65	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	84	56	↓
	2005	52	43	
	2010	33	35	
	2012	29	36	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechtlicher Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Recklinghausen durchläuft wie die anderen Städte und Gemeinden des Kreises einen erheblichen sozioökonomischen Strukturwandel. Es ist im Sinne der laufenden Raumbewertung eine schrumpfende Gemeinde. Vor diesem Hintergrund ist die finanzwirtschaftliche Lage prekär. Die Stadt nimmt freiwillig am Stärkungspakt teil, um so den drohenden Verzehr des Eigenkapitals zu vermeiden. Nach dem vorliegenden Sanierungsplan soll das Eigenkapital 2018 erstmalig zunehmen; mit 146 Mill. € wird es aber voraussichtlich noch nicht den Bestandes von 2014 (148 Mill. €) erreichen.
- Die Gesamtverschuldung Recklinghausens ist zwischen 2001 und 2012 mit 9,6% p.a. deutlich stärker gestiegen als die der Vergleichsgruppe (5,7%). Schuldentreibend wirkten auch hier die anhaltenden strukturellen Haushaltsdefizite, die sich in einem erheblichen Anstieg der Kassenkredite niederschlugen. Diese belaufen sich mittlerweile auf 2 465 € je Einwohner und machen 55,7% der Gesamtverschuldung aus. Im Gegensatz zu anderen Städten wurden allerdings auch die fundierten Schulden merklich erhöht. Während die Vergleichsgruppe die fundierten Schulden je Einwohner nur um 0,1% p.a. (Median der Zuwachsraten) zunahm, stiegen sie in Recklinghausen um 1,9% p.a. Dies lässt sich zumindest teilweise durch das höhere Investitionsniveau erklären. Es lag 2013 voraussichtlich bei 132% des Median der Vergleichsgruppe.
- Recklinghausen ist im interkommunalen Vergleich steuerschwach. Die Steuereinnahmen (netto) erreichen mit 776 € je Einwohner nur 87% des Median der Vergleichsgruppe. Verantwortlich hierfür ist vor allem die Gewerbesteuer, obwohl deren Hebesatz in der Vergangenheit geringfügig höher war als der Median. Das Steueraufkommen nahm im Untersuchungszeitraum mit 3,9% p.a. zwar nur geringfügig schwächer zu als im Mittel der Vergleichsgruppe (4,1%). Allerdings war das Ausgangsniveau deutlich niedriger, so dass das Gewerbesteueraufkommen je Einwohner auch 2012 nur etwa drei Viertel des Median ausmachte. Der kommunale Finanzausgleich führt aber auch hier zu einem erheblichen Abbau der Steuerkraftunterschiede.
- Die laufenden Primärausgaben je Einwohner stiegen mit 3,4% p.a. in Recklinghausen stärker als im Mittel der Steigerungsraten der Vergleichsgruppe (2,4%). Dabei sind die Personalausgaben je Einwohner mit 0,4% p.a. nur mäßig

gestiegen, aber ausgehend von hohem Niveau. Sie übertreffen so nach wie vor den Median der Vergleichsgruppe um 14%. Auf 1 000 Einwohner kamen 2012 10,6 Vollzeitbeschäftigte in der Kernverwaltung; in der Vergleichsgruppe waren es nur 9,1. Hinzu kommt, dass die Stabilisierung der Personalausgaben primär der Auslagerung von rund 200 Vollzeitstellen in die kommunalen Servicebetriebe Recklinghausen geschuldet ist. Unter Berücksichtigung dieser Auslagerung schneidet Recklinghausen im interkommunalen Vergleich noch ungünstiger ab: die Personalintensität übertrifft mit 13,9 den Median der Vergleichsgruppe mit 10,6 bei weitem. Tatsächlich abgebaut wurden von 2005 bis 2012 rund 99 Vollzeitstellen. Der Haushaltssanierungsplan setzt deshalb zu Recht einen Schwerpunkt bei der Reduzierung des Personalaufwandes. Sie soll 2016 mit 7,1 Mill. € 31,1% des Konsolidierungsvolumens erbringen, 2021 mit 12,5 Mill. € 35,5%. Eine erhebliche Belastung des städtischen Haushalts stellt die Kreisumlage dar. Sie war zeitweise mit 52,98% 2010 die höchste in der Vergleichsgruppe, wurde sie mittlerweile aber gesenkt auf 46,47% im Jahr 2013. Sie ist dennoch die zweithöchste im interkommunalen Vergleich.

- Die Haushaltskonsolidierung setzt auch in Recklinghausen auf die Anhebung der Realsteuern. Die Hebesätze werden beginnend mit dem Haushaltsjahr 2013 in drei Schritten bis 2017 merklich angehoben: bei der Grundsteuer A von 285 auf 390% und der Grundsteuer B von 495 auf 695%. Im Gegensatz zu anderen Kommunen ist eine stärkere Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 470 auf 520% geplant. Die erwarteten Konsolidierungsbeiträge belaufen sich im Jahr 2016 35,9% des Konsolidierungsvolumens und im Jahr 2021 auf 38,9%. Auf der Aufgabenseite spielen, wie bereits ausgeführt, personalwirtschaftliche Maßnahmen eine wichtige Rolle. Dabei soll die Altersfluktuation ein Fünftel der Personalkostenreduzierung erbringen¹⁹.

¹⁹ Bis 2012 bereits vereinbarte Maßnahmen im Rahmen der Altersfluktuation sind hier noch nicht berücksichtigt.



Rheine

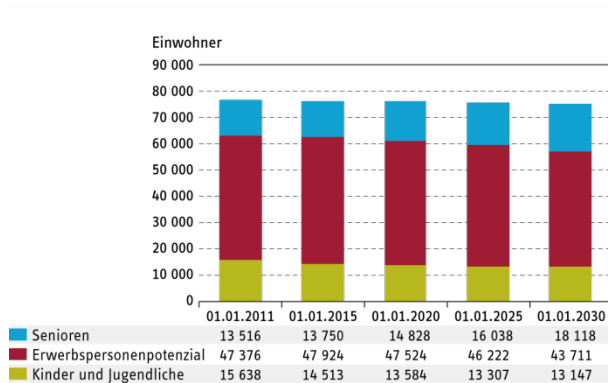
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

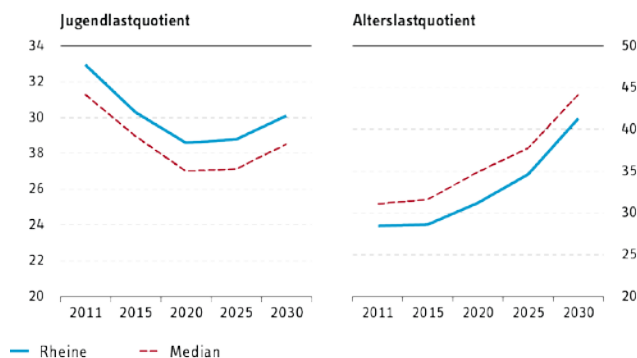
Indikator	Jahr	Rheine	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	17 604	19 438
	2011	20 018	22 821
	JDV 2011/2004	1,9	2,5
Verfügbares Einkommen	2004	15 825	17 161
	2011	17 846	19 863
	JDV 2011/2004	1,7	2,1
Arbeitslosenquote	2008	5,0	6,9
	2012	4,8	6,5
Beschäftigtenquote	2008	46,4	47,1
	2012	49,2	49,2

Demographische Entwicklung in Rheine nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Rheine	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	5,6	-0,8	↓
	2005	-2,5	-15,3	
	2008	-9,6	-2,9	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 335	1 472,	↑
	2005	1 487	1 711	
	2010	1 761	1 905	
	2013	1 793	2 061	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	40,5	↑
	2010	35	41,4	
	2011	36,8	43,3	
	2012	34,1	42,9	
	2013	33,1	42,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2011	k.A.	k.A.	→
	2012	91,7	94,9	
	2013	92,0	94,3	
	2014	92,0	97,0	
	2015	96,1	99,0	
	2016	95,8	99,5	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-3,6	-7,2	↑
	2013	-1,9	-6,7	
	2014	-3,1	-6,7	
	2015	-1,3	-4,9	
	2016	-1,6	-2,5	
	2017	-0,8	-2,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Rheine	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	164	200	↓
	2005	192	218	
	2009	192	232	
	2012	210	237	
	2013	250	264	
Grundsteuer B	2000	277	330	↓
	2005	381	415	
	2009	401	420	
	2012	420	438	
Gewerbesteuer	2000	353	408	↓
	2005	403	440	
	2009	403	440	
	2012	430	460	
	2013	430	480	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Rheine	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	177	221	↑
	2005	261	273	
	2009	235	287	
	2012	388	359	
Grundsteuer B	2000	94	98	→
	2005	118	122	
	2009	137	139	
	2012	143	150	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	257	313	↓
	2005	213	271	
	2009	260	329	
	2012	287	361	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	26	30	↑
	2005	26	30	
	2009	33	38	
	2012	39	40	
Steuerkraft	2000	556	667	↑
	2005	621	694	
	2009	667	782	
	2012	858	897	
Schlüsselzuweisungen	2000	315	249	↓
	2005	241	223	
	2009	359	294	
	2012	292	297	
Finanzkraft	2000	870	921	↑
	2005	862	891	
	2009	1 026	1 123	
	2012	1 151	1 211	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Rheine	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	436	460	↑
	2005	508	443	
	2010	362	461	
	2013	370	519	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	235	168	↓
	2005	192	142	
	2010	209	142	
	2013	148	166	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,4	11,3	↑
	2005	9,3	9,2	
	2010	6,3	8,8	
	2012	6,3	9,1	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	9,4	11,3	↑
	2005	9,3	10,6	
	2010	6,3	10,9	
	2012	6,3	10,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Rheine	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	906	1 191	↑
	2005	1 018	1 195	
	2010	806	904	
	2012	724	900	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	0	↓
	2005	0	60	
	2010	1 445	651	
	2012	426	464	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	485	
	2010	131	692	
	2012	111	770	
Gesamtschulden in € je EW	2000	907	1 672	↓
	2005	1 018	2 020	
	2010	2 381	2 429	
	2012	1 261	2 222	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	1,6	2,3	↓
	2005	1,6	2,7	
	2010	3,1	3,0	
	2012	1,5	2,5	
Zinsausgaben in € je EW	2000	50	71	↑
	2005	50	67	
	2010	37	64	
	2012	32	65	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	55	56	↓
	2005	49	43	
	2010	39	35	
	2012	39	36	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Rheine kann seinen Haushalt nur durch den Rückgriff auf die allgemeine Rücklage ausgleichen, und daran wird sich auch bis 2017 nichts ändern. Allerdings ist mit einer Überschuldung nicht zu rechnen. Damit befindet sich die Stadt in einer ähnlichen Lage wie Ahlen, dass ähnliche sozioökonomische Merkmale aufweist.
- Die Gesamtverschuldung je Einwohner ist in Rheine von 907 € 2000 auf 1 261 € je Einwohner gestiegen. Sie ist damit stärker gestiegen als die mediane Gesamtverschuldung. Allerdings war die Verschuldungsdynamik mit 2,8% p.a. gemessen am Median der Zuwachsraten der Vergleichsgruppe (5,8% p.a.) merklich geringer. Verantwortlich hierfür sind aber nicht – wie in vielen anderen Gemeinden – die Kassenkredite, sondern die Verschuldung der Sondervermögen. Die Verschuldung der Kernverwaltung hat im Zeitraum 2008 bis 2012 zwar um rund 7 Mill. € abgenommen, dies ist aber im Wesentlichen das Ergebnis einer Übertragung zweckgebundener Darlehen auf die 2008 neugegründete Anstalt öffentlichen Rechts „Technische Betriebe Rheine“. Der Selbstverpflichtung „keine Neuverschuldung“ folgend, ist ein weiterer Abbau der fundierten Schulden um 7,2 Mill. € für den Zeitraum 2014 bis 2017 geplant, obwohl die Auszahlungen aus Baumaßnahmen in kommenden Jahren wieder merklich zunehmen werden. Das Investitionsniveau lag lange über dem Mittel der Vergleichsgruppe, beläuft sich aber 2013 nur noch auf 95% des Median.
- Die Steuerkraft von Rheine hat sich im interkommunalen Vergleich positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen je Einwohner stiegen von 556 € im Jahr 2000 auf 858 € im Jahr 2012, und somit um 3,7% p.a.; der Median der Veränderungsraten der Vergleichsgemeinden nahm nur um 2,1% zu. Damit verbesserte sich die Steuerkraft von 83% des Median im Jahr auf aktuell 96%. Diese positive Entwicklung stützt sich auf die Gewerbesteuer. Ihr Aufkommen je Einwohner stieg im Untersuchungszeitraum um 6,8 % p.a. (Median der Veränderungsraten 3,4% p.a.). Die Steuerkraft je Einwohner belief sich 2012 auf 97,5% des Median der Vergleichsgruppe.
- Die Primärausgaben je Einwohner sind im Untersuchungszeitraum mit 2,3% p.a. weniger stark gestiegen als in der Vergleichsgruppe (2,4% p.a.). Dazu beigetragen haben die Personalausgaben, die in Rheine um 1,3% p.a. von 436 2000 auf 370 € je Einwohner 2013 gesunken sind (Vergleichsgruppe +1,1%). Allerdings schlägt auch hier die bereits angesprochene Gründung der Technischen Betriebe Rheine im Jahr 2008 zu Buche, die kommunale Aufgaben im Bereich der Entsorgung, Entwässerung, Grünflächen und Straßen übernommen haben und weitere Dienstleistungen für die Stadtverwaltung erbringen. Im Gründungsjahr beschäftigten die Technischen Betriebe 236 Arbeitnehmer. Durch die Ausgründung sank die Personalintensität deutlich, da die Personalstatistik die Anstalten öffentlichen Rechts nicht erfasst. Rechnet man die Beschäftigten der Technischen Betriebe ein, so dürfte sich am Personalstand gemessen in Vollzeitäquivalenten²⁰ kaum etwas geändert haben: 712 Vollzeitbeschäftigten 2005 stehen 715 Vollzeitbeschäftigte 2012 gegenüber. Die Stadt weist indes darauf hin, dass vom geplanten Abbau von 15 Stellen in den Jahren 2008 bis 2015 bis Ende 2012 bereits 12,6 Stellen realisiert worden seien. Die Primärausgaben werden zudem durch die Technischen Betriebe entlastet, da diese sich aus Gebühren finanzieren und bislang keine Verluste entstanden.
- Rheine hat bereits 2006 eine Strategie- und Finanzkommission eingesetzt, die Grundsätze zur Haushaltskonsolidierung entwickelte. Es war u.a. vorgesehen, im Zeitraum 2011 bis 2015 ein Konsolidierungsvolumen von 10 bis 15 Mill. € zu erreichen. Die Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2014 belaufen sich insgesamt auf 2 Mill. €. Der größte Teil entfällt mit einem Drittel auf den Bereich Jugend, Familie und Soziales, und darunter nahezu ausschließlich auf die Reduzierung der Falldichte bei den Hilfen zur Erziehung. Ertragssteigerungen resultieren vor allem aus Mindestausschüttungen der Stadtwerke und der Stadtparkasse, die sich insgesamt auf 1 Mill. € p.a. belaufen. Eine Anhebung der Grundsteuererhebessätze erfolgte bereits 2013, aufgrund derer mit Steuererhöhungen von 1,7 Mill. € gerechnet wird. Der Abbau der fundierten Schulden verringert zudem die Zinslasten.

²⁰ Da genauere Angaben fehlen, ist hier unterstellt, dass es sich bei den Arbeitnehmern der Technischen Betriebe um Vollzeitbeschäftigte handelt.



Stadtlohn

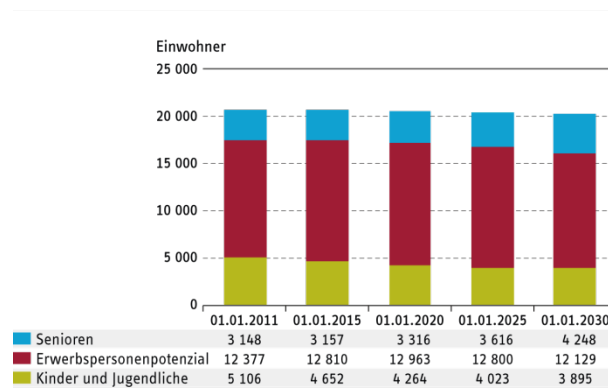
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

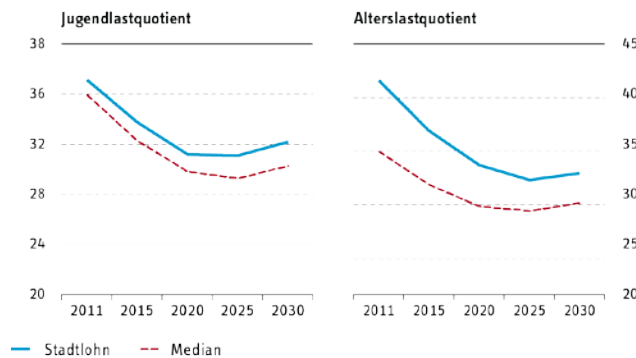
Indikator	Jahr	Stadtlohn	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 247	21 055
	2011	23 511	25 064
	JDV 2011/2004	2,9	2,4
Verfügbares Einkommen	2004	16 415	17 342
	2011	19 685	20 213
	JDV 2011/2004	2,6	2,3
Arbeitslosenquote	2008	2,6	4,3
	2012	2,1	3,8
Beschäftigtenquote	2008	52,1	49,7
	2012	55,6	52,1

Demographische Entwicklung in Stadtlohn nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Stadtlohn	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	26,2	7,1	↑
	2005	6,9	-7,0	
	2008	17,7	10,0	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 140	1 120	↓
	2005	1 129	1 238	
	2010	1 497	1 494	
	2013	1 538	1 653	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	39,5	↑
	2010	32,8	40	
	2011	31,9	42,5	
	2012	27,1	42,0	
	2013	28	40,9	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	120,5	93,4	↑
	2013	101,5	90,7	
	2014	98,6	94,0	
	2015	98,3	96,4	
	2016	101,0	99,0	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	9,0	-4,2	↑
	2013	0,0	-7,6	
	2014	-1,4	-5,5	
	2015	-1,9	-5,1	
	2016	-0,5	-4,5	
	2017	1,2	-3,4	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Stadtlohn	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	200	→
	2005	192	210	
	2009	192	220	
	2012	209	236	
	2013	209	240	
Grundsteuer B	2000	305	330	↓
	2005	381	386	
	2009	381	396	
	2012	413	425	
	2013	413	430	
Gewerbesteuer	2000	380	400	↑
	2005	403	403	
	2009	403	420	
	2012	411	433	
	2013	411	440	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Stadtlohn	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	484	175	↓
	2005	314	176	
	2009	393	265	
	2012	546	243	
Grundsteuer B	2000	82	88	↑
	2005	118	114	
	2009	122	123	
	2012	142	142	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	263	304	↓
	2005	219	266	
	2009	271	360	
	2012	311	400	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	30	19	↑
	2005	29	19	
	2009	37	24	
	2012	45	28	
Steuerkraft	2000	864	640	↓
	2005	685	615	
	2009	828	759	
	2012	1 049	868	
Schlüsselzuweisungen	2000	89	203	↑
	2005	132	139	
	2009	145	145	
	2012	0	87	
Finanzkraft	2000	953	841	↓
	2005	818	763	
	2009	973	963	
	2012	1 049	966	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Stadtlohn	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	289	319	↓
	2005	301	347	
	2010	348	352	
	2013	390	411	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	426	216	↑
	2005	142	152	
	2010	275	180	
	2013	556	204	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	6,3	7,2	↓
	2005	6,1	7,0	
	2010	6,8	7,0	
	2012	6,8	7,2	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	6,3	7,4	↓
	2005	6,1	7,3	
	2010	6,8	7,7	
	2012	6,8	7,8	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Stadtlohn	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	670	703	↓
	2005	850	915	
	2010	1 233	905	
	2012	1 212	887	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	459	➡
	2005	0	440	
	2010	0	457	
	2012	0	347	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	➡
	2005	0	0	
	2010	0	170	
	2012	0	227	
Gesamtschulden in € je EW	2000	670	1 344	↓
	2005	850	1 645	
	2010	1 233	1 869	
	2012	1 212	1 922	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	0,8	2,0	↓
	2005	1,2	2,7	
	2010	1,5	2,3	
	2012	1,2	2,1	
Zinsausgaben in € je EW	2000	57	45	↑
	2005	55	46	
	2010	50	44	
	2012	48	53	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	85	59	↑
	2005	64	43	
	2010	41	41	
	2012	39	40	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Stadtlohn gilt nach der Typisierung des BBSR als wachsende Gemeinde. Der Haushalt konnte bis zuletzt fiktiv ausgeglichen werden. Es bestehen zwar strukturelle Defizite, deren Abbau aber keine unlösbare Aufgabe darstellen sollte.
- Die Gesamtverschuldung je Einwohner wurde mit jahresdurchschnittlich 5,1% deutlich stärker erhöht als im interkommunalen Vergleich (2,5%). Dabei handelt es sich ausschließlich um fundierte Schulden der Kernverwaltung. Es liegt daher nahe, dass diese Zunahme das gestiegene Investitionsniveau reflektiert. Während das Investitionsniveau in der Vergleichsgruppe nämlich bestenfalls stagnierte, steigerte Stadtlohn die Sachinvestitionen je Einwohner von 426 € im Jahr 2 000 auf 556 € je Einwohner im Jahr 2013. Es erreichte damit das 2,8fache des Median.
- Stadtlohn ist eine steuerstarke Gemeinde. Die Steuerkraft je Einwohner entwickelte sich zwar weniger dynamisch (1,6% p.a.) als die der Vergleichsgruppe (Median der Veränderungsrate 2,8% p.a.), dies aber ausgehend von einem hohen Ausgangsniveau. Im Jahr 2012 erreichte die Steuerkraft immer noch 121% des Median der Vergleichsgruppe. Verantwortlich für den schwachen Anstieg der Steuereinnahmen ist vor allem die Gewerbesteuer (1% gegenüber 3% p.a. im Mittel der Vergleichsgruppe), aber auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (1,4% gegenüber 1,8% p.a.). Das Aufkommen aus der Grundsteuer B hat dagegen im Zeitraum 2000 bis 2012 überdurchschnittlich zugenommen von 82 auf 142 € je Einwohner. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 4,6% (Median der Vergleichsgruppe: 3,7% p.a.). Dazu beigetragen hat sicherlich die Anhebung des Grundsteuerhebesatzes von 381 auf 413%, womit der Hebesatz aber immer noch unter dem Median liegt. Der kommunale Finanzausgleich nivelliert auch hier die bestehenden Steuerkraftunterschiede. Die Finanzkraft je Einwohner beläuft sich aber auch 2012 noch auf 107% des Median.
- Die Primärausgaben je Einwohner entwickelten sich im interkommunalen Vergleich unauffällig. Sie betragen 2013 nur 93% des Median. Die Personalausgaben je Einwohner sind mit 2,3% p.a. zwar stärker gestiegen als der Median der Veränderungsrate der Vergleichsgruppe (1,9%). Aber auch hier liegt das Ausgabenniveau mit 390 € je Einwohner noch unter dem Niveau der Vergleichsgruppe (Median: 411 € je Einwohner). Der Personalbestand war 2012 in Vollzeitäquivalenzen gerechnet um 13 Personen höher als im Jahre 2 000, und die Personalintensität stieg infolgedessen von 6,3 auf 6,8, blieb aber unter dem Median. Unter Einbeziehung von Auslagerungen erscheint die Personalpolitik von Stadtlohn sogar noch restriktiver zu sein als in den Vergleichsgemeinden.
- Stadtlohn kann im Durchschnitt der kommenden Jahre seine ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge decken. Es ist allerdings in einzelnen Jahren mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen. Das Anstreben eines echten Haushaltsausgleichs sollte Stadtlohn aber nicht überfordern.
- Stadtlohn kann im Durchschnitt der kommenden Jahre seine ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge decken. Es ist allerdings in einzelnen Jahren mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen. Das Anstreben eines echten Haushaltsausgleichs sollte Stadtlohn aber nicht überfordern.



Steinfurt

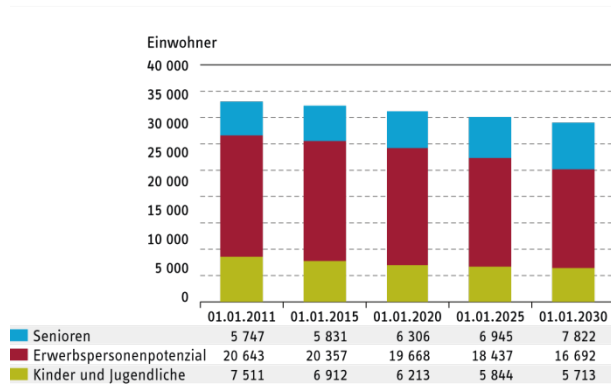
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

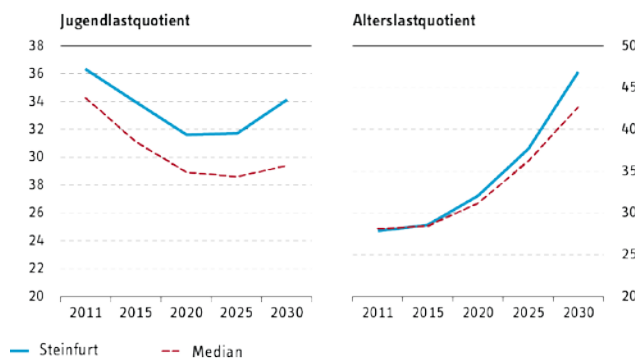
Indikator	Jahr	Steinfurt	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	18 066	20 015
	2011	21 070	23 517
	JDV 2011/2004	2,2	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	15 749	17 244
	2011	18 236	19 521
	JDV 2011/2004	2,1	1,8
Arbeitslosenquote	2008	4,1	3,7
	2012	4,4	3,8
Beschäftigtenquote	2008	48,2	50,7
	2012	51,3	53,1

Demographische Entwicklung in Steinfurt nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Steinfurt	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	8,9	7,0	↑
	2005	-0,7	0,5	
	2008	17,3	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 120	1 137	↑
	2005	1 191	1 265	
	2010	1 479	1 556	
	2013	1 675	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	33,7	35,1	↑
	2010	35	36,4	
	2011	36,8	38,1	
	2012	34,1	36,7	
	2013	33,2	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	95,9	98,5	↑
	2013	94,8	94,8	
	2014	97,8	93,7	
	2015	98,4	96,4	
	2016	100,3	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-16,2	-0,1	↓
	2013	-23,9	-4,6	
	2014	-19,3	-2,9	
	2015	-22,4	-2,5	
	2016	-19,9	-1,4	
	2017	-29,6	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Steinfurt	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	260	188	↑
	2005	275	199	
	2009	275	224	
	2012	275	238	
	2013	275	235	
Grundsteuer B	2000	360	330	↑
	2005	401	381	
	2009	401	381	
	2012	451	420	
	2013	451	420	
Gewerbesteuer	2000	415	380	↑
	2005	415	403	
	2009	415	408	
	2012	423	422	
	2013	423	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Steinfurt	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	223	246	↓
	2005	168	295	
	2009	246	329	
	2012	199	385	
Grundsteuer B	2000	96	86	↓
	2005	114	110	
	2009	123	118	
	2012	141	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	272	291	↓
	2005	228	251	
	2009	291	316	
	2012	317	363	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	26	36	↓
	2005	25	35	
	2009	30	45	
	2012	33	48	
Steuerkraft	2000	622	679	↓
	2005	540	698	
	2009	697	797	
	2012	696	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	304	172	↑
	2005	269	151	
	2009	322	179	
	2012	354	146	
Finanzkraft	2000	926	861	↓
	2005	809	841	
	2009	1 020	984	
	2012	1 050	1 144	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Steinfurt	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	323	302	↑
	2005	332	326	
	2010	353	350	
	2013	406	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	226	257	↑
	2005	123	136	
	2010	225	164	
	2013	194	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	6,5	6,9	↑
	2005	6,0	6,8	
	2010	5,3	6,6	
	2012	5,7	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	8,1	7,6	↓
	2005	7,8	7,2	
	2010	7,7	7,7	
	2012	8,4	7,7	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Steinfurt	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 601	676	↓
	2005	1 672	845	
	2010	1 561	696	
	2012	1 516	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	108	409	↑
	2005	89	382	
	2010	64	428	
	2012	77	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	30	0	↓
	2005	290	25	
	2010	265	0	
	2012	356	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 739	1 457	↓
	2005	2 051	1 510	
	2010	1 890	1 328	
	2012	1 950	1 283	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,8	2,4	↓
	2005	3,8	2,2	
	2009	2,7	1,7	
	2012	2,8	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	86	44	↓
	2005	84	44	
	2010	65	28	
	2012	77	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	53	57	↑
	2005	43	47	
	2010	36	44	
	2012	41	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Stadt Steinfurt stellt in ihrer Vergleichsgruppe von Kleinstädten mit stabilen sozioökonomischen Rahmenbedingungen ein Sonderfall dar. Der Gemeinde drohte zwischenzeitlich eine Überschuldung im Jahre 2016. Diese wurde inzwischen zwar abgewendet, jedoch befindet sich die Stadt nach wie vor in der Haushaltssicherung. Ein Haushaltsausgleich wird für das Jahr 2022 erwartet.
- Diese prekäre Finanzlage spiegelt sich in Volumen und Struktur der Gesamtverschuldung wider. Während Steinfurt die fundierten Schulden der Kernverwaltung wie auch die der Sondervermögen abbauen konnte, nahmen die Kassenkredite dramatisch zu, je Einwohner um 22% p. a. im Untersuchungszeitraum. Aufgrund dieser gegenläufigen Tendenzen nahm die Gesamtverschuldung je Einwohner zwischen 2000 und 2012 nur moderat zu. Das Verschuldungsniveau belief sich 2012 auf 155% des Median.
- Steinfurt hat relativ zu den Vergleichsgemeinden erheblich an Steuerkraft verloren. Je Einwohner stieg sie nur um 0,9% p.a. Dabei ist die Gewerbesteuer die entscheidende Größe, deren Aufkommen um 0,9% p.a. schrumpfte, während es in der Vergleichsgruppe um 4,9% p.a. zunahm. Dieser Einbruch konnte durch die Grundsteuer B und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nicht kompensiert werden. Das Aufkommen beider Steuern konnte nicht mit der Dynamik in den Vergleichsgemeinden mithalten. Die Steuerkraft (netto) je Einwohner belief sich mit 696 € im Jahr 2012 auf nur noch 73% des Median; im Jahr 2000 waren es noch 92%. Daran konnten auch Anhebungen der Realsteuersätze nichts ändern. Allerdings sind die Hebesätze im interkommunalen Vergleich noch niedrig. Im Falle der Grundsteuer B ist zudem zu berücksichtigen, dass 18 Prozentpunkte für Ausgaben aufgeschlagen wurden, die nicht mehr in Form von Straßenreinigungsgebühren abgerechnet werden. Der nivellierende kommunale Finanzausgleich fängt aber vieles auf. So betrug die Finanzkraft je Einwohner 2012 95% des Median der Vergleichsgruppe (2000: 108%).
- Damit wurde der Druck hin zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik gemindert, so dass sich die Primärausgaben nur wenig günstiger entwickelten als in den Vergleichsgemeinden: Sie nahmen in Steinfurt um 3,1% p.a. zu, der Median der Steigerungsraten liegt bei 3,2%. Dabei stiegen die Personalausgaben je Einwohner im mit 1,8% p.a. etwas geringer als in der Vergleichsgruppe (Median der Veränderungsraten 2,1% p.a.). Der Personalbestand der Kernverwaltung ist 2012 um zwei Vollzeitbeschäftigte geringer als 2000. Damit kommen im Jahre 2012 lediglich 5,7 Vollzeitbeschäftigte auf 1 000 Einwohner. Der Medianwert liegt bei 6,7. Berücksichtigt man jedoch die Bäderbetriebe, so steigt die Personalintensität auf 8,4 und liegt über dem um Sondervermögen bereinigten Median der Vergleichsgruppe von 7,8. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bäderbetriebe soll aber aufgelöst und eine GmbH gegründet werden.
- Steinfurt hat einen Konsolidierungsplan aufgestellt, der den vollständigen Eigenkapitalverzehr verhindern soll. Ab 2022 soll das Eigenkapital wieder aufgefüllt werden. Ein Teil der Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. So wurden die Realsteuerhebesätze angehoben; und ab 2016 soll die Grundsteuer B nochmals um 100 Prozentpunkte erhöht werden, obwohl Steinfurt jetzt bereits den fünfthöchsten Hebesatz in der Vergleichsgruppe aufweist. Eine weitere Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes wird nicht ausgeschlossen. Diese Maßnahme wäre angesichts der Gewerbesteuerschwäche der Stadt aber kontraproduktiv. Durch die Umwandlung der eigenbetriebsähnlichen Bäderbetriebe in eine GmbH soll ein steuerlicher Querverbund mit den Stadtwerken gebildet werden, von dem sinkende Ausgaben erwartet werden. Weitere Konsolidierungsmaßnahmen sind der Verkauf nicht mehr benötigter Immobilien. Die Erlöse daraus sollten allerdings unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Finanzpolitik zum Schuldenabbau genutzt werden. Dies kann direkt geschehen, in Form von möglichen Sondertilgungen, oder indirekt, indem die zusätzlichen Mittel zur Finanzierung notwendiger Investitionen genutzt werden. Die Stadt will zudem den Schuldenabbau u.a. dadurch forcieren, dass Zinsvorteile im Falle von Umschuldungen zur Erhöhung der Tilgungsquote genutzt werden.



Vreden

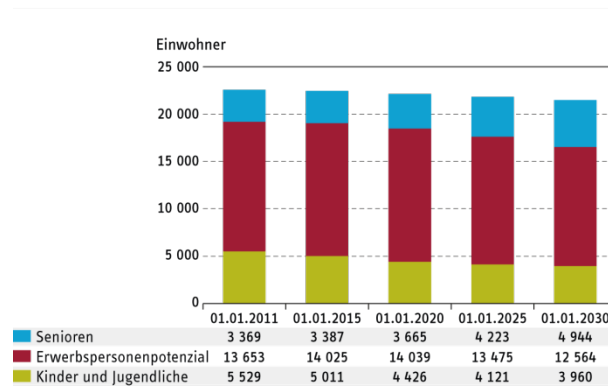
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

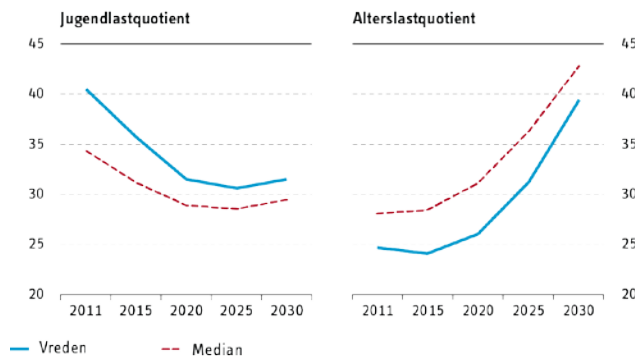
Indikator	Jahr	Vreden	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	18 216	20 015
	2011	22 942	23 517
	JDV 2011/2004	3,4	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	15 734	17 244
	2011	19 597	19 521
	JDV 2011/2004	3,2	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,1	3,7
	2012	2,8	3,8
Beschäftigtenquote	2008	50,7	50,7
	2012	53,8	53,1

Demographische Entwicklung in Vreden nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Vreden	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	15,8	7,0	↑
	2005	6,4	0,5	
	2008	28,7	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 219	1 137	↑
	2005	1 261	1 265	
	2010	1 520	1 556	
	2012	1 627	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	32,3	35,1	↑
	2010	32,8	36,4	
	2011	31,9	38,1	
	2012	27,1	36,7	
	2013	28	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	93,5	98,5	↓
	2013	86,8	94,8	
	2014	87,6	93,7	
	2015	89,0	96,4	
	2016	89,7	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	-4,7	-0,1	↓
	2013	-10,1	-4,4	
	2014	-11,0	-2,9	
	2015	-10,8	-2,5	
	2016	-11,2	-1,4	
	2017	-12,1	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Vreden	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	172	188	↑
	2005	192	199	
	2009	192	224	
	2012	209	238	
	2013	209	235	
Grundsteuer B	2000	300	330	↓
	2005	381	381	
	2009	381	381	
	2012	413	420	
	2013	413	420	
Gewerbesteuer	2000	373	380	↑
	2005	403	403	
	2009	403	408	
	2012	411	422	
	2013	411	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Vreden	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	306	246	↑
	2005	374	295	
	2009	147	329	
	2012	543	385	
Grundsteuer B	2000	77	86	↑
	2005	107	110	
	2009	114	118	
	2012	128	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	244	291	↑
	2005	202	251	
	2009	259	316	
	2012	308	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	23	36	↑
	2005	22	35	
	2009	31	45	
	2012	41	48	
Steuerkraft	2000	658	679	↑
	2005	713	698	
	2009	559	797	
	2012	1 028	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	283	172	↓
	2005	182	151	
	2009	0	179	
	2012	152	146	
Finanzkraft	2000	940	861	↓
	2005	895	841	
	2009	559	984	
	2012	1 181	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Vreden	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	287	302	↓
	2005	301	326	
	2010	290	350	
	2013	392	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	367	257	↑
	2005	177	136	
	2010	114	164	
	2013	391	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	7,5	6,9	↓
	2005	6,9	6,8	
	2010	7,5	6,6	
	2012	7,5	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	7,8	7,6	→
	2005	7,3	7,2	
	2010	7,9	7,7	
	2012	7,8	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Vreden	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	393	676	↑
	2005	549	845	
	2010	704	696	
	2012	439	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	115	409	↓
	2005	334	382	
	2010	446	428	
	2012	300	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	0	25	
	2010	0	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	508	1 457	↓
	2005	883	1 510	
	2010	1 150	1 328	
	2012	740	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	0,8	2,4	↓
	2005	1,2	2,2	
	2010	2,0	1,7	
	2012	0,7	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	18	44	↓
	2005	27	44	
	2010	30	28	
	2012	27	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	46	57	↓
	2005	49	47	
	2010	42	44	
	2012	62	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Die Einschätzung Vredens als Stadt mit positiven Entwicklungspotenzialen durch das Difu erscheint mit Blick auf die wirtschaftlichen Rahmendaten gerechtfertigt. So sind die Primäreinkommen zwischen 2005 und 2011 mit 3,4% p.a. überdurchschnittlich gestiegen (Vergleichsgruppe 2,3%, NRW: 2,4%); und ähnliche gilt für die verfügbaren Einkommen je Einwohner. Die Arbeitslosigkeit ist zudem 2012 gegenüber 2008 stärker gesunken als in der Vergleichsgruppe, die Beschäftigungsquote hat sich geringfügig besser entwickelt. Aber auch für Vreden gilt: Den positiven wirtschaftlichen Rahmendaten stehen derzeit strukturelle Defizite im Kommunalhaushalt gegenüber. Vreden musste bereits einmal kurzfristig in die Haushaltssicherung (2009), konnte damals aber Überschüsse erzielen, die das Eigenkapital erhöhten. Laut Ergebnisplanung werden nun aber für die Haushaltsjahre 2014 bis 2017 wieder Defizite erwartet.
- Die Gesamtverschuldung von Vreden stieg von 508 € je Einwohner im Jahr 2000 zwischenzeitlich auf 1 150 € im Jahr 2010, konnte danach aber auf 740 € je Einwohner im Jahr 2012 zurückgeführt werden. Gleichwohl war im Vergleich der Jahre 2012 und 2000 die Verschuldungsdynamik wesentlich größer als in der Vergleichsgruppe: Während die Verschuldung je Einwohner der Stadt Vreden um 3,2% p.a. stieg, nahm sie in der Vergleichsgruppe nur um 1% p.a. zu. Dabei ging der Anstieg vor allem auf die Eigenbetriebe der Stadt Vreden zurück, die ihre Schulden je Einwohner um 8,3% p.a. erhöhten. Die Sonderrechnungen der Vergleichsgemeinden bauten dagegen ihre Kreditverbindlichkeiten ab (-2,7% p.a.). Auch die fundierten Schulden der Kernverwaltung stiegen deutlich, während ein großer Teil der Vergleichsgemeinden Schulden abbaute. Dies spiegelt allerdings unterschiedliche Investitionsaktivitäten wider: Während Vreden im Vergleich der Jahre 2012 und 2000 ihre Sachinvestitionen je Einwohner steigerte, führten ein großer Teil der Vergleichsgemeinden diese deutlich zurück.
- Die Steuerkraft Vredens hat sich positiv entwickelt. Die Steuereinnahmen (netto) stiegen von 658 € je Einwohner im Jahr 2000 auf 1 028 € im Jahr 2012 bzw. um 3,8% p.a. und damit etwas dynamischer als in der Vergleichsgruppe (Median der Veränderungsraten 3,3%). Dies ist der Grundsteuer B und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer geschuldet. Die positive Aufkommensentwicklung wird aber zu einem erheblichen Teil konterkariert durch einen Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 5% p.a., was die wachsende Steuerkraft, aber auch Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes reflektiert. Die Folge ist, dass die Finanzkraft je Einwohner nur um 1,9% p.a. (Median 2,3% p.a.) zunahm.
- Die Ausgabenpolitik der Stadt war zurückhaltend. Die Primärausgaben je Einwohner sind im Betrachtungszeitraum mit 2,2% p.a. deutlich schwächer gestiegen als die der Vergleichsgruppe (3,2% p.a.), und das Ausgabeniveau betrug 2012 nur 94% des Median. Die Personalausgaben nahmen allerdings mit 2,4% je Einwohner etwas stärker zu als die der Vergleichsgemeinden (2,1%). Im Personalintensität blieb mit 7,5 Beschäftigten in der Kernverwaltung auf 1 000 Einwohner unverändert und liegt über der Vergleichsgruppe konnte dagegen die Personalintensität, in der sie im Mittel leicht von 6,9 auf 6,7 sank. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Sonderrechnungen in die Analyse einbezieht.
- Vredens Haushaltsslage verschlechtert sich laut Ergebnisplanung in den kommenden Jahren. Die ordentlichen Erträge können die ordentlichen Aufwendungen nicht decken: Der Aufwandsdeckungsgrad verbessert sich nur wenig von 86,8% 2013 auf 90,2% 2017. Die Fehl Betragsquote als dem Maß der Inanspruchnahme des Eigenkapitals zur Deckung von Fehl beträgen bewegt sich zwischen 10 (2016) und 12% (2014). Allerdings zeichnet sich inzwischen entgegen der Ergebnisplanung für die Jahre 2012 und 2013 ein positives Ergebnis ab. Dies weist darauf hin, dass die Bemühungen zur Entschuldung fortgesetzt werden. Die Konsolidierungsbemühungen stützen sich u.a. auf sog. Haushaltsvorschläge, die jährlich erarbeitet werden. Die aktuell gute Liquiditätsslage soll genutzt werden, um Kredite vorzeitig zu tilgen. Für 2013 sollte die vorzeitige Ablösung von Krediten im Umfang von etwa 3 Mill. € Entlastungen in Höhe von 306 Tsd. € erbringen.



Waltrop

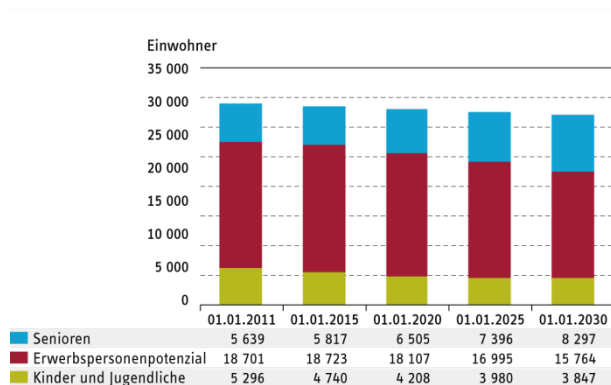
Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung

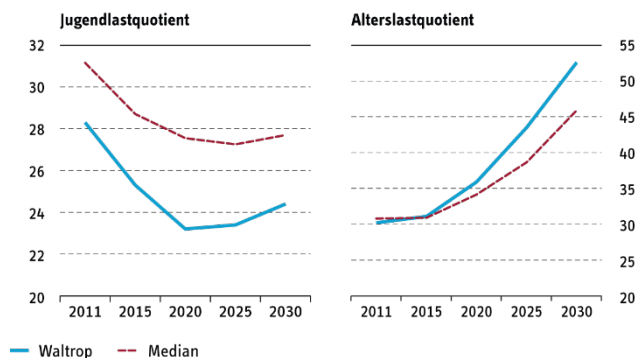
Indikator	Jahr	Waltrop	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	18 753	16 967
	2011	21 781	19 928
	JDV 2011/200	2,2	2,2
Verfügbares Einkommen	2004	16 748	15 916
	2011	18 987	18 017
	JDV 2011/200	1,8	1,8
Arbeitslosenquote	2008	6,5	6,6
	2012	8,5	6,6
Beschäftigtenquote	2008	46,3	48,2
	2012	48,5	49,5

Demographische Entwicklung in Waltrop nach Altersgruppen

2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Waltrop	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	-7,7	-0,8	↓
	2005	-21,9	-14,9	
	2008	-8,6	1,7	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	1 359	1 436	↑
	2005	1 586	1 618	
	2010	1 639	1 884	
	2013	1 869	2 034	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	44,6	40,9	↑
	2010	53,0	42,3	
	2011	53,0	44,9	
	2012	48,1	44,4	
	2013	46,5	44,1	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	96,0	96,0	↑
	2013	95,8	93,1	
	2014	98,5	94,9	
	2015	100,6	97,0	
	2016	105,1	99,2	
	2017	106,0	100,4	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012			↓
	2013			
	2014	Vergleich nicht möglich oder nicht aussagekräftig wegen eingetretener Überschuldung.		
	2015			
	2016			

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Waltrop	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	200	203	↓
	2005	200	220	
	2009	215	220	
	2012	230	225	
	2013	460	260	
Grundsteuer B	2000	400	345	↑
	2005	420	400	
	2009	435	406	
	2012	450	435	
	2013	650	465	
Gewerbesteuer	2000	425	420	↓
	2005	425	428	
	2009	450	433	
	2012	460	450	
	2013	495	460	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Waltrop	Median	Tendenz/Bewertung g
Gewerbesteuer (netto)	2000	151	196	↓
	2005	79	170	
	2009	97	227	
	2012	168	320	
Grundsteuer B	2000	91	91	↓
	2005	102	111	
	2009	113	119	
	2012	121	137	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	295	297	↑
	2005	254	255	
	2009	313	307	
	2012	354	342	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	20	30	↓
	2005	20	31	
	2009	23	37	
	2012	25	42	
Steuerkraft	2000	558	636	↓
	2005	457	573	
	2009	548	729	
	2012	670	813	
Schlüsselzuweisungen	2000	359	269	↑
	2005	340	204	
	2009	467	274	
	2012	448	282	
Finanzkraft	2000	917	887	↓
	2005	798	818	
	2009	1 015	983	
	2012	1 118	1 205	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Waltrop	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	457	416	↑
	2005	386	400	
	2010	412	438	
	2013	412	471	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	194	159	↓
	2005	77	123	
	2010	66	188	
	2013	119	161	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	9,6	9,3	↑
	2005	7,3	8,0	
	2010	7,3	8,2	
	2012	7,3	8,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	9,6	9,9	↑
	2005	10,8	9,1	
	2010	7,9	9,7	
	2012	7,9	9,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Waltrop	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	1 605	930	↑
	2005	1 086	900	
	2009	1 816	1 262	
	2012	1 627	1 133	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	0	7	↓
	2005	824	55	
	2010	991	551	
	2012	606	246	
Kassenkredite in € je EW	2000	755	0	↓
	2005	2 050	379	
	2010	2 849	1 022	
	2012	3 537	837	
Gesamtschulden in € je EW	2000	2 360	1 260	↓
	2005	3 960	1 926	
	2009	5 656	2 779	
	2012	5 771	2 998	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	4,2	2,0	↓
	2005	8,7	2,8	
	2010	10,3	3,8	
	2012	8,6	3,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	120	50	↓
	2005	102	43	
	2009	225	73	
	2012	219	74	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	51	57	↓
	2005	32	34	
	2010	48	36	
	2012	42	33	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Waltrop gehört zu den Städten des Kreises Recklinghausen, die sich schwierigen sozioökonomischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenübersehen. Die Stadt ist seit dem Jahre 2011 überschuldet und nimmt daher pflichtig am Stärkungspakt teil. Die sog. strukturelle Lücke, die der Berechnung der Konsolidierungshilfen zu Grunde liegt, ist allerdings mit 287 € je Einwohner geringer als in Datteln und Oer-Erkenschwick mit 328 bzw. 317 € je Einwohner.
 - Schuldentreibend waren auch hier die Kassenkredite. Während die Gesamtverschuldung je Einwohner von 2001 bis 2012 um 7,7% p.a. zunahm, fiel der Anstieg der Kassenkredite je Einwohner mit 13,7% p.a. wesentlich kräftiger aus. Die Kassenkredite erreichten Ende 2012 auf 3 537 € je Einwohner; dies ist das Vierfache des Median der Vergleichsgruppe. Die fundierten Schulden je Einwohner stagnierten dagegen nahezu; wahrscheinlich ein Ergebnis des absinkenden Investitionsniveaus.
 - Die ungünstigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen spiegeln sich in der Steuerschwäche Waltrops wider. Dies betrifft insbesondere die Gewerbesteuer, die 2012 mit 168 € je Einwohner deutlich unterhalb des Median der Vergleichsgruppe (320 €) liegt. Die Steuerkraft je Einwohner belief sich 2012 auf rund 82% des Median. Aber auch hier kommt es zu einer weitgehenden Einebnung der Steuerkraftunterschiede durch den kommunalen Finanzausgleich.
 - Die Primärausgaben je Einwohner stiegen in Waltrop von 2001 bis 2013 um 2,4% p.a. Dies entspricht dem Median der Steigerungsraten der Vergleichsgruppe. Das Ausgabenniveau hat gleichwohl gemessen am Median relativ abgenommen. Dazu beigetragen hat, dass die Personalausgaben je Einwohner von 457 € je Einwohner 2000 auf 412 € im Jahr 2013 gesunken sind. Dies spiegelt sich in der Personalintensität der Kernverwaltung wider: Kamen im Jahre 2000 noch 9,6 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) auf 1 000 Einwohner, waren es 2012 nur noch 7,3. Allerdings wurde auch Personal außerhalb der Kernverwaltung aufgebaut. Im Jahre 2012 belief sich die Personalintensität einschließlich der Sonderrechnungen auf 7,9 und war deutlich niedriger als im Mittel der Vergleichsgruppe (9,6). Dieser Vergleich berücksichtigt indes nicht das Personal des Ver- und Entsorgungsbetriebs
- Waltrop AöR²¹. Dessen Personalkosten (ohne soziale Aufwendungen) belaufen sich zurzeit auf 84 € je Einwohner. Der Kreisumlage kommt für Waltrop eine noch größere Bedeutung zu als für die Vergleichsgemeinden Datteln und Oer-Erkenschwick. Sie macht 2014 voraussichtlich fast ein Viertel der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit aus.
- Als Stärkungspaktgemeinde hat Waltrop einen Haushaltssanierungsplan vorlegt, der den Weg zum Haushaltsausgleich bis 2016 mit und bis 2021 ohne Konsolidierungshilfen darlegt. Wie in den meisten Gemeinden in vergleichbarer Situation spielt auch hier die Anhebung der Realsteuerhebesätze eine zentrale Rolle. Die Grundsteuer A wurde ab 2013 auf 460% angehoben; der Hebesatz der Grundsteuer B beträgt 2013 650%, und 2014 weiter auf 700% steigen. Zudem sollen die Grundsteuermessbeträge überprüft werden. Die Gewerbesteuer wurde 2013 von 460 auf 495% erhöht. Damit hat Waltrop den höchsten Hebesatz in der Vergleichsgruppe und zieht das Gewerbe am stärksten zur Haushaltskonsolidierung heran. Es werden für den Zeitraum 2012 bis 2021 im Zuge der Realsteuerhöhungen Mehreinnahmen von 34,8 Mill. € erwartet. Ertragsverbesserungen sollen zudem durch Anhebung von Elternbeiträgen (Kindertagesstätte) und Gewinnabführungen städtischer Gesellschaften erreicht werden. Die geplanten Erlöse in Höhe von 2,2 Mill. € aus den Grundstücksverkäufen von 2012 bis 2018 sollten allerdings zur Schuldensenkung und nicht zum unmittelbaren Haushaltsausgleich genutzt werden.
 - Für die Jahre bis einschließlich 2016 wurde beschlossen, die Personalausgaben konstant zu halten. Dies erfordert angesichts absehbarer Kostensteigerungen den Abbau von 3,5 Vollzeitstellen pro Jahr. Ab 2017 will man die Steigerungen auf 1,2% begrenzen, indem 1,5 Vollzeitstellen pro Jahr abgebaut werden. Dieser Stellenabbau ist nach Berechnungen der Stadt auch realistisch, da durch Fluktuation in diesem Zeitraum mehr als 37 Stellen frei werden. Ein sinnvoller Konsolidierungsansatz ist auch der Versuch, die Kosten der Jugendhilfe durch Fallsteuerung und dem Vorrang ambulanter Maßnahmen zu senken²². Für den Zeitraum des Haushaltssanierungsplans werden insgesamt Einsparungen von 2,1 € Mill. € erwartet. Relevante Ausgabekürzungen sollen

²¹ Das Personal von Anstalten des öffentlichen Rechts wird in den vom it.nrw bereitgestellten Daten nicht erfasst.

²² Vgl. hierzu auch die RWI-Analysen für die Städte Neuss, Mönchengladbach und Krefeld.

zudem durch Kürzungen des Zuschussbedarfes für den ORB für Bildung, Kultur und Sport erreicht werden. Es sollen im Konsolidierungszeitraum 1,3 Mill. € erwirtschaftet werden, indem die Kosten gesenkt und die Einnahmen verbessert werden.



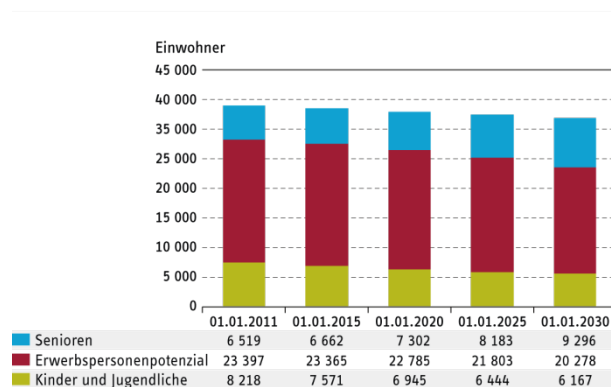
Warendorf

Sozioökonomische Rahmenbedingungen

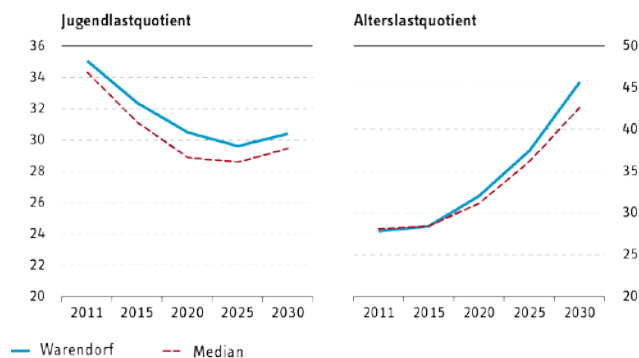
Wirtschaftliche Entwicklung

Indikator	Jahr	Warendorf	Median
Primäreinkommen je Einwohner	2004	19 829	20 015
	2011	24 179	23 517
	JDV 2011/2004	2,9	2,3
Verfügbares Einkommen	2004	17 259	17 244
	2011	20 937	19 521
	JDV 2011/2004	2,8	1,8
Arbeitslosenquote	2008	3,3	3,7
	2012	3,7	3,8
Beschäftigtenquote	2008	51,5	50,7
	2012	53,7	53,1

Demographische Entwicklung in Warendorf nach Altersgruppen 2011 bis 2030



Kinder und Jugendliche: bis unter 20 Jahre; Erwerbspersonenpotenzial: 20 bis 67 Jahre; Senioren: ab 68 Jahre



Finanzwirtschaftliche Indikatoren

Allgemeine Haushaltssituation

Indikator	Jahr	Warendorf	Median	Tendenz/Bewertung
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes	2000	2,8	7,0	↑
	2005	-12,3	0,5	
	2008	19,1	10,4	
Laufende Primärausgaben in € je Einwohner	2000	987	1 137	↑
	2005	1 173	1 265	
	2010	1 372	1 556	
	2013	1 482	1 727	
Kreisumlage in % der Bemessungsgrundlage	2009	37	35,1	↑
	2010	39	36,4	
	2011	40,1	38,1	
	2012	36,4	36,7	
	2013	36,8	36,8	
Aufwandsdeckungsgrad (Ordentliche Erträge in % der ordentlichen Aufwendungen)	2012	101,5	98,5	↓
	2013	96,5	94,8	
	2014	92,4	93,7	
	2015	97,2	96,4	
	2016	98,7	98,3	
Fehlbetragsquote (Jahresergebnis in % des Eigenkapitals)	2012	1,0	-0,1	↑
	2013	-2,1	-4,4	
	2014	-5,2	-2,9	
	2015	-1,9	-2,5	
	2016	-0,9	-1,4	
	2017	-0,0	-0,1	

Hebesatzpolitik

Steuer	Jahr	Warendorf	Median	Tendenz/Bewertung
Grundsteuer A	2000	175	188	↓
	2005	202	199	
	2009	224	224	
	2012	279	238	
	2013	279	235	
Grundsteuer B	2000	330	330	↓
	2005	401	381	
	2009	401	381	
	2012	433	420	
	2013	433	420	
Gewerbesteuer	2000	390	380	↑
	2005	424	403	
	2009	419	408	
	2012	427	422	
	2013	427	422	

Indikatoren der Finanzkraft

Einnahmen in € je EW	Jahr	Warendorf	Median	Tendenz/Bewertung
Gewerbesteuer (netto)	2000	202	246	↑
	2005	210	295	
	2009	349	329	
	2012	356	385	
Grundsteuer B	2000	83	86	↓
	2005	111	110	
	2009	116	118	
	2012	131	141	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2000	291	291	↓
	2005	253	251	
	2009	309	316	
	2012	350	357	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2000	26	36	↑
	2005	26	35	
	2009	33	45	
	2012	37	48	
Steuerkraft	2000	607	679	↑
	2005	606	698	
	2009	814	797	
	2012	883	957	
Schlüsselzuweisungen	2000	212	172	↑
	2005	214	151	
	2009	197	179	
	2012	189	146	
Finanzkraft	2000	820	861	↑
	2005	820	841	
	2009	1 011	984	
	2012	1 072	1 109	

Leistungs- und Produktivitätskennziffern

Indikator	Jahr	Warendorf	Median	Tendenz/Bewertung
Personalausgaben in € je Einwohner	2000	300	302	→
	2005	312	326	
	2010	359	350	
	2013	386	390	
Sachinvestitionen in € je Einwohner	2000	84	257	↑
	2005	90	136	
	2010	132	164	
	2013	128	191	
Personalintensität Kernverwaltung	2000	5,2	6,9	↓
	2005	5,8	6,8	
	2010	4,6	6,6	
	2012	5,1	6,7	
Personalintensität Gemeindeverwaltung	2000	6,1	7,6	↑
	2005	5,8	7,2	
	2010	5,4	7,7	
	2012	5,6	7,6	

Indikatoren der Verschuldungssituation

Indikator	Jahr	Warendorf	Median	Tendenz/Bewertung
Schulden der Kernverwaltung in € je EW	2000	446	676	↑
	2005	516	845	
	2010	387	696	
	2012	350	577	
Schulden der Eigenbetriebe in € je EW	2000	975	409	↑
	2005	624	382	
	2010	612	428	
	2012	560	332	
Kassenkredite in € je EW	2000	0	0	→
	2005	114	25	
	2010	72	0	
	2012	0	0	
Gesamtschulden in € je EW	2000	1 421	1 457	↑
	2005	1 254	1 510	
	2010	1 072	1 328	
	2012	910	1 257	
Gesamtschulden pro € Steuern	2000	2,3	2,4	↑
	2005	2,1	2,2	
	2010	1,3	1,7	
	2012	1,0	1,3	
Zinsausgaben in € je EW	2000	28	44	↑
	2005	30	44	
	2010	20	28	
	2012	19	32	
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	2000	63	57	↓
	2005	48	46	
	2010	45	44	
	2012	53	46	

Legende:

Die Pfeile stehen für die relative Entwicklung der jeweiligen Kennziffer einer Gemeinde zum Median der Vergleichsgruppe im Betrachtungszeitraum:

➡ Ein waagrechter Pfeil signalisiert, dass sich der Kennzifferwert parallel zum Median entwickelt hat bzw. eine eindeutige Tendenz nicht anzugeben ist.

Auf- und abwärtsgerichtete Pfeile zeigen an, dass sich die Relation zwischen dem Wert der jeweiligen kommunalen Kennziffer und dem Median der Vergleichsgruppe geändert hat:

⬆ Ein aufwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle von Einnahmen und Investitionen sowie eine Verringerung der Relation im Falle von Ausgaben und Verschuldung.

⬇ Ein abwärtsgerichteter Pfeil steht für einen Anstieg der Relation im Falle der Ausgaben und der Verschuldung sowie eine Verringerung der Relation im Falle der Einnahmen und Investitionen.

Ob letztendlich eine Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist, ergibt sich aus dem Kontext der Variable und bedarf einer tiefergehenden Analyse.

Gesamtbewertung

- Warendorf zählt zu denjenigen Gemeinden in der Region, die ihren Haushalt zurzeit nur fiktiv durch den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage ausgleichen können. Dies gilt auch für den aktuellen Finanzplanungszeitraum bis 2017. Für 2014 wird ein negatives Jahresergebnis in Höhe von knapp 5 Mill. € erwartet. Das strukturelle Defizit soll bis 2017 nahezu vollständig abgebaut werden.
 - Die Finanzlage ist schwierig, aber nicht prekär. Ein Indiz hierfür ist, dass Kassenkredite bislang ihrem eigentlichen Zweck, der Überbrückung von temporären Liquiditätseingängen dienen. Ein steigender Bestand zur Finanzierung struktureller Defizite ist bisher nicht zu beobachten. Seit dem 4. Quartal 2012 wurden keine Kassenkredite mehr in Anspruch genommen. Volumen und Struktur der Gesamtverschuldung werden maßgeblich durch die Sondervermögen der Stadt Warendorf beeinflusst. Sie machen mit Ausnahme des Jahres 2005 weit mehr als 50% der Gesamtverschuldung aus. Dabei wurden die Schulden der Sondervermögen je Einwohner gerechnet allerdings mit 4,5% p.a. stärker zurückgeführt als die fundierten Schulden der Kernverwaltung mit 2% p.a. Der Schuldenabbau ging offensichtlich nicht zu Lasten der Investitionstätigkeit. Die Sachinvestitionen je Einwohner wurden vielmehr entgegen dem allgemeinen Trend gesteigert. Die Gesamtverschuldung belief sich 2012 auf 910 € je Einwohner und gehört damit zu den niedrigsten der Mittelzentren in der Region.
3. Die Steuerkraft (netto) je Einwohner hat jahresdurchschnittlich mit 3,2% p.a. zugenommen. Sie ist damit schneller gestiegen als die mediane Steuerkraft (2,9% p.a.), allerdings startend von einem niedrigen Niveau. So lagen die Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 883 € je Einwohner im Jahr 2012 nur bei 92,3% des Median der Vergleichsgruppe. Die positive Entwicklung wird auch hier, wie in anderen Gemeinden, in erster Linie von der Gewerbesteuer getragen; die Einnahmen (netto) daraus je Einwohner stiegen von 2000 bis 2012 um jahresdurchschnittlich 4,8%. Dies ist eine deutlich höhere Aufkommensdynamik als in der Vergleichsgruppe, denn der Medianwert nahm „nur“ um 3,8% p.a. zu. Aber auch hier gilt: Die Gewerbesteuerkraft hat sich im interkommunalen Vergleich erhöht, erreicht aber erst 92% des Median. Die Grundsteuer B hat sich ebenfalls positiv entwickelt, aber nicht überdurchschnittlich. Die Hebesätze liegen im Zeitverlauf über dem Mittelwert der Vergleichsgruppe. Der Finanzausgleich verbessert die relative Finanzlage Warendorfs: Die Finanzkraft je Einwohner belief sich 2012 auf 96,6% des Median.
- Die Entwicklung der Primärausgaben ist unauffällig, das Niveau ist aber 2013 mit 1 482 € je Einwohner nach wie vor auffällig niedrig im interkommunalen Vergleich. Die Personalausgaben je Einwohner liegen ebenfalls knapp unter dem Median. Der Personalbestand der Kernverwaltung ist 2012 gegenüber 2000 nahezu unverändert. Auf Grund der gestiegenen Einwohnerzahl ist allerdings die Personalintensität geringfügig von 5,2 auf 5,1 zurückgegangen. Ein echter Personalabbau – gemessen in Vollzeitäquivalenten – ergibt sich, wenn man die Sondervermögen mit einbezieht. Danach ist die Personalintensität von 7 Vollzeitbeschäftigten je 1 000 Einwohner auf 6,7 gesunken. Die Personalausstattung Warendorfs ist im interkommunalen Vergleich niedrig, unabhängig davon, ob man alleine die Kernverwaltung betrachtet oder die Sondervermögen einbezieht.
 - Strittig ist zurzeit, ob der Schuldenabbau weiter vorangetrieben oder ob für notwendig gehaltene Investitionen ein Wiederanstieg der Schulden in Kauf genommen werden soll. Der aktuelle Finanzplan sieht vor, dass der Schuldenstand von 13,3 Mill. € im Jahr 2013 auf 18,6 Mill. € im Jahr 2017 steigen soll. Damit wäre die Verschuldung wieder dort, wo sie vor Beginn der Entschuldungspolitik lag.

Literatur

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Wachsende und schrumpfende Gemeinden in Deutschland. Raumb Beobachtung.de.

Cicholas, U. und K. Ströker (2013), Auswirkungen des demografischen Wandels. Modellrechnungen zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit. Statistische Analysen und Studien, Band 76. Düsseldorf: Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik.

Cicholas, U. und K. Ströker (2012), Auswirkungen des demografischen Wandels. Modellrechnungen zur Entwicklung der Privathaushalte und Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen Statistische Analysen und Studien, Band 74. Düsseldorf: Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2013), Überschüsse für die Gesamtheit der Kommunen – in vielen Städten, Kreisen und Gemeinden bestehen die Haushaltsdefizite aber fort. Pressemitteilung vom 20. Juni 2013.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002), Städtetypen in Nordrhein-Westfalen Gutachten im Auftrag der Enquetekommission „Die Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ Zusatzanalyse: Gesamtklassifikation auf Basis der entwickelten Indizes. Berlin: Difu.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2011), Vergleichsrechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011. Stand 4. Februar 2011. Düsseldorf.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2013), Stärkungspakt Finanzierung. Modellrechnung vom 28. November 2013. Düsseldorf.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2013), Orientierungsdaten 2014-2017 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen. Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9. Juli 2013. Az. 34-46.05.01-264/13. Düsseldorf.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2013), Berechnung der Konsolidierungshilfe auf Grund der Neuberechnung der strukturellen Lücke. Stand 15. Juli 2013. Düsseldorf.

Anhang

Übersicht A.1

Erläuterung der ausgewählten Kennziffern

Kennziffer	Erläuterung
Alterslastquotient	Verhältnis d. Pers. ab 67 J. zur erwerbsfähigen Bevölkerung (20 bis unter 67 Jahre)
Arbeitslosenquote	Arbeitslose in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: 15 bis unter 65 Jahre)
Aufwandsdeckungsgrad (NKF)	Ordentliche Erträge*100/Ordentliche Aufwendungen
Beschäftigtenquote	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (hier: 15 bis unter 65 Jahre)
Fehlbetragsquote (NKF)	Negatives Jahresergebnis*100/(Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)
Finanzkraft	Steuereinnahmen plus Schlüsselzuweisungen
Haushaltsausgleich (NKF)	<ol style="list-style-type: none"> 1. echt ausgeglichener Haushalt 2. fiktiv ausgeglichener Haushalt (Rückgriff auf Ausgleichsrücklage) 3. genehmigte Verringerung der Allgemeinen Rücklage 4. genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, keine drohende Überschuldung 5. genehmigtes Haushaltssicherungskonzept mit drohender Überschuldung 6. nicht genehm. Haushaltssicherungskonzept, keine drohende Überschuldung 7. nicht genehm. Haushaltssicherungskonzept mit drohender Überschuldung
Jugendlastquotient	Verhältnis der Kinder und Jugendlichen (bis unter 20 Jahren) zur erwerbsfähigen Bevölkerung (20 bis unter 67 Jahren)
Laufende Primärausgaben	Kameral: Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts abzüglich Zinsausgaben Doppik: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich Zinsausgaben
Personalintensität	Vollzeitäquivalente pro 1 000 Einwohner
Primäreinkommen	Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen
Überdeckung/Unterdeckung	Bruttoeinnahmen abzüglich Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts
Unterbeschäftigtenquote	Unterbeschäftigung bezogen auf zivile Erwerbspersonen plus Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen, Tätige im 2. Arbeitsmarkt sowie Arbeitsunfähige, aber ohne geförderte Selbständigkeit, Altersteilzeit, Kurzarbeit
Verfügbares Einkommen	Einkommen, das den privaten Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht

Eigene Darstellung.

Tabelle A.1

Vergleichsgruppe Datteln

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Datteln	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig	Benachteiligte Randlage	schrumpfend
Oer-Erkenschwick	HSP nicht genehmigt	eingetreten	pflichtig		
Waltrop	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		
Emmerich	ausgeglichener HH	-	-	Benachteiligte Rand- lage	stabil
Gevelsberg	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Heiligenhaus	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Hemer	HSK genehmigt	-	-		stabil
Hückelhoven	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Kamen	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Kamp-Lintfort	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Monheim a. Rhein	ausgeglichener HH	-	-		stabil
Neukirchen-Vluyn	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Radevormwald	HSK genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		schrumpfend
Schwelm	HSP genehmigt	-	pflichtig		schrumpfend
Selm	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		schrumpfend
Wesseling	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		schrumpfend

Tabelle A.2

Vergleichsgruppe Ahaus

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Ahaus	fiktiv ausgeglichen	-	-	Attraktivere kleinere Vorort- und Wohn- stadt	wachsend
Gronau	ausgeglichener HH	-	-		
Haltern	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	freiwillig		
Stadtlohn	fiktiv ausgeglichen	-	-	Attraktivere kleinere Vorort- und Wohn- stadt	wachsend
Bedburg	Allgemeine Rücklage	Eintritt nach FPLZ	-		
Bornheim	HSK genehmigt	-	-		
Delbrück	Allgemeine Rücklage	-	-		
Hamminkeln	fiktiv ausgeglichen	-	-		
Hennef	Allgemeine Rücklage	-	-		
Herdecke	HSK genehmigt	-	-		
Kaarst	fiktiv ausgeglichen	-	-		
Kevelaer	fiktiv ausgeglichen	-	-		
Königswinter	Allgemeine Rücklage	-	-		
Korschenbroich	HSP genehmigt	-	freiwillig		
Leichlingen	Allgemeine Rücklage	-	-		
Lohmar	Allgemeine Rücklage	Eintritt nach FPLZ	-		
Mechernich	Allgemeine Rücklage	-	-		
Niederkassel	fiktiv ausgeglichen	-	-		
Petershagen	Allgemeine Rücklage	-	-		
Rheinberg	Allgemeine Rücklage	-	-		
Rietberg	Allgemeine Rücklage	-	pflichtig		
Sprockhövel	HSP genehmigt	-	-		
Sundern	HSK nicht genehmigt	-	-		
Tönisvorst	Allgemeine Rücklage	-	-		
Wegberg	Allgemeine Rücklage	-	-		

Tabelle A.3
Vergleichsgruppe Ahlen

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Ahlen	Allgemeine Rücklage	-	-	Unauffällige mittelgroße Stadt	schrumpfend
Dorsten	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	pflichtig		schrumpfend
Recklinghausen	HSP genehmigt	Allgemeine Rücklage	freiwillig		schrumpfend
Rheine	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Bergheim	fiktiv ausgeglichen	Eintritt nach FPLZ	-	Unauffällige mittelgroße Stadt	schrumpfend
Dinslaken	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Hattingen	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		schrumpfend
Iserlohn	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Menden	HSP genehmigt	-	pflichtig		schrumpfend
Moers	HSP genehmigt	Eintritt nach FPLZ	freiwillig		stabil
Velbert	HSP genehmigt	-	freiwillig		schrumpfend
Wesel	fiktiv ausgeglichen	-	-		schrumpfend
Witten	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		schrumpfend

Tabelle A.4
Vergleichsgruppe Borken

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Borken	fiktiv ausgeglichen	-	-	Unauffällige kleinere Stadt	wachsend
Greven	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Ibbenbüren	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Lengerich	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Oelde	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Brilon	Allgemeine Rücklage	-	-	Unauffällige kleinere Stadt	wachsend
Brühl	fiktiv ausgeglichen	Eintritt nach FPLZ	-		wachsend
Bünde	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Erkrath	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Espelkamp	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Frechen	fiktiv ausgeglichen	Eintritt nach FPLZ	-		stark wachsend
Geldern	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Goch	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Haan	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Höxter	ausgeglichener HH	-	-		stabil
Kempen	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Kreuztal	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Lemgo	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
LenneStadt	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Lübbecke	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Marsberg	HSP genehmigt	-	Freiwillig		stabil
Meschede	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Porta Westfalica	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		wachsend
Rheda-Wiedenbrück	fiktiv ausgeglichen	-	-		stark wachsend
Schmallenberg	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Warburg	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Wermelskirchen	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Werne	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Wetter (Ruhr)	HSK genehmigt	-	-		wachsend

Tabelle A.5

Vergleichsgruppe Bocholt

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Bocholt	fiktiv ausgeglichen	-	-	Prosperierende mittelgroße Stadt	Wachsend
Arnsberg	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	pflichtig	Prosperierende mittelgroße Stadt	schrumpfend
Bad Salzuflen	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Detmold	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Düren	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Euskirchen	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		schrumpfend
Gummersbach	HSP genehmigt	-	freiwillig		stabil
Gütersloh	ausgeglichener HH	-	-		wachsend
Herford	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Hilden	ausgeglichener HH	-	-		wachsend
Hürth	Allgemeine Rücklage	Eintritt nach FPLZ	-		stark wachsend
Langenfeld	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Lippstadt	Allgemeine Rücklage	-	-		schrumpfend
Lüdenscheid	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Minden	HSP genehmigt	-	pflichtig		schrumpfend
Ratingen	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Siegen	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Troisdorf	Allgemeine Rücklage	-	-	wachsend	
Viersen	HSK nicht genehmigt	-	-	schrumpfend	

Tabelle A.6

Vergleichsgruppe Gelsenkirchen

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Gelsenkirchen	HSP genehmigt	-	freiwillig	Altindustrielle Problemlage	schrumpfend
Hagen	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig	Altindustrielle Problemlage	schrumpfend
Hamm	HSP genehmigt	-	pflichtig		schrumpfend
Herne	HSP genehmigt	-	freiwillig		schrumpfend
Oberhausen	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		schrumpfend

Tabelle A.7

Vergleichsgruppe Münster

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Münster	Allgemeine Rücklage	-	-	Zentraler Zukunftsstandort	stark wachsend
Bonn	Allgemeine Rücklage	-	-		stark wachsend

Tabelle A.8

Vergleichsgruppe Bottrop

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Bottrop	HSP genehmigt	-	freiwillig	Unauffällige mittelgroße Stadt	stabil
Mülheim	HSK nicht genehmigt	-	-		wachsend
Solingen	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	freiwillig		schrumpfend

Tabelle A.9

Vergleichsgruppe Castrop-Rauxel

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Castrop-Rauxel	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig	Altindustrielle Problemlage	schrumpfend
Gladbeck	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	freiwillig		schrumpfend
Herten	HSP genehmigt	Eintritt im FPLZ	freiwillig		schrumpfend
Marl	HSP genehmigt	eingetreten	pflichtig		schrumpfend
Bergkamen	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend
Lünen	HSK genehmigt	-	-		schrumpfend

Tabelle A.10

Vergleichsgruppe Coesfeld

Stadt/Gemeinde	Haushaltslage am 31.12.2013		Stärkungspakt	Gemeindetyp	
	Haushaltsstatus	Überschuldung		Difu	BBSR
Beckum	ausgeglichener HH	-	-	Kleinstadt mit positiven Entwicklungspotenzialen	stabil
Coesfeld	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Dülmen	ausgeglichener HH	-	-		stabil
Emsdetten	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Lüdinghausen	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Ochtrup	HSK genehmigt	-	-		stabil
Steinfurt	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		stabil
Vreden	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Warendorf	fiktiv ausgeglichen	-	-		stabil
Attendorn	fiktiv ausgeglichen	-	-	Kleinstadt mit positiven Entwicklungspotenzialen	wachsend
Bad Honnef	HSK genehmigt	-	-		wachsend
Büren	Allgemeine Rücklage	-	-		stabil
Erkelenz	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Geilenkirchen	HSK nicht genehmigt	-	-		stabil
Jülich	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		stabil
Kleve	ausgeglichener HH	-	-		wachsend
Olpe	Allgemeine Rücklage	-	-		wachsend
Rheinbach	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-		wachsend
Siegburg	fiktiv ausgeglichen	-	-		wachsend
Verl	fiktiv ausgeglichen	-	-	wachsend	
Wiehl	ausgeglichener HH	-	-	wachsend	
Wipperfürth	HSK nicht genehmigt	Eintritt nach FPLZ	-	stabil	